



# Landtag von Baden-Württemberg

120. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 20. Mai 2020 • Haus des Landtags

Beginn: 10:03 Uhr

Mittagspause: 14:27 bis 15:34 Uhr

Schluss: 19:05 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin. . . . .	7371	Abg. Alexander Salomon GRÜNE . . . . .	7415
Glückwünsche zum Geburtstag der Abg. Nicole Razavi und Stefan Teufel. . . . .	7371	Abg. Julia Philippi CDU . . . . .	7417
Abg. Carola Wolle AfD (zur Geschäftsordnung) . . . . .	7371	Abg. Martin Rivoir SPD . . . . .	7418
Beschluss. . . . .	7371	Abg. Dr. Rainer Balzer AfD . . . . .	7420
		Abg. Nico Weinmann FDP/DVP . . . . .	7422
		Staatssekretärin Petra Olschowski . . . . .	7423
1. Aktuelle Debatte – <b>Familien und Kinder – der blinde Fleck der Landesregierung</b> – beantragt von der Fraktion der SPD. . . . .	7372	4. Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – <b>Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg</b> – Drucksachen 16/7462, 16/8082 . . . . .	7428, 7442
Abg. Daniel Born SPD. . . . .	7372, 7383	Abg. Thekla Walker GRÜNE. . . . .	7428
Abg. Thomas Poreski GRÜNE . . . . .	7373, 7384	Abg. Tobias Wald CDU . . . . .	7429
Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU . . . . .	7375, 7384	Abg. Rainer Stickelberger SPD . . . . .	7430
Abg. Dr. Christina Baum AfD . . . . .	7377, 7385	Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD . . . . .	7431
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP. . . . .	7378, 7385	Abg. Stephen Brauer FDP/DVP. . . . .	7432
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos). . . . .	7380	Ministerin Edith Sitzmann . . . . .	7433
Ministerin Dr. Susanne Eisenmann . . . . .	7380	Beschluss . . . . .	7435, 7442
2. Aktuelle Debatte – <b>Verordnungen am Wochenende, Chaos am Montag – Wann findet Ministerpräsident Kretschmann einen ordentlichen Krisenmodus mit seiner Landesregierung?</b> – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP. . . . .	7385	5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Änderung des Landesmediengesetzes</b> – Drucksache 16/8010	
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP. . . . .	7386, 7404	Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/8035. . . . .	7436
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE . . . . .	7387, 7406	Abg. Alexander Salomon GRÜNE . . . . .	7436
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU. . . . .	7389, 7408	Abg. Raimund Haser CDU . . . . .	7437
Abg. Andreas Stoch SPD . . . . .	7391, 7400	Abg. Sascha Binder SPD . . . . .	7438
Abg. Bernd Gögel AfD . . . . .	7393, 7402	Abg. Emil Sänze AfD. . . . .	7439
Ministerpräsident Winfried Kretschmann . . . . .	7395, 7411	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP. . . . .	7440
3. Aktuelle Debatte – <b>Kunst trotz Abstand – Öffnungsperspektiven und Unterstützung für das kulturelle Leben durch den „Masterplan Kultur BW“</b> – beantragt von der Fraktion GRÜNE . . . . .	7415	Ministerin Theresa Schopper . . . . .	7441
		Beschluss . . . . .	7442

6. a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – **Gesetz zur Kürzung der Abgeordnetenentschädigung und der Bezüge der Regierungsmitglieder während der Corona-Krise** – Drucksache 16/8026
- b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – **Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes** – Drucksache 16/8073 ..... 7443
- Abg. Anton Baron AfD ..... 7443
- Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE ..... 7445
- Abg. Winfried Mack CDU ..... 7446
- Abg. Dr. Boris Weirauch SPD ..... 7446
- Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP ..... 7448
- Beschluss ..... 7449
7. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU – **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Planung, Organisation und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs** – Drucksache 16/8123 ..... 7449
- Beschluss ..... 7449
8. Antrag der Fraktion der AfD und Stellungnahme des Ministeriums der Justiz und für Europa – **Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz stoppen** – Drucksache 16/2176
- dazu gestellter Antrag:
- Änderungsantrag der Fraktion der AfD – Drucksache 16/7685 ..... abgesetzt (7414, 7449)
9. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Staatsministeriums – **Verwaltungsvorschrift Öffentlichkeitsbeteiligung, Planungsleitfaden und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg** – Drucksache 16/2196 ..... abgesetzt (7414, 7449)
10. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksache 16/8080 ..... 7449
- Beschluss ..... 7449
- Nächste Sitzung ..... 7449

## Protokoll

über die 120. Sitzung vom 20. Mai 2020

Beginn: 10:03 Uhr

**Präsidentin Muhterem Aras:** Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 120. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Halder, Herr Abg. Dr. Murschel, Herr Abg. Dr. Rösler sowie Frau Abg. Saebel.

Ganztäglich entschuldigt hat sich außerdem Frau Staatsrätin Erler.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen vielfältig vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. Vielen Dank.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 12. Mai 2020 – Entwurf zur Änderung der Verordnung der Landesregierung über die Arbeitszeit der beamteten Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg (Lehrkräfte-ArbeitszeitVO) – Drucksache 16/8115

Überweisung an den Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport

2. Mitteilung der Landesregierung vom 11. Mai 2020 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in der Landesverwaltung Baden-Württemberg in den Jahren 2017 und 2018 – Drucksache 16/8109

Überweisung vorberatend an den Ausschuss für Finanzen und federführend an den Ausschuss für Soziales und Integration

3. Mitteilung des Rundfunkbeauftragten für den Datenschutz vom 5. Februar 2020 – 12. Tätigkeitsbericht des Rundfunkbeauftragten für den Datenschutz des Südwestrundfunks für das Jahr 2019 – Drucksache 16/8119

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

\*

Meine Damen und Herren, wir haben heute zwei Geburtstagskinder. Liebe Frau Kollegin Razavi und lieber Herr Kollege Teufel, im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen sehr herzlich zum Geburtstag und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall)

Ich habe mir sagen lassen, sobald klar ist, was eine große Veranstaltung ist, wird die doppelte Feier nachgeholt, und zwar hier im Plenum – das habe ich gehört.

(Heiterkeit)

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe Punkt 1 der Tagesordnung auf.

(Zurufe)

Frau Abg. Wolle, zur Geschäftsordnung? – Bitte.

(Unruhe)

**Abg. Carola Wolle** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! Ich beantrage im Namen der AfD-Fraktion die Ergänzung der Tagesordnung und habe die Bitte an Herrn Strobl, über den aktuellen Gesundheitszustand der am Samstag im Rahmen der Demonstration auf dem Cannstatter Wasen verletzten Besucher zu berichten, insbesondere über Andreas Z.

Nach unserem Kenntnisstand ermittelt die Polizei wegen des Verdachts eines Tötungsdelikts. Seit Jahren verüben Linksextremisten mit zunehmender Tendenz Anschläge gegen Sachen und Menschen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es handelt sich hier nicht mehr um einen kleinen Bubenstreich. Wir stehen offenbar am Beginn einer neuen Qualität des Linksterrorismus. Dem muss sich der Staat mit allen Mitteln widersetzen.

Daher bitten wir Herrn Strobl, zu berichten, wie die Landesregierung zukünftig mit dem zunehmenden Linksterrorismus umzugehen gedenkt. Linksterroristische Strukturen müssen erkannt, aufgedeckt, trockengelegt werden. Wer das nicht für nötig hält, macht sich gemein mit den Terroristen und hat letztendlich Blut an seinen Händen. Denken Sie an die Anfänge der RAF.

Nur zu Ihrer Information: Von zwei meiner Kollegen gibt es bereits Steckbriefe der Antifa.

(Die Rednerin hält zwei Ausdrucke hoch.)

Man sollte dringend etwas tun.

Ich danke recht herzlich.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, Sie haben den Geschäftsordnungsantrag gehört: Erweiterung der Tagesordnung. Wer dem Antrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? –

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Christina Baum AfD: Das ist ja unglaublich! Da wurde ein Mensch fast totgeprügelt!)

(Präsidentin Muhterem Aras)

Damit ist der Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung abgelehnt. – Meine Damen und Herren, das sind die Regularien des parlamentarischen Verfahrens. Der Geschäftsordnungsantrag war zulässig. Sie haben abgestimmt, und mit dem Ergebnis muss jeder und jede leben. – Vielen Dank.

(Zuruf der Abg. Christina Baum AfD)

Nun rufe ich **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Familien und Kinder – der blinde Fleck der Landesregierung – beantragt von der Fraktion der SPD**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

In der Aussprache erteile ich nun das Wort für die SPD-Fraktion Herrn Abg. Born.

**Abg. Daniel Born** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuallererst an die Kinder in unserem Land: Das ist auch euer Land. Das hat sich in den letzten Wochen vielleicht anders angefühlt, weil die Kita geschlossen war, weil die Grundschule und der Spielplatz geschlossen waren und auch der Vereinssport nicht möglich war. Aber dies ist auch euer Land, und dies ist auch euer Landtag. Hier wird sich gestritten und gefetzt. Aber eines ist jedem hier von uns klar: Das, was ihr in den letzten Wochen geleistet habt, wie mutig, rücksichtsvoll und solidarisch ihr wart, war wirklich super.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle sind ja im Gespräch vor Ort, und wir bringen das, was wir vor Ort erfahren, mit in dieses Parlament. Darum wissen wir: Es gibt ein großes, ein wachsendes und ein absolut nachvollziehbares Bedürfnis nach einer Ausweitung der Kitabetreuung mit dem Ziel einer raschen Wiederherstellung des Regelbetriebs. Es ist das gute Recht der Kinder, ihre Freundinnen und Freunde wieder zu treffen, ihre Erzieherinnen und Erzieher wiederzusehen und ihre Bildungseinrichtung wieder zu besuchen. Das ist dringend notwendig, denn die Erzieherinnen und die Notfallstellen schildern uns, wie dramatisch es ist, dass einzelne Kinder aus dem Blickfeld geraten sind. Und die Eltern sehnen händeringend die Kitaöffnung wieder herbei.

Das muss die politische, auch die familienpolitische Agenda bestimmen. Der Bereich, der den Kindern gehört, darf nicht der letzte sein, der wieder geöffnet wird. Der Bereich, der den Kindern gehört, muss als erster Punkt auf die politische Agenda gesetzt werden.

(Beifall)

Ein handlungsfähiger und aktiver Staat muss rasch, verantwortungsvoll und weitgehend für eine Rückkehr zum Regelbetrieb sorgen. Was bedeutet es denn, wenn maximal 50 % der Kitaplätze zur Verfügung stehen? Das bedeutet, dass min-

destens 50 % der Plätze nicht zur Verfügung stehen. Das bedeutet, dass der Großteil der Kinder weiter keinen Kitaplatz hat.

Kinder machen ja keine Demonstration, sie starten auch keine Onlinepetition, sie gehen auch nicht zur Bürgerbeauftragten. Sie nehmen die Schließungen überwiegend ganz still und leise hin. Aber was sollen denn die Kinder empfinden, wenn sie sehen, dass die Cafés wieder öffnen, dass die Läden wieder öffnen, dass der Schlossplatz wieder voll mit Menschen ist, dass in der Bundesliga wieder Fußball gespielt wird – mit Umarmen und Abklatschen –, sie aber weiterhin nicht in ihre Kita dürfen? Was sollen Kinder da empfinden?

(Beifall)

Darum müssen wir in der Politik Verantwortung übernehmen, zu einem Regelbetrieb zurückzufinden. Wenn wir hier im Landtag offen diskutieren, dann müssen wir auch sagen, dass die zuständige Ministerin in den letzten Wochen nicht gezeigt hat, dass sie diese Verantwortung gut übernimmt. Ihre selbst wahrgenommene Verantwortlichkeit bei dem Thema Kitaöffnung hat sich im Laufe der letzten drei Wochen rapide verändert. Zunächst war von „unserem Plan“ die Rede. Es wurde davon gesprochen, dass man den Trägern Spielraum überlassen könnte. Dann, am 14. Mai, war von einem rechtlichen Rahmen für die schrittweise Öffnung die Rede. Zitat:

*...für die Umsetzung vor Ort und die Konzepte ... sind die Kommunen ... verantwortlich.*

Spätestens da müsste sie aber gemerkt –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, wer sonst?)

– Da hätten Sie bei Ihrer Ministerin einen Zwischenruf machen müssen. Denn diese hat da noch gar nicht gewusst, dass sie einen rechtlichen Rahmen setzen muss; sie hat nur einen gefordert.

(Beifall)

Dann beginnt Ihr Schwarzer-Peter-Spiel, Herr Röhm.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich spreche von Umsetzung!)

Von Ihnen werden Briefchen an die Kommunen geschrieben, in denen es heißt, Sie wollten plötzlich nur noch „sorgsam begleiten“. Es ging nicht um sorgsame Begleitung. Es ging um Führung in der Krise, und genau die wurde nicht ausgeübt.

(Beifall – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Die Kommunen brauchten von Ihnen derzeit höchstens einen Brief, in dem Sie sich für die Ministerin entschuldigen,

(Zuruf: Jawohl!)

aber nicht einen, in dem Sie ihnen erklären, wie die Finanzierung von Kitas aussieht.

(Beifall)

Die Städte und Gemeinden haben Ihnen schon vor Wochen gesagt, dass Sie keine Erwartungen wecken sollen, die Sie am

(Daniel Born)

Schluss nicht erfüllen können. Sie konnten all das, was Sie an Aussagen ins „Schaufenster“ gestellt haben, am Schluss nicht einhalten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es haben viele umgesetzt!)

Aber Sie sind ja nicht allein in der Regierung. Da ist ja auch noch die grüne Fraktion, die stärkste Fraktion im Landtag. Diese hat sich dann beteiligt, indem sie am vergangenen Freitagnachmittag die Kitas angeschrieben und gefragt hat, was man denn so brauche, um wieder zu einer Öffnung zurückzukehren.

(Beifall – Vereinzelt Lachen)

Man muss sich das einmal vorstellen: Am vergangenen Montagmorgen sollten die Kitas öffnen. 90 Stunden vorher fällt der Ministerin ein, zu sagen, dass es nicht so schnell gehe. 70 Stunden vorher fällt den Grünen ein, dass man mal nachfragen könnte, wie eine Öffnung aussehen sollte. 40 Stunden vorher wird die entsprechende rechtliche Regelung gemacht.

(Zurufe)

Dazwischen liegt nur noch der Sonntag. Da rennt die Ministerin mit einer Eierschachtel in den Wald, um mal zu erklären, wie schön es ist, wenn die Eltern mit den Kindern im Wald Sachen aufsammeln. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, Frau Ministerin: In dieser Krise wird mehr erwartet, als dass Sie eine Eierschachtel liefern.

(Beifall)

In dem Moment, in dem Sie in die Kitaschließung gingen, wussten Sie, dass es Tage X geben wird, an denen man stufenweise wieder öffnet. Von Anfang an hätten Sie Gespräche führen können – mit den Erzieherinnen und Erziehern, die sich zu Recht Sorgen machen, mit den Eltern, mit den Trägern vor Ort –, um entsprechende Pläne aufzulegen. All das ist nicht passiert. Sie haben Politik per Pressemitteilung gemacht und sich außerdem munter um alle anderen Themen im Land gekümmert. Aber die Kinder, die wieder in ihre Kita wollen, zahlen am Schluss den Preis dafür.

Frau Eisenmann, dieses Land stellt sich der größten Krise seiner Geschichte, und zwar generationenübergreifend und solidarisch. Die heutigen Kinder, die dieses Land in Zukunft stemmen werden, haben eine zuständige Ministerin erlebt, die sich für alles interessiert, nur nicht dafür, dass sie wieder eine geöffnete Kita besuchen können. Das ist ein schwerer Schaden für die Politik in unserem Land.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Er war die letzten Jahre im Ausland!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Poreski.

**Abg. Thomas Poreski** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kinder und Jugendliche sind systemrelevant. Sie und ihre Familien haben Anspruch auf unsere Solidarität und auf gezielte Unterstützung mit und nach Corona. Wir haben in dieser Krise in vielen Bereichen schnell, engagiert und wirkungsvoll gehandelt, um die Menschen vor gesundheitlichen Gefahren zu schützen und die wirtschaftli-

chen Folgen der Coronakrise abzumildern. Darauf und auf die vielen verständigen Menschen in unserem Land können wir zu Recht stolz sein.

(Beifall)

Zur Risiko-Nutzen-Abwägung gehört jedoch immer auch die ehrliche Betrachtung der Nebenwirkungen, die alle politischen Entscheidungen haben. Gerade weil uns Kinder und Jugendliche besonders am Herzen liegen, ist es an der Zeit, eine erste Bilanz der sozialen und emotionalen Folgen zu ziehen und daraus zu lernen. Denn die Krise ist trotz aller Erfolge noch lange nicht überstanden.

Umso wichtiger ist es, dass wir auf die Verletzlichsten in dieser Gesellschaft schauen, dass wir kein Kind zurücklassen.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein kritischer Blick ist deswegen keine Majestätsbeleidigung, sondern Voraussetzung für gemeinsames Lernen. Ob es dafür immer Ihres rhetorischen Holzhammers bedarf, lieber Kollege Born, darf allerdings bezweifelt werden. Sie erinnern mich an ein Sprichwort, das der legendäre Psychologe Paul Watzlawick gern zitiert hat.

(Zurufe)

Er sagte:

*Wer als Werkzeug nur einen Hammer hat, sieht in jedem Problem einen Nagel.*

– Ja, wir kennen uns ja, nicht?

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Wir sagen: Klartext und lösungsorientierte Verantwortlichkeit schließen sich nicht aus, sie gehören zusammen.

Zum Klartext gehört: Viele Kinder und Jugendliche verkraften die besonderen Belastungen der Coronakrise relativ gut, andere keineswegs.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Etwa 20 % der Schülerinnen und Schüler werden beim Homeschooling nicht erreicht.

(Zuruf: Und was machen die?)

Kindern und Jugendlichen fehlt bei geschlossenen Kitas und Schulen nicht nur das Lernumfeld, sondern auch die ganzheitliche Förderung. Frühkindliche Bildung hat durch den Dreiklang aus Bildung, Erziehung und Betreuung eine enorme Bedeutung für die späteren Lebenschancen. Lange versäumte Zeiträume schlagen sich dementsprechend nieder.

Die Gewaltambulanz Heidelberg geht infolge der Kontaktbeschränkungen von einer Verdreifachung der Zahl der Kindesmisshandlungen aus.

(Zuruf: Und was machen Sie?)

– Ich komme dazu. – In sozialer Isolation steigt für Kinder und Jugendliche zudem das Risiko, Opfer sexualisierter Gewalt zu werden – im persönlichen Umfeld wie im Internet.

(Thomas Poreski)

Selbst für die große Mehrheit der Kinder und Jugendlichen, denen es zu Hause richtig gut geht, ist die Belastungsgrenze oft erreicht oder überschritten, ebenso wie für ihre mit Homeoffice und Homeschooling oft mehrfach geforderten Eltern. Deshalb ist es gut, dass Schulen, Kitas und andere Angebote nun nach den Kriterien des Infektionsschutzes Schritt für Schritt wieder geöffnet werden können.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Es liegt in der Verantwortung des Landes, diesen Prozess zu begleiten und mitzugestalten – mit einem strukturierten Dialog mit den Kommunen, den Schulen, den Eltern und den freien Trägern. Wir brauchen also mehr als die Verständigung auf einen rechtlichen Rahmen, den die Verantwortlichen vor Ort dann irgendwie ausfüllen müssen.

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Und den brauchen wir!)

– Den brauchen wir auch. Das habe ich ja gesagt. – Das wäre viel zu kurz gesprungen.

Das Land kümmert sich aus guten Gründen – obwohl formal nicht zwingend zuständig – sehr wohl nicht nur um die Quantität, sondern auch um die Qualität der Kinderbetreuung. Deswegen gibt es den pädagogisch bahnbrechenden Orientierungsplan, deswegen gibt es zwei Pakte mit den Kommunen zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren und nun auch zu wichtigen Qualitätsfragen wie Leitungszeit und Sprachförderung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Deswegen beschränkt sich das Land nicht auf das schulische Lernen, sondern fördert auch sehr gezielt die Schulsozialarbeit.

(Beifall)

Für uns ist deswegen klar, was Krisenmanagement in dieser besonderen Lage bedeutet: Wir brauchen die Verständigung über Handreichungen und Konzepte und über einen Weg, wie aus Positivbeispielen – die gibt es! – landesweit handlungsleitende Standards werden. So ist zu klären, dass und wie mit allen Kindern Kontakt gehalten wird – über soziale Medien, über Telefon oder auch über reale Begegnungen.

Dabei helfen kann z. B. die preisgekrönte Regenbogen-App, mit der Kinder von drei bis elf Jahren intensiv mit ihren pädagogischen und sozialarbeiterischen Fachkräften kommunizieren können. Alleinerziehende brauchen uneingeschränkt den Zugang zur erweiterten Notbetreuung und zum reduzierten Regelbetrieb. Dies darf kein Hürdenlauf mehr sein.

Ebenso selbstverständlich muss sein, dass die Expertise der Lehrerinnen und Lehrer, der Erzieherinnen und Erzieher zählt. Sie wissen genau, welche Kinder und Familien einen besonderen Bedarf haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Mit den kommunalen Landesverbänden ist zu klären, wie Kinder an das kostenlose Kita- und Schulessen kommen – nicht nur im institutionellen, sondern auch im häuslichen Umfeld.

Die bisherigen Erfahrungen mit der Coronakrise erfordern auch eine Analyse des Handlungsbedarfs im Kinderschutz. Seine Umsetzung ist eine weisungsfreie Pflichtaufgabe der Stadt- und Landkreise, aber auch er braucht einen Qualitätsrahmen. Die grüne Landtagsfraktion wird die aktuellen Erfahrungen gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden und unabhängigen Expertinnen und Experten auswerten. Wir werden die Befunde mit den Empfehlungen der Kinderschutzkommission der Landesregierung und unseren Fachanhörungsergebnissen abgleichen. Denn wir brauchen mehr denn je landesweit verlässliche Kinderschutzstandards.

(Beifall)

Die gezielten Lockerungen des öffentlichen Lebens müssen auch die Angebote der offenen Jugendarbeit, der Jugendbildungsarbeit und der Jugendsozialarbeit umfassen. Dabei ist zeitnah zu klären, wie etwa Jugendfreizeiten und Zeltlager in verantwortlicher Weise gestaltet werden können. Das Sozialministerium ist hier mit allen Akteuren im guten Gespräch.

Gutes Lernen wird auch künftig teilweise digital erfolgen. Wir brauchen deswegen verbindliche Vorgaben und Absprachen, wie Kinder in den kommenden Monaten durch ihre Lehrerinnen und Lehrer zu Hause qualifiziert unterrichtet werden. Lernpakete sind kein Unterricht. Es ist schön, dass die Schülerinnen und Schüler jetzt wieder für wenige Stunden in die Schule kommen dürfen. Aber den Rest des Unterrichts können wir nicht weiterhin den Eltern, der Kreativität einzelner Lehrkräfte und dem Zufall überlassen.

(Beifall)

Deshalb ist es wichtig und richtig, dass sich die Koalition gestern auf 65 Millionen € zusätzlich für die Bereitstellung digitaler Endgeräte verständigt hat. Das ist, glaube ich, bundesweit einmalig. Ich sage ganz flapsig: Wenn in Italien jedes Kind jeden Tag mehrere Stunden am Laptop unterrichtet werden kann, dann können wir das auch.

(Beifall)

Weiterhin notwendige Einschränkungen für den Betrieb von Kitas und Schulen müssen gut begründet werden. Nach allem, was wir wissen, ist das Risiko von Kindern und für Kinder durch Corona relativ gering – es ist aber nicht null. Die Kinderstudie des Landes, die uns Ende dieser Woche vorgestellt werden soll, wird uns eine weitere Orientierungshilfe geben. Entsprechend kann der Öffnungsprozess der Kitas angepasst werden: dialogisch abgestimmt und fachlich so gestaltet, dass wir den Bedürfnissen von Kindern und Familien und ebenso dem Gesundheitsschutz der Beschäftigten gerecht werden. Auch hier braucht es eine koordinierende Hand des Landes.

Reden wir also ganz konkret über Hygieneregeln wie Händewaschen, Mundschutz für die Fachkräfte, über Abstandsregeln wie für die Kinderübergabe außerhalb der Kita, über das vermehrte Spielen draußen, über die Nutzung weiterer wenig genutzter Räumlichkeiten, über realistische Einsatzkonzepte für die Risikogruppe beim Personal und vor allem über flächendeckende und systematische Testungen. Das ist nicht nur in Pflegeheimen, sondern auch in Kitas möglich und nötig,

(Beifall)

(Thomas Poreski)

damit spätestens nach den Sommerferien wieder alle Kinder, die einen Anspruch darauf haben, ihre Kita besuchen können. Dies fordert auch die Initiative zur Gründung eines Landeselternbeirats für die Kindertagesbetreuung – und ich sage: zu Recht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen kreative, angepasste Lösungen und klare Perspektiven, und diese finden wir, hier wie überall, gemeinsam mit den Betroffenen.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Röhm.

**Abg. Karl-Wilhelm Röhm** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der heutigen Debatte scheint die SPD von der krachenden Niederlage ablenken zu wollen, die sie vor dem Verfassungsgerichtshof Baden-Württemberg diesen Montag eingefahren hat.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Andreas Stoch SPD: Es gibt schlechte Verlierer, und es gibt schlechte Sieger!)

Das Volksbegehren, das Sie, werte Kollegen Stoch und Binder, als Vertrauensleute vertreten haben, wurde von den Richtern aufgrund des Verstoßes gegen die Landesverfassung für unzulässig befunden.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wir versuchen wenigstens etwas!)

Der Gesetzentwurf enthalte Unklarheiten und Widersprüche. Die Unbestimmtheit der Formulierungen führe dazu, dass die Auswirkungen der Gesetzesänderung, insbesondere die finanziellen Folgen, völlig unklar blieben. Für Juristen denkwürdig, bildungspolitisch mangelhaft, kann ich nur dazu sagen.

(Beifall)

In früheren Debatten haben wir die SPD mehrfach darauf hingewiesen, worauf es eigentlich ankommt. Es geht um Qualität von Bildung und Betreuung, nicht um Gebührenfreiheit nach dem Gießkannenprinzip.

(Zuruf des Abg. Daniel Born SPD)

Haben Sie daraus etwas gelernt? Ich sage Nein. Sie gehen sogar weiter. „Wir werden nicht mit unserem Ziel Ruhe geben.“ So werden Sie, Herr Kollege Stoch, in den Printmedien zitiert. Damit halten Sie am Grundsatz fest, mit ungedeckten Schecks zu werben. Dass ausgerechnet Sie, Kollege Stoch, nach dieser juristischen Ohrfeige vom Montag keine 48 Stunden später der Landesregierung heute unklares Handeln vorwerfen, ist mehr als bemerkenswert – zwar zulässig, aber unbegründet.

(Vereinzelt Beifall – Vereinzelt Lachen – Abg. Andreas Stoch SPD: Haben Sie eigentlich irgendwann mit den Eltern gesprochen?)

Dieses Fazit passt nicht nur zu Ihrem gescheiterten Gesetzentwurf, sondern auch zum Titel der heutigen Aktuellen Debatte, die Sie beantragt haben.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Sie, lieber Herr Stoch, saßen bildungspolitische Probleme aus. Sie haben sie Ihrer Amtsnachfolgerin überlassen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Oh, liebe Leute!)

Ich sage nur: Lehrerabbaupfad, ignorierte Pensionierungswelle und damit in Kauf genommener zukünftiger Unterrichtsausfall.

(Beifall – Zurufe der Abg. Andreas Stoch und Reinhold Gall SPD)

Die CDU-Landtagsfraktion setzt bei der frühkindlichen Bildung auf Betreuung und Qualität.

(Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, Herr Abg. Röhm hat das Wort.

**Abg. Karl-Wilhelm Röhm** CDU: Lassen Sie ihn ruhig reden. Ich kenne die Argumente. Er soll ruhig weiterreden.

(Heiterkeit)

Die Ergebnisse der Studie „IQB-Bildungstrend 2016“ und der IGLU-Studie verdeutlichen,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Von welcher Betreuung reden Sie eigentlich?)

dass eine frühe Konzentration auf die Grundkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen notwendig ist. Mit dem „Pakt für gute Bildung und Betreuung“ setzen wir genau hier an. Eine qualitativ hochwertige Förderung – Sprachkompetenz, mathematische Vorläuferfähigkeiten, Motorik, sozial-emotionale Verhaltensweisen – ist das Fundament für einen erfolgreichen Übergang in die Grundschule.

Die Ziele sind mit den kommunalen Landesverbänden im „Pakt für gute Bildung und Betreuung“ abgestimmt und knüpfen nahtlos an das Qualitätskonzept für das Schulsystem an.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das nützt den Kindern aber im Moment alles gar nichts, was Sie da erzählen!)

Die Bundesmittel aus dem „Gute Kita“-Gesetz investieren wir in Übereinstimmung mit den Kommunen – da sehen Sie eine gute Zusammenarbeit –,

(Lachen)

mit dem Städte- und dem Gemeindetag vorrangig für die Leitungszeit.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Insgesamt fördern wir die Kinderbetreuung. Die Kindergartenförderung nach § 29 FAG verdoppeln wir schrittweise auf über 1 Milliarde €.

(Vereinzelt Beifall)

(Karl-Wilhelm Röhm)

Von 2016 bis 2020 haben wir zudem die Förderung der Betreuung der Kinder unter drei Jahren um rund 354 Millionen € aufgestockt und sind dann im Endausbau bei 1,08 Milliarden €.

Fazit: Ihre Behauptung, Kollege Stoch, dass Kinder und Familien in der Politik der grün-schwarzen Landesregierung eine untergeordnete Rolle einnehmen, ist vor diesem Hintergrund starker Tobak.

(Beifall – Abg. Andreas Stoch SPD: Reden wir mal über die aktuelle Situation!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Coronapandemie veränderte den Alltag von uns allen schlagartig und massiv,

(Zuruf des Abg. Daniel Born SPD)

ganz besonders den Alltag von berufstätigen Eltern eines Schulkinds. Die Eltern haben dabei Beeindruckendes geleistet. Für den täglichen Einsatz und das Geleistete möchten wir allen Sorgeberechtigten an dieser Stelle herzlich danken.

(Beifall)

Ich danke auch im Namen der Fraktion allen Erzieherinnen und Erziehern sowie allen Lehrkräften, die in dieser nicht einfachen Situation die Notbetreuung oder den schulischen Fernunterricht organisiert und durchgeführt haben. Auch ihrem Einsatz gebührt besonderer Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, war und ist es Aufgabe des Landes, den rechtlichen Rahmen für die erweiterte Notbetreuung sowie für den eingeschränkten Regelbetrieb zu erlassen. Das geschah am 17. März und am 27. April 2020. Eben weil die Situation vor Ort hinsichtlich der räumlichen und personellen Kapazitäten unterschiedlich ist, lässt der rechtliche Rahmen ganz bewusst Spielräume zur Ausgestaltung. Unser Ziel war und ist es, Kindern so schnell wie möglich wieder den Lern- und Betreuungsort Kita bzw. den Unterricht an der Schule zu ermöglichen.

Kollege Poreski hat es angesprochen: Wir warten auf die Ergebnisse der Uniklinika, dass wir mehr darüber wissen, welche Relevanz die Ausbreitung des Coronavirus noch hat.

Dass die Kindertagesstätten in vier Phasen geöffnet werden, war mit dem Beschluss der Familienminister vom 28. April 2020 bekannt. Wir in Baden-Württemberg waren bereits damals in der Phase der erweiterten Notbetreuung. Im Rahmen der Aktuellen Debatte, die hier am 6. Mai 2020 geführt wurde, informierte das Kultusministerium den Landtag über den Fahrplan für die schrittweise Ausweitung der Kinderbetreuung sowie des Unterrichts an den Schulen. Und in der unmittelbar folgenden Pressemitteilung vom 6. Mai wurden die Ziele klar und eindeutig benannt.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Das Allerwichtigste ist: Der Deutsche Kitaverband begrüßte dieses Vorgehen in seiner Pressemitteilung vom 8. Mai ausdrücklich.

Auf der Basis dieser Information konnten die Träger in Planungen für den Einstieg in einen reduzierten Regelbetrieb Ki-

tas vor Ort aufnehmen. Die Regularien wurden am Mittwoch, 13. Mai, mehrfach kommuniziert – vom Kultusministerium und vom Staatsministerium.

Am Donnerstag, 14. Mai, gab es zudem auch eine gemeinsame Pressemitteilung von kommunalen Landesverbänden und Kultusministerium. Wir erinnern in diesem Zusammenhang daran, dass das Land nicht Rechtsträger der rund 9 000 Kitas in Baden-Württemberg ist und daher auch keine Personalhoheit besitzt. Kommunale und freie Träger legen genau auf diese Aufgabenteilung stets großen Wert.

Die Jugend- und Familienministerkonferenz hat ebenso wie der Deutsche Kitaverband bereits vor Wochen Kriterien entwickelt und veröffentlicht, wie ein eingeschränkter Regelbetrieb mit maximal 50 % der Kinder umgesetzt werden kann. Vorgaben zur Umsetzung der Hygienevorschriften, welche im Fall der Kitas nicht das Kultusministerium, sondern der KVJS zusammen mit der Unfallkasse und dem Landesgesundheitsamt erlässt, liegen bereits seit dem 22. April vor.

(Zuruf des Abg. Daniel Born SPD)

Viele Träger und Einrichtungen haben die Konzepte zur Umsetzung dankenswerterweise rechtzeitig erstellt. Sie sind sehr gut vorbereitet, und sie freuen sich, den belasteten Eltern und Kindern ab dem 18. Mai wieder eine Perspektive bieten zu können, auch wenn man – das kam auch bei allen meinen Vordnern zum Ausdruck – von einem Normalzustand wie vor der Krise noch weit entfernt ist.

Meine Damen und Herren, so wird Verantwortung vor Ort beispielhaft wahrgenommen.

(Vereinzelt Lachen)

Unsere Fraktion bekennt sich auch zur besonderen Verantwortungsgemeinschaft von Land und Kommunen. Deswegen begrüßen wir es und halten wir es für notwendig, auf die Erhebung von Elternbeiträgen in geschlossenen Kindertageseinrichtungen, Kindergärten und Horten und anderen Betreuungseinrichtungen zu verzichten und damit die Familien zu entlasten.

(Zurufe, u. a. Abg. Andreas Stoch SPD: Wie großzügig!)

Abschließend möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass sich Städtetag, Gemeindetag und Landkreistag mit der Landesregierung darin einig sind, dass der Infektionsschutz weiterhin hohe Priorität hat. Ich hätte mir gewünscht – Kollege Born, sagen Sie doch, dass Sie 100 % der Kinder dort haben wollen. Reden Sie nicht darum herum,

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

sondern machen Sie eine klare Aussage.

Genau dieser Infektionsschutz erfordert es, dass jeder seine Aufgabe verantwortungsvoll erfüllt. Deswegen stimmen wir, unsere Fraktion, Roger Kehle ausdrücklich zu, wenn er sagt –

(Vereinzelt Lachen)

ich zitiere –:

(Karl-Wilhelm Röhm)

*Kommunen sind in dieser Krise Garanten für eine möglichst reibungslose und sachgerechte Umsetzung staatlich beschlossener Maßnahmen.*

Darauf setzen wir heute und auch in Zukunft.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Dr. Baum das Wort.

**Abg. Dr. Christina Baum** AfD: Frau Aras, meine Damen und Herren! Heute gilt mein ausdrücklicher Dank der SPD, die das wichtige Thema „Familien und Kinder“ auf die Tagesordnung gesetzt hat – natürlich unter einer anderen Zielsetzung als wir. So bietet sich uns die Möglichkeit einer Grundsatzdebatte mit Generalabrechnung, die längst überfällig ist. Denn unsere Positionen unterscheiden sich gravierend von denen aller anderen Parteien.

An den Anfang kann man deshalb fast eine philosophische Frage stellen, nämlich die nach dem Sinn des Lebens überhaupt. Der Mensch findet dafür sicher ganz viele verschiedene Antworten, doch für die Natur, für die Pflanzen- und Tierwelt gibt es nur die eine: Leben weiterzugeben und damit das Leben an sich zu erhalten. Das gilt auf unserem ganzen Planeten, ob am Nordpol oder im tiefsten Urwald.

Das galt bis vor Kurzem auch für die menschliche Gesellschaft. Es war Konsens, dass sich Mann und Frau zusammenfinden, um gemeinsam eine Familie zu gründen, Kinder zu zeugen und diese liebevoll zusammen aufzuziehen. Für uns, die AfD, ist deshalb die Familie, bestehend aus Mutter, Vater und Kindern, nach wie vor das anzustrebende Lebensmodell, das wir in den Mittelpunkt aller unserer Bemühungen stellen.

(Beifall)

Die Familie ist die kleinste solidarische Einheit einer Gesellschaft und somit im wahrsten Sinn des Wortes ihre Keimzelle. Sie ist deshalb an erster Stelle schützens- und förderungswürdig, da sie den Fortbestand der Gesellschaft an sich überhaupt erst möglich macht.

Umfragen bestätigen uns eindeutig darin, denn die Mehrzahl der jungen Menschen wünscht sich genau das: einen Ehepartner und Kinder, also die typische Familie. Wie sehr Kinder beide Elternteile benötigen, beweisen alle Erfahrungen der Eltern selbst, aber auch der Ärzte und Psychologen, denn nichts stürzt Kinder in eine größere Krise als die Trennung der Eltern.

(Zurufe)

Doch traurigerweise macht der sogenannte Zeitgeist nun schon länger auch vor der Familie nicht mehr halt. Mit der Erfindung der Genderideologie wurde der normalen Familie der Kampf angesagt.

(Unruhe)

Sie stellt nicht nur das bei der Geburt zu 99,99 % eindeutig definierte Geschlecht eines Neugeborenen infrage, sondern leugnet auch die Unterschiedlichkeit der Geschlechter an sich. Da naturbedingt diese Unterschiedlichkeit aber nun einmal gegeben ist,

(Zurufe – Anhaltende Unruhe)

will man sie über das Gleichstellungsprinzip irgendwie kompensieren. Das führt zu Quotenauswüchsen in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Das fast Schlimmste an dieser Ideologie ist jedoch, dass man den Frauen einredet, sie wären durch die Mutterschaft benachteiligt gegenüber Männern, weil Kinder einer beruflichen Karriere im Wege stünden. Ich sage an dieser Stelle allen jungen Frauen, dass dies der größte Unsinn überhaupt ist.

(Beifall)

Kinder bekommen zu können ist ein Privileg von uns Frauen und kein Nachteil. Es gibt im Leben einer Frau kaum einen glücklicheren Moment als den, wenn sie nach der Geburt ihres eigenen Kindes dieses das erste Mal im Arm hält.

Der Gipfel der feministischen Genderideologie äußert sich in Aussagen, dass Kinder schädlich für die Umwelt seien. Welch eine lebensfeindliche, kranke Ideologie kommt da zum Ausdruck?

(Beifall)

Seit Jahren werden auf dieser ideologischen Basis Experimente an Kindern und Familien durchgeführt. Die gesellschaftlich geförderte, immer frühzeitigere Abgabe von Kindern in Betreuungseinrichtungen führt zu Vertrauens- und Bindungsverlusten. Jeder Kinderpsychologe wird bestätigen, dass gerade in den ersten drei Jahren entwicklungsbedingt die Bindung an eine Bezugsperson für ein normales Heranwachsen dringend geboten ist.

Deshalb wäre gerade für Sie von der SPD eigentlich die einzig richtige Forderung, die Sie stellen sollten, dass einer Familie wieder ein Gehalt zum Leben reichen muss, wie es über Jahrzehnte in diesem Land möglich war.

(Beifall)

Doch davon sind Sie meilenweit entfernt und kaschieren nun Ihre vermeintliche soziale Ader durch die geringste aller Forderungen: die nach einem freien Kindergartenplatz.

Die Frühsexualisierung der Kinder bereits im Kindergarten unter dem Deckmantel der Sexualkunde,

(Zuruf)

insbesondere mit der Hinterfragung ihres eigenen biologischen Geschlechts, überfordert und verunsichert die Kinder,

(Zurufe)

denn es ist eine alte Binsenweisheit, dass Kinder eben keine kleinen Erwachsenen sind.

(Zurufe – Unruhe)

Der Stress, der durch die Berufstätigkeit beider Eltern innerhalb der Familien entsteht, führt mit zu diesen hohen Scheidungsraten, wie wir sie heute haben. Das Ergebnis dieser Fehlentwicklung können Sie in den Schulen sehen. Dort finden sich immer mehr verhaltensgestörte Kinder, die psychologische Betreuung brauchen – welch ein Armutszeugnis.

(Beifall – Zurufe)

(Dr. Christina Baum)

Doch auch an den Erwachsenen geht diese Entwicklung nicht vorbei. Nicht umsonst haben wir ständig steigende Zahlen psychischer Erkrankungen, und das bei einem bisher nie gekannten Wohlstand, der normalerweise auch mit einer gesteigerten Lebensqualität einhergehen müsste.

Die dem Menschsein zuwiderlaufenden Coronamaßnahmen – Vereinzelung, Abstandsregeln, Kontaktverbote, Maskentragen – werden diesen Trend noch einmal verstärken. Deshalb wiederhole ich an dieser Stelle unsere letzte Forderung von vergangener Woche: Beenden Sie diese Maßnahmen, und zwar sofort!

(Beifall)

Für eine Umkehr dieser gesellschaftlichen Fehlentwicklung in Bezug auf die Familien in unserem Land ist es höchste Zeit.

Die Alternative für Deutschland hat den einzig richtigen Weg längst aufgezeigt: die Anerkennung der eigenen Kindererziehung in der Familie als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und eine dementsprechende Honorierung und Anrechnung bei den Renten. Werden die Kosten eines Kinderbetreuungsplatzes dem gegenübergestellt, erkennt man schnell, dass durch die dann frei werdenden finanziellen Mittel die erforderlichen Mittel vorhanden sind.

(Beifall)

Nur wenn der finanzielle Druck von den Familien abfällt, kann man auch tatsächlich von einer echten Wahlfreiheit zwischen Beruf und eigener Betreuung sprechen. Alles andere sind hohle Phrasen.

Unser Frauenbild ist gekennzeichnet durch selbstbewusste, gut ausgebildete und in allen Berufen ihren Mann stehende Frauen. Dazu braucht es keine Quoten. Denn wir Frauen sind mindestens so intelligent und meist noch kämpferischer als Männer.

(Beifall)

Die Frauen gestalten ihr Leben selbstbestimmt, als Mutter oder im Beruf oder beides, ohne jede staatliche Bevormundung, aber auch ohne staatliche Bevorzugung.

Hauptsächlich an die Grünen und Linken richte ich folgende Worte: Die Genderideologie wird sich niemals durchsetzen. Denn sie ist wider die Natur. Halten Sie inne, und kehren Sie ab von diesem zerstörerischen Experiment, das der Gesellschaft unnötig Kosten verursacht und niemandem nutzt, schon gar nicht den Kindern. Den neuen, gleichen Menschen wird es niemals geben. Diese kommunistische Idee hat weltweit Millionen und Abermillionen von Toten und unvorstellbares menschliches Leid verursacht.

(Zuruf)

Die CDU ist diesen Weg kritiklos mitgegangen, hat sich dem Zeitgeist ohne Widerstand angepasst. Der Höhepunkt war der Sündenfall mit der „Ehe für alle“; denn damit haben Sie Ihr christliches Weltbild aufgegeben. Mit der eingetragenen Lebenspartnerschaft waren alle Voraussetzungen erfüllt, dass gleichgeschlechtliche Paare in gegenseitiger Verantwortung zusammenleben können. Den Begriff der Ehe als Alleinstellungsmerkmal für die Verbindung zwischen Mann und Frau

für eine ideologische Unterwerfung hin zu einer gesellschaftlichen Beliebigkeit zu opfern war deshalb absolut überflüssig und beweist nur die Rückgratlosigkeit dieser einst großartigen Partei.

(Beifall)

Zusammenfassend muss ich feststellen, dass Sie alle auf dem besten Weg sind, den Grundstein einer funktionierenden Gesellschaft und das über Jahrtausende bewährte Modell der normalen Familie zu zerstören – in welchem Wahn auch immer. Hören Sie auf, den lieben Gott spielen zu wollen! Ein solches Verhalten ist anmaßend. Es gibt eben nur mal zwei Geschlechter und nicht mehr.

(Beifall – Zurufe)

Bieten Sie stattdessen den Familien gute Rahmenbedingungen, damit sie sich eigenverantwortlich und selbstbestimmt ihr Leben einrichten können.

Vielen Dank.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Finsternes Mittelalter! Unglaublich! – Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Kern.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zurück zum Thema.

(Beifall)

Ich habe selten ein ähnlich offenes Eingeständnis des eigenen Totalversagens gehört wie die Aussage des grünen Abgeordneten Poreski hier vor wenigen Minuten,

(Beifall)

wenn Italien das schaffe – nämlich Kinder digital zu unterrichten –, dann müssten wir das ja auch schaffen.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Habe ich so nicht gesagt! – Gegenruf: Doch!)

Erstens finde ich das reichlich überheblich gegenüber einem befreundeten EU-Partnerland,

(Beifall)

und zweitens stellt sich eine ganz einfache Frage: Wer regiert denn dieses Land seit neun Jahren? Wer stellt denn seit neun Jahren den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg? Und dann kommt so eine Aussage!

(Beifall)

Das ist das Eingeständnis des Totalversagens – des eigenen Totalversagens! – im Bildungsbereich. Dabei gibt es ja durchaus Bundesländer, in denen die Kommunen den zuständigen Minister für die Öffnung der Kitas loben. So begrüßte der Landkreistag Nordrhein-Westfalen z. B. das Konzept der stufenweisen Kitaöffnung von Familienminister Joachim Stamp, beginnend bereits am 14. Mai. Und selbst von der oppositionellen SPD kam vorsichtiges Lob.

*(Dr. Timm Kern)*

Damit ich nicht missverstanden werde: Ich behaupte natürlich nicht, dass es eine leichte Aufgabe wäre, Kitas, Kindergärten und Kindertagespflege zu öffnen. Jeder, der das behauptet, macht es sich in der Tat viel zu einfach. Das heißt aber, die FDP anerkennt, dass sich die Kultusministerin hinter das wichtige Ziel einer Kitaöffnung geklemmt hat; allerdings nehmen wir bei dieser Anerkennung die Professionalität ihres Vorgehens ausdrücklich aus.

Was also hat Nordrhein-Westfalen besser gemacht als Baden-Württemberg? An Engagement lässt es unsere Kultusministerin ja nicht mangeln. Der nicht minder engagierte Joachim Stamp aus Nordrhein-Westfalen hatte aber den Vorteil, sich nicht auch noch um die Öffnung der Schulen kümmern zu müssen. Also konnte er sich zusätzlich noch auf Bundesebene stark einbringen, den Vizevorsitz in der Arbeitsgruppe der Länderminister zur Kitaöffnung zu übernehmen und denjenigen eine Stimme zu geben, die eine zügige Kitaöffnung für ein dringendes Gebot der Stunde halten.

Warum haben Sie, Frau Ministerin, sich nicht auf die Schließung konzentriert und die Kitaöffnung z. B. Ihrem Staatssekretär überlassen? Denn die Bedeutung des Themas und die momentane Not von Familien und Kindern würden es durchaus rechtfertigen, damit jemanden in Vollzeit zu betrauen, und es hätte womöglich auch geholfen, Ihrem generell öffnungsscheuen grünen Koalitionspartner in dieser Frage mehr entgegenzusetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Eltern nun schon vor Gericht ziehen, um die Öffnung der Kita zu erstreiten, dann ist das ein Ausdruck größter Verzweiflung.

(Beifall)

Denn nicht nur diejenigen Eltern, die Kinderbetreuung und Beruf vereinbaren müssen, sondern vor allem auch die Kinder, die bisweilen gänzlich auf den Kontakt zu anderen Kindern verzichten müssen, sind immer dringender auf ein Betreuungsangebot angewiesen. Und dabei geht es natürlich nicht nur um die Betreuung, sondern Kinder haben ein Recht auf Bildung, dessen Einlösung gerade auch in Coronazeiten von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung der jungen Menschen ist.

(Beifall)

Die FDP/DVP-Fraktion erhebt deshalb folgende neun Forderungen:

Erstens: Das Kultusministerium muss sich als Motor der Kinderbetreuungsöffnung verstehen. Es muss den engen Schulterschluss mit den Kommunen und den freien Trägern suchen und sie vielfältig unterstützen, vor allem mit Rat und Tat, mit Best-Practice-Beispielen, mit Angeboten für Erfahrungsaustausch. Das Konzept der Kultusministerin enthält vernünftige Elemente wie die Entscheidungsspielräume für die Träger oder die festen Kleingruppen. Es gilt nun aber, dieses Konzept weiter mit Leben zu füllen und Vertrauen in die neuen Wege zu schaffen.

Zweitens gilt es, beim weiteren Öffnungsfahrplan für Kinderbetreuung und Schule auch kinder- und jugendmedizinische Erkenntnisse zu berücksichtigen. Die Kinder- und Jugendärzte fordern in einer Stellungnahme, zunächst wissenschaftlich zu klären, ob Kinder und Jugendliche überhaupt epidemiolo-

gisch relevante Überträger des Virus sind, und sie mahnen, abzuwägen zwischen möglichen epidemiologischen Auswirkungen einer Öffnungsstrategie einerseits und den erheblichen Risiken eines verlängerten Lockdowns für die gesunde kindliche Entwicklung andererseits. Nach Auffassung der FDP/DVP-Fraktion gilt es, in die weitere Planung neben den Befunden zum Infektionsgeschehen auch die beiden schwerwiegenden Einwände der Kinder- und Jugendmedizin mit einzu beziehen.

(Beifall – Zuruf: Das ist richtig!)

Drittens: Betreuungsangebote auch in den Ferien schaffen! Viele Eltern haben bereits jetzt Urlaub und Überstunden für die Betreuung ihrer Kinder während der Zeit der Coronapandemie eingesetzt; u. a. deshalb werden in den Sommerferien viele Familien auf eine Kinderbetreuung angewiesen sein. Dieser voraussichtlich höhere Bedarf muss bei den weiteren Planungen für die Öffnung der Kinderbetreuung berücksichtigt werden. Im Sommer dürfen nicht erneut Familien in Not-situationen geraten.

(Beifall)

Viertens: Musik- und Kunstschulen sowie Bildungsangebote von Vereinen und Trägern für außerschulische Bildungsarbeit, wenn irgend möglich, wieder öffnen! Die Angebote zahlreicher Träger außerschulischer Bildungsarbeit sind bislang nicht nutzbar, bzw. diese dürfen nur sehr eingeschränkt arbeiten. Sie konsequent anhand des Kriteriums Gesundheitsschutz wieder zu öffnen würde Kindern und Jugendlichen wichtige Orte der Bildung und Entwicklung zurückgeben.

Fünftens: Nachhilfesschulen wieder öffnen! Sie dürfen derzeit nur Schüler unterrichten, die vor Prüfungen stehen. Diese Einschränkung ist nicht nachvollziehbar. Deshalb sollten auch die Nachhilfesschulen konsequent anhand des Kriteriums Gesundheitsschutz wieder geöffnet werden.

Sechstens: Ferienspiele und Sommercamps ermöglichen!

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Ferienspiele werden meist von Trägern außerhalb der Kindertagesbetreuung – beispielsweise privaten Initiativen oder Vereinen – organisiert. Die Träger und Organisatoren planen längst und müssen sich bald entscheiden, ob sie ihre Ferienspiele stattfinden lassen können. Gleiches gilt auch für die Sommercamps. Hier gilt es, zügig Regelungen zu erarbeiten, bei deren Beachtung Ferienspiele und Sommercamps stattfinden können.

Siebtens: Für ausreichend Spielflächen sorgen! Nachdem die Spielplätze wieder geöffnet sind, gilt es aus unserer Sicht auch, eine Öffnung der noch geschlossenen Bolzplätze unter Einhaltung des Gesundheitsschutzes ins Auge zu fassen. Außerdem schlagen wir eine zügige Prüfung vor, inwieweit und unter welchen Bedingungen den Kommunen ermöglicht werden kann, für Kinder zusätzliche Spielflächen auszuweisen.

Achtens: Räume für Bildung eröffnen! In geeigneten, derzeit geschlossenen Gebäuden sollen zusätzliche Lernräume eingerichtet werden, in denen Schülerinnen und Schüler unter Einhaltung des Abstandsgebots arbeiten können. Die Kultusministerin wird aufgefordert, deshalb auf die Kommunen zuzugehen und sie zu unterstützen.

(Dr. Timm Kern)

Neuntens: Für eine Urlaubsperspektive sorgen! Der Jahresurlaub dient nicht nur der Erholung, sondern spielt für die Zusammengehörigkeit der Familie oft eine bedeutsame Rolle. Eine verantwortungsbewusste Öffnung im Bereich des Tourismus wäre für viele Familien ein echter Hoffnungsschimmer am Ende einer schwierigen Zeit und muss von der Landesregierung zeitnah ermöglicht werden.

(Zuruf)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Familien und Kinder haben in den letzten neun Wochen wahrlich viel auf sich genommen und einen entscheidenden Beitrag im Kampf gegen die Ausbreitung des Coronavirus geleistet. Dafür gebühren ihnen allen unser Dank und unsere Anerkennung. Eine Rückkehr zur Normalität ist für sie nicht nur dringend geboten, sondern sie haben sie auch wirklich verdient.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Gedeon.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn ich *a l l e s* wissenschaftlich begründen will, dann bin ich nicht wissenschaftlich, sondern lächerlich. Das gilt auch für die Öffnungspolitik, die wir jetzt betreiben.

Wenn wir jetzt sagen, bis zum Alter von 16 Jahren wird sofort alles renormalisiert – wie man es in Schweden von Anfang an gemacht hat –, dann ist das nicht wissenschaftlicher und nicht weniger wissenschaftlich als das, was wir jetzt machen.

Die Wissenschaft wird zur Phrase missbraucht. Letztlich geht es um politische Entscheidungen, hinter denen man sich versteckt. Man schiebt irgendwelche Virologen vor. Wenn wir noch irgendjemanden in Quarantäne schicken sollten, dann diese Virologen, meine Damen und Herren – allen voran Herrn Drosten und Herrn Wieler, der nicht einmal Virologe ist, sondern Tierarzt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Den Gates nicht vergessen!)

– Herr Rülke, Sie haben viel Humor. Ich finde Ihren Humor immer toll, muss ich sagen – nur nebenbei bemerkt.

Vielleicht haben Sie heute Nacht Herrn Drosten im NDR gehört. Es ist hanebüchen, was wir Politiker uns von Wissenschaftlern vorsetzen lassen. Herr Kretschmann, das, was ich mache, ist keine Beleidigung. Dafür muss man nicht einmal Arzt sein. Der Mann stellt sich hin und sagt: „Wir brauchen für die Impfstoffe Verstärker, Adjuvantien.“ Was ist das? Das sind Squalen, Aluminiumsalze und so etwas. Die Aluminiumsalze haben wir aus den Deodorants endlich raus.

(Zuruf)

Aber das Schärfste bei den Impfungen: Bestimmte Adjuvantien kennen wir gar nicht. Die dürfen wir auch nicht kennen; das ist das Betriebsgeheimnis der Firmen. Das sagt der füh-

rende Virologe in Deutschland. Die Zusammensetzung der Impfstoffe ist das Betriebsgeheimnis der Firmen. Wo sind wir denn? Das widerspricht allen Grundsätzen der Wissenschaft, meine Damen und Herren. Da geht es um Transparenz und Nachprüfbarkeit. Und da berufen die sich auf ein Betriebsgeheimnis – heute Nacht, Herr Drosten im NDR.

(Zuruf)

Hören wir auf, diesen Glaskugellesern weiterhin zu gehorchen.

(Zuruf)

Machen wir endlich unsere selbstständige Politik, die heißt: Für alle bis zum Alter von 16 Jahren machen wir sofort alles wie vor dem 20. März. Bei den Älteren appellieren wir an die Vernunft und die Freiwilligkeit. Das klappt auch, siehe Schweden.

Danke schön.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Landesregierung erteile ich nun das Wort Frau Ministerin Dr. Eisenmann.

**Ministerin für Kultur, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass wir uns heute über Familien und Kinder unterhalten, ist, glaube ich, wichtig. Zu dem, was man allerdings heute alles gehört hat, kann ich nur sagen: Manche Familienbilder kenne ich aus dem Geschichtsbuch. Frau Baum, das war wirklich eine Zumutung.

(Beifall)

Aber es ist auch gut, wenn man mal Gelegenheit hat, sich das anzuhören.

Das Thema „Familien und Kinder“ ist es wert, dass wir uns damit befassen. Deshalb hätte ich mir eigentlich gewünscht, dass wir uns konkreter mit der Frage befassen, was wir tatsächlich tun können und wo es vielleicht Ansätze gibt.

Herr Kern, Sie haben die Öffnung von weiteren Angeboten angesprochen. Das halte ich für richtig. Das sind auch die nächsten Schritte. Sie haben Beispiele genannt wie die vollumfängliche Öffnung von Musikschulen, Sie haben Nachhilfeeinstitute genannt. Das ist, glaube ich, der nächste Schritt, den wir uns zutrauen müssen. Allerdings haben wir ein grundsätzliches Diskussionsthema. Es ist mir nicht ganz deutlich geworden – Herr Born, auch bei Ihnen nicht –: Will die SPD jetzt für alle öffnen?

(Zuruf von der SPD: 100 %!)

– 100 %? Oder geht es um eine schrittweise Öffnung?

(Zurufe, u. a. Abg. Daniel Born SPD: Natürlich schrittweise! Aber wie viel planen Sie?)

– 100 % so schnell wie möglich?

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ja, natürlich! – Zuruf des Abg. Daniel Born SPD)

– Na ja, das ist schon klar.

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

(Abg. Andreas Stoch SPD: So schnell wie möglich!)

– Herr Stoch, das war gar keine böse gemeinte Frage. Ich habe es nur aus der Rede heraus nicht verstanden. Da bitte ich um Entschuldigung.

Nur, die Frage ist – Genau das ist der grundlegende Dissens. Eine vollständige Öffnung gibt es bisher in keinem Bundesland. Sachsen hat es probiert, ist aber gerichtlich gescheitert – das wissen Sie –, weil das Gericht den Gesundheitsschutz vor die uneingeschränkte Öffnung gestellt hat.

Über vollumfängliche Kitaöffnungen, darüber, in absehbarer Zeit wieder alle Kinder Kitas besuchen zu lassen, kann man diskutieren. Nur ist das natürlich ein Thema, bei dem Gesundheits- und Infektionsschutz unterschiedliche Diskussionsansätze mit sich bringen. Ich nehme jetzt gar nicht einen Virologen als Beispiel, aber ich nenne mal Karl Lauterbach, der ja zurzeit in jeder Diskussion ist. Der ist z. B. massiv dagegen und sagt, man sollte gar nichts schrittweise machen.

(Zuruf)

Was wir brauchen, ist tatsächlich ein Diskurs von Wissenschaft und Politik über die Frage: Wie anfällig sind Kinder im Sinne einer Infektion? Denn wir können in diesem Zusammenhang natürlich auch das Thema Gesundheitsschutz nicht verneinen. Da gibt es Indizien; das stimmt. Die neueste Studie – Herr Kern, Sie haben es angesprochen – liegt seit wenigen Tagen vor. Ich hoffe sehr, dass die Studie, mit der die Universität Heidelberg und andere von der Landesregierung beauftragt wurden, baldmöglichst vorliegt. Diese befasst sich seriös mit der Frage: Gehen wir ein Risiko ein, wenn wir Kinder wieder in die Kitas lassen, in einen Regelbetrieb mit Erzieherinnen und Erziehern?

Wir sollten uns aber auch darüber Gedanken machen, dass es Erzieherinnen und Erzieher gibt, die sich Sorgen machen, die selbst zur Risikogruppe gehören. Die schreiben mir übrigens: „Wir würden gern arbeiten, sind aber gesundheitlich gefährdet und können deshalb nicht arbeiten.“ Das ist eine beträchtliche Zahl. Die Träger gehen von gut 40 % aus, die zur Risikogruppe gehören, die dann natürlich einer regulären Öffnung ein Stück weit entgegenstehen. Ich kann sie ja nicht zwangsverpflichten. Ich habe mich auch mit dem Thema Gesundheitsschutz zu beschäftigen und muss deshalb auch verantwortungsvoll mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgehen, ob das Lehrkräfte sind oder Erzieher. Aber auch das gehört zur Wahrheit: Wie setze ich das denn um?

(Beifall)

Deshalb hoffe ich sehr auf die Studie aus Heidelberg, die ja auf den Erkenntnissen einer isländischen Studie aufbaut, die durchaus das Signal aussendet, dass man sich vorstellen kann, dass Kinder nicht die „Infektionsherde“ – in Anführungszeichen – sind, die man anfangs unter Umständen vermutet hat.

Aber ich glaube, da brauchen wir wissenschaftsbasierte Grundlagen. Natürlich bekomme ich Briefe von Eltern – in freundlichem Ton und in unverschämtem Ton, mit Beschimpfungen –, man solle alles öffnen: „Corona kann jetzt weg.“ Dass aber vielleicht kein Missverständnis aufkommt: Ich mache auch Schulen und Kitas gleich morgen wieder auf; das ist kein Problem. Ich bin dafür da, dass Kitas und Schulen Angebote ma-

chen, dass Kitas betreuen und gute pädagogische Konzepte haben.

Dass für Kinder der Besuch von Kitas, liebe Frau Baum, sehr wichtig ist, steht außer Frage. Dass Bildung Präsenz heißt, dass Bildung in den Schulen unterrichtet wird, ist selbstverständlich. „Corona kann weg.“ Das sehe ich auch so. Es ist aber halt leider nicht weg, und leider kann weder ein Parlament wie dieses hier noch eine Landesregierung sagen: „Corona ist beendet.“

Solange wir auch für das Thema „Gesundheit und Infektionsschutz“ Verantwortung haben – übrigens bekomme ich auch viele Schreiben von Eltern, die sagen: „Wir haben Angst davor, unser Kind in eine Schule oder in eine Kita zu schicken“; diese Ängste muss ich auch ernst nehmen –, so lange müssen wir politisch differenziert vorgehen.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Poreski zu?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Bitte, ja.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Poreski, Ihre Zwischenfrage.

(Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

– Okay. Sorry.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Aber vor diesem Hintergrund muss man sich im Klaren sein, dass das Thema Gesundheitsschutz sehr wohl eine Rolle spielt. Sie haben die Urteile angesprochen zu der Frage – nicht nur in Baden-Württemberg –, ob es ein Recht auf Betreuung gibt. Das gibt es nicht. Auf der anderen Seite haben in Sachsen Eltern dagegen geklagt, dass Schulen wieder in einen Regelbetrieb gehen, dass sie die Systematik verändern und feste Gruppen, Klassengrößen bilden; diese Gruppen dürfen sich nicht durchmischen. Dieser Weg wurde vom Gericht in Sachsen untersagt mit dem Hinweis: Gesundheitsschutz hat Priorität – weil Eltern eine entsprechende Klage erhoben haben. Die Wahrheit ist differenziert, und die Wahrheit ist vielschichtig.

Deshalb ist die Suche nach Lösungen nicht ganz einfach. Deshalb bin ich froh, wenn wir baldmöglichst wissenschaftliche Erkenntnisse haben, um auf dieser Basis zu sagen: Trauen wir uns wieder einen normalen Regelbetrieb in den Kitas zu oder nicht? Aber, wie gesagt, dafür brauche ich auch das notwendige Personal.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Ministerin, jetzt habe ich eine Zwischenfrage von Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch. Lassen Sie diese zu?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Ja.

**Abg. Andreas Stoch SPD:** Frau Ministerin, es ist natürlich völlig legitim, sich auf die Frage des Gesundheitsschutzes zu beziehen, weil uns das gesundheitliche Wohl der Kinder ge-

(Andreas Stoch)

nauso wie das der Erzieherin und des Erziehers sehr wichtig ist. Aber es gibt ja nicht nur Forderungen von Leuten, die nichts mit medizinischen Kenntnissen zu tun haben.

Ich möchte deswegen auf einen Appell zu sprechen kommen, der von der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene, der Deutschen Gesellschaft für Pädiatrische Infektiologie – also genau der Infektionswissenschaft bezogen auf Kinder –, der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendmedizin sowie des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte vorliegt.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Von dieser Woche.

**Abg. Andreas Stoch SPD:** Man kann, glaube ich, nicht sagen, dass diese Verbände jenseits der Frage der medizinischen Gefährlichkeit, des Infektionsrisikos argumentieren.

Sie kommen in ihrer Bewertung, in ihrem Appell aber gleichzeitig auf die Frage anderer Auswirkungen einer Kitaschließung, z. B. psychische Beeinträchtigungen von Kindern und Familien, zu sprechen. Diese Verbände fordern in einem Appell, der gestern veröffentlicht wurde

(Zuruf: Frage!)

– langsam –, eine Öffnung aller Einrichtungen, und zwar ohne massive Einschränkungen durch die Bildung von Gruppen, die möglichst nicht vermischt werden sollen. Aber sie sprechen nicht von 50 oder irgendeiner anderen Prozentzahl, sondern davon, dass alle Kinder ein Kitaangebot brauchen.

Deswegen die Frage, Frau Ministerin: Wenn Sie sich hier auf die medizinische Argumentation berufen, wie begegnen Sie diesem Appell, der hier von Medizinern im Hinblick auf das Wohl der Kinder gemacht wird?

(Beifall)

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Vielen Dank. – Das ist nicht nur eine sehr berechtigte, sondern eine sehr wichtige Frage. Ich habe die Studie gestern Abend gelesen, die tatsächlich hochinteressant ist – übrigens nicht die einzige. Die Landesregierung in Sachsen kam aufgrund einer anderen medizinischen Herangehensweise zu einer ähnlichen Erkenntnis

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: In den Niederlanden auch!)

und hat gesagt: „Wir öffnen Kitas und Grundschulen.“ Sie wurde dann aber gerichtlich gestoppt. Sie haben ja das Urteil vom Wochenende mitbekommen.

Die Niederlande haben Sie, Herr Rülke, angesprochen. In der Schweiz gibt es ähnliche Erkenntnisse, weil die Schweiz auch bei kleineren, jüngeren Kindern diesen Rückweg angetreten ist.

Deshalb räume ich offen ein: Das ist genau die Diskussion, die wir führen müssen. Ich muss Ihnen aber ehrlich sagen: Ich tue mich schwer, dies politisch zu entscheiden, wenn die Wissenschaft auf dieser Basis Grundlagen gibt. Ich neige zu der Erkenntnis: Man hört sie. Wir, die Landesregierung, haben eine eigene Studie bei der Universität Heidelberg in Auftrag ge-

geben, und diese ist dann die Basis. Aber ich sage Ihnen eines offen, wenn Sie das hören wollen: Wenn auch diese Studie ergibt, dass Betreuung in der Kita unter Infektions- und Gesundheitsschutzgründen keine Herausforderung ist oder keine Gefahr bedeutet, und die Träger zudem ausreichend Erzieherinnen und Erzieher haben, dann können wir diesen Schritt gern gehen.

Nur: Gewissheit braucht man. Das ist nicht etwas, was man geschwind mal politisch entscheidet, weil das Thema Gesundheitsschutz und die Unsicherheit – – Deshalb ist ja die Diskussion so, wie sie ist. Sie wissen, dass es dazu unterschiedliche Haltungen gibt, dass es auch unterschiedliche gerichtliche Bewertungen gibt. Vor diesem Hintergrund ist es nicht einfach, hier eine Entscheidung zu treffen.

Also: Den Eindruck zu erwecken – das haben Sie nicht gemacht –, wir könnten einfach die Kitas wieder öffnen und in den Normalbetrieb übergehen – „das klappt schon“ –, finde ich, muss ich Ihnen ehrlich sagen, angesichts dessen, was das Thema Corona an Gesundheitsschutz mit sich bringt, nicht verantwortungsvoll. Deshalb brauchen wir diesen Diskurs. Aber ganz so einfach stelle ich mir das nicht vor, weil es, wie gesagt, viele Eltern gibt, die sich da Sorgen machen.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schweickert zu?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Gern. – Sie sitzen alle irgendwie anders, deswegen schaue ich immer erst mal suchend.

**Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP:** Nein, ich sitze immer auf diesem Platz. Das ist das Schöne an den Einzelplätzen, die Herr Dr. Rülke und ich haben.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Frau Ministerin, Sie haben auf diese Studie rekurriert, die im Auftrag der Landesregierung läuft. Wann erwarten Sie denn da Ergebnisse, und wann sind die dann in der Umsetzung? Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage: Was machen Sie bis dahin mit den Waldkindergärten? Denn dort sind die Kinder und Erzieher eigentlich draußen. Passt das dann zu der Strategie, die Sie gerade vorgestellt haben?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Was das Thema Waldkindergärten angeht, haben wir keine Differenzierung. Bayern z. B. behandelt Waldkindergärten anders als andere Kindergärten – wenn ich das so sagen darf. Wir behandeln alle Kindergärten einheitlich, weil wir da auch viele Differenzierungen haben. Deshalb gilt das, was für alle Kindergärten gilt, auch für die Waldkindergärten.

Wir gehen davon aus, dass die Studie jetzt in der Endphase ist und wir sie baldmöglichst auch veröffentlichen können. Wir, die Landesregierung, haben diese Studie bei renommierten Universitäten in Auftrag gegeben, um genau die Antworten zu bekommen, die wir brauchen. Politik kann nicht einfach entscheiden im Sinne von: „Wir bewerten das mal, ob dies im Sinne des Gesundheitsschutzes angemessen ist oder nicht.“

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

Deshalb haben wir die Studie in Auftrag gegeben. Deren Vorlage erwarten wir in den nächsten Tagen.

Lassen Sie mich auch noch etwas zum Thema Schulen sagen. Herr Kern, Sie haben so schön vom Jugendminister in Nordrhein-Westfalen gesprochen. Von ihm stammt übrigens tatsächlich der Vorstoß in der Familienministerkonferenz, die ja die ganzen Kriterien für eine bundesweite schrittweise Öffnung der Kitas erarbeitet hat – gute Handschrift, keine Frage. Wahrscheinlich gefällt Ihnen der Minister auch deshalb so gut, weil er ein FDPler ist.

(Zurufe)

Sie haben aber auch wahrgenommen, dass die schrittweise Öffnung der Schulen in NRW nicht ganz so glücklich gelaufen ist. Verantwortlich dafür ist die von mir sehr geschätzte Kollegin Gebauer, auch von der FDP – nur damit Sie sie in der Würdigung nicht vergessen.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

Ich wollte es nur erwähnen. Wenn man schon zitiert, sollte man es umfassend tun. Sie haben dort ja zwei starke Minister.

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP:  
Wir wechseln halt nicht so schnell in den Sympathien  
wie Sie! – Vereinzelt Heiterkeit)

Zurück zur schrittweisen Öffnung an den Schulen. Derzeit laufen die Prüfungen; heute läuft die Abiturprüfung in Deutsch. Ich bin den Schulleitungen dafür, wie sie es umsetzen, sehr dankbar. Wir haben auch bezüglich der Viertklässler, die seit dieser Woche wieder in der Schule sind, keine Rückmeldungen, dass irgendetwas nicht funktioniere. Genauso ist es bei den Kitas mit den Erzieherinnen und Erziehern. Insoweit läuft die schrittweise Öffnung an den Schulen.

Aber auch da ist es das Gleiche: Es ist kein normaler Regelunterricht. In den Grundschulen wird Deutsch, Mathematik und Sachkunde unterrichtet. Dass die Kinder maximal zwei, drei Stunden in der Schule sind, hängt auch damit zusammen, dass man beispielsweise keine – in Anführungszeichen – regelmäßigen „Pausenprogramme“ machen kann, weil man natürlich auf das Abstandsgebot achten muss, Kinder aber nicht länger als zwei, drei Stunden in einem Raum bleiben können. Das sind alles Aspekte, die dazugehören. Deshalb ist das alles ein bisschen differenzierter und ein bisschen komplexer, als einfach zu sagen: „Mach halt wieder auf.“

Worüber ich mich freue, ist: Wir haben den digitalen Unterricht neben dem Präsenzunterricht, der nach Pfingsten wieder beginnt. Ich freue mich, dass auf der Basis des 500-Millionen-€-Pakets der Bundesbildungsministerin Mittel für die Ausstattung mit Laptops – nach dem Königsteiner Schlüssel sind es 65 Millionen € – nach Baden-Württemberg fließen. Wir haben uns darauf verständigt, diese Summe zu verdoppeln und seitens des Landes Baden-Württemberg gleichfalls 65 Millionen € draufzulegen, sodass wir dann relativ zügig einige Hunderttausend Laptops an die Schülerinnen und Schüler geben können, die solche Geräte nicht haben und in diesem Punkt für uns schwer erreichbar sind. Auch das ist, wie ich glaube, ein sehr wichtiges Signal für Familien mit Kindern.

(Beifall)

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie uns daran arbeiten, wie wir es gut machen. Es ist keine einfache Zeit, und es gibt auch keine Blaupause.

Es gibt übrigens auch sehr viele unterschiedliche Wünsche und Vorstellungen. Die einen, die sofort öffnen wollen, sagen: „Corona geht weg, Corona ist weg, Corona gab es noch nie“, und auf der anderen Seite sind diejenigen, die sehr unsicher und sehr vorsichtig sind.

Die Zustimmung für die Bundesregierung – wenn man sich schon Bewertungen für diesen sehr differenzierten und vorsichtigen Kurs anschaut – ist nach wie vor sehr, sehr hoch. Auch die Zahlen muss man sich angucken. Also zu sagen, alles sei falsch, kann nicht laufen.

Ja, wir müssen ein besonderes Augenmerk auf die Kinder und die jungen Menschen haben, auch auf die Familien. Darum ist es wichtig, dass wir dafür Konzepte erarbeiten. Dazu lade ich jeden ein.

Lassen Sie mich mit einem Zitat von Lorient schließen:

(Zurufe)

*In Krisenzeiten suchen Intelligente nach Lösungen, ...*

die weniger Intelligenzen

(Zuruf: Idioten!)

*suchen nach dem Schuldigen.*

Vielen Dank.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** In der zweiten Runde erteile ich das Wort für die SPD-Fraktion Herrn Abg. Born.

**Abg. Daniel Born SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Poreski hat so fleißig und sauber alle Versäumnisse des Kultusministeriums aufgezählt, dass ich das jetzt nicht wiederholen muss. Ich kann nur Danke sagen,

(Beifall)

weil das noch einmal klargemacht hat, warum wir diese Debatte heute führen mussten.

Frau Kultusministerin, ich gebe Ihnen mit dem Lorient-Zitat voll und ganz recht. Jetzt verwende ich einmal beide Zitateile: Schuldig ist das Coronavirus – vielleicht sind wir uns darin auch einig –, und jetzt suchen wir hier als Intelligente alle zusammen nach Lösungen. Aber dazu gehört eben, dass Sie nicht nur sagen, wie wenig beherrschbar dieses Virus ist, sondern dass Sie zeigen, in welchen Bereichen Sie eine entsprechende Führung ausüben: Das ist die Kultus- und Familienpolitik in diesem Land, das ist die Frage, wie Sie vor dem wissenschaftlichen Hintergrund, über den wir verfügen, Kitaöffnungen gestalten.

Wenn Sie eben samstags eine Verordnung machen, die für eine Öffnung am Montag gilt, hat das nichts mit dem Coronavirus, sondern mit Ihrem Chaos bei der Arbeitshaltung zu tun.

(Beifall)

(Daniel Born)

Das werden wir hier im Landtag ansprechen.

Herr Röhm, ich hätte mir wirklich gewünscht, dass Sie vor Ihrer Rede wenigstens mit einer einzigen Bürgermeisterin, mit einem einzigen Bürgermeister in Ihrem Wahlkreis einmal gesprochen hätten.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Die Rückmeldung der Kommunalen ist: CDU-Bürgermeister schäumen teilweise vor Wut über das Chaos, das hier ausgelöst wurde.

Wenn Sie sich so sehr darüber freuen, dass es am Montag einen dunklen Tag für die direkte Demokratie in Baden-Württemberg gab,

(Zuruf)

dann sollten Sie nicht vergessen, dass Montagfrüh ein chaotischer Tag in Baden-Württemberg war, weil die Eltern nicht wussten, ob ihre Kinder jetzt wieder in die Kita dürfen, weil die Kinder nicht wussten, ob sie wieder in ihre Kita dürfen, weil die Träger nicht wussten, was sie machen sollen. Das lag an dieser Kultusministerin und an diesem Management.

(Beifall)

Das muss man hier im Landtag auch erwähnen.

Sie reden darüber, dass Sie jetzt praktisch einen Funken an Gebührenfreiheit gemacht haben, dass in einem Zeitraum, in dem die Kinder diese Leistung gar nicht bekommen und die Eltern ihre Kinder gar nicht in die Kita schicken können,

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

keine Gebühren mehr erhoben werden. Dazu muss man sagen: Die Initiative kam aus den Kommunen – dort haben sich die Gemeinderäte dafür eingesetzt –,

(Zuruf: Ach Quatsch!)

die eigentlich erwarten, wenn Sie hier solche Reden schwingen, dass sie die Kosten entsprechend erstattet bekommen. Da hinken Sie mittlerweile aber mächtig hinterher. Da reichen die Summen, die Sie eingestellt haben, überhaupt nicht.

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wer hat denn die 100 Millionen € überwiesen?)

Deshalb gehört zu einer sinnvollen Familienpolitik eben auch, das Sie die Kommunen unter den Schirm – –

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Jede große Reise beginnt mit dem ersten Schritt!)

– Ja, aber Sie machen nur lauter erste Schritte. Die Kitas sind seit acht Wochen geschlossen. Mit Ihren ersten Schritten helfen Sie den Familien überhaupt nicht.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ja, natürlich!)

Die müssen nämlich mittlerweile seit Wochen damit zurechtkommen, dass sie die Kinder nicht mehr in die Kita vor Ort schicken können.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

– Wir machen das im Bund ordentlich.

(Zurufe)

Deshalb merken wir, wo es nicht ordentlich läuft. Das ist hier im Land, in dem Sie die Kultusministerin stellen. Hier geht es schief; hier wird es chaotisch.

(Beifall)

Dieses Chaotikum hilft den Familien in Baden-Württemberg überhaupt nicht.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Poreski.

**Abg. Thomas Poreski** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Kern, Italien ist eine der größten Volkswirtschaften der Welt. Warum habe ich das angesprochen? Ich glaube, es bricht uns kein Zacken aus der Krone, wenn wir auch von einem Land wie Italien lernen, das hier einfach besser ist. Mir die Worte im Mund zu verdrehen finde ich nicht sehr originell.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

Es bricht uns auch kein Zacken aus der Krone, wenn wir über Kitaöffnungen mit Infektionsschutz sprechen und da beispielsweise nach Dänemark schauen. Auch das würde sich lohnen, obwohl dieses Land so klein ist. Ich finde die Assoziation, es sei irgendwie schräg, solche Vergleiche zu machen, nicht nachvollziehbar.

Vielleicht ist aber wenigstens eines klar: dass in einer Krise wie der jetzigen nicht alles rundläuft, weil es eben keine Vorerfahrungen damit gibt, dass wir alle in einem Lernprozess sind. Dass solche Lernprozesse auch über offene Debatten stattfinden, ist nicht gerade sensationell, sondern notwendig. Wenn die SPD das befremdlich findet,

(Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

dann muss sie das mit sich ausmachen. Wir sagen: Gutes Krisenmanagement funktioniert nur mit Offenheit und Kritikfähigkeit.

Vielen Dank.

(Beifall – Abg. Andreas Stoch SPD: Die CDU jubelt!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Röhm.

**Abg. Karl-Wilhelm Röhm** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Born, selbstverständlich gibt es vor Ort unterschiedliche Voraussetzungen. In meinem Wahlkreis – das weiß ich – könnte man sagen, dass für 95 % aller Einrichtungen die Information völlig ausreichend war und das Ganze dort bewältigt werden konnte.

(Lachen – Zurufe, u. a. Abg. Reinhold Gall SPD: Laufen Sie eigentlich nur mit Scheuklappen herum?)

Das ist einfach so.

(Karl-Wilhelm Röhm)

Ich möchte auch auf den Schulbereich hinweisen. Sind Ihnen irgendwelche Probleme aus dem Schulbereich bekannt? Die Schulen hatten keine längere Vorlaufzeit, und dort hat es auch funktioniert.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Ich gestehe gern zu, dass es für große Träger, die Hunderte von Einrichtungen haben, schwieriger ist.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Man muss das Personal ersetzen usw. Das sind aber Aufgaben, die nicht von Stuttgart aus erledigt werden können. Vor Ort weiß man, welche Kinder den größten Betreuungsbedarf haben. Das kann nicht in Stuttgart festgelegt werden. Deswegen setzen wir auf die Expertise der Einrichtungen. Dort müssen die Entscheidungen – auch unangenehme Entscheidungen – getroffen werden.

(Beifall – Zurufe, u. a.: Das war jetzt aber schwach!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Dr. Baum.

**Abg. Dr. Christina Baum** AfD: Auf dem Cannstatter Wasen demonstrieren seit Wochen Menschen aller ideologischen Ausrichtungen, die nichts weiter wollen als ihr normales Leben zurück – friedlich und diszipliniert.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Es geht um Familien!)

Von allen Medien erleben sie Hetze, Beleidigungen, Beschimpfungen.

Mein Kollege Peter Stauch und ich waren dort als Teilnehmer,

(Zuruf: Das habe ich mir gedacht!)

vor allem aber auch als Volksvertreter,

(Zurufe)

um uns ein Bild von dieser Bewegung zu machen. Dort hätten Sie auch sein müssen. Denn das sind auch Ihre Wähler.

Die Terrororganisation Antifa hat am Samstag drei Demoteilnehmer überfallen und zwei schwerst verletzt. Ein Mann kämpft mit einer Schädelfraktur ums Überleben. Von Peter Stauch und mir wurden, wie Sie vorhin gesehen haben, Steckbriefe angefertigt und verteilt. Wir werden wahrscheinlich die Nächsten sein.

(Abg. Daniel Born SPD: Haben Sie das Thema gelesen?)

Herr Strobl, Sie können die Sicherheit friedlicher Demonstranten in Baden-Württemberg nicht mehr gewährleisten. Sie sind mitverantwortlich oder hauptverantwortlich für diesen Vorfall am Samstag.

(Vereinzelt Lachen – Unruhe)

Denn es gab in den Wochen davor schon genau die gleichen Angriffe.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Abg. Dr. Baum, reden Sie bitte zur Sache, und beenden Sie Ihre Rede. Danke.

**Abg. Dr. Christina Baum** AfD: Sie alle haben eine mittelbare Verantwortung, weil Sie seit Jahren ein Vorgehen gegen diese Organisation ablehnen. Auch heute früh haben Sie Ihr wahres Gesicht wieder gezeigt.

Vielen Dank.

(Beifall – Zuruf: Was kriegt ein Abiturient heute zu dem Aufsatzthema, wenn er dazu so spricht? – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU: Setzen, Sechs! Thema verfehlt! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, ich weiß nicht! Es darf ja keiner durchfallen! – Gegenruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD – Weitere Zurufe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Kern. – Es wäre schön, wenn die Gespräche eingestellt würden. Vielen Dank.

Herr Abg. Dr. Kern hat das Wort.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir noch ein Wort zu den Elternbeiträgen und dem bereits angesprochenen Gerichtsurteil. Die FDP/DVP-Fraktion ist von Beginn der Coronakrise an dafür eingetreten, dass die Eltern während der Zeit der Schließungen der Einrichtungen natürlich keine Beiträge für die Kindertagesbetreuung bezahlen müssen.

Unabhängig davon haben für uns Qualitätsverbesserungen wie die Verstärkung der Sprachförderung, der noch immer nicht verbindliche Orientierungsplan, eine dauerhaft finanzierte Leitungszeit für Kita- und Kindergartenleitungen und eine Verbesserung der finanziellen Situation der Tageseltern klar Vorrang vor einer allgemeinen Beitragsfreiheit, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dies gilt umso mehr in Zeiten, in denen das zur Verfügung stehende Geld knapp wird.

Einsetzen werden wir uns aber für die Bezahlbarkeit und die soziale Ausgewogenheit der Beiträge. Genau dies sollte eigentlich auch für Sozialdemokraten das prioritäre Ziel sein.

Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall – Abg. Andreas Stoch SPD: Nicht viel verstanden da vorn!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 unserer Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Verordnungen am Wochenende, Chaos am Montag – Wann findet Ministerpräsident Kretschmann einen ordentlichen Krisenmodus mit seiner Landesregierung? – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Auch hier darf ich die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bundesweit erleben wir in diesen Tagen und Wochen anschwellende Demonstrationen gegen die Coronarettungstätigkeit der Regierungen. Die größte Demonstration erleben wir Samstag für Samstag auf dem Cannstatter Wasen.

Nun gibt es dort sicher dubiose Gestalten;

(Zuruf: Die Frau Baum!)

einige davon haben ja heute schon gesprochen.

(Heiterkeit – Zurufe)

Es gibt Aluhutträger und Verschwörungstheoretiker,

(Zuruf)

aber es gibt auch Menschen aus der Mitte der Gesellschaft, die um ihre Freiheitsrechte kämpfen, die sich Sorgen machen

(Zuruf: Was machen wir? – Abg. Anton Baron AfD:  
Ihr Kemmerich vielleicht! Kemmerich nicht vergessen!)

und deren Motive man nicht infrage stellen sollte, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wenn sich nun die Frage stellt, warum die größten Demonstrationen in Stuttgart sind, Herr Ministerpräsident, dann muss man sich vielleicht fragen, ob Ihre Landesregierung in den letzten Wochen nicht den meisten Anlass zu Kritik bietet, ob wir nicht deshalb die größten Demonstrationen in Baden-Württemberg haben, weil die Regierungspolitik so fehlerhaft und so widersprüchlich ist.

Sie haben jetzt wieder eine Verordnung mit heißer Nadel gestrickt: Ihr Ampelsystem, wonach wieder strikte Einschränkungen angeordnet werden sollen, wenn in einer Region innerhalb einer Woche 50 Neuinfektionen auf 100 000 Menschen gemeldet werden. Die Grundüberlegung halten wir gar nicht für schlecht, aber die Ausführung ist es wieder allemal. Es gibt keine klar erkennbaren, nachvollziehbaren Regelungen. Im Grunde wird die Verantwortung auf die Landkreise delegiert und den Landräten der Schwarze Peter überreicht, was die Frage der Einschränkung von Grundrechten betrifft. Da erwarten wir uns klarere Regelungen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall)

Diejenigen, die letztlich an der kommunalen Basis den Kopf hinhalten, werden überfordert. Und es ist schon so, wie es der Kollege Born vorhin im Zusammenhang mit dem Thema „Verordnungen im Bildungsbereich“ geschildert hat; das erleben wir auch in anderen Bereichen. Kollege Schweickert

und ich könnten Ihnen, gerade auch aus unserer Region, eine ganze Reihe von Pressemitteilungen von CDU-Oberbürgermeistern und CDU-Bürgermeistern vorlegen, die sich gegen diese Verordnungen verwahren. Und die Kurzfristigkeit dieser Verordnungen ist keine Erfindung, Herr Kollege Röhm.

(Beifall – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Das Prinzip „Verordnung am Sonntagabend um 23:59 Uhr und anschließend die Umsetzung am Montagmorgen“ ist zum Markenzeichen Ihrer Koalition geworden, Herr Ministerpräsident. Und wenn Sie einmal durch die Kommunen gehen, werden Sie feststellen: Die meisten Lokale haben noch gar nicht geöffnet, weil sie von der Umsetzung dessen überfordert waren, was an Verordnungen gelaufen ist, und zwar nicht unbedingt deswegen, weil die Verordnungen schlecht waren, sondern aufgrund der Kurzfristigkeit und der Überforderung vor Ort.

(Beifall)

Ein klassisches Beispiel ist der Eiertanz um die 800 m<sup>2</sup>. Zunächst haben Sie, Herr Ministerpräsident, erklärt, Sie seien nicht für 800 m<sup>2</sup>, sondern für 400 m<sup>2</sup>. Dann gab es angeblich den Kompromiss mit den 800 m<sup>2</sup>. Den haben aber von vorneherein alle anders verstanden. Bei uns in Baden-Württemberg galten 800 m<sup>2</sup> für alle, und wer eine größere Fläche hatte, durfte nicht öffnen. In anderen Bundesländern war es anders. Schließlich hat ein Gericht Sie dazu gezwungen, dass diejenigen mit einer größeren Fläche zumindest 800 m<sup>2</sup> öffnen durften, und mittlerweile haben Sie diese Regelung ganz abgeschafft. Professionelles Regierungshandeln sieht anders aus, meine Damen und Herren.

(Beifall)

In § 3 Absatz 1 der Corona-Verordnung der Landesregierung lesen wir zum Thema Gesichtsmasken: Wer aus medizinischen Gründen eine solche Maske nicht tragen kann, für wen das Tragen unzumutbar ist, wird davon freigestellt. Für den Einzelhandel fehlt dies in der Corona-Verordnung. Also kann es vor Ort von den Einzelhändlern nicht umgesetzt werden – mangelhaftes Regierungshandeln, Herr Ministerpräsident.

(Beifall)

Minister Lucha machte einen Alleingang bei den Zahnärzten – Baden-Württemberg war hierbei das einzige unter den 16 Bundesländern. Dann gibt es Kritik, dann rudert er teilweise zurück, und ein paar Wochen später rudert er ganz zurück. Ordentliches Regierungshandeln sieht anders aus, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Und wenn man wie der Innenminister signalisiert: „Wir hätten gern eine Kultur des Denunziantentums, man soll seine Nachbarn anzeigen, wenn gegen Coronaverordnungen verstoßen wird“, dann trägt das auch nicht zum inneren Frieden in diesem Land bei, meine Damen und Herren.

(Beifall – Zuruf: Das ist Quatsch!)

Das gilt ebenso, wenn Minister Hermann zunächst eine schrittweise Öffnung der Fahrschulen verspricht, und anschließend gibt es dann doch keine schrittweise Öffnung. Ordentliches Regierungshandeln sieht anders aus.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Ich nenne den Eiertanz um das Hilfsprogramm für die Gastronomie: Die CDU-Minister versprechen für die Gastronomie ein Hilfsprogramm in Höhe von 328 Millionen €. Dann steht der Ministerpräsident auf der Bremse. Und über Tage und Wochen weiß die Branche nicht, in welche Richtung es geht, meine Damen und Herren. Ordentliches Regierungshandeln sieht anders aus.

(Beifall)

Das sind Streitereien in dieser Landesregierung, Frau Eisenmann, das gilt natürlich auch für Ihr Ressort.

Wenn dann einerseits Profisportler in Kontaktsportarten schon seit Wochen trainieren, aber Breitensportler in erkennbar nicht infektiösen Sportarten das nicht dürfen, dann sinkt die Akzeptanz für das Regierungshandeln.

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Wir kritisieren ja überhaupt nicht, dass darüber diskutiert wird, ob man Schulen jetzt öffnen kann oder nicht. Wir diskutieren nicht darüber, dass es Studien zum Infektionsverhalten von Kindern und Jugendlichen gibt, die man sich anschauen muss. Wir diskutieren auch nicht weg, dass es sinnvoll ist, Schulen und Kindertagesstätten dann möglicherweise schrittweise zu öffnen. Was wir aber kritisieren, ist, dass Sie nicht vorbereitet gewesen sind, als es dann so weit war. Das ist doch das Problem, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Über Wochen war klar: Irgendwann öffnen wir wieder einmal die Schulen. Über Wochen hat der Ministerpräsident immer den Schulerschluss mit Herrn Söder gesucht. Als es dann so weit war, waren die Bayern plötzlich weg und haben Ihnen eine lange Nase gedreht: „Ätsch, wir haben schon aufgemacht!“ Wir in Baden-Württemberg sind jetzt mit dem Saarland zusammen die Letzten, weil wir nicht vorbereitet waren, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Was die Kindertagesstätten anbelangt – das wurde ja schon gesagt –, sollte am 18. Mai eine Öffnung erfolgen. Daran haben Sie eisern festgehalten, Frau Eisenmann. Aber die Notverordnung kam am 16. Mai. Die Kommunen haben das kritisiert; die meisten sagen: Wir müssen das mindestens eine Woche vorher wissen.

Es ist ja nicht die Opposition, die Sie dafür kritisiert – zumindest nicht nur, Frau Eisenmann. Ich darf Ihnen vielleicht vortragen, was der Regierungssprecher im Auftrag des Ministerpräsidenten zu Ihrem Regierungshandeln gesagt hat. Ich zitiere Herrn Hoogvliet:

*Es liegt schlicht daran, dass das Kultusministerium den Vorschlag erst am Dienstagabend beziehungsweise ordentlich ausgearbeitet am Mittwoch vorgelegt hat.*

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Hört, hört!)

Der Ministerpräsident sagt also, Sie arbeiten nicht ordentlich, Frau Eisenmann.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Da läuft es richtig gut!)

Wenn das im Zeugnis steht, ist die Versetzung gefährdet. Vielleicht sind Sie deshalb dafür, dass in diesem Jahr keiner sitzenbleibt, Frau Eisenmann,

(Vereinzelt Heiterkeit)

weil der Ministerpräsident Ihre Versetzung als gefährdet ansieht.

(Beifall)

Das könnte ja durchaus sein. – Jedenfalls ist das Bild, das diese Landesregierung nach außen abgibt, für viele Menschen offensichtlich Grund genug, auf die Straße zu gehen. Diese Regierungspolitik muss besser werden, meine Damen und Herren.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz das Wort.

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das besonnene und entschlossene Handeln der Landesregierung hat in der Coronakrise in Baden-Württemberg Schlimmeres verhindert.

(Beifall – Zuruf)

Das wird deutlich, wenn man sich Baden-Württemberg im internationalen Vergleich anschaut. Deswegen finde ich es in dieser Krise wichtig, Maß und Mitte zu halten. Ich bin Ihnen, Herr Ministerpräsident, für diesen Kurs von Maß und Mitte dankbar. Ich bin der gesamten Landesregierung dankbar für dieses gute Management – auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ressorts.

(Beifall)

Denn klar ist doch: Bei der Pandemiebekämpfung müssen schnell wirksame und zielgerichtete Maßnahmen getroffen werden. Das ist Politik in Echtzeit. Es musste zügig gehandelt werden, und es wurde zügig gehandelt. Dabei ist stets der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu wahren; das ist für uns selbstverständlich.

Wenn ich auf die letzten Wochen zurückblicke, kann ich festhalten: Die Landesregierung von Baden-Württemberg führt Baden-Württemberg gut durch diese Coronakrise.

(Beifall)

Eine Krise von solch einem globalen Ausmaß, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist schon eine Riesenherausforderung. Für diese Krise gab es keine Konzepte in der Schublade. Es gab eben gerade keine Blaupause, die man einfach hätte ziehen können.

(Unruhe – Zurufe, u. a. Abg. Bernd Gögel AfD: Einen Pandemieplan hat sie nicht gefunden!)

Deswegen ist klar: Zeit und Schnelligkeit sind bei der Bewältigung der Krise entscheidende Faktoren; denn es drohte die reale Gefahr, dass diese Pandemie außer Kontrolle gerät. Das heißt, es gab keine Zeit für langfristige Planungs- und Beteiligungsprozesse.

(Zuruf: Seit 2012!)

(Andreas Schwarz)

Aber das Geschehen einfach laufen zu lassen, diese Zeit hatten und haben wir nicht. Was ansonsten im ausführlichen Gesetzgebungsverfahren mit umfassender Beteiligung verschiedener Akteure erfolgt, das musste im wahrsten Sinn des Wortes über Nacht entschieden werden. Gefahrenabwehr ist hier das richtige Stichwort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Gefahrenabwehr! Baden-Württemberg hat hier von Anfang an entschlossen, besonnen und verhältnismäßig gehandelt, um die Bevölkerung zu schützen. Unsere Rechtsordnung hat sich als leistungsfähig erwiesen.

Wir haben gezeigt: Die Demokratie kann in dieser Krise schnell und angemessen reagieren – unter Wahrung der bürger- und rechtsstaatlichen Grundsätze –, und das zeigt: Die Demokratie ist in dieser Krise vollständig handlungsfähig, meine Damen und Herren.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Schwarz, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Klos zu?

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Nein. – Eingriffe zur Gefahrenabwehr unterliegen gleichwohl dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Hiervon entbindet auch keine Eile.

Es ist verständlich, dass es bei solchen Eilverfahren mal zu der einen oder anderen Unschärfe kommen kann. Dafür habe ich Verständnis – und ich verstehe die Kritik der Bürgerinnen und Bürger, wenn es da die eine oder andere Unschärfe gibt. Wir müssen aber doch wissen: Mit dem, was wir über Corona, über dieses Virus wissen, stehen wir erst am Anfang unserer Erkenntnisse; mit jedem neuen Forschungsergebnis gewinnen wir neue Erkenntnisse, wie wir mit diesem Virus umzugehen haben.

An dieser Stelle ist schon mehrmals die Kinderstudie aus Heidelberg zitiert worden. Ich will auch nochmals auf die Untersuchungen des Robert Koch-Instituts mit 2 000 Menschen in Kupferzell hinweisen. All solche Untersuchungen geben uns wichtige Informationen. Deswegen ist für mich klar: Solche Informationen müssen immer wieder in das Regierungshandeln einfließen. Das heißt, dass dann auch Anpassungen der Verordnungen vorgenommen werden können. Konkret bedeutet das eben, dass die Landesregierung von ihr getroffene Entscheidungen stets im Lichte neuer Erkenntnisse überprüfen kann. Für mich ist das kluges und richtiges Regierungshandeln.

(Beifall – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Diesen Weg der zielgerichteten Pandemiebekämpfung werden wir weitergehen. Die Landesregierung ergreift die Maßnahmen, die tatsächlich geeignet sind, und auch nur diese. Wir teilen diesen Weg, wir gehen diesen Weg mit.

Auch die Ampelsystematik, Herr Ministerpräsident, die von der Landesregierung beschlossen worden ist, ist hierbei ein sehr kluges Vorgehen. Sie ermöglicht nämlich ein zielgerichtetes Vorgehen in den jeweiligen Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg. Liegt der Siebentagewert bei 35 Neuinfektionen, springt die Ampel auf Gelb; weitere Maßnahmen werden ergriffen, wenn – bei Infektionszahlen von über 50 –

die Ampel rot ist. Das ist in meinen Augen ein zielgerichtetes Vorgehen. Das ist inhaltlich richtig, und wir können damit diese Krise in Baden-Württemberg gut meistern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Zum guten Regierungshandeln gehört, dass wir niemanden im Stich lassen. Das ist für meine Fraktion enorm wichtig. Wir lassen in dieser Krise die Menschen in Baden-Württemberg nicht im Stich. Deswegen haben wir gestern Abend in der Koalition den Weg frei gemacht für ein Corona-Soforthilfepaket in Höhe von 1,5 Milliarden €. Wir unterstützen damit gezielt die Gesellschaft, die Menschen in Baden-Württemberg und auch die Wirtschaft in unserem Bundesland.

Mit einem branchenoffenen Soforthilfefonds in Höhe von 775 Millionen € und einer Liquiditätsbrücke helfen wir gezielt kleinen und mittleren Unternehmen.

Darüber hinaus greifen wir Branchen unter die Arme, die von den Folgen der Pandemie besonders stark betroffen sind. 330 Millionen € stellen wir an Soforthilfen für die Gastronomie und die Hotellerie zur Verfügung. Mit 240 Millionen € unterstützen wir den öffentlichen Personennahverkehr, mittelständische Busunternehmen, denen einfach die Aufträge weggebrochen sind. Denn für uns ist klar: Ein funktionierender Nahverkehr ist Teil der Daseinsvorsorge, und wenn jetzt Schülerinnen und Schüler wieder vermehrt in die Schule gehen, dann muss auch der öffentliche Nahverkehr funktionieren.

(Beifall)

Über die wichtige Rolle von Kunst und Kultur werden wir später bei Tagesordnungspunkt 3 reden. Aber wir sehen, wie wichtig in Baden-Württemberg das bürgerschaftliche Engagement der Menschen ist. Deswegen unterstützen wir die Vereine in unserem Land mit 50 Millionen € Soforthilfe, sowohl im Sport als auch in der Amateurmusik, im Naturschutz, im sozialen Bereich.

Frau Ministerin Eisenmann hat es heute Morgen angesprochen, ebenso wie der Kollege Poreski: Damit der digitale Fernunterricht gelingen und ausgebaut werden kann, stellen wir zusätzlich 65 Millionen € bereit, damit mehr Schülerinnen und Schüler über digitale Endgeräte verfügen können.

Das macht unterm Strich deutlich, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir lassen niemanden im Stich. Mit der Corona-Soforthilfe sichern wir unsere Daseinsvorsorge. Wir sichern Existenzen. Wir vermeiden Insolvenzen, und wir erhalten die Struktur unserer erfolgreichen mittelständischen Wirtschaft. Damit meistern wir die Krise gut in Baden-Württemberg.

(Beifall)

Weil ja immer wieder der Dialog angesprochen wird und es Menschen gibt, die andere Meinungen vertreten: Es gehört zum Wesensgehalt einer Demokratie, dass es unterschiedliche Meinungen gibt. Dazu darf man sich selbstverständlich äußern und darf diese Meinungen auf der Straße vortragen; das ist ein Zeichen lebendiger Demokratie.

Auch dass die Schutzmaßnahmen diskutiert werden, ist ein Zeichen lebendiger Demokratie. Wenn ich mir die Umfrage-

(Andreas Schwarz)

werte anschau, stelle ich fest: Der überwiegende Teil der Bevölkerung trägt die Schutzmaßnahmen mit. Der überwiegende Teil der Bevölkerung sagt: „Es ist richtig, dass der Infektionsschutz nach vorn gestellt wird.“ Für dieses Verständnis der Bürgerinnen und Bürger darf ich mich auch ganz herzlich bedanken.

(Beifall)

Was ich allerdings schade finde und sehr bedaure: Es gibt Menschen, die gerade nicht den konstruktiven Dialog suchen. Sie, Herr Rülke, haben hier auch einige zitiert, die eben nicht den konstruktiven Dialog suchen; solche Menschen sitzen zum Teil auch hier im Parlament. Ich finde, wir müssen da klare Kante zeigen. Es ist schon eine seltsame Melange, die dort teilweise zusammenkommt. Wenn man sich die Sache näher anschaut und auch Polizeiberichte liest, stellt man fest: Es handelt sich teilweise auch um Rechtsextreme, Reichsbürger, Verschwörungstheoretiker. Dann werden Fake News verbreitet, und teilweise wird dort völlig faktenfrei argumentiert. Es werden Gerüchte in die Welt gesetzt, die keine Grundlage haben. Das schadet unserer Demokratie, und da müssen wir klare Kante zeigen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Wir werden auch hier nochmals darüber reden müssen, wie wir, der Landtag, nun stärker einbezogen werden. Herr Ministerpräsident, Sie haben ja in der letzten Woche die Offerte an das Parlament ausgesprochen. Ich sage es ganz offen: Wir kommen als Landtag unserer Aufgabe nach. Wir haben gemeinsam einen fraktionsübergreifenden Antrag zu Kreditermächtigungen beschlossen. Wir haben vor Kurzem eine Änderung der Gemeindeordnung beschlossen, um den Kommunen weitere Spielräume für die kommunalen Gremien zu geben. Wir werden heute Nachmittag in erster Lesung das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr beraten und auch auf diese Weise auf die Coronakrise reagieren. Das ist der richtige Weg, um vom Krisenmodus wieder in normale, geordnete und übliche Verfahren zu kommen.

Auch die Aktuellen Debatten in der vorletzten Woche sowie heute zeigen, dass wir uns im Parlament intensiv und auch fraktionsübergreifend mit der Coronakrise befassen. Das ist gelebte Demokratie, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Die Coronakrise ist noch nicht zu Ende. Am Anfang stand zügiges Handeln – Gefahr im Verzug! Maßnahmen zur Gefahrenabwehr mussten schnell getroffen werden. Jetzt bewegen wir uns hin zu vorsichtigen Öffnungen. Wir sind in der zweiten Phase der Krise, und da sind wir als Landtag, als Fraktionen nun auch stärker gefragt.

Nach wie vor ist der Maßstab der grünen Landtagsfraktion, entschlossen und besonnen zu handeln, um die Krise zu meistern. Das bleibt der richtige Weg. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen, und bleiben Sie gesund.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Reinhold Gall SPD: Aber zu dem Problem haben Sie überhaupt nichts gesagt!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart das Wort.

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg hat sich dieser beispiellosen Pandemiekrise bisher gut und auch erfolgreich entgegengestellt. Regierung und Parlament haben zur richtigen Zeit die richtigen Entscheidungen getroffen. Wir haben schnell gelernt. Es ist uns gelungen, die Ausbreitung des Virus einzudämmen, und wir haben es geschafft, die Überforderung vor allem des Gesundheitswesens zu verhindern.

(Zuruf: So ist es!)

Die Coronapolitik von Land und – das füge ich hinzu – Bund hat im ganz tatsächlichen Sinn Leben gerettet. In Baden-Württemberg gab es keine Szenen wie beispielsweise in Bergamo oder in New York. Für mich und für meine Fraktion hat das einen hohen Wert, und wir sind hierfür sehr, sehr dankbar.

(Beifall)

Kollege Schwarz hat zu Recht darauf hingewiesen: Wir haben jeweils mit „Flexible Response“ geantwortet, wir haben in der Tat besonnen und mit Maß und Mitte gehandelt.

Ich habe von Anfang an immer gesagt: Erst die Menschen schützen, dann auch der Wirtschaft helfen. Dabei waren wir erfolgreich, denn wir haben in diesem Landtag deutlich schneller als die meisten anderen Länder ein historisches Sofortprogramm für notleidende Unternehmen auf den Weg gebracht. Innerhalb weniger Tage sind Milliarden geflossen. Diese sind direkt bei den Betrieben angekommen.

Zuletzt sind mittlerweile 2,15 Milliarden € vom Land aus der Rücklage für Haushaltsrisiken und dazu noch 1,7 Milliarden € vom Bund ausbezahlt worden. Förderprogramme und Liquiditätshilfen wurden aufgestockt. Wir haben mittlerweile einen Beteiligungsfonds aufgebaut, wir haben Steuererleichterungen umgesetzt. Insoweit kann ich hier überhaupt kein Chaos erkennen. Herr Kollege Rülke, das war professionelles Krisenmanagement. So nennt man das.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Bei der Regierung oder bei der CDU-Fraktion?)

Der Punkt ist natürlich: Wir blicken auch immer über die Grenzen hinweg, Herr Kollege. Was liegt da näher als ein Blick nach Rheinland-Pfalz?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dort sind sie deutlich schneller unterwegs!)

Dort heißt der Wirtschaftsminister Volker Wissing. Wir haben einmal geschaut, wie das Handeln dort kommentiert wurde. Zitat:

*Zu umständlich, zu langsam, zu lückenhaft.*

(Zurufe: Hört, hört!)

So haben die Klagen der Unternehmen dort geklungen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wo steht das?)

Wenn wir uns einmal vor Augen halten: Bei uns war nach drei Tagen das Geld auf dem Konto.

(Vereinzelte Beifall)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Sie können in den Zeitungen lesen: In Rheinland-Pfalz hat es über 14 Tage gedauert.

(Beifall – Zurufe)

Insoweit ist es natürlich ein Unterschied.

(Abg. Carola Wolle AfD: Bei uns gibt es auch welche, die es nicht gleich gehabt haben!)

Wir haben, denke ich, den Kurswechsel geschafft, einen zügigen Weg aus dem Lockdown heraus beschritten. Wir folgen dem Prinzip: Wo Infektionsschutz sicher ist, muss auch Öffnung möglich sein. Wir haben immer gesagt – auch ich für meine Fraktion –: Freiheiten so viel wie möglich, Einschränkungen nur dort, wo unbedingt nötig. Das vertreten wir auch weiterhin.

Für die meisten Branchen haben wir Perspektiven geschaffen, wie Gesundheitsschutz und wirtschaftliches Leben miteinander vereinbar sind. Das war uns sehr wichtig. Ein sehr kraftvoller zweiter Aufschlag wurde nun gestern Abend mit dem Soforthilfepaket II beschlossen. Es wurde angesprochen: ein weiteres Paket in Höhe von 1,5 Milliarden € für die Wirtschaft, für kleine und mittlere Unternehmen, 330 Millionen € für Gastronomie und Hotellerie, 240 Millionen € für den öffentlichen Personennahverkehr plus die dazugehörigen Busse, 50 Millionen € für Kultur, für Vereine.

Die Kultusministerin, die einen hervorragenden Job in dieser schwierigen Phase macht – wir haben vorhin unter TOP 1 darüber diskutiert –, hat sich dafür ausgesprochen, neben den 65 Millionen € vom Bund weitere 65 Millionen € seitens des Landes für die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit Laptops bereitzustellen. Das hat gestern Abend die Haushaltsstrukturkommission bewilligt. Das heißt, es werden 130 Millionen € bereitgestellt, damit alle Schülerinnen und Schüler einen Laptop haben.

(Beifall)

Ich will hier das Kurzarbeitergeld ergänzend erwähnen. An die Kolleginnen und Kollegen von der SPD gerichtet sage ich: Heute ist der Tag der Leistungsverbesserungen für die Familien. Es wurde vorhin nicht angesprochen – ich dachte erst, das Thema sei aus diesem Grund gewählt worden –: CDU/CSU und SPD werden heute im Kabinett in Berlin beschließen, die Lohnfortzahlung sogar auf bis zu 20 Wochen verlängern, wenn Eltern unabdingbar ihre Kinder zu Hause erziehen müssen. So hilft man in der Krise auch den Familien in unserem Land, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall – Abg. Andreas Stoch SPD: In Berlin läuft es auch gut!)

Von den weiteren Soforthilfen profitieren werden alle, die unter der Krise stark und anhaltend leiden müssen: Die gesamte Event- und Messebranche, Caterer, Schausteller, Bäderbetriebe und viele mehr sind neben der Gastronomie und dem Tourismus in diesen Programmen enthalten. Diese Bereiche sind oft auch in großen Teilen systemrelevant. Sie garantieren Wertschöpfung, aber auch Jobs vor Ort.

Uns geht es darum – das will ich ausdrücklich sagen –, Existenzen zu sichern, Insolvenzen zu vermeiden. Deshalb war es

übrigens auch richtig, dass auf Bundesebene die Insolvenzantragsfrist bis zum 30. September ausgesetzt wurde. Es ist auch dringend und berechtigt, dass wir uns diese wichtigen Pfeiler mit diesen Programmen vornehmen. Wir wollen, dass Baden-Württemberg das Land der Gastfreundschaft bleibt; auch deshalb haben wir dieses Soforthilfepaket auf den Weg gebracht.

Ein Konjunkturpaket muss folgen. Damit werden wir den Standort Baden-Württemberg wieder zurück auf den Wachstumspfad bringen. Das hat die Regierung betont, das hat der Ministerpräsident betont. Das ist eine Sache, die auf der Strecke sicherlich angesprochen werden muss und angesprochen werden wird.

(Abg. Anton Baron AfD: Die CDU setzt sich nicht durch!)

Wir hatten heute Morgen Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden. Auch die Kommunen will ich hier nicht vergessen. Auch diese werden bereits am Montag mit der Finanzministerin ein Gespräch führen, der Innenminister und das Staatsministerium sind dabei. Natürlich sind wir auch Partner der Kommunen, aber ich will auch sagen: Alle Ebenen – Europa, Bund, Land, Kommunen – haben ihre Verantwortung in dieser Zeit, die es so noch nie gegeben hat.

(Beifall – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wir treffen Vorbereitungen – geordnet, stringent und hoch konzentriert.

Der nächste Punkt, der Fahrplan zum Einstieg in die eingeschränkte Regelbetreuung – es wurde erwähnt –, war frühzeitig bekannt. Die Ministerin hat ihn bereits am 6. Mai hier im Plenum ausführlich vorgestellt,

(Abg. Ulli Hockenberger CDU: Sehr richtig!)

auch was das Thema Fristen angeht; das wollen wir schon betonen. Insoweit ist hier von Chaos keine Spur.

Richtig ist: In einer solchen Krise sind schnelle Entscheidungen gefragt, nicht immer während der normalen Bürozeiten. Not kennt kein Gebot und schon gar keine Wochentage. Sie alle wissen, dass sich die Verordnungen mehrmals auch unmittelbar an die Beratungen in der MPK angeschlossen haben. Insoweit war oft auch der Ablauf vorgegeben. Sie werfen ja auch nicht der Feuerwehr vor, dass sie auch am Samstag abends zum Löschen ausrückt. Es ist wichtig, dass sie ausrückt.

(Beifall – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber wenn es donnerstags schon brennt! – Abg. Andreas Stoch SPD: Sie bestellen samstags das Löschfahrzeug! – Weitere Zurufe)

Andere Länder sind ähnlich verfahren: Schleswig-Holstein hat seine aktuelle Verordnung ebenfalls am Samstag veröffentlicht, auch Niedersachsen hat seine Verordnung über das Wochenende in Kraft treten lassen, ähnlich Rheinland-Pfalz. Insoweit ist das überhaupt kein Problem.

Das Entscheidende ist: Die Dynamik des Krisengeschehens hat jetzt nachgelassen. Jetzt werden wir aus dem Notmodus herauskommen; die Zeit der Eilentscheidungen geht zu Ende.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Deshalb wird jetzt die Coronapolitik auf eine neue Grundlage gestellt, die Regel-Ausnahme-Logik für die nächste Phase neu ausgerichtet – sie endet ja am 15. Juni.

Es herrscht eigentlich Einigkeit unter den Regierungsfractionen – auch bei der Regierung, übermittelt an uns –, dass wir dann alles zulassen und nur noch die Dinge, die beschränkt werden müssen, in einer Verordnung verankern. Das ist ein geordnetes Verfahren mit den Fraktionen.

Wir können in diesem Zusammenhang parallel auch über ein Pandemiegesetz sprechen, wenn man das zur Rechtssicherheit der Ermächtigungsgrundlagen braucht, auch was die Fragen der Grundrechtseingriffe angeht.

Ich will hinzufügen, weil auch das angesprochen wurde – „Eiertanz um die Gastronomie“ haben Sie gesagt, Herr Kollege Rülke –: Das erwähnte Hilfsprogramm ist ein Paket, über das sich Gastronomie und Hotellerie wirklich freuen können; das will ich schon einmal sagen.

(Beifall)

Da ist ja eher die Problematik – weil wir im Grunde genommen branchenoffen für das meiste einen großen Schirm für die Wirtschaftsministerin gespannt haben –, die Frage, ob wir hier vielleicht sogar zu weit gegangen sind. Aber ich glaube, diese Hilfe war wichtig für Baden-Württemberg.

Wir haben nun im Grunde genommen die Situation: So können wir jetzt dauerhaften Infektionsschutz erreichen und gleichzeitig den Weg zurück ins gesellschaftliche Leben weitergehen. Baden-Württemberg hat diese schwere Prüfung bisher gut durchgestanden. Ich bin mir sicher, wir haben alle Chancen, die Pandemie gemeinsam im Griff zu halten.

Ich will auch noch sagen: Wir haben in diesem Parlament innerhalb von drei Wochen ein Gesetz verabschiedet, wonach jetzt die Kommunen und die Sparkassen allesamt auch in Video-Konferenzen tagen können. Unser Landtag hat als einziges Parlament in Deutschland – auch mithilfe des Innenministers – die Voraussetzungen für eine dauerhafte Regelung geschaffen, sodass in Zukunft auch die Gemeinderäte videomäßig, audiomäßig tagen können. Auch das ist ein wichtiger Punkt.

Insoweit glaube ich, es ist gut, dass wir die Chancen wahrgenommen haben. Machen Sie mit, unterstützen Sie uns dabei. Dann wird unser Land weiterhin gut und stark durch die Krise kommen.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch das Wort.

**Abg. Andreas Stoch SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich denke, die FDP/DVP hat das Thema dieser heutigen Aktuellen Debatte gut gewählt. Ich möchte den Titel allerdings um der Wahrheit willen um ein einziges Wort ergänzen. Ich darf nochmals daran erinnern, dass wir im März über vier Fraktionen hinweg gemeinsam erste Schritte gegen Corona, zur Eindämmung der Pandemie und vor allem auch der Folgen beschlossen haben.

(Abg. Anton Baron AfD: In der Mittagspause!)

Zur Wahrheit gehört – das ist wichtig, denke ich –, dass wir diesen Kurs der Landesregierung mitgetragen haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist richtig!)

Ich spreche da auch für die FDP/DVP-Fraktion. Denn vieles von dem, was Sie bisher gesagt haben, bezieht sich auf die Frage des Beginns dieser Krise.

Wir müssen aber ehrlicher Weise fragen – deswegen ergänze ich den Titel um das Wort „wieder“ –: Wann findet Ministerpräsident Kretschmann wieder einen ordentlichen Krisenmodus?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Darüber kann man reden!)

Im März dieses Jahres wurde unser Land – ich glaube, da können wir alle zustimmen – in einer Weise verändert, wie es für uns vorher nicht denkbar war, und zwar nicht aus Jux und Tollererei, sondern weil die Lage es schlicht und einfach erfordert hat.

Wenn ich noch einmal zurückblenden darf: Erinnern wir uns, dass, als diese Einschränkungen kamen, viele Bürgerinnen und Bürger sogar noch weiter gehende Maßnahmen gefordert haben und die Politik aufgefordert haben, alles zu tun, damit diese gesundheitliche Gefahr gebannt wird. Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, war es damals der Lage geschuldet und auch erforderlich.

Wenn nun wieder nach und nach gelockert wird, dann eben auch, weil es die Lage ermöglicht. Denn wenn die Lage sich ändert, muss man anders reagieren, und dann gilt das, was vor zwei Monaten entschieden wurde, eben nicht mehr automatisch. Dann muss man in der Lage sein, zu differenzieren und für heute die richtigen Entscheidungen zu treffen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

– Jetzt fängt es, Frau Razavi, auch für Sie an, interessant zu werden; das hoffe ich jedenfalls. Denn wenn wir den Kurs der Landesregierung im März mitgetragen haben, dies aber heute in einigen, vielleicht sogar in vielen Punkten nicht mehr können, dann ebenfalls nicht aus Jux und Tollererei, sondern weil sich die Lage verändert hat. Wir sind nicht aus Prinzip dagegen, und wir sind auch nicht aus Prinzip dafür. Es hat schlicht und einfach mit der Sache zu tun. Daran wollte ich zu Beginn meiner Ausführungen nochmals erinnern.

In der Sache – da können Sie, Herr Kollege Reinhart, Herr Kollege Schwarz, so viel weiße Salbe draufschmieren, wie Sie wollen – gibt es über die Frage, wie diese Regierung mit den Folgen der Pandemie umgeht, berechtigten Anlass zur Kritik, und zwar nicht nur in diesem Haus, sondern auch bei den Menschen in diesem Land.

(Beifall)

Wer sich in diesem Land umhört, der hört eben viel Kritik. Ich weiß nicht, was Sie den ganzen Tag tun. Sie sollten wirklich mal mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, mit Erzieherinnen und Erziehern, mit Eltern, mit Lehrkräften sprechen.

(Zurufe, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das machen wir jeden Tag!)

(Andreas Stoch)

Ich meine ausdrücklich nicht jene Grundsatzkritik, die jede Einschränkung wegen Covid-19 pauschal ablehnt. Ich möchte das an dieser Stelle auch ganz deutlich sagen. Der Großteil der Bevölkerung ist noch immer der Auffassung, dass die Politik der Bundesregierung und auch die Einschränkungen richtig sind, um die Pandemie in den Griff zu bekommen.

Aber ab jetzt wird es gefährlich. Ich rede von dem Löwenanteil der Bevölkerung, der den Ernst des Coronavirus verstanden hat und auch die Auflagen verstanden und nachvollzogen hat und auch versteht, dass nicht von heute auf morgen wieder alles wie früher werden kann. Diese Menschen wollen aber – und ich glaube, das ist das Recht der Menschen in diesem Land – den Weg verstehen, sie wollen den Plan verstehen. Sie wollen wissen, wie die Landesregierung aus dieser Pandemie herausfindet, und ein solcher Plan ist eben beim Handeln dieser Landesregierung nicht erkennbar, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Wir haben schon in der ersten Debatte an diesem Tag beispielhaft über ein ganz ähnliches Problem gesprochen: die Kitas. Die Situation der Familien in diesem Land ist im Moment so angespannt, wie man es sich nur vorstellen kann. Die Eltern tun aus Fürsorge für ihre Kinder derzeit alles, was sie tun können, um das Beste für ihre Kinder zu erreichen. Es ist natürlich wichtig, wenn die Bundesregierung hier flankiert, indem die Dauer der Lohnersatzleistungen auf 20 Wochen erweitert wird, wenn Kinderbetreuung in dieser Phase nicht möglich ist. Aber besser für die Kinder wäre es, wenn wir im Kitabereich wieder zu mehr Normalität zurückkehren würden.

Ich sage Ihnen ganz offen: Wenn hier am 6. Mai per Pressemitteilung verkündet wird, dass ein eingeschränkter Regelbetrieb möglich sein soll, aber zu dem Zeitpunkt noch Verordnungen gültig sind, in denen nur eine Notbetreuung vorgesehen ist, und sich Bürgermeister auf den vom Kultusministerium genannten Tag X, den 18. Mai, vorbereiten, ist es da verwunderlich, dass diese Bürgermeister fragen: „Spinnt ihr eigentlich komplett?“, wenn am Donnerstag oder Freitag der Woche davor die neuen Rechtsgrundlagen noch nicht vorliegen? Herr Röhm, das ist doch billigstes Regierungsversagen auf höchstem Niveau, was die Kultusministerin hier fabriziert hat.

(Beifall – Zurufe)

Wir können gern bei der Gastronomie weitermachen. Warum darf man – ich rede von der Nachvollziehbarkeit von Auflagen – in einer Speisegaststätte ein Bier trinken, aber nicht in der Kneipe daneben? Was war es für ein Gewürge mit der 800-m<sup>2</sup>-Regelung zu den Ladengeschäften! Was war es für ein Gewürge mit den Auflagen für Zahnärzte! Ich brauche jetzt nicht jeden Punkt zu wiederholen, den Herr Kollege Rülke genannt hat.

Ich nenne einen weiteren Punkt: Die Frage, welche Veranstaltungen in den nächsten Wochen und Monaten stattfinden können, bewegt die Vereine in unserem Land wie kaum eine andere Frage. Wie findet der Betrieb der Vereine statt? Wie können Vereinsvorstandssitzungen stattfinden? Wie können Veranstaltungen der Vereine stattfinden, auf die sie wirtschaftlich angewiesen sind? Die Vereine fragen bei uns nach: „Was macht ihr? Was macht die Landesregierung?“ Wir müssen ehr-

lich sagen: Diese Landesregierung hat keinen Plan. Es geht nicht, dass diese Menschen erst am Samstag erfahren, was am folgenden Montag gilt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Deshalb muss man klar sagen: Ihre weiße Salbe, Herr Kollege Reinhart, Herr Kollege Schwarz, können Sie sich sparen. Diese Regierung hat unnötigerweise viel Verwirrung ausgelöst. Es sind schwierige Zeiten; das wird niemand in Abrede stellen. Aber das einfachste Regierungshandwerk und Kommunikation funktionieren, das kann man von einer Landesregierung erwarten.

Wir haben erlebt, dass diese Krise Mängel hervorgehoben hat, die es in unserer Gesellschaft schon länger gab: Mängel bei der Gesundheitsvorsorge, Mängel bei der Entlohnung wichtiger Berufe in Betreuung und Pflege, Mängel in der digitalen Ausstattung an Schulen, Mängel in der Unterbringung von Geflüchteten, Mängel bei den Arbeitsbedingungen in Schlachthöfen, Mängel in der Bildungsgerechtigkeit. Vieles haben wir schon vorher hier in diesem Parlament deutlich gemacht. Die Krise zeigt noch mal, wie groß die Handlungsnotwendigkeit in vielen Bereichen ist.

(Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht nur diese Probleme sind auf der Tagesordnung. Das Grundproblem ist ebendiese Landesregierung, ein Bündnis aus zwei Regierungsfractionen, die sich ständig gegenseitig ein Bein stellen, die nicht miteinander, sondern bestenfalls nebeneinander her arbeiten.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Im Gegenteil!)

Und gerade in letzter Zeit arbeitet man dort immer offener gegeneinander. Am vergangenen Freitag verschickten die Abgeordneten der Grünen – mein Kollege Born hat es gesagt – im Land Schreiben, in denen es hieß: „Wir erwarten von der Kultusministerin endlich einen Plan für die Kitaöffnung. Sagen Sie uns, was man da tun könnte.“

Gestern veröffentlichte Herr Justizminister Wolf einen Facebook-Post mit den Worten:

*Wann endlich entscheiden sich die Grünen? Das Hilfspaket für Hotels und Gastronomie muss kommen. Jetzt!*

Wer so miteinander kommuniziert, der kann alles, aber nicht zusammen regieren, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Ein Zitat – Kollege Poreski ist gerade nicht im Saal; ihm wird heute viel Ehre zuteil –

*„Es geht nicht, dass sich Susanne Eisenmann als zuständige Ministerin an den Spielfeldrand stellt und nur das Geschehen kommentiert. Sie gehört selbst auf das Spielfeld und muss endlich handeln“, ... Kinder und Eltern hätten keine verlässliche Perspektive. Es laufe in Baden-Württemberg so schlecht wie in keinem anderen Bundesland.*

(Andreas Stoch)

Herzlichen Glückwunsch! Ein großes Kompliment von den Grünen an die CDU-Kultusministerin, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Unter anderen Umständen wäre das ein Spaß für die Opposition, unter den heutigen Umständen ist es schlicht traurig.

Herr Ministerpräsident, dieser Kleinkrieg in der Regierung, dieser Wahlkampf zur Unzeit hat etwas damit zu tun, dass in dieser Regierung derzeit keine Führung erkennbar ist.

(Zuruf: Genau!)

Es ist offensichtlich, dass die CDU mit aller Macht immer mehr Lockerungen fordert, und es ist ebenso offensichtlich, dass Sie, Herr Ministerpräsident, sich gegen viele dieser Lockerungen sträuben. Sie mögen dafür einige gute Argumente haben. Für viele Lockerungen gibt es aber eben auch gute Argumente. Man könnte darüber reden, sich einigen, eine gemeinsame Marschrichtung beschließen. Das tut man aber offensichtlich nicht.

Stattdessen protestiert die Regierung gegen sich selbst. Die Lockerer protestieren gegen die Vorsichtigen und die Vorsichtigen gegen die Öffnungen. Sie, Herr Ministerpräsident, machen dabei den Eindruck, als hätten Sie sich im Frust zurückgezogen. Sie können die Lockerungen nicht verhindern, wollen aber eigentlich nichts damit zu tun haben. Der Effekt ist der Eindruck von Führungslosigkeit. Denn Politik macht man, wenn man am Steuer steht, und nicht, wenn man in der Schmollecke sitzt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Der Effekt ist schlimm und ruft mehr und mehr Kritik hervor. Ich muss Ihnen nicht erzählen, was Kommunen und Behörden vor Ort sagen, wie sie sich alleingelassen fühlen, weil man sich eben in der Regierung nicht einig wird, keinen Plan entwickelt. Es wird nicht geregelt, was die nächsten Schritte sind. So kann es unter normalen Umständen nicht gehen, und unter den Umständen der Krise, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf es auf diese Weise nicht gehen. Ihre Verantwortung ist, dieses Land zu regieren, und nicht, sich in aller Öffentlichkeit zu streiten und zu zerlegen.

Herzlichen Dank, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Gögel.

**Abg. Bernd Gögel** AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst noch einmal auf die Kultusministerin eingehen. Mir hat das Lorient-Zitat – sie ist jetzt leider nicht mehr hier – sehr gut gefallen. Ich bedaure, dass die Intelligenz der Regierenden nicht ausreicht, um die Probleme zu lösen, und ich bin froh, dass meine ausreicht, um die Versäumnisse anzuprangern.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was zu beweisen wäre!)

Die wesentlichen Probleme dieses Landes und der Regierenden in dieser Pandemie, in dieser herbeigeredeten Krise, liegen eigentlich in vier Verben, die mit V beginnen: verschlafen, versäumt, verschuldet und versagt.

(Beifall)

Das sind vier Hauptverben, mit denen man das Regierungshandeln in Berlin und in Stuttgart in dieser Pandemie beschreiben kann. Darüber wollen wir heute als Erstes debattieren, nicht über Verordnungen, die überhaupt von der falschen Seite her diskutiert werden. Es ist nicht die Frage, wann die Verordnung erstellt sein kann, sondern die Frage ist, wann das Kabinett Beschlüsse fasst und zu welchem Termin diese Lockerungen dann stattfinden. Wenn dies rechtzeitig geschieht, dann haben die Beamten ausreichend Zeit, diese Verordnungen rechtssicher zu formulieren. Ich glaube, das ist sicher kein Thema, über das man eine Debatte führen muss.

Das Thema, über das wir eine Debatte führen müssen, ist: Sind Verordnungen überhaupt legitim? Wir sagen, sie sind nicht legitim. In Niedersachsen werden jetzt auch die Kollegen von Herrn Schwarz, die Grünen, zusammen mit der FDP eine Verfassungsklage einreichen.

(Zuruf: Das ist eh alles das Gleiche!)

– Ja.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das muss man sehen. Hier sind die Auffassungen in unserem Land sehr unterschiedlich.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Jetzt gehe ich!)

Seit Monaten wird dieses Land mit Corona-Verordnungen regiert, obwohl seit acht Jahren ein Pandemieplan auf dem Tisch der Regierenden liegt, der Risikoanalysen und Handlungsweisen beschreibt sowie Schutzmaßnahmen festlegt – Punkt für Punkt, Kapitel für Kapitel. Bei aller Kurzsichtigkeit der Regierenden hätte dieser Plan von Anfang an Bedeutung erlangen müssen, meine Damen und Herren. Das hat er nicht getan. Das ist das wesentliche Versäumnis, das man Ihnen und Ihren Kollegen in Berlin vorhalten muss. Es hätte einfach genügt, dieses Papier unter die Lupe zu nehmen.

(Beifall)

Der Lockdown wäre nicht notwendig gewesen. Das wissen wir heute.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und was haben Sie gefordert? – Weitere Zurufe)

Dieser Lockdown wäre nicht notwendig gewesen. Es wäre nicht notwendig gewesen, dass Sie das soziale und wirtschaftliche Leben in diesem Land genull fahren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und was haben Sie gefordert?)

Sie haben andere Möglichkeiten gehabt. Sie haben dem RKI vertraut. Dem RKI vertrauen Sie noch heute. Das RKI ist sicher ein seriöses Institut, aber das RKI hat keine belastbaren Zahlen und Daten.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

(Bernd Gögel)

Bei einem Anteil von Infizierten in der Bevölkerung von 0,2 Promille haben Sie den Lockdown veranlasst,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und was haben sie gefordert?)

haben Sie – zwangsweise – die Wirtschaft auf null heruntergefahren. Sie haben den Bürgern ihre Bürgerrechte und Grundrechte entzogen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und Sie haben Ausgangssperren gefordert! Das haben Sie verdrängt!)

haben Berufsverbote erteilt an einem Punkt, an dem Sie wussten, dass der R-Faktor bereits 1,0 unterschritten hatte.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Haben Sie Ausgangssperren gefordert oder nicht?)

Sie haben am 31. Dezember 2019, als das Frühwarnsystem ProMED eine Lungenkrankheit aus Wuhan gemeldet hat, diese Nachricht beiseitegeschoben. Das hat Sie überhaupt nicht interessiert.

(Zurufe)

Sie wussten Ende Dezember über die Daten exakt Bescheid.

Warum haben Sie da eigentlich gelassen reagiert? Die Aussagen vom Gesundheitsminister und von anderen Verantwortlichen waren: „Wir sind gut gerüstet, wir sind gut vorbereitet. Wir haben auch Pandemiepläne. Wir sind voll ausgestattet. Es gibt keinen Grund, sich über irgendetwas Sorgen zu machen.“ Diese Aussagen haben Sie alle im besten Wissen getroffen, dass in diesem Land das Schutzmaterial für Kliniken und für Pflegeeinrichtungen nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung stand. Solche Aussagen und Stellungnahmen bezeichne ich als unverantwortlich.

Ende Januar traten dann die ersten Fälle in Deutschland auf. Das spielte für Sie noch immer keine bzw. eine völlig untergeordnete Rolle. Der Gesundheitswissenschaftler Professor Gerd Glaeske von der Uni Bremen hielt Ihr Verhalten für ein unverantwortliches Versäumnis, weil Sie auf den Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz nicht ausreichend reagiert haben. Zum damaligen Zeitpunkt hätten Sie die ersten Vorkehrungen treffen müssen.

Das zu Ihrer Kritik: Natürlich haben wir das gefordert. Wir haben das rechtzeitig gefordert. Wir wären heute schon alle über das Thema hinweg. Wir hätten nicht nur den Berg überwunden, sondern wir würden uns in einem Anstieg des wirtschaftlichen und sozialen Lebens befinden.

(Beifall)

Das ist die Grundkritik am Handeln der Regierung.

Noch am 12. Februar sagte Bundesgesundheitsminister Spahn, dass die Pandemiegefahr eine „zurzeit irrealer Vorstellung“ wäre.

(Abg. Anton Baron AfD: Versager!)

Mit dieser Aussage konnten sich Hotspots im Fasching und beim Après-Ski überhaupt erst entwickeln.

Meine Damen und Herren, 78 Tage haben die Regierenden gebraucht, um überhaupt auf die Pandemie zu reagieren, 78 Tage sind verstrichen seit der ersten Meldung des Frühwarnsystems ProMED, und in diesen 78 Tagen wurde von den Handelnden nichts unternommen.

(Abg. Anton Baron AfD: Beschwichtiger!)

Dann kam dieser ominöse Lockdown bei einem R-Faktor von 1,0 Mitte März. Da wäre es nicht mehr notwendig gewesen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau da haben Sie es gefordert!)

weil wir diese Epidemiespitze, den Peak, tatsächlich überwunden hatten, und wir hätten die gleiche Entwicklung genommen, wie wir sie jetzt auch tatsächlich verfolgen können.

Im Prinzip hat Schweden es vorgemacht und hat die gleiche Linie gefahren – ohne Lockdown, mit Schutz für Risikogruppen. Das wäre auch heute hier in diesem Land möglich.

(Beifall bei der AfD)

Waren die Basis für Ihren Lockdown – das muss man den Menschen hier auch mal klarmachen – Aussagen des RKI zur Einschätzung der Gefahrenlage als gering, mäßig, hoch oder sehr hoch oder aber Äußerungen von Frau Merkel, etwa die im Interview mit der „Bild“-Zeitung getroffenen Aussage: „Es werden sich 60 bis 70 % der Menschen infizieren“ oder die Aussage: „Es ist gefährlich, es ist auch für Sie gefährlich“? Haben Sie etwa auf diesen Grundlagen, auf diesen Aussagen einen Lockdown der Gesellschaft, der Wirtschaft hier veranlasst? Es wäre ein Skandal, wenn es auf diesen Aussagen basieren würde. Dem können wir wirklich nur Kopfschütteln entgegenbringen.

Auf der anderen Seite werden Menschen, die jede Woche – da möchte ich auf die Samstagsdemos zurückkommen – für ihre Grundrechte eintreten und demonstrieren, als Rechtsradikale, als Nazis, als Reichsbürger diffamiert. Wie unverschämte, wie unverfroren sind denn inzwischen die politische Klasse und die Medien in diesem Land verkommen? Wirklich total verkommen!

(Beifall bei der AfD)

Bürger in dieser Form so abzuqualifizieren, das ist unglaublich.

Ich kann Ihnen nur ein Beispiel nennen. Gestern haben Rechte an einer Demo der Milchbauern teilgenommen, und sie hatten bestimmt einen 50-%-Anteil an den Zuhörern. War das jetzt rechts unterwandert? Schauen Sie sich die Bilder an. Bürger haben ein Gespür, wann sie einschreiten müssen, wann ihre Geduld zu Ende geht. Wir von der AfD sind froh, dass wir genau für diese Menschen ein Sprachrohr im Parlament sind.

(Beifall bei der AfD – Zurufe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Ministerpräsident Kretschmann.

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Rülke, wenn ich den Titel Ihrer Aktuellen Debatte lese – „Verordnungen am Wochenende, Chaos am Montag – Wann findet Ministerpräsident Kretschmann einen ordentlichen Krisenmodus mit seiner Landesregierung?“ –, dann sehe ich auf jeden Fall, bei Ihnen ist die alte Normalität zurückgekehrt – Rülke, wie er leibt und lebt.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir sind halt ein Vorreiter für das ganze Land geworden! Wir können nur hoffen, dass das auch für alle baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürger so wird!)

– Genau, genau. Wir können doch alle hoffen: Wenn Rülke in die Normalität geht, kommen wir vielleicht auch alle in die Normalität zurück.

(Zuruf: Genau!)

In Wirklichkeit ist der Titel der Aktuellen Debatte komplett überzogen. Und Ihre These, die Größe der Demonstrationen sei mit dem Chaos der Regierungspolitik sozusagen kongruent,

(Zuruf)

erinnert mich an die Störche in Oberschwaben. Wenn man die Kurve der Storchentwicklung in Oberschwaben mit der Kurve der Geburtsentwicklung in Oberschwaben vergleicht, dann stellt man fest: Das ist kongruent.

(Heiterkeit)

Aber es besteht eben kein kausaler Zusammenhang, auch wenn man es Kindern erzählt.

(Heiterkeit – Lebhafter Beifall – Zurufe)

Ich finde, dass sich der Titel der Aktuellen Debatte auch selbst widerspricht. Ein „ordentlicher Krisenmodus“ ist ein Widerspruch in sich. Krisen sind nun einmal nicht ordentlich, und das Kennzeichen einer Krise ist gerade das Plötzliche, das Unvorhergesehene, die Dynamik. Und wenn man eine Krise planen könnte, dann würde man sie ja wohl verhindern.

(Zurufe)

Es gibt keine Blaupausen für diese Krise, und sie läuft eben nicht nach Plan. Wenn es so wäre, wäre es keine Krise und wir würden irgendeinen anderen Begriff dafür verwenden.

Jetzt muss ich in allem Ernst sagen: Das Wissen, das wir über dieses Virus haben, ist unvollständig. Es bestehen auch Unklarheiten in den wissenschaftlichen Aussagen; zu den anfänglichen Aussagen gibt es natürlich Veränderungen. Auch was die Ansteckungswege und die Wirkungen betrifft, die dieses Virus auf die Menschen hat, gibt es Fragen, die nun einmal nicht geklärt sind. Das ist ein paar Mal angesprochen worden.

Deswegen haben wir z. B. eine Studie der Universitätskliniken in Baden-Württemberg in Auftrag gegeben, die untersuchen soll: Was macht dieses Virus mit Kindern? Ich hoffe, dass wir Ende dieser Woche, spätestens Anfang nächster Woche da Klarheit haben. Ich muss hierbei einfach um Verständnis bit-

ten. Bei der Heinsberg-Studie hat eine zu rasche Veröffentlichung dem betreffenden Wissenschaftler sehr viel Kritik eingebracht.

Man muss einfach Verständnis dafür haben, dass Wissenschaftler nach ihren eigenen Methoden arbeiten. Ich kann sie nicht unter Druck setzen, nur weil ich dringend Aussagen bräuchte. Das geht einfach nicht. Deswegen muss man noch etwas Geduld haben. Aber ich bin sicher, dass wir Anfang nächster Woche belastbare Aussagen machen können. Daraus würden wir eventuell auch Konsequenzen ziehen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Eventuell“!)

– Ja. – Ich erinnere noch einmal daran: Das sind schwierige Abwägungen, die man treffen muss. Kollege Schwarz hat noch einmal darauf hingewiesen: Es geht um Fragen der Verhältnismäßigkeit. Sie haben mich ermahnt, doch besser darauf zu achten, ob die Maßnahmen auch alle verfassungsgemäß sind, nachdem wir vor Gericht verloren haben.

Man sieht also: In einer Krise mit einem solchen Charakter kann man einfach nicht rund und geradlinig arbeiten. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Für einen merkwürdigen Vorwurf halte ich aber, dass wir auch am Wochenende arbeiten. Natürlich arbeiten wir in einer Krise auch am Wochenende. Wir haben dann Verordnungen erlassen, wenn sie notwendig waren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Es ist halt schlecht, wenn man nur am Wochenende arbeitet!)

– Das ist nicht der Fall. – Das Virus kennt eben auch kein Wochenende, und es macht auch keine Feiertage.

(Zurufe)

Genau deswegen hat der Bundesgesetzgeber im Infektionsschutzgesetz die Exekutive in solchen Situationen zum Handeln ermächtigt, weil es eben schnell gehen muss. Einem dynamischen Infektionsgeschehen muss man agil und schnell entgegenreten, und man muss auch schnell handeln. Wie soll man eines exponentiellen Geschehens sonst Herr werden?

Klar ist aber: Auch wenn es schnell gehen muss, muss man Verfahrensregeln einhalten. Sie müssen geschrieben werden, müssen geprüft werden und müssen vom Kabinett beschlossen werden.

Ein paar Beispiele, damit Sie einmal einen Einblick bekommen, mit welcher Intensität und Schnelligkeit und auch – Gott sei Dank – mit welchem Erfolg die Exekutive gehandelt hat: Am 16. März 2020 haben Bund und Länder Leitlinien vereinbart. Am 17. März haben wir die entsprechende Verordnung erarbeitet, den Kabinettsbeschluss durchgeführt und spät-abends dann verkündet – innerhalb nur eines Tages. Das war übrigens gar nicht am Wochenende, sondern an einem Dienstag, Herr Rülke.

Weitere Änderungen der Verordnung fielen dann oft auf das Wochenende, weil es notwendig war. Das machen wir schließlich nicht zum Spaß. So haben sich an einem Sonntag, am 22. März, die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidentin-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

nen und Ministerpräsidenten auf die Einführung von Kontaktverboten verständigt. Diesen Beschluss haben wir umgehend umgesetzt und noch am selben Tag verkündet. Zur Erinnerung: Die Infektionskurve verlief damals exponentiell. Da darf es keinen Zeitverzug geben – darin sollte man sich doch wirklich einig sein.

(Beifall)

Noch ein Beispiel: Der grundlegende Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz zu den ersten Lockerungen erging am 15. April, an einem Mittwoch. Wir mussten diesen Beschluss umsetzen, und zwar zeitnah und in einem rasanten Tempo, damit die beschlossenen Lockerungen Realität werden konnten. Das erwarten die Menschen im Land nämlich zu Recht. Das heißt, die Verordnung musste diesen Beschluss bis zum 17. April abbilden. Dafür musste sie im Eiltempo grundlegend überarbeitet werden. Lockerungen sind eine komplexe Sache, schwieriger als die Schließung – das wissen wir inzwischen alle. Dennoch blieben nur wenige Tage. Natürlich haben wir auch hier wieder am Wochenende gearbeitet.

Ich kann darin überhaupt kein Chaos erkennen – im Gegenteil. Wir arbeiten in der Krise sieben Tage die Woche durch.

(Beifall)

Wir haben in kurzer Zeit komplexe Regelungen getroffen und diese dann auch so kommuniziert, dass sie verständlich sind. Ich frage mich, wo da das Chaos sein soll.

Natürlich ging das alles schnell, aber es musste auch schnell gehen. Ein exponentielles Virusgeschehen erfordert einfach ein schnelles und effektives Handeln der Exekutive. Was wäre denn die Alternative dazu gewesen, diese Verordnung am Wochenende zu verkünden?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das schneller zu machen! Ganz einfach!)

– Nein. – Dienst nach Vorschrift? Dann dauert es eben eine Woche länger, bis das Ganze kommt. Dann kann man eben erst am Montag oder am Dienstag die Verordnung verkünden. Man hätte wertvolle Zeit verloren, und die Öffnungen hätten erst später vorgenommen werden können. Wem hätte das genutzt? Niemandem.

Zudem – ich darf noch einmal daran erinnern – geht es bei der Öffnung z. B. von Läden ja nicht darum, dass diese an einem bestimmten Datum öffnen müssen, sondern dass sie ab diesem Datum öffnen können. Wenn sie mehr Vorbereitungszeit brauchen, steht ihnen das frei.

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber die Kommunen müssen das umsetzen! Und die Kommunen hängen an Ihren Verordnungen!)

Jedenfalls kann man dieses Verwaltungshandeln natürlich unterschiedlich bewerten. Viel wichtiger ist aber doch die Frage: Was ist das richtige Kriterium? Woran muss man Veröffentlichungen von Verordnungen in einer Pandemie messen?

Ich finde, wir haben klare Kriterien: Ist es gut gelungen, die Bevölkerung an Leib und Leben zu schützen? Haben wir das Gesundheitssystem gut aufgestellt? Konnten wir wirtschaft-

liche und gesellschaftliche Schäden eindämmen? Nicht zuletzt: Haben wir dafür auch die Zustimmung der Bevölkerung?

Meine Damen und Herren, denken Sie doch einmal an die Situation vor einigen Wochen zurück. Wir waren tief besorgt, wir sahen die schrecklichen Bilder aus New York, aus Norditalien, aus dem benachbarten Elsass. Bei uns stieg die Zahl der Infizierten auch exponentiell. Wir waren besonders betroffen, durch die Skiheimkehrer aus Risikogebieten und wegen eines Coronahotspots in Grand Est, bei unseren französischen Freunden. Aber den schlimmen Verlauf der Pandemie, den es in vielen Ländern der Welt gab, konnten wir bei uns bislang abwenden. Heute haben wir knapp 2 200 gemeldete akut Infizierte; Anfang April waren es noch mehr als sechs Mal so viele, und die Zahl der Neuinfektionen lag gestern bei 65 Fällen. Das zeigt: Das Krisenmanagement war erfolgreich.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schweickert und danach eine von Herrn Abg. Rottmann zu?

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Bitte.

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Herr Ministerpräsident, vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage. – Zum Stichwort Chaos: Zugegebenermaßen ist die Lockerung schwieriger als das Schließen. Da gebe ich Ihnen recht. Das hängt aber natürlich auch damit zusammen, welche Signale man sendet.

Jetzt habe ich von Signalen aus dem Staatsministerium bezüglich der Größe von Veranstaltungen gehört. Gerade wenn man mit Gastronomen redet und darüber spricht, wie es weitergehen soll, geht es immer auch um die Frage: Was ist eigentlich eine Veranstaltung? Wenn mehr als zwei Hausstände zusammen sind, ist das ja eine Veranstaltung, und die wird im Moment unabhängig davon, ob das jetzt zehn Personen oder 1 000 Personen sind, gleich bewertet.

Sie werden nicht darum herumkommen, das Thema Veranstaltungen/Veranstaltungsgrößen zu definieren. Jetzt hört man die Zahlen 100 ab Juni und 500 ab Juli. Wenn man möchte, dass es kein Chaos gibt, sollte man solche Themen rechtzeitig klar regeln und sagen, wie man das dann machen möchte.

Wenn Sie also sagen, man müsse so etwas rechtzeitig machen, dann bitte ich Sie: Nehmen Sie bitte auch einmal Stellung dazu, wie man in Baden-Württemberg in Zukunft mit Veranstaltungen umgehen möchte.

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Das überlegen wir gerade, Herr Abgeordneter.

(Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Ja, ja! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und Sie kommen damit dann am 31. Mai! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Dazu ist eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden; darin sind Beamte aus den verschiedenen Häusern tätig, die das jetzt gewichten und werten sollen. Das ist jetzt leider an die Öffentlichkeit geraten. Das erzeugt natürlich sofort Verwirrung. Denn das ist ja alles nicht beschlossen.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Es ist aber das normale Vorgehen in der Verwaltung, dass man zunächst einmal auf Arbeitsebene eine Arbeitsgruppe einsetzt, die das berät und Vorschläge macht. Damit muss sich dann die politische Führung befassen und Entscheidungen treffen. Das werden wir machen. Das ist allerdings ein sehr komplexer Vorgang.

(Zuruf)

Warum ist das so? Erstens wissen wir schon aus Erfahrung, dass Großveranstaltungen zu den gefährlichsten Infektionsherden gehören können. Also muss man damit sorgfältig umgehen.

Jetzt hat die Ministerpräsidentenkonferenz klar gesagt, dass Großveranstaltungen bis Ende August verboten sind, und hat diese enumerativ aufgeführt: Volksfeste, Kirmes usw.

Jetzt ist natürlich die Frage aufgetaucht: Ab wann ist eine Großveranstaltung eine Großveranstaltung? Das ist infektiologisch ein großes Problem. Wenn man das macht, muss das plausibel sein, damit es auch handelbar ist.

Ich will es einmal so sagen: Eine erste Zahl haben wir, als es um die Kirchen ging, schon genannt. Bei den Kirchen haben wir als Höchstwert im Freien die Zahl 100 genannt. Das ist eine Zahl, die auch mir vorschwebt.

(Zuruf)

Aber das gilt nicht generell. Schauen Sie: Es ist ein Unterschied, ob Sie einen Parteitag bzw. eine Delegiertenversammlung machen – sagen wir, zur Aufstellung von Kandidaten –, wo Sie wissen, wie viele Personen kommen und wer kommt und welche Räumlichkeiten benötigt werden, oder ob Sie ein Feuerwehrgeschehen organisieren, bei dem man eben nicht weiß, wer da kommt.

Sie sehen also: Allein mit einer Zahl kommen Sie da nicht weiter. Das hängt von den Gegebenheiten und den Umständen ab. Das ist unter Infektionsschutzgesichtspunkten nicht einfach zu machen. Das muss man sehr, sehr sorgfältig abwägen. Denn natürlich denken jetzt alle – die Zahlen habe ich Ihnen genannt –: Aha, es ist vorbei.

(Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Der Veranstalter weiß es doch!)

Aber es ist lediglich die Wahrscheinlichkeit geringer, sich anzustecken. Die Gefahr selbst ist nicht geringer; sie ist genau gleich. Das Virus hat sich hinsichtlich seiner Ansteckungsgefahr nicht verändert. Also müssen wir doch aufpassen, dass nicht neue Infektionsherde entstehen, die eine zweite Welle auslösen würden – mit katastrophalen Folgen für die Gesellschaft und die Wirtschaft.

(Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Aber die Menschen wissen jetzt doch, dass sie Abstand halten müssen!)

Deswegen, Herr Abgeordneter, prüfen wir das sehr sorgfältig. Wir werden aber hoffentlich noch vor Pfingsten zu einem Ergebnis dazu kommen, wie der Fahrplan dann aussieht.

(Zuruf: „Hoffentlich“!)

Aber Sie müssen einfach verstehen, dass ich solche Fragen sehr gründlich und vorsichtig angehe.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rottmann zu?

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Bitte.

**Abg. Daniel Rottmann AfD:** Herr Ministerpräsident, vielen Dank. – Sie sprachen vorhin von einer Zustimmung der Bevölkerung zu den aktuellen Maßnahmen. Wie erklären Sie sich dann die Demonstrationen? Wie erklären Sie sich, dass Tausende auf die Straße gehen und sehr sachlich, sehr friedlich für Grundrechte demonstrieren? Es waren in Stuttgart Tausende; es waren in Ulm Hunderte. Ich selbst war mit dabei.

Wie erklären Sie sich das?

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Das ist halt der Teil, der dem nicht zustimmt.

(Lebhafte Heiterkeit – Beifall)

Ich will es noch einmal sagen: Das Ganze zeigt auch die Qualität unseres Gesundheitssystems. Wir haben in dieser Krise gemerkt, dass unser Gesundheitssystem zu den besten der Welt gehört. Innerhalb von nur zwei Monaten haben wir die Zahl der Intensivbetten mit Beatmungsmöglichkeit um 50 % erhöht, nämlich von 2 200 auf 3 300. Auch die Zahl sonstiger Intensivbetten wurde in der gleichen Größenordnung erhöht. Wir haben ein landesweites System zur Verteilung der zu beatmenden Patienten an den Start gebracht, und wir haben allen extrem schwierigen Voraussetzungen zum Trotz für Schutz-ausrüstungen gesorgt. Jetzt haben wir im Kabinett als eine der ersten Konsequenzen der Krise beschlossen, dass wir uns dabei nicht mehr so abhängig vom Ausland machen sollten. Wir haben also auch in der Krise schon erste Maßnahmen ergriffen, damit dies in Zukunft besser gehandelt werden kann.

Wir haben auch unsere Testkapazität stark ausgebaut, sodass inzwischen bis zu 160 000 Tests pro Woche durchgeführt werden können. Damit haben wir eine bundesweit einmalige Teststrategie aufgelegt, mit der auch asymptomatische Personen umfasst werden. Die Kosten übernimmt das Land. Wir stellen zudem 3 000 Personen ein, die die Gesundheitsämter bei der Nachverfolgung unterstützen. Auf diese Weise können lokale Nachverfolgungen besser vonstattengehen und kann die Pandemie besser eingedämmt werden.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Ministerpräsident, es gibt eine weitere Zwischenfrage, und zwar von Herrn Abg. Weinmann. Lassen Sie diese zu?

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Bitte.

**Abg. Nico Weinmann FDP/DVP:** Herr Ministerpräsident, vielen Dank. – Wir hatten vorhin gerade über die Zwei-Haushalte-Regelung gesprochen. Ich habe heute Morgen in der „Heilbronner Stimme“ gelesen, dass der Sprecher der dortigen Polizeidirektion in Bezug auf den morgigen Vatertag gesagt hat, dass es für die Polizei nicht mehr möglich sei, die Haushaltszugehörigkeit jeweils zu überprüfen. Wenn eine solche Überprüfung aber nicht mehr möglich ist, dann kann diese Verordnung doch nicht mehr rechtskonform sein, oder?

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Diese Frage kann ich Ihnen nicht beantworten. Ich kenne den Vorgang selbst nicht und kann dies nicht bewerten. Ich liefere Ihnen die Antwort gern nach; das muss ich aber zunächst mit dem Innenminister besprechen.

Ich denke, es ist von tragender Bedeutung gewesen, dass wir unser Gesundheitssystem nicht überlasten dürfen. Da kann doch von Chaos überhaupt keine Rede sein.

Zu dem, was Sie jetzt angemahnt haben, der Frage, was jetzt geschieht: Wir haben ja jetzt ein neues Regime. Es geht jetzt mit dem Notfallplan, den wir gemacht haben, sozusagen herunter auf die Landkreise: Die Zahl von 50 Neuinfizierten pro 100 000 Einwohner, kumuliert in sieben Tagen, löst sozusagen die Alarmstufe Rot aus, 35 Neuinfizierte führen zur Alarmstufe Gelb. Dies haben wir so festgelegt, damit wir dort adäquat handeln können. Das heißt, jetzt wird lokal reagiert. Das können wir, glaube ich, aufgrund der Infektionszahlen verantworten. Wir haben auch die Grundlagen geschaffen, dass lokal ein Containment erfolgen kann. Das ist mit den Landkreisen besprochen. Ich kann Ihre Kritik nicht nachvollziehen, zumal die Landkreise an den Lenkungskreis angedockt sind. Ich glaube, so, wie wir das gemacht haben, ist das ganz vorbildlich.

Wenn Sie gesagt haben, es liege gar kein Handlungsleitfaden vor, so stimmt das einfach nicht. Es gibt einen Handlungsleitfaden. Dieser ist Ihnen gestern Abend übermittelt worden. Er liegt also vor.

Ich habe heute mit dem Innenminister und dem Sozialminister besprochen, dass wir noch vor Pfingsten eine Landrätekonferenz per Videokonferenz durchführen, in der wir die ganzen Fragen noch einmal besprechen, sodass klar ist, dass alle gut aufgestellt sind.

Auf die Landräte und Oberbürgermeister der kreisfreien Städte kommt eine große Verantwortung zu.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ich denke, auch hier geht dieser Vorwurf ins Leere. Von Chaos kann überhaupt keine Rede sein. Es ist gut vorbereitet, gut eingeleitet. Die Kabinettsvorlage ist in der letzten Kabinettsitzung beschlossen und zusammen mit den Landkreisen besprochen worden. Das ist ordentliches, gutes Regierungshandeln.

(Beifall)

Nun zu den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Dabei muss ich zunächst noch einmal betonen: Nicht unsere Maßnahmen sind der Grund für die schlimmen wirtschaftlichen Folgen, sondern die Pandemie selbst. Wer das nicht glaubt, sollte sich einmal den Zustand der Wirtschaft in anderen Ländern anschauen, die keine oder nur unzureichende medizinische Maßnahmen ergriffen haben. Dort ist der Zustand der Wirtschaft sehr viel schlimmer.

Um die wirtschaftlichen Folgen abzufedern, hat die Landesregierung schnell und sofort gehandelt. Das haben die Kollegen Reinhart und Schwarz schon ausführlich dargelegt. Als Erstes haben wir mit Ihrer Unterstützung und mit Ihrer Hilfe einen Schutzschirm mit einer Soforthilfe aufgespannt. Es war wirklich eine sehr gute Sache, dass wir das gemeinsam ma-

chen konnten. Ich brauche es im Einzelnen nicht mehr darzustellen: Direkthilfen für kleinere Unternehmen, Soloselbstständige, Kulturschaffende – Baden-Württemberg war das erste Bundesland, das das überhaupt gemacht hat; wir waren die Blaupause für andere und nicht irgendwie die Nachzügler von anderen; alle haben sich das zum Vorbild genommen –, steuerliche Erleichterungen, Verstärkung der Förderungen von Start-ups, ein Beteiligungsfonds als Schutzwall für den Mittelstand.

Gestern haben wir ein zweites großes Hilfspaket mit einem Volumen von 1,5 Milliarden € geschnürt.

(Beifall)

Herr Kollege Stoch, da kann man doch nicht sagen: „Die Koalition arbeitet nur gegeneinander“, wenn sie so ein Paket aufgestellt bekommt.

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP:  
Merken Sie es nicht?)

Natürlich wird in einer Koalition gestritten.

(Zurufe, u. a.: Ah! – Oh! – Abg. Anton Baron AfD:  
Aha! – Abg. Andreas Stoch SPD: Das weiß er doch!)

– Oh, Herr Kollege Stoch.

(Heiterkeit – Zurufe – Lebhaftige Unruhe)

Ich erinnere mich noch gut an den Fraktionsvorsitzenden Schmiedel.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Zurufe, u. a.: Ja!)

Da ist kein Monat vergangen, in dem er – ich sage es jetzt ganz vornehm – nicht aufbegehrt hat.

(Heiterkeit – Zurufe, u. a. Abg. Andreas Stoch SPD:  
War der Minister?)

Ich muss sagen: Dagegen sind die kleinen Spitzen des Kollegen Reinhart geradezu vergnügungsteuerpflichtig.

(Heiterkeit – Beifall – Zurufe, u. a. des Abg. Andreas Stoch SPD – Unruhe)

Es tut mir leid, aber eine Koalition ist eine Vereinbarung zwischen zwei Parteien,

(Zurufe – Unruhe)

die sich – teilweise auch sehr kräftig – unterscheiden. Daraus muss man gemeinsames Regierungshandeln machen. Das ist im Koalitionsvertrag niedergelegt. Mit Fortschreiten der Legislaturperiode steht zu vielem – vielleicht sogar zu dem meisten – nichts mehr im Koalitionsvertrag; da muss man sich dann einigen. Das ist kein einfaches Geschäft; das weiß jeder, der das schon mal gemacht hat. Es war mit Ihnen in keiner Weise einfacher.

(Heiterkeit – Beifall – Zurufe)

Auf manchen Gebieten war es mit Ihnen einfacher, jetzt ist es auf manchen Gebieten mit den Schwarzen einfacher. So ist die Welt einfach.

(Vereinzelt Heiterkeit – Unruhe)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Ich habe es mir nicht ausgewählt, dass ich zuerst mit den Roten und dann mit den Schwarzen koalieren musste. Das ist halt so. Der Wähler hat es so gewollt. Jetzt sieht man an dem gestrigen Abend, dass wir uns da gut committet haben.

(Zuruf: Für die nächsten zehn Jahre! – Heiterkeit)

Weil Sie jetzt noch mal einzelne Minister angesprochen haben,

(Zuruf)

die Druck in Richtung Öffnung machen: Das ist doch klar; ich meine, das ist ja auch verständlich. Dass jetzt der Tourismusminister, dem die Gaststätten, die wir geschlossen haben, natürlich im Genick hocken – die sind ja in einer existenziellen Bedrohung; das kann doch niemanden verwundern –, das dann an mich weitergibt: Wen kann denn so etwas erstaunen?

(Zuruf)

Es ist doch ganz normal in einer Regierung, dass die Kohorten der Bevölkerung, die ein Minister jeweils vertritt, diesen in besonderer Weise als Ansprechpartner verstehen und dass er das an den Regierungschef weiterleitet. Das kann nun niemanden erstaunen. Mich hat es jedenfalls nicht erstaunt.

(Beifall)

Wir haben das gestern in einem breiteren Rahmen zusammengeführt. Es ist klar: Wir können ja nicht nur ein Programm für eine bedrohte Branche machen, wir müssen das auch für andere machen. Das ist jetzt in einer klugen und akzeptablen Weise zusammengeführt worden. Noch mal: 775 Millionen € Landesmittel für Direkthilfen für kleinere Unternehmen, Soloselbstständige – eine Liquiditätsbrücke. Mit diesem Programm helfen wir Unternehmen durch die Krise und sorgen dafür, dass sie auch in der Krise wieder leichter an Kredite kommen.

Drittens geht es um ein spezielles Hilfspaket für das Gastgewerbe, weil diese Branche in dieser Krise besonders geschüttelt wird und da wirklich Insolvenzen drohen. Das Gastgewerbe war ja schon vor der Coronakrise in einer schwierigen Lage, und es bestand etwa die Gefahr, dass ein Drittel unserer Landgasthäuser schließen müssen. Das heißt – da gibt es ohnehin schon geringe Gewinnspannen; das ist einfach eine schwierige Branche, gerade auf dem Land –, darum ist es richtig, solch ein Programm zu machen, ihnen zu helfen. Der Bund greift ihnen auch noch mal massiv unter die Arme, indem er den Mehrwertsteuersatz für die Speisen senkt.

Ich denke, alle haben erkannt, dass wir diese Gaststätten für unser Leben und für das Zusammensein brauchen. Das ist neben dem Essen ja einfach auch ein wichtiger kultureller Wert. Darum war es wichtig und richtig, für diese Branche ein Sonderprogramm zu machen.

(Beifall – Zuruf: Richtig!)

Viertens legen wir ein Hilfspaket für die ÖPNV-Branche und die Busunternehmen in Höhe von 240 Millionen € auf. Denn der öffentliche Personennahverkehr ist eben nicht eine x-beliebige kommerzielle Dienstleistung, sondern auch ein Element der Daseinsvorsorge.

Fünftens stellen wir 65 Millionen € zur Verfügung und sorgen dafür, dass alle Schülerinnen und Schüler, die zu Hause keinen Rechner haben, ein Notebook oder ein Tablet für den Fernunterricht ausleihen können.

Sechstens helfen wir den ehrenamtlichen Vereinen und Kultureinrichtungen im Land mit 90 Millionen €,

(Zuruf)

denn sie sind entscheidend für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Also: Wir tun alles, um eine Insolvenzwelle zu verhindern, wir unterstützen das Wichtigste, was wir haben – Kinder und Jugendliche –, und wir stärken die Säulen des Zusammenhalts.

(Beifall)

Wir werden in den nächsten Wochen zusammen mit dem Bund einen dritten Schritt gehen, nämlich den, die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Hier ist ganz besonders der Bund gefragt, aber auch wir werden einen wichtigen Beitrag mit einem schlagkräftigen und klug austarierten Konjunkturprogramm leisten, einem Programm, das unsere Wirtschaft wieder in Schwung bringt und Arbeitsplätze sichert, einem Programm, das in die Zukunft investiert, in Digitalisierung und klimafreundliche Technologien.

Ob diese Maßnahmen wirken, muss sich natürlich zeigen. Hier und heute können wir da kein abschließendes Fazit ziehen. Aber klar ist: Wir müssen jetzt alles in unserer Macht Stehende tun, damit der wirtschaftliche Schaden für unser Land so gering wie möglich gehalten wird. Wir hoffen, dass, wenn es eine Rezession geben sollte, diese wenn schon nicht ein V, so doch ein U ist, sodass wir nicht in – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Besser V als U!)

– Aber das liegt nicht nur in der Hand der Landesregierung; es hängt von vielen Faktoren ab. Aber wir werden unseren Beitrag dazu leisten.

(Beifall)

Ich denke, eine große Mehrheit erkennt das auch an. 60 % sind zufrieden, und eine überwältigende Mehrheit hält die Maßnahmen für angemessen. Das gilt selbst für die FDP-Wähler.

(Zuruf)

Auch die finden mehrheitlich, dass unser Kurs richtig ist. Ich will mich jedenfalls nochmals recht herzlich bei den Regierungsfractionen bedanken, die diesen Kurs mittragen und unterstützt haben, auch wenn da in dem einen oder anderen Fall die Meinungen differieren und der eine an einer Stelle einen Schwerpunkt legt und der andere woanders. Es ist natürlich in der Abwägung auch zu unterscheiden zwischen dem, was ich an Maßnahmen machen muss, und dem, was die Maßnahmen selbst für Folgen haben. Das kann man logischerweise alles unterschiedlich einschätzen. Das ist nicht zu vermeiden.

Es ist natürlich jetzt schon klar: Hinterher werden wir wissen, was wir falsch gemacht haben. Wir werden auch wissen, was wir hätten anders machen können und ob wir besser, schnell-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

ler oder langsamer hätten vorgehen sollen. Aber das nützt in der Krise selbst nichts. Da muss man einen Kompass haben und handeln. Das haben wir gemacht. Natürlich werden im Nachhinein die kommen, die alles schon immer besser gewusst haben – die aber sehr leise waren, als es darauf ankam. Auch das werden wir zu verkräften haben.

Was wir weiter brauchen, ist der Bürgersinn – den wir erfahren haben –, falls uns eine zweite Welle trifft, aber auch, wenn es darum geht, die großen Herausforderungen zu bewältigen, die die Krise im Nachgang schafft. Ich verweise aber auch auf die Klimakrise, die hinter dieser Pandemie ja nicht verschwunden ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, dass man nicht nur an sich, sondern auch an andere denkt, das ist gelebter gesellschaftlicher Zusammenhalt. Deswegen werden wir in Deutschland und Baden-Württemberg in der ganzen Welt um den Umgang mit der Krise beneidet. Viele schauen auf uns. Die „New York Times“ spricht von der „deutschen Ausnahme“, der „Economist“ nennt uns „Klassenbester in der Covid-Klasse“, und das „Wall Street Journal“ bezeichnet die Bundesländer als die unbesungenen Helden in diesem Kampf gegen Corona. Internationale Studien bescheinigen uns – ich zitiere einige Stichworte – ein hohes Maß an politischer Leistungsfähigkeit, sozialem Zusammenhalt und guter Gesundheitsversorgung sowie eine geringe finanzielle Verwundbarkeit. Diesen Blick von außen auf uns dürfen wir doch mit Freude zur Kenntnis nehmen. Das ist uns ein Ansporn; es ist aber auch ein Beleg dafür, dass im Grunde der Weg richtig ist.

Bleiben Sie gesund.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, nachdem Herr Ministerpräsident Kretschmann das Wort ergriffen hat, löst dies nach § 82 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung die sogenannte Fraktionsvorsitzendenrunde aus.

Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

**Abg. Andreas Stoch SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Bei der Rede des Ministerpräsidenten wurde mir leider sehr deutlich, dass er bei der Betrachtung der Notwendigkeiten, die aktuell bestehen, nicht in der Lage war, zu differenzieren.

Ich habe vorhin – das ist gerade eine Dreiviertelstunde her – in meiner Rede ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es nicht darum geht, sich hier hinzustellen und besserwisserisch zu sagen: Alles ist schlecht, alles war falsch. Vielmehr habe ich ausdrücklich zurückgeblickt auf den Beginn der Coronapandemie, als auf politischer Ebene Handlungsnotwendigkeit erkannt wurde. Damals haben wir gemeinsam gesagt: „Jetzt muss es schnell gehen. Jetzt müssen wir alle alles dafür tun, Menschenleben zu retten und eine Überlastung unseres Gesundheitssystems zu verhindern.“ Das habe ich ausdrücklich gesagt und überhaupt nicht in Abrede gestellt.

Ein Satz, den Sie gesagt haben, macht mir jedoch Angst, nämlich der Satz, einen „ordentlichen Krisenmodus“ könne es begrifflich gar nicht geben. Wenn Sie das ernst meinen und das nächste halbe Jahr oder Dreivierteljahr als Phase der Krise be-

zeichnen, dann habe ich Angst um unser Land. Das wäre nämlich ein Freibrief für weiteres Herumstümpfern an diesem Land.

(Beifall)

Es geht überhaupt nicht um die Frage, ob am Anfang das Richtige getan wurde. Das Infektionsschutzgesetz, auf das Sie sich auch bezogen haben – Sie haben auch die Frage nach der Notwendigkeit für ein parlamentarisches Gesetz angesprochen –, ist gar nicht das Problem, das vom Kollegen Rülke und mir vorhin hier an diesem Pult angesprochen wurde, sondern die Frage, wie man auf der Basis der aktuellen Situation handeln muss. Wir haben ja eine Erkenntnislage, und diese verändert sich im Moment nicht stündlich. Wir haben eine Annahme, und auf diese Annahme müssen wir unser politisches Handeln stützen.

Was wir von Ihnen einfordern, ist nicht, uns zu sagen, wie die Situation in drei Monaten oder sechs Monaten, was die Infektionslage angeht, sein wird; das kann niemand. Aber auf der Basis der uns jetzt vorliegenden Erkenntnisse, der Erkenntnisse der vergangenen Wochen und einer daraus zu erstellenden Prognose, was die Frage der Infektionsgefahr angeht, erwarten wir von dieser Landesregierung einen Plan, erwarten wir eine Strategie für die Bürgerinnen und Bürger, die erkennen lässt: Die Landesregierung weiß, dass diese Pandemie nicht nur in gesundheitlicher, sondern auch in anderer Hinsicht schwerwiegende Folgen hat, und diese Folgen sollten so gering wie möglich gehalten werden. Das lassen Ihre Äußerungen derzeit jedoch nicht erkennen.

(Beifall)

Jetzt noch mal zurück zum Thema Infektionsschutzgesetz. Natürlich ist auf bundesgesetzlicher Ebene zu berücksichtigen, dass Eilbedürftigkeit besteht. Deswegen ist die Verweisungsnorm in den §§ 28 und 32 auf die Landesregierungen, und zwar durch Rechtsverordnungen, gemünzt. Das ist nachvollziehbar. Das heißt aber nicht, dass man – angenommen, dieses Virus wäre über Jahre da – über Jahre sagen kann: „Wir sind im Krisenmodus, wir müssen immer ganz vorsichtig planen, und wir können immer nur ganz kurzfristig den Menschen sagen, was als Nächstes passiert.“ Vielmehr müssen wir fragen: Welche Maßnahmen können wir verordnen, und was ist ein verantwortbarer Vorlauf, um Entscheidungen zu treffen, die in die Zukunft hinein wirken?

Herr Ministerpräsident, diese Fähigkeit zur Erstellung von stabilen Prognosen auf der Basis der Erkenntnislage erkennen wir hier im Parlament nicht, erkennen auch die Menschen draußen im Land nicht. Ich sage Ihnen, was das Gefährliche daran ist: Die Widersprüche, die daraus in der Wahrnehmung der Menschen entstehen, lassen die Akzeptanz für Einschränkungen schwinden. Das führt dazu, dass immer mehr Menschen zu Demonstrationen gehen. Deswegen sind wir doch alle gehalten, dafür zu sorgen, dass die Menschen nachvollziehen können, was die politischen Entscheidungen sind, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Deswegen müssen wir – das fällt uns allen schwer – politisch im Hinblick auf eine Zukunft agieren, die wir nicht vorhersehen können, zu der wir aber eine Prognose stellen müssen, und zwar möglichst auf der Basis einer wissenschaftlichen Er-

(Andreas Stoch)

kenntnislage. Da kann man nicht so tun, als würde die Verantwortung den Wissenschaftlern in die Hände gelegt, und kann nicht einfach wie das Kaninchen auf die Schlange schauen und abwarten, was einem der Wissenschaftler Abend für Abend sagt, um dann möglicherweise zusammenzuzucken und zu sagen: Jetzt müssten wir ganz schnell dies oder jenes tun.

Im Übrigen war dies in den letzten Wochen gar nicht der Fall. In den letzten Wochen – wir erinnern uns; das wurde hier auch schon thematisiert – war es zuerst der „Peak“ zu Ostern. Ich sage nicht, dass es Grund gegeben hätte, dies nicht anzunehmen. Aber es hat sich nicht erfüllt.

(Zuruf: Gott sei Dank!)

– Ich bin ja froh, und wir alle sind sehr froh darüber, und wir stellen die Maßnahmen überhaupt nicht infrage. Das habe ich nie getan.

Aber in der Folge ging es nicht mehr um die Verdopplungszahl, die am Anfang hochgehalten wurde. Es ging um die Reproduktionszahl. Diese Reproduktionszahl ist trotz zwischenzeitlich erfolgter Öffnungsschritte einigermaßen stabil. Deswegen entsteht doch draußen eine Erwartungshaltung. Dabei wird nicht gesagt: „Macht jetzt alles auf“, sondern es wird gesagt: „Macht ein rational nachvollziehbares und in sich nicht widersprüchliches Konzept für die weitere Öffnung unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft.“

Wenn wir das nicht schaffen, Herr Ministerpräsident, dann gefährden wir die Akzeptanz dieser Regelungen. Dann möchte ich mir nicht vorstellen, was in einer zweiten Welle der Pandemie passiert. Wir müssen den Menschen Nachvollziehbarkeit, Widerspruchsfreiheit gewährleisten. Das erwarten wir von dieser Landesregierung hier in Baden-Württemberg.

(Beifall)

Zur Frage des Gegeneinanders: Mit Verlaub, ich glaube, bei einer Regierung von unterschiedlichen Partnern stellt doch niemand in Abrede, dass es auch mal Streit gibt. Es gibt sogar Länder, in denen eine einzelne Partei an der Regierung ist und wo es genauso Streit gibt.

(Zuruf)

Das hat die CDU geschafft, das hat die CSU geschafft. Das bekommt man alles hin.

Aber wenn eine Krisensituation entsteht – wir haben hier im Parlament dabei Einigkeit signalisiert, weil die Einigkeit nach außen auch die Überzeugung signalisiert, dass der Weg richtig ist –, dann ist Uneinigkeit etwas, was die Akzeptanz der Maßnahmen gefährdet.

Jetzt führe ich mir einmal das vor Augen, was 2015 hier im Land gegeben war, Thema Zuwanderungswelle. Wenn ich mir dann einmal vorstelle, Innenminister Reinhold Gall hätte öffentlich über die Medien oder über Facebook dem Ministerpräsidenten Ratschläge gegeben – mit Verlaub, das hätten Sie an dieser Stelle nicht als Normalität bezeichnet. Deswegen glaube ich, dass wir alle – egal, ob das im Landtag ist oder auch innerhalb der Rollenverteilung von Regierungsfractionen und Oppositionsfractionen – gerade in einer solchen Krisenzeit eine riesengroße Verantwortung haben.

Ich sage: Das, was ich an vielen Stellen bei dieser Regierung wahrnehme, hat nichts mit Verantwortung zu tun, sondern hat damit zu tun, dass man sich gegeneinander profilieren will, weil man den Wahlkampf heraufziehen sieht. Das gefährdet die Akzeptanz der Maßnahmen in diesem Land, und das bringt Vertrauen in Politik in Verruf, meine sehr geehrten Damen und Herren. So darf die Landesregierung nicht agieren.

(Beifall)

Herr Ministerpräsident, auch die wirtschaftlichen Hilfen haben wir hier mit auf den Weg gebracht. Was die Frage der Handlungsfähigkeit angeht, hat, glaube ich, jeder bei dem Paket, das wir hier im März beschlossen haben, den Ernst der Lage bezüglich der möglichen Folgen der Pandemie erkannt. Aber wir müssen doch eines sagen: Die Hilfspakete, die jetzt geschnürt werden, sind keine Maßnahmen, die dem Krisenmodus – ich zitiere Sie noch einmal – unterliegen sollten. Da muss es schnell gehen; das ist völlig richtig. Aber auch ein Landtag ist schnell handlungs- und entscheidungsfähig.

Deswegen möchte ich mit Blick auf diesen großen Topf von 5 Milliarden € an Kreditermächtigungen, Rücklagen usw. – insgesamt ist es ein Betrag von gut 8 Milliarden € – noch einmal deutlich sagen: Dass dann quasi nur Ergebnisse verkündet werden – heute Mittag in der Mittagspause unter Einbeziehung der Regierungsfractionen –, ersetzt, mit Verlaub, nicht das Votum des gesamten Parlaments.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Aber fast!)

– Nein, definitiv nicht. Das gilt vor allem bezüglich Ihrer Rolle nicht – wenn Sie den Vergleich zum Kollegen Schmiedel gehört haben, Herr Kollege Reinhart.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist schon ein unfreundlicher Akt, nur nebenbei bemerkt!)

Es geht darum – das habe ich von dieser Stelle aus in der Vergangenheit mehrfach gesagt –, dass wir die Frage, wie wir aus dieser Krise herauskommen, wie wir die Folgen der Krise bestmöglich überwinden können, vor allem in haushaltspolitischen Fragen, hier im Parlament diskutieren sollten und dass nicht am Rande einer Plenarsitzung Ergebnisse in einer Pressekonzferenz verkündet werden. Das ist für mich ebenfalls – wie schon die Ereignisse vor zwei Wochen – mangelnder Respekt vor diesem Parlament, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall – Zurufe, u. a.: Das ist hier doch besprochen worden!)

Deswegen möchte ich noch einmal auf den Vorstoß der CDU zurückkommen. Die Frage nämlich, ob wir über einen langen Zeitraum die Eingriffe in Rechte von Menschen nur auf der Basis von Verordnungen legitimieren können, sollten wir uns sehr, sehr dringend genau anschauen. Die Frage, was passiert, wenn das Kartenhaus irgendwann in sich zusammenfällt, habe ich unter Verweis auf den Beschluss des VGH Mannheim hier auch schon angesprochen. Wenn bereits Gerichte in Baden-Württemberg Zweifel äußern, ob die Legitimationskette Infektionsschutzgesetz/Rechtsverordnung der Landesregierung ausreicht, um so schwerwiegende und auch dauerhaft wirksame Eingriffe in die Freiheits- und Grundrechte zu recht-

(Andreas Stoch)

fertigen, dann erwarte ich mir von der Landesregierung mehr als einen Vorstoß, der erkennbar nur aus der CDU-Fraktion kommt.

Ich sage Ihnen ganz offen: Wenn der VGH Mannheim an dieser Stelle anspricht, dass das Demokratiegebot und das Rechtsstaatsprinzip durch eine solche Vorgehensweise möglicherweise berührt oder verletzt sind, dann muss sich der Bundesgesetzgeber überlegen, ob er die Regelungen des Infektionsschutzgesetzes möglicherweise anders fasst. Dann müssen aber auch wir als Landesgesetzgeber überlegen, ob die Basis der Verordnungen ausreicht oder ob wir nicht viel eher eine aktive Beteiligung des Parlaments brauchen.

Meine Meinung ist, dass das Parlament im Rahmen der Gewaltenteilung die Aufgabe hat, selbstbewusst zum einen über die Haushaltsfragen und zum anderen auch grundsätzlich über die Fragen, die dem Parlamentsvorbehalt unterliegen, zu entscheiden. Dieser Landtag muss wieder die Stellung bekommen, die ihm nach der Verfassung gebührt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Herr Ministerpräsident, Sie haben jetzt viele Dinge angesprochen, die aber gar nichts mit dem Vorwurf, den die FDP/DVP mit dem Titel der Aktuellen Debatte erhoben hat, zu tun haben. Denn die Frage war ja nicht, ob bestimmte Dinge möglicherweise bestimmte Abläufe brauchen. Vielmehr war die Frage, ob ich nicht Dinge viel früher machen kann, um sie richtig und gut umsetzen zu können.

Das Beispiel, das in der letzten Woche und auch in dieser Woche noch die Gemüter in diesem Land bewegt hat, die Verordnung aus dem Kultusministerium, war Ihnen keine Silbe wert. Ich glaube, Sie sollten nicht den Eindruck erwecken wollen, dass in dieser Regierung alles hervorragend läuft. Vielmehr muss man, wenn man sein Amt entsprechend ausübt, auch zu den Fehlern stehen, die gemacht werden. Dann hätte ich von Ihnen gern gehört, wie diese zukünftig vermieden werden sollen.

Wir werden nämlich die Situation haben, dass das Kultusministerium, das diese Verordnung eigentlich schon vor einigen Tagen hätte erstellen können, in den nächsten Wochen und Monaten die sehr komplizierte Frage klären muss, wie die Schülerinnen und Schüler in unserem Land im restlichen Schuljahr und vor allem zu Beginn des nächsten Schuljahrs wieder unterrichtet werden sollen. Wie soll das funktionieren?

Wenn ich dann immer wieder nur den Satz höre: „Wir müssen auf Sicht fahren“ – den höre ich übrigens auch aus der Schulverwaltung –, dann muss ich Ihnen sagen: Das ist mir zu wenig gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern an den Schulen, das ist mir zu wenig gegenüber den Eltern, und es ist mir viel zu wenig gegenüber den Kindern in diesem Land.

Ich sage es noch einmal: Wir müssen alles dafür tun, dass die Menschen in diesem Land – vor allem die Kinder – nicht die dauerhaft Leidtragenden der Coronapandemie sind. Deswegen fordere ich Sie als Ministerpräsidenten auf: Wenn Sie sehen, dass in einem Ministerium so schlecht gearbeitet wird, dann erwarte ich von Ihnen als Ministerpräsident, dass das endlich korrigiert wird. Die Menschen in diesem Land müs-

sen endlich das Gefühl bekommen: Da sitzt jemand am Steuer, der weiß, wo die Reise hingehet, und nicht jemand, der am liebsten aussteigen würde, weil er vor der nächsten Entscheidung Angst hat. So kann Politik nicht funktionieren, Herr Ministerpräsident.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Fraktionsvorsitzender Gögel, Sie haben noch einmal für die AfD-Fraktion das Wort.

**Abg. Bernd Gögel** AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, auf einige Fragen sind Sie nicht eingegangen, und diese möchte ich hier noch einmal aufrufen.

Zum einen geht es um die Frage: Kannten Sie oder kannten Ihre Kollegen Ministerpräsidenten in Deutschland den KM-4-Bericht zum Krisenmanagement im Pandemiefall, in dem es darum geht, welche Maßnahmen ergriffen und welche Abschätzungen und Analysen durchgeführt werden sollten? Damit könnte auch zur These des RKI die Antithese aufgestellt werden. Dies soll dazu dienen, festzustellen, welche Risiken wir eingehen, wenn wir bestimmte Maßnahmen ergreifen, und welche Langzeitauswirkungen diese Maßnahmen haben werden. Dazu haben Sie kein Wort verloren. Alles, was Sie unternommen haben, was die Kanzlerin und Ihre Kollegen unternommen haben, war auf RKI-Daten gestützt.

Es haben übrigens auch Wissenschaftler von der Leopoldina an dieser KM-4-Studie mitgearbeitet. Auch wenn sie den Referatsleiter dort still und sanft entsorgt haben – nicht Sie, aber die Verantwortlichen in Berlin, so ähnlich wie im Fall Maaßen –, täuscht das nicht darüber hinweg, dass zu Thesen auch immer Antithesen gehören und man auch unliebsame Berichte studieren und berücksichtigen sollte. Dazu haben wir gar nichts gehört.

Zu den Auswirkungen der Maßnahmen, die Sie getroffen haben und über die niemand nachgedacht hat – jetzt setzt dies so nach und nach ein –, gehört z. B. die Auswirkung auf unsere Lebenserwartung. Wir alle zusammen haben uns in den letzten 50 Jahren durch unseren Wohlstand ein Anwachsen unserer durchschnittlichen Lebenserwartung um 15 Jahre erarbeitet. Mit einem wirtschaftlichen Niedergang, der in einem gewissen Maß zu erwarten ist und der dazu führen kann, dass die Ausgaben für die Gesundheitssysteme, wie wir sie heute kennen, nicht mehr getätigt werden können, wird die Lebenserwartung auch wieder sinken. Auch das sind Dinge, die man einschätzen und berücksichtigen muss.

In der Krise konnten 90 % aller notwendigen Operationen nicht durchgeführt werden. Heute Morgen habe ich mir angesichts der Nachrichtenlage überlegt: Lag das wirklich nur an Corona, oder lag es vielleicht auch daran, dass wir hier in Baden-Württemberg nicht mehr ausreichend Blutreserven haben? Wenn wir nicht mal für einen Tag Blutreserven für die Krankenhäuser in den Kühlschränken haben, dann werden wir geplante Operationen auch zukünftig nicht mehr durchführen können.

Wenn man immer die positiven Dinge darstellt und betont, wie gut Baden-Württemberg dasteht, dann muss man einräu-

(Bernd Gögel)

men, dass wir in diesem Bereich katastrophal dastehen. Bayern hat mit Blutreserven für 4,5 Tage einen deutlichen Vorsprung – und auch dieser Wert kann sicherlich nicht als wahn-sinnig gut bezeichnet werden.

Ich weiß gar nicht, warum man in der Coronakrise das Blut-spenden nicht beworben und stärker ermöglicht hat. Ich bin kein Mediziner; ich kann das nicht beurteilen. Aber es ist eine Frage an Sie, an die Regierung: Warum konnte das Blut-spenden nicht in der Form durchgeführt werden, wie es notwendig gewesen wäre, um unsere Reserven hier im Land auf-rechtzuerhalten?

Die Folgebehandlungen und die Früherkennungsdiagnosen bei Tumorpatienten wurden unterbrochen. Da rechnet auch niemand aus, wie viele Monate früher so ein Patient jetzt stirbt und wie viele Patienten mehr durch diesen Ausfall sterben werden.

Psychologische Folgen: Suizide, häusliche Gewalt, vor allem gegen Kinder und Jugendliche, werden zunehmen. Es gibt schon erste Berichte von Kinderärzten, die über Patienten in ihrer Praxis berichten. Das sind keine schönen Bilder und keine schönen Berichte. Es ist doch völlig klar, dass dieser Prozess des Aussperrens, der Prozess der Isolation in die häusliche Gemeinschaft zu Aggressionen und Gewaltausbrüchen führt.

Sie haben zu den Themen nicht Stellung bezogen. Hat man das irgendwann diskutiert, hat man das irgendwann mal be-rechnet? Hätte man das in der Gesamtbetrachtung nicht be-rücksichtigen müssen?

In der Gesamtbetrachtung kommt KM 4 – das ist das Referat im Bundesinnenministerium, das sich mit solchen Dingen be-fasst; das sind Fachleute – am Ende zur Bewertung: Das ist ein Fehllalarm.

(Zuruf: Das stimmt doch gar nicht!)

Es ist nicht die AfD, die dieses Wort kreiert hat, sondern es sind die Fachleute des KM 4 im Bundesinnenministerium, die in diesem Bericht zu diesem Ergebnis kamen.

Weder Sie, Herr Ministerpräsident, noch ich würden beurtei-len können: Haben die recht? Hat diese oder hat die andere Seite recht? Aber wir hätten uns mit dem gesunden Menschen-verstand in jedem Fall beide Thesen angeschaut und überlegt: Was ist die größere Katastrophe?

(Beifall)

2018 hatten wir in Deutschland, in Europa und weltweit eine Influenza mit verheerenden Auswirkungen – in Deutschland mit über 25 000 Toten. Da hat kein Mensch Statistik geführt, niemand hat sich dafür interessiert – es war halt eine starke Grippe.

(Zurufe)

Wenn wir bei einer solchen Epidemie, einem solchen Influenza-geschehen die Gesellschaft schon einmal aufgerufen hätten: „Bleibt zu Hause, geht nicht an den Arbeitsplatz, tragt einen Mund-Nasen-Schutz, haltet Abstand“, dann hätten wir mit Si-

cherheit viele, viele Tausend Tote vermeiden können. Das hat überhaupt niemanden interessiert; das ist durchgelaufen.

(Zuruf)

– Bitte?

(Zuruf: Ich hoffe, der Wähler nimmt Abstand von Ih-nen! – Gegenruf: Schutzmaske!)

– Ja, das ist eine berechtigte Anmerkung.

(Heiterkeit)

Dazu gibt es auch keine Ausführungen. Ich möchte nicht auf Ihre Zwischenbemerkungen eingehen. Ich würde mich gern mit Ihnen intellektuell duellieren. Aber heute sind Sie nicht entsprechend bewaffnet.

(Heiterkeit – Beifall – Zurufe)

Sie haben ausgeführt, dass man jetzt die IT-Versorgung der Schulen angehen möchte und dafür auch Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Das ist schön. Aber Sie müssen sich auch Lö-sungen überlegen, um die Breitbandversorgung tatsächlich an jede Schule zu bringen. Viele Schulen in Baden-Württemberg haben keine Breitbandanbindung. Diese Dinge müssen einge-richtet werden.

An vielen Schulen können die Hygienevorschriften nicht ein-gehalten werden. Schauen Sie sich einmal die Toiletten und andere Räume an Schulen an. Dort wurde Jahrzehnte nicht sa-niert, nichts repariert. Da muss erst einmal vieles in Ordnung gebracht und investiert werden.

Sie müssen die Jugendlichen und die Kinder, die robustesten Gesellschaftsgruppen, endlich in einen Normalbetrieb führen. Das ist notwendig, sonst sind die Langzeitfolgen für dieses Land katastrophal.

(Beifall)

Die jungen Menschen müssen ein normales Leben führen kön-nen, und das können sie auch. Sie haben auch Verständnis, dass der Besuch ihrer Oma am Wochenende im Heim nur durch eine Glasscheibe getrennt erfolgen kann. Wenn der Min-destabstand zu den Risikogruppen eingehalten werden kann, hat dafür jeder Verständnis.

Aber alle anderen Gesellschaftsgruppen müssen „laufen“. Sie werden niemandem mehr vermitteln können, dass in Nord-rhein-Westfalen morgen die Freibäder öffnen, während Sie hier irgendwann im Sommer Veranstaltungen im öffentlichen Raum bis maximal 100 Personen zulassen wollen. Das kön-nen Sie nicht vermitteln.

Sie können nicht mehr vermitteln, dass in der Fußballbundes-liga seit dem letzten Wochenende wieder gespielt wird, und zwar im Kampfsportmodus auf dem Fußballplatz – so wie sich das gehört –, während die Kinder zu Hause bleiben müssen und nicht in ihrem Verein, etwa beim FC Birkenfeld, zum Training und zum Spiel gehen dürfen. Das können Sie doch niemandem vermitteln.

Schaffen Sie in vielen Bereichen Klarheit. Sie können mor-gen den Vätern mit Sicherheit auch nicht vermitteln, warum

(Bernd Gögel)

sie auf einer Bierbank, die zehn Plätze bietet, nur mit drei Personen Platz nehmen dürfen. Machen Sie am besten eine Verordnung, wonach die Amateure, die Cola und Saft trinken, morgen zu Hause bleiben müssen, während die Profis in die Biergärten gehen dürfen. Dann reicht der Platz vielleicht aus. Da kann man auch noch heute Abend eine Verordnung machen.

(Beifall)

Es gibt also viel Durcheinander, viele Unklarheiten,

(Zurufe)

viel Nichtwissen in den Regierungsreihen.

Das Einzige, was aus der Verordnung von gestern Abend tatsächlich zu mir durchgedrungen ist, war ein Wort, das immer häufiger auftaucht: Ermächtigung.

(Zurufe)

Das Wort „Ermächtigung“

(Zuruf: Da muss man aufpassen!)

hat ja irgendwo einen ganz schlechten Ruf, kommt aber in letzter Zeit in unserer jungen Demokratie komischerweise immer häufiger vor.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, in welcher Partei?)

Herr Ministerpräsident, sorgen Sie dafür, dass dieses Wort aus unserem Wortschatz, aus dem täglichen Gebrauch in der Demokratie wieder verschwindet. Dann haben wir einen wesentlichen Beitrag geleistet.

(Beifall – Zuruf)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Richtig, Herr Abg. Dr. Rülke. Jetzt sind Sie dran.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, aber ich warte noch!)

– Ja. – Hinten wird es unruhig. Sie sollten schon einmal aufstehen.

(Heiterkeit)

Sie dürfen.

(Zurufe)

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, ich danke für die genauen Handlungsanweisungen und gehe davon aus, dass ab sofort jeder so genaue Handlungsanweisungen bekommt, wenn er das Wort ergreift.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie sind vielleicht der einen oder anderen inhaltlichen Kritik argumentativ begegnet. Aber was sehr viel tiefer blicken ließ, war im Grunde die Haltung, die Sie in Ihrer heutigen Rede signalisiert haben. Die Haltung, die Sie signalisiert haben, macht

deutlich: „Es gibt da ein Virus, und solange es dieses Virus gibt, ist das für mich die Rechtfertigung, ohne Plan und ohne Strategie Landespolitik zu betreiben. Die Gefahr des Virus rechtfertigt das Stochern im Nebel und enthebt mich der Notwendigkeit, andere Ziele dagegen abzuwägen.“

Ihre Rede ließ jegliche Abwägung vermissen, etwa die Frage: Was ist die Voraussetzung dafür, bei Schulen zu einer weiteren Öffnung zu kommen – oder bei Kindertagesstätten, bei der Wirtschaft? Für die Wirtschaft lassen Sie sich vom Landtag Geld genehmigen und knüpfen damit Programme, die Sie dann protzig verkünden – in Pressekonferenzen wie jetzt in der Mittagspause dieser Plenarsitzung –, als käme das aus der eigenen Tasche und als wäre damit der Wirtschaft geholfen.

Was mich aber besonders erschreckt hat, Herr Ministerpräsident, war die Arroganz, mit der Sie einem Teil der Bevölkerung begegnet sind. Sie wurden gefragt: Was ist denn mit denen, die demonstrieren? Da haben Sie gesagt: „Das sind halt die, die dagegen sind.“ Das war sehr lustig, Herr Ministerpräsident. Was meinen Sie, wie das bei dem Teil der Bevölkerung ankommt, der damit gemeint ist und der vielleicht anderer Meinung ist? Oder glauben Sie vielleicht, Sie seien nur der Ministerpräsident einer Umfragemehrheit in diesem Land, Sie seien nur der Ministerpräsident jener, von denen Sie glauben, durch eine Umfrage Zustimmung zu erhalten?

Diese Zustimmung ist sehr flüchtig, Herr Ministerpräsident. Wir hatten zu Beginn der Krise 90 bis 95 % der Bevölkerung, die gesagt haben: „Ja, die Politik des Shutdowns ist notwendig; wir unterstützen das.“ Inzwischen sind es noch 60 %; auf diese berufen Sie sich. Aber was macht Sie so sicher, dass es bei diesen 60 % bleibt?

(Zuruf: Nichts!)

– Nichts, sehen Sie. Aber Sie stellen sich hierhin und sagen: Die Umfrage ergibt, dass 60 % meiner Meinung sind, also muss meine Position richtig sein. Denjenigen, die anderer Meinung sind, begegnen Sie in einer Arroganz, wie sie einem Regierungschef nicht zukommt, Herr Ministerpräsident.

(Beifall)

Das gilt auch für Ihren lustigen Storch-Vergleich. Sie haben ja einmal gesagt: „Gefährliche junge Männer schicken wir in die Pampa.“ Das kam bei den Kommunen nicht besonders gut an. Sie sagten dann hinterher: „War vielleicht nicht so klug.“

Dann haben Sie einmal gesagt: „Die Kinder brauchen in den Schulen eigentlich keine Rechtschreibung mehr zu lernen.“ Hinterher haben Sie festgestellt: „Das war vielleicht nicht so besonders klug.“ Der Vergleich derjenigen – –

(Zuruf)

Es geht nicht nur um Aluhüte und Verschwörungstheoretiker, sondern unter denjenigen, die da demonstrieren, sind auch Menschen aus der Mitte der Gesellschaft, die vielleicht andere Schwerpunkte setzen als das, was Ihnen wichtig ist, die sich die Frage stellen: „Wie geht es weiter mit meinem selbstständigen Gewerbe?“, die sich die Frage stellen: „Wie geht es weiter mit mir als Alleinerziehendem, wenn ich das Kind zu Hause sitzen habe?“

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Die dann einfach nur mit Störchen zu vergleichen, Herr Ministerpräsident, das ist für den Regierungschef eines Landes unangemessen.

(Beifall)

Sie haben erklärt, Sie hätten einen klaren Kompass. Wo ist denn dieser Kompass? Sie haben gesagt, Sie hätten klare Kriterien. Also, diese Kriterien sind eben nicht klar. Was ist das Ziel, das Sie erreichen wollen, und welche Öffnungsmaßnahmen folgen welchem Ziel?

Kollege Stoch hat es auch schon angesprochen: Am Anfang dieser Krise wurde gesagt: „Was wir in Deutschland und in Baden-Württemberg nicht wollen, sind Bilder wie in Bergamo.“ Auch Kollege Reinhart hat Bergamo in seiner Rede angeführt: „Das wollen wir nicht, solche Bilder wie in Bergamo.“

Das heißt, wir müssen verhindern, dass unser Gesundheitssystem überlastet wird, dass wir nicht genügend Intensivbetten haben, dass am Ende vielleicht Ärzte darüber entscheiden müssen, wer behandelt wird und wer nur beim Sterben begleitet wird. Kollege Stoch hat es angesprochen: Das haben wir mitgetragen.

In der Tat war am Anfang nicht absehbar, in welche Richtung sich diese Pandemie entwickelt, und wenn man seitens verantwortungsvoller Politik nicht weiß, in welche Richtung etwas geht, dann ist man gezwungen, alle Maßnahmen zu ergreifen, um schlimme Entwicklungen zu verhindern. Deshalb haben wir am Anfang diese Politik mitgetragen.

Diese Politik hatte Folgen – wirtschaftliche Folgen, weil sich ein Shutdown beispielsweise in der Gastronomie, beispielsweise im Handel, beispielsweise bei den Schaustellern und beim Messebau im Grunde als Berufsverbot auswirkt. Dann muss der Staat helfen.

Dann gibt es auch keine Ordnungspolitik mehr. Dann gilt in der Tat: Not kennt kein Gebot.

Nur: Wenn Sie Ihre Politik mit diesem Kriterium begründen, müssen Sie eben auch reagieren, wenn klar ist, dass das Ziel erreicht wird. Sie haben es ja selbst geschildert: Innerhalb der letzten Wochen ist die Zahl der Neuinfizierten in Baden-Württemberg auf ein Fünftel zurückgegangen – ein Fünftel. Ich bin ja froh, dass das Staatsministerium sich seit vergangener Sonntag die Zahl der aktuell Infizierten vergegenwärtigt. Das haben Sie am vergangenen Sonntag zum ersten Mal gemacht. Dabei haben Sie aber gleich einen Rechenfehler gemacht. Das Staatsministerium hat veröffentlicht, es gebe 4 000 Infizierte, und nach einer Stunde wurde der Rechenfehler bemerkt und korrigiert: Es sind bloß 2 400.

Auf einer solchen Zahlenbasis machen Sie Politik, meine Damen und Herren, und dann wundern Sie sich –

(Zurufe)

– Ich kann es Ihnen zeigen. Das Staatsministerium hat am Sonntagabend eine E-Mail verschickt: 4 000 Infizierte. Und eine Stunde später kam: „Tut uns leid, wir haben einen Fehler gemacht; es sind bloß 2 400.“ Ich zeige es Ihnen nachher.

(Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Besser als andersherum!)

– Ja, ja. Besser als andersherum. Aber das zeigt eben, dass man es nicht im Griff hat. Das zeigt, dass man die Zahlen nicht im Griff hat.

(Vereinzelte Beifall)

Und auf dieser Basis machen Sie Politik, meine Damen und Herren.

Genauso ist es mit dem Verdopplungszeitraum. Da wurde das Ziel 14 Tage ausgegeben, 14 Tage Verdopplungszeitraum. Mittlerweile sind wir bei über 100. Dann wird gewechselt. Dann wird der R-Faktor erfunden. Dann kann aber niemand diesen R-Faktor erklären. Das RKI wechselt jede Woche den Berechnungsmodus, und dann erfährt die Bevölkerung plötzlich: Es wird gar nicht gerechnet, sondern geschätzt.

Und dann wundern Sie sich, dass die Leute auf die Straße gehen, und Sie tun das ab mit der Aussage: Das sind halt die, die dagegen sind.

(Zuruf)

So kann man mit der Bevölkerung nicht umgehen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Dann wird vor einer zweiten Welle gewarnt. Es könnte ja eine zweite Welle kommen. Dann kommt die Bestimmung mit den 50 auf 100 000. Und wenn das nicht hilft, schätzt Lucha die Dunkelziffer – ja? So machen Sie Regierungspolitik, und das sollen die Leute verstehen.

Herr Ministerpräsident, wir brauchen klare Kriterien. Sie müssen deutlich machen: Was ist das Ziel? Und Sie müssen deutlich machen: Wenn Ziele erreicht sind, dann folgen die und die Maßnahmen. Es geht nicht an, nur zu erklären – wie Sie es hier am Redepult getan haben –: „Jetzt ist zwar die Zahl der Infizierten massiv gesunken, aber das Virus ist noch immer gefährlich, und deshalb geht es weiter mit einer orientierungslosen Politik, die vielleicht an der einen oder anderen Stelle auf aktuelle Entwicklungen reagiert, aber keine Strategie erkennen lässt.“

(Zuruf)

Wenn Sie so argumentieren, dann haben Sie natürlich die Rechtfertigung dafür, zu sagen: „Solange es dieses Virus irgendwo gibt, ist es auch irgendwo gefährlich, und solange es irgendwo gefährlich ist, regieren wir auf der Basis von Verordnungen. Dann haben wir irgendwie einen Ausnahmezustand, und es ist im Grunde immer richtig, das zu tun, was eine Regierung tut; denn wir haben ja nur im Sinn, möglichst viele Menschen vor diesem Virus zu schützen.“

Das kann aber nicht die alleinige Zielsetzung sein, Herr Ministerpräsident. Es kann nicht die alleinige Zielsetzung sein, zu sagen: „Wir richten unsere Politik an dem Ziel aus, dass sich möglichst niemand mehr infiziert und möglichst niemand mehr an diesem Virus stirbt.“

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Natürlich ist es ein wichtiges Ziel, Menschen vor Pandemien zu schützen. Aber es gibt eben auch andere Opfer dieser Pandemie. Es gibt Menschen, deren wirtschaftliche Existenz vernichtet wird, es gibt Menschen, die dann möglicherweise zu häuslicher Gewalt neigen. Eine solche Abwägung gibt es in anderen Bereichen der Gesellschaft auch. Jedes Jahr sterben 100 000 Menschen am Rauchen; trotzdem verbieten wir das Rauchen nicht. Jedes Jahr gibt es Zigtausende Verkehrstote; trotzdem gibt es keine Ausgangssperre, um den Verkehr zu unterbinden.

(Zurufe)

Genau das fehlt: die Abwägung dessen, was noch angemessen und was notwendig ist, Herr Ministerpräsident. Diese Abwägung fehlt. Ihre Politik ist nur von der Zielsetzung bestimmt: Ich schütze möglichst viele Menschen vor diesem Virus. Derzeit gibt es durchschnittlich nur noch 50 Neuinfizierte pro Tag; dennoch gilt diese Maßgabe für Sie offenbar noch immer.

Die Konsequenzen aus dieser Politik werden von Ihnen nicht hinreichend klargemacht. Genau das ist es, was wir Ihnen am heutigen Tag hier vorwerfen: Wir haben über Strategie, über Plan, über Abwägung, über Konsequenzen nichts gehört. Wir haben nur gehört: „Solange es das Virus gibt, ist alles richtig, was ich mache.“ Wir haben gehört: „Solange bei Umfragen eine Mehrheit in diesem Land diese Politik für richtig hält, interessiert mich die Minderheit gar nicht; ich bin nur der Ministerpräsident einer Mehrheit.“ Und wir haben gehört, dass Sie sich selbst dafür auf die Schulter klopfen, dass Sie das Geld des Steuerzahlers ausgeben – mit Hilfsprogrammen.

Mit Verlaub, Herr Ministerpräsident: Das ist keine Kunst; Regierungskunst sieht anders aus.

(Beifall – Zurufe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Ministerpräsident, es gibt noch weitere Wortmeldungen. Wollen Sie diese zuerst anhören und dann noch einmal sprechen? – Also, dann spricht jetzt Herr Fraktionsvorsitzender Schwarz für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vorwürfe des Kollegen Rülke gegenüber dem Ministerpräsidenten, die hier in den Raum gestellt wurden, muss ich aufs Schärfste zurückweisen.

(Beifall – Zurufe)

Haben Sie dem Ministerpräsidenten denn zugehört? Er hat in seiner Rede drei Ziele formuliert. Ich rufe diese Ziele noch einmal in Erinnerung. Ziel Nummer 1: Leib und Leben schützen. Ziel Nummer 2: unser Gesundheitssystem gut aufstellen. Ziel Nummer 3: die Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben am Laufen halten.

Meine Fraktion teilt diese Ziele. Es sind vernünftige Ziele, und wenn Sie dem Ministerpräsidenten vorwerfen, er hätte keine Ziele, dann geht Ihr Vorwurf ins Leere, Herr Kollege Rülke.

(Beifall)

Jetzt haben Sie sich das Thema Güterabwägung vorgenommen. Ich muss sagen: Was die letzten Wochen betrifft, kann ich ganz klar die Rechtsgüterabwägung in der Landesregierung feststellen. Ich teile diese Rechtsgüterabwägung. Denn die Menschenwürde und das in Artikel 2 des Grundgesetzes formulierte Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit sind in unseren Augen hochrangige Rechtsgüter. Deswegen nimmt die Regierung diese Rechtsgüterabwägung vor, und sie nimmt sie in meinen Augen zutreffend und richtig vor, meine Damen und Herren.

(Beifall – Zuruf: Sehr richtig!)

Herr Rülke und Herr Stoch haben das immer sehr verschroben hinterfragt: Man brauche ein nachvollziehbares System, ein rationales Konzept. Meine Damen und Herren, das liegt vor. Ich will das an dieser Stelle mit der Ampelsystematik unterlegen. Der Ministerpräsident hat Ihnen gestern die Ampelsystematik zugeschickt. Das ist ein zielgerichtetes Vorgehen anhand von klaren Kriterien: 35 heißt, die Ampel schaltet auf Gelb, 50 heißt, die Ampel schaltet auf Rot – ein sehr rationales Vorgehen, ein Vorgehen, das sich an klaren, nachvollziehbaren Kriterien festmacht. Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis, Herr Stoch und Herr Rülke.

(Beifall)

Dieses klare, nachvollziehbare Vorgehen gibt es auch für die jeweiligen Branchen. Baden-Württemberg ist mit der Ampelsystematik gut aufgestellt. Aus epidemiologischen Gründen ist dort hinterlegt, welche Bereiche grün markiert werden können – und damit geöffnet sind –, welche Bereiche hellgelb sind, also bald geöffnet werden können, und welche Bereiche momentan noch rot hinterlegt werden müssen, wie beispielsweise Großveranstaltungen, Tanzschulen oder Ballettschulen. Das ist ein klares, nachvollziehbares Konzept anhand von objektiven Kriterien. Das ist ein kluges Konzept. Wir unterstützen diesen Weg ausdrücklich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Jetzt ist hier verschiedentlich die Frage nach der Einbeziehung des Parlaments gestellt worden. Meiner Fraktion sind ein starkes Parlament und die Einbeziehung des Landtags sehr wichtig. Deshalb halte ich es für entscheidend, dass wir in zweierlei Hinsicht stärker beteiligt werden.

Zum einen sind wir, der Landtag, Haushaltsgesetzgeber. Wenn es ums Geld geht, kommt am Landtag niemand vorbei. Das haben wir vier Fraktionen auch schon mit der Kreditemächtigung von 5 Milliarden € bewiesen. Das wird auch so weitergehen. Wenn es ums Geld geht, wird der Landtag ein entscheidendes Wörtchen mitzureden haben.

Dasselbe gilt, wenn es dann um die weiteren Maßnahmen geht. Ich bin mir mit der Regierung einig – auch mit dem Kollegen Reinhart –: Wenn es um Gefahrenabwehr geht, wenn Gefahr im Verzug ist, dann muss die Regierung schnell handeln können. Gefahrenabwehrmaßnahmen können Sie nicht wochenlang diskutieren. Für schnelles Handeln ist die Rechtsverordnung, Herr Ministerpräsident, das richtige Instrument. Dafür haben Sie weiterhin unsere volle Unterstützung.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf)

(Andreas Schwarz)

Wenn es jetzt um Lockerungen geht, wenn auch Grundrechtseinschränkungen Schritt für Schritt zurückgenommen werden, wenn aber für bestimmte Bereiche, die weiterhin rot hinterlegt sind, wie beispielsweise Großveranstaltungen, weiterhin Grundrechtseinschränkungen vorliegen, dann müssen wir, muss der Landtag natürlich einbezogen werden.

Meine Damen und Herren, das gibt schon der Parlamentsvorbehalt vor. Wenn Sie in die Verfassung schauen, dann sagt Artikel 80 Absatz 4 des Grundgesetzes ganz klar, dass für solche Verfahren die Parlamente ein Wörtchen mitzureden haben. Wir werden hier im Haus entsprechende Vorschläge diskutieren. Wir sind dazu miteinander im Gespräch und werden entsprechende Konzepte präsentieren.

Ich habe es vorhin angesprochen: Wir lassen niemanden im Stich. Deswegen will ich es hier nochmals untermauern: Wir sichern Existenzen, wir vermeiden Insolvenzen, und wir erhalten die Struktur unserer erfolgreichen baden-württembergischen Wirtschaft. Das sind die Ziele der grünen Landtagsfraktion.

(Beifall)

Jetzt haben wir hier eine Aktuelle Debatte. Herr Stoch, Herr Rülke, es ist nicht die erste Aktuelle Debatte zu diesem Thema. Eine Aktuelle Debatte wäre der Ort, an dem die Opposition ihre Vorschläge vortragen könnte.

(Zuruf)

Hat jemand von Ihnen Vorschläge der Opposition gehört?

(Zurufe: Nein!)

Ich habe in den letzten Wochen und Monaten keinerlei Vorschläge von SPD und FDP/DVP gehört, wie sie Baden-Württemberg aus der Krise führen wollen.

(Zurufe – Unruhe)

Nichts kam von Ihnen. Heute haben Sie nichts geliefert, Herr Stoch und Herr Rülke.

(Beifall – Zurufe, u. a. des Abg. Reinhold Gall SPD – Unruhe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Schwarz, hören Sie bitte!

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Ja, ich lasse die Frage gleich – –

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nein, Herr Abg. Schwarz, hören Sie bitte: Lassen Sie die Zwischenfrage von Herrn Abg. Binder zu?

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Ja, ich lasse sie gleich zu. Ich will aber auf den Einwurf von Herrn Gall noch mal entgegen: Sie könnten hier doch gerade zu dem Themenbereich Wirtschaftshilfen, Hilfsprogramme, Sofortprogramme

(Zurufe)

Maßnahmen vorschlagen. Da haben Sie nichts vorgeschlagen!

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD – Unruhe)

Das hätten Sie heute tun können. Da haben Sie einfach versagt; das muss ich ganz klar sagen.

(Beifall – Abg. Andreas Stoch SPD: Wir reden doch heute nicht über Wirtschaftshilfen! Wir reden über handwerkliche Unfähigkeit! – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie reden am Thema vorbei!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Binder, ich glaube, Sie dürfen jetzt in aller Ruhe Ihre Zwischenfrage stellen.

(Unruhe)

**Abg. Sascha Binder SPD:** Herr Kollege Schwarz, ist Ihnen bekannt, dass es heute um den Vollzug und um die Ordnung in diesem Land geht? Und ist Ihnen bekannt, dass die SPD einen sehr umfassenden Vorschlag für die Familien und Kinder in diesem Land gemacht hat, der auf so großes Interesse gestoßen ist, dass selbst das Kultusministerium diesen Beschluss wollte und dann gleich den Betrag von 65 Millionen €, die wir schon gefordert haben, übernommen hat? Ist Ihnen dies bekannt?

(Zuruf)

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Für die Mittel in Höhe von 65 Millionen € bedarf es keiner Zwischenmeldung des Kollegen Binder.

(Lachen)

Die waren gestern Abend

(Zurufe)

so was von unstrittig. Dass wir in Zeiten des Fernunterrichts mehr digitale Endgeräte brauchen,

(Zuruf)

dazu braucht man keine Zwischenfrage des Kollegen Binder. Es war so was von unstrittig.

(Beifall)

dass Digitalisierung an den Schulen ein wichtiges Thema ist.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD – Unruhe)

Aber ich bringe Ihnen mal ein paar Beispiele dafür, Herr Kollege, was hier gearbeitet und geliefert wird. Die Wirtschaftsministerin und die Finanzministerin haben ein Konzept für einen Beteiligungsfonds aufgelegt. Das ist ein sehr wegweisender Vorschlag, dass sich Baden-Württemberg nämlich finanziell an Unternehmen beteiligt und so Unternehmen unterstützt.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Der Gesundheitsminister hat mit dem Bundesgesundheitsminister ein Konzept für eine Prämie in der Altenpflege vorgestellt. Der Justizminister hat gestern ein umfassendes Konzept zur Rettung von Gastronomie und Hotellerie beschlossen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Darum geht es doch heute gar nicht!)

(Andreas Schwarz)

Der Verkehrsminister hat ein umfassendes Konzept erstellt: Rettungsschirm für den öffentlichen Nahverkehr. Staatssekretärin Olschowski wird nachher den Masterplan Kunst und Kultur präsentieren.

(Zurufe, u. a. des Abg. Reinhold Gall SPD – Unruhe)

Diese Regierung arbeitet. Diese Regierung erstellt Konzepte. Und von Ihnen kommt dazu nichts. Das muss man hier mal ganz deutlich sagen.

(Beifall – Zurufe)

Wir werden nach den Pfingstferien hier im Landtag darüber reden müssen, wie wir Baden-Württemberg mit einem Konjunktur- und Impulsprogramm aus der Krise führen werden. Deswegen war es wichtig, dass wir von der Kreditaufnahme noch einen ordentlichen Teil zur Verfügung haben: einerseits, um – Herr Minister Lucha – möglicherweise für eine zweite Welle gewappnet zu sein, auf der anderen Seite, um auch nochmals gezielt Konjunkturimpulse für unsere Wirtschaft zu setzen. Dazu werden wir hier Vorschläge machen.

Wir werden uns damit auseinandersetzen müssen, wie Forschung und Entwicklung bei kleinen und mittleren Unternehmen aussehen. Wie können wir Anreize für mehr Kooperationen zwischen Forschungseinrichtungen und dem Mittelstand für mehr Wissenstransfer sicherstellen? Wie können wir Wagniskapitalinstrumente für den Mittelstand ausbringen? Wie können wir eine umfassende Weiterbildungsstrategie für die Zukunftsthemen Digitalisierung und „Künstliche Intelligenz“ vorbereiten?

Solche Diskussionen führen wir. Da merken Sie: Wir haben konkrete Ideen, konkrete Pläne, wie wir Baden-Württemberg erfolgreich und souverän aus dieser Krise führen werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall – Zurufe, u. a. des Abg. Reinhold Gall SPD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Gall! – Ich darf das Wort jetzt an den nächsten Redner geben, Herrn Abg. Professor Dr. Reinhart für die CDU. Bitte.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich verstehe die Aufregung gar nicht! – Gegenruf: Du musst ja nicht zuhören! – Heiterkeit – Zuruf: Der Satz war gut!)

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Krisen sind Zeiten der Exekutive. Insoweit kann ich den Schmerz verstehen, dass Sie mit schweigender –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Churchill hat gesagt: „Verschwende niemals eine gute Krise“!)

– Ja, das ist wahr. Das ist auch ein kluger Satz von Churchill gewesen; denn das war eine Analyse, die im Moment oft zitiert wird. Die kommt nicht von mir, sondern die kommt schlichtweg auch als Ergebnis der Analyse der Umfragen. Natürlich muss auch in einer Krisenzeit eine Regierung handeln und handlungsfähig sein.

Es ist hier sehr viel kritisiert worden. Ich will deshalb auf einige Punkte eingehen.

Zum einen wird angesprochen, dass wir eine gesetzliche Grundlage brauchen. Sie fordern das. Wir haben das des Öfteren angesprochen. Ich bin hier mit dem Kollegen Schwarz völlig einig: Es müssen Fragen geklärt werden. Das werden wir rasch machen. Aber natürlich sind wir uns auch einig, dass wir die Grundlagen schaffen wollen, dass keine Rechtsrisiken entstehen können.

Es wird zu klären sein, ob § 32 des Infektionsschutzgesetzes eine ausreichende, aber nach Artikel 80 Absatz 4 des Grundgesetzes eventuell auch eine abschließende konkurrierende Gesetzgebung des Bundes ist oder ob wir über dieses Selbstbefassungsrecht des Landesparlaments, der Verordnung vorgehend, mit einem eigenen Pandemiegesetz die rechtlichen Grundlagen schaffen. Damit befassen wir uns. Das werden wir in den Regierungsfractionen einvernehmlich regeln. Wir werden da auch das Wissen und den Sachverstand der Regierung mit einbinden.

Der zweite Punkt: Es ist hier mancherlei Kritik daran geäußert worden, wie die Sache abgelaufen sei. Vor allem wird Abwägung gefordert, und es wird kritisiert, dass wir uns hier im Haus nicht genug erklären, bevor eine Pressekonferenz abgehalten wird.

Nun verstehe ich, dass es, wenn wir gute Botschaften vermitteln – gestern Abend konnten wir die Erzielung eines wichtigen Kompromisses mitteilen, nämlich dass wir ein gemeinsames Paket mit weiteren 1,5 Milliarden € auf den Weg bringen –, für die Opposition schwer ist, das zu kritisieren. Das ist klar; denn im Grunde genommen ist das eine wichtige Leistung, bei der man in diesem Land merkt: Diese Regierung und diese Regierungsfractionen stehen an der Seite derer, die Not erfahren, die Hilfe benötigen, und für diese wollen wir auch eintreten.

(Beifall)

Ich will Ihnen aber schon sagen: Es ist nicht korrekt, wenn Sie behaupten, der Ministerpräsident und die Fraktionen würden zuerst vor die Presse treten. Wir haben das hier erklärt, und wir haben das hier bekannt gegeben. Wir haben hier gesagt, wem wir helfen. Das werden wir ausführlich tun.

(Zuruf)

– Doch, das wurde vorhin in den Redebeiträgen kritisiert.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wir haben gesagt, wir wollen mitentscheiden!)

– Okay.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wir haben gesagt, das muss der Landtag entscheiden! – Abg. Reinhold Gall SPD: Wir werden nur vor vollendete Tatsachen gestellt! – Weitere Zurufe)

– Nein. Ich will Ihnen schon sagen – Entschuldigung –, dass wir als Regierungsfractionen beteiligt sind und entscheiden, was wir in dieser Krise an Notwendigkeiten für Branchen sehen, die unsere Hilfe brauchen. Das ist selbstverständlich. Sie können all dem zustimmen, was wir an Gutem tun. Dagegen wehren wir uns nicht. Da sind Sie herzlich eingeladen.

(Beifall)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Herr Kollege Stoch, Sie haben in Ihrer Kritik gesagt, der Satz „Wir müssen auf Sicht fahren“ gefalle Ihnen nicht; das sei Ihnen zu wenig. Ich kann Ihnen nur sagen: Dieser Satz ist gerade richtig. Wir müssen hier auf Sicht fahren. Das geht doch gar nicht anders bei einem solchen Virus.

(Zuruf)

– Da muss ich Ihnen sagen: In der Tat hat mir der Satz gefallen, dass das Virus kein Wochenende macht. Das ist so. Ich will Ihnen auch sagen: Ich hätte eher erwartet – Sie haben da ja oft Beratungen –, dass wir darüber reden, dass hier gegen die Arbeitszeitverordnung verstoßen wurde. Denn wir arbeiteten rund um die Uhr, sieben Tage, 24 Stunden teilweise.

(Beifall – Zurufe, u. a. des Abg. Reinhold Gall SPD)

– Herr Kollege Gall, Entschuldigung! Ich will hier für alle Kolleginnen und Kollegen zumindest meiner Fraktion sagen: Wir haben in den letzten acht bis zehn Wochen – und Sie wahrscheinlich auch; das unterstelle ich nämlich – als Abgeordnete auch mit Videokonferenzen, Audiokonferenzen, Beantwortungen von Nachfragen, E-Mails noch nie so viel Arbeitszeit investieren müssen wie in dieser Ausnahmesituation. Das will ich hier schon einmal betonen.

(Beifall)

Seit Anfang März, seit diese Krise eingetreten ist, hat es für uns kein arbeitsfreies Wochenende mehr gegeben. Da beziehe ich die Regierung mit ein.

(Zurufe, u. a. Abg. Reinhold Gall SPD: Die Bürger haben mehr Fragen, als Sie Antworten haben! – Lebhaftige Unruhe)

– Natürlich. Deswegen sage ich Ihnen ja, Herr Kollege Gall: Deshalb werden wir auch jede Frage der Bürger beantworten. Wenn Briefe und E-Mails kommen, beantworten wir diese auch. Der Punkt ist natürlich, dass Fragen entstehen und dass auch die Antworten unterschiedlich sind. Das gebe ich ja zu.

Wenn hier die eine oder die andere Haltung kritisiert wird, dann sage ich Ihnen, Herr Kollege Gall: Analysieren Sie mal die Haltungen in den 16 Bundesländern, übrigens auch der SPD-Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten. Analysieren Sie mal die Haltung der 16 Länder in der Ministerpräsidentenkonferenz. Vielleicht wird das anschließend der Ministerpräsident noch vertiefen.

Ich kann Ihnen nur sagen: So, wie dort unterschiedliche Strategien, auch mit „Flexible Response“ von heute auf morgen, existieren, so ist es übrigens auch in der Wissenschaft. Sie müssen mal schauen: Es wurde völlig zu Recht kritisiert, auch in der Ex-post-Betrachtung – siehe die „Welt am Sonntag“ vom Wochenende; das bezieht sich auch auf die Kritik der AfD –: Was im Januar oder Februar auch von Regierungsmitgliedern gesagt wurde – auch zitierte Aussagen –, das stimmt. Aber ich will Ihnen sagen: Damals hat die Wissenschaft – das kann man nachlesen – behauptet, dieses Virus sei so tief in der Lunge, dass überhaupt keine Ansteckungsgefahr bestehe.

(Zurufe – Vereinzelt Lachen)

– Entschuldigung, das kommt nicht von mir. Ich zitiere hier den Bundesgesundheitsminister.

(Zurufe)

– Ja, ja, ja. – Er sagte auf Vorhalt: „Ich musste mich mehrere Wochen später wegen der Wissenschaftler korrigieren“ – weil diese plötzlich dargelegt haben, dass das Virus sehr ansteckend sei, weil es schon im Rachen vorhanden sei und über die Aerosole ein hohes Risiko bestehe, während vorher gerade etwas anderes, auch vom RKI, vermittelt wurde.

(Zurufe)

Wir müssen doch eingestehen, dass selbst das RKI, selbst Professor Wieler und Professor Kekulé etc. Tag für Tag unterschiedliche Auffassungen haben.

(Zurufe)

Deshalb will ich hier wiederholen – ich habe es schon einmal gesagt –: Die Politik kann nicht unterschiedliche Wissenschaften diskutieren, sie muss entscheiden. Insoweit kann es nicht zum Vorwurf gemacht werden, wenn ein verantwortliches Regierungsmitglied mit Vorsicht, mit Behutsamkeit und mit Besonnenheit entscheidet. Auch das ist Aufgabe in der Fürsorge.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Professor Dr. Reinhart, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Dr. Podeswa zu?

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Bitte sehr.

**Abg. Dr. Rainer Podeswa** AfD: Vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage. – Wie erklären Sie sich, dass, obwohl schon im Dezember von den öffentlich-rechtlichen Medien Bilder aus China verbreitet wurden, in denen die Behandlung der Patienten quasi im Raumanzug stattgefunden hat, das Robert Koch-Institut davon ausgehen konnte, dass hier keine Ansteckungsgefahr vorhanden ist? Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Ich stehe dem ratlos gegenüber.

(Zurufe – Vereinzelt Heiterkeit)

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Verehrter Herr Kollege Podeswa, erstens wissen wir alle heute in der Ex-post-Betrachtung, dass es unterschiedliche Reaktionen aufgrund der Informationen im Januar bezüglich China gegeben hat. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt: Logischerweise – es gab vielleicht sogar deshalb die positive Bewertung weltweit – hat Deutschland die vorhin zitierte Analyse – dazu gehört „German exception“, die deutsche Ausnahme – deswegen bekommen: Wir stehen in Deutschland zum einen besser da, weil wir sehr rasch, sehr frühzeitig und gut reagiert haben, zum Zweiten aber auch, weil das Gesundheitswesen in Deutschland, auch in diesem Land Baden-Württemberg, sehr gut aufgestellt ist. Wir haben die Zahl der Intensivbetten prophylaktisch auf 3 300 erhöht. Wir haben die Zahl der Beatmungsplätze prophylaktisch um weitere 50 % erhöht und die Teststrategie wie nirgendwo sonst in der Welt ausgeweitet, da wir immer gesagt haben: Testen, testen, testen. Das wird jetzt auch noch weitergehen.

(Zuruf)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Die Corona-Resource-Boards sind angesprochen worden und auch die Tatsache, dass das Land jetzt in der Altenpflege neben den 1 000 € vom Bund mit weiteren 500 € mitziehen wird. Mit dieser Bewilligung würdigen wir insbesondere die Leistungen in der Altenpflege. Zudem haben wir mit Programmen für die Wirtschaft wie noch nie in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg geholfen.

Zur Frage der Theorien oder der Verschwörungstheorien, die weltweit kursieren: Ob die WHO Informationen unterschlagen oder nicht rechtzeitig weitergegeben habe, entzieht sich meiner Kenntnis. Das will ich Ihnen offen sagen. Deswegen werde ich das auch nicht beantworten können. Das wäre eine Überforderung.

(Zuruf)

Aber ich kann Ihnen sagen: Wir müssen in unserer Verantwortlichkeit und in unserer Zuständigkeit alles tun, damit die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land geschützt sind. Das werden wir auch tun; das kann ich Ihnen versichern.

(Beifall)

Weil heute von Ihrem Kollegen Gögel und auch von der Kollegin Baum – sie ist jetzt nicht hier – und anderen die Demonstrationen angesprochen wurden

(Zuruf: Kemmerich!)

– ja –, kann ich Ihnen nur empfehlen: Lesen Sie heute in der „Süddeutschen Zeitung“ einmal den Artikel von Mascolo über demokratische Hygiene. Ich will den nicht vollständig zitieren, aber ich finde darin eine völlig richtige Analyse, wenn er schreibt:

*Gemeinsam gegen etwas zu sein, scheint heute manchem wichtiger zu sein als die Frage, mit wem sie da unterwegs sind. Die Sorge von Regierung, Polizei und Verfassungsschutz gilt nicht dem Protest. Sie gilt der Entwicklung, dass die Proteste gekapert und von den Unvernünftigsten und Radikalsten vereinnahmt werden. Wer aber will, dass seine Position als ordentlicher demokratischer Protest gehört und gewogen wird, muss die erste demokratische Hygieneregeln einhalten: niemals Hand in Hand mit Extremisten.*

(Beifall)

*Wer als Demonstrant gehört werden will, muss Abstand zu den Radikalen halten.*

Das ist die Situation, die wir hier haben.

(Beifall – Zurufe)

Ich denke, wir haben viel getan und auch einen geordneten Weg aus dem Lockdown vollzogen. Herr Kollege Stoch, wir haben ja heute Morgen die Kultusministerin gehört. Ich will schon einmal sagen: Für die Äußerungen in puncto Kitabetreuerungen habe ich viel Verständnis. Ich habe übrigens auch zwei Kinder, die allerdings schon in die Schule gehen und nicht mehr in die Kita. Allerdings ist bei den Kindergärten und den Kitas nicht das Land Baden-Württemberg Träger.

(Zuruf)

Da liegt – das wissen Sie am allerbesten – auch die Personalhoheit nicht beim Land. Das ist bei den Schulen anders.

(Zuruf: Darum geht es doch gar nicht! Der gesetzte Rechtsrahmen!)

– Ja, es geht bei den Öffnungen – bis hin zu denen in der Gastronomie und bei anderen – natürlich auch darum, dass zu Recht gesagt wurde: Wenn ein Datum gesetzt wird, wenn per Verordnung festgelegt wird, dass geöffnet werden kann, dann – das hat der Ministerpräsident zu Recht gesagt – heißt das nicht, dass an diesem Tag geöffnet werden muss.

(Lachen)

– Ja, natürlich.

(Zurufe)

Es liegt dann in der Verantwortung der Betreiber, die Abwägung vorzunehmen und behutsam damit umzugehen. Es geht um einen geordneten Fahrplan.

(Zurufe – Anhaltende Unruhe)

– Ja.

Also, die Ministerin hat hier schon am 6. Mai den Landtag über den Fahrplan informiert, auch über die schrittweise Ausweitung. Wir haben ja von den Virologen, die auch das Land beraten, gehört. Ich denke, wir werden in den nächsten zehn Tagen das Gutachten dazu bekommen. Das, was Sie zitiert haben, war ja heute im „Pressespiegel“ zu lesen, Stellungnahmen von Verbänden, die im Grunde sagen, bei den Kindern gäbe es kein Problem. Hören wir einmal, was dabei herauskommt.

Es ist zu Recht angesprochen worden: Der Deutsche Kitaverband hat das Vorgehen der Ministerin per Pressemitteilung sogar gelobt. Auch das will ich hier zitieren. Der konkrete Rahmen für die Regelbetreuung wurde schon am Mittwoch, den 13. Mai, und nicht erst mit der Verordnung am Samstag mehrmals öffentlich kommuniziert. Auch die Kommunen haben mir heute Morgen bestätigt, dass sie frühzeitig informiert wurden und dass sie mit an Bord waren. Die kommunalen Landesverbände hätten daran heute überhaupt keine Kritik geübt.

(Zuruf: Da sind Sie glücklich!)

– Ja. – Bei den Kindertagesstätten geht es nun mal in diesem Zusammenhang um größere Probleme. Das wissen Sie am allerbesten.

(Zurufe)

– Ja. – Deshalb geht es schon darum – das will ich Ihnen noch mit auf den Weg geben –, dass wir jetzt in aller Vernunft in die Zukunft denken und Zukunftslösungen angehen, und zwar mit einem Neustart. Dazu gehört sicherlich – das hat die Wirtschaftsministerin heute auch gefordert – eine Digitalisierungsprämie, um uns für die Zukunft auszurichten.

Ich will aber noch einmal sagen, Herr Kollege Stoch – dazu habe ich viel zu wenig gehört –: Wir sollten durchaus unterstreichen, dass die hohe Akzeptanz – übrigens auch mit Blick

(Dr. Wolfgang Reinhart)

auf die Bundeskanzlerin – mit der Tätigkeit des Bundes zusammenhängt.

Insgesamt hat Deutschland 1,2 Billionen € mobilisiert – das ist der größte Rettungsschirm weltweit –, davon 50 Milliarden € über die Soforthilfe für Unternehmen bis zehn Beschäftigte. Es gibt Kredite in unbegrenzter Höhe. Ich nenne die KfW-Sonderprogramme, inklusive des Schnellkreditprogramms. Wir haben mit unserem System der Liquiditätsbrücke für den Mittelstand ebenfalls die Weichen gestellt. Ich nenne den Wirtschaftsstabilisierungsfonds über 600 Milliarden €, wovon 100 Milliarden € für Rekapitalisierungsmaßnahmen vorgesehen sind. Ich nenne den ganzen Bereich der steuerlichen Hilfen, auch des Herrn Scholz.

Ich will Ihnen nur eines sagen – dazu ist heute von der Opposition nichts gesagt worden, deshalb will ich es hier ansprechen –: Der Vorschlag, dass man die Krise nutzt, um 45 Milliarden € nur für die Tilgung von Altschulden in drei Bundesländern, nämlich in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und im Saarland, zu geben, womit Fehlanreize gesetzt werden, den werden wir niemals mittragen.

(Beifall)

Diesen können Sie ehrlicherweise auch nicht mittragen, wenn Sie das – –

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

– Herr Kollege Stoch, damit hängt doch mehreres zusammen. Sie wissen doch ganz genau,

(Zurufe)

dass wir für diesen Vorschlag erstens eine Verfassungsänderung brauchen – die unterbreitet wurde – und dass wir zum Zweiten schon über diese Vorschläge diskutieren müssen. Da bitte ich Sie um Unterstützung und Mithilfe, dass Sie Ihren Parteifreund einbremsen, damit er solche Vorschläge nicht macht. Wissen Sie, warum?

(Zuruf: Wir helfen ihm gern, genauso wie Ihnen!)

Ich kann Ihnen nur sagen: 45 Milliarden € für Altschuldentilgung unter dem Deckmantel Corona, das geht gar nicht.

(Beifall)

Insoweit sind wichtige Dinge wie das Kurzarbeitergeld, Hilfen für Familien – das habe ich übrigens vorhin angesprochen –, der Rettungsschirm für Krankenhäuser auf den Weg gebracht worden. Im Land hat die Finanzministerin 600 Millionen € an die Unikliniken überwiesen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was ist mit den anderen Kliniken?)

– Da hat einerseits der Ministerpräsident darauf hingewiesen, dass das Land die Kliniken nicht im Regen stehen lässt. Auf der anderen Seite gibt es auch Analysen, wonach die 560 €, die die Kliniken pro Tag für jedes nicht belegte Bett erhalten, bei manchen Krankenhäusern sogar zu einem Positivüberschuss geführt haben gegenüber dem, was sie gehabt hätten, wenn die Betten belegt gewesen wären. Auch das gehört zur vollständigen Betrachtung und Wahrheit.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist nicht die Zeit für Kritik oder für kleingeistige Kleinkrämerei. Es ist die Zeit, in der wir mit Verantwortung zusammenstehen müssen und diese Krise für dieses Land meistern müssen. Darum geht es.

(Beifall – Zuruf: Bravo!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun darf ich das Wort noch einmal Herrn Ministerpräsident Kretschmann erteilen.

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Von den Rednern der Opposition wurde meine Haltung angesprochen. Erstens, Herr Kollege Stoch: Ich habe noch niemals behauptet, dass ich hervorragend regiere.

(Vereinzelt Beifall)

Ich protze auch nicht damit. Ich heiße nämlich nicht Donald Trump, sondern Winfried Kretschmann.

(Beifall)

Gut katholisch sozialisiert versuche ich immer, mich in Demut zu üben. Also, ich finde, das ist klar: Man darf zufrieden sein, wenn man ein Land ordentlich und auch manchmal gut regiert.

(Zurufe)

Aber bei dem, was Sie zur Abwägung gesagt haben – dass wir keinen Plan hätten –, muss ich Sie doch etwas in die Wirklichkeit zurückholen.

Wir haben von vornherein abgewogen – von vornherein, schon bei den allerersten Maßnahmen. Deshalb hatten wir hier in Wirklichkeit keinen scharfen Lockdown – das war überhaupt nicht der Fall –, sondern von vornherein wurde abgewogen. Deswegen haben wir z. B. in weite Bereiche der Wirtschaft nicht eingegriffen. Selbst gegenüber Frankreich, obwohl dort ein Hotspot war, haben wir nicht unterbunden, dass Pendler von dort, die hier arbeiten, pendeln dürfen.

Daran sieht man: Die Abwägung hat von vornherein stattgefunden – das wird leicht vergessen –, im Gegensatz zu anderen Ländern, die wirklich scharfe Ausgangsbeschränkungen gemacht haben. Wie Spanien oder Frankreich haben wir es zu keinem Zeitpunkt gemacht, weil wir von vornherein abgewogen haben und es klar war, dass die Schäden, die wir dann für die Wirtschaft verursachen müssen, in keinem Verhältnis zu dem stünden, was beim Stand der Epidemie erreicht würde. Von vornherein haben wir abgewogen.

(Beifall)

Ich will Ihnen auch noch einmal sagen: Ich habe auch nicht allein abgewogen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sondern?)

Ich habe gemeinsam mit 15 anderen Ministerpräsidenten, der Bundeskanzlerin und den zuständigen Bundesministern abgewogen. Es kann sich jeder vorstellen, dass nicht jeder dieselbe Meinung hat. Das ist auch bekannt geworden.

(Abg. Anton Baron AfD: Es macht auch jeder, was er will!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Wir haben es gemeinsam abgewogen und sind zu abgewogenen Beschlüssen gekommen. Das ist jedenfalls meine feste Überzeugung.

(Beifall)

Es hat sich gezeigt, dass der Föderalismus auch in einer Krisensituation Stärke für ein Land bringt und nicht Schwäche, weil alle es gewohnt sind, mit eigenen Kompetenzen selbstständig zu entscheiden – von der Bundeskanzlerin bis hinunter zum Landrat –, dies auch tun und wir nicht in einem System leben, wo die Zentrale entscheidet und man das dann halt umsetzen muss.

Wir sind eben nicht nur ein dezentrales Gemeinwesen, sondern wir sind ein föderales Gemeinwesen mit Gemeindefreiheit. Das hat sich außerordentlich bewährt, und das anerkennt auch das Ausland.

(Beifall – Zuruf)

Selbstverständlich, Herr Kollege Stoch, war es uns bewusst, dass es in solch einer schweren Krise wichtig ist, möglichst einheitlich zu handeln. Denn das Virus verhält sich ja in NRW nicht anders als in Sachsen-Anhalt.

(Zurufe)

Deswegen haben wir es auch gemacht – so gut wir es konnten. Aber es gab eben auch regionale Unterschiede. Es gab auch unterschiedliche Auffassungen in der Abwägung. Es war also nicht ein völliger Gleichklang. Es ist aber auch nicht besonders schlimm, ob wir jetzt die Baumärkte öffnen und Bayern nicht und Bayern die Spirituosenmärkte öffnet und wir nicht. Das ist, glaube ich, nicht besonders wichtig. Aber jede einzelne dieser Ungleichheiten führt natürlich leicht zu riesigen Debatten in der Bevölkerung. Das ist nun einmal so. Das kann und muss man auch nicht verhindern. Das ist gelungen. Zum Schluss ist es nicht mehr so gut gelungen, was ich persönlich bedauert habe. Aber man hat daraus auch die klare Konsequenz gezogen, das jetzt auf die lokale Ebene herunterzuzoomen, weil die Pandemie das auch zulässt.

Ich will Ihnen aber klipp und klar sagen – da werde ich mich nicht beirren lassen –: Wir sind so lange im Krisenmodus, wie es keinen Impfstoff gibt. Das ist meine feste Überzeugung.

(Zuruf)

Denn die Pandemie kann jederzeit zurückkehren. Wir wissen es vom Beginn der Pandemie: Sie ist ja genau dadurch entstanden,

(Zuruf)

dass das Virus aus irgendwelchen Skiorten und von irgendwelchen Après-Ski-Feiern hier hereingetragen wurde. Das kann jederzeit wieder geschehen. So lange sind wir im Krisenmodus.

Aber natürlich reagieren wir auf das, was geschieht, darauf, dass die Zahlen gesunken sind. Das dürfte Ihnen doch nicht verborgen geblieben sein. Jede Woche gibt es neue Lockerungen und Öffnungen – jede Woche! Ich weiß gar nicht, was Sie daran zu kritisieren haben. Wir machen das vorsichtig und mit

Bedacht. Wir wägen ab, und deswegen öffnen wir ja. Ich sage nicht: Es bleibt bis zum Schluss, bis wir einen Impfstoff haben, alles so wie am Anfang. Das ist doch gar nicht der Fall.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Ministerpräsident – –

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Es erfolgen dauernd Öffnungen – jeden Tag woanders.

(Zuruf)

Ich weiß gar nicht, wen Ihre Kritik da treffen soll, es sei denn, Sie wollen, dass schneller geöffnet wird. Dann sagen Sie es, und begründen Sie, wo und warum man Öffnungen unter Infektionsschutz Gesichtspunkten schneller vornehmen kann.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Ministerpräsident, Herr Abg. Stichelberger würde gern etwas fragen.

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Die Kultusministerin hat da völlig zu Recht Kritik an Ihnen geübt: Man muss den Eindruck haben, Sie wollten eine totale Öffnung der Kindertagesstätten –

(Zurufe, u. a. Abg. Reinhold Gall SPD: Von denen haben wir heute doch gar nicht gesprochen! Wir wollen nur, dass es ordentlich gemacht wird!)

ohne Rücksicht darauf, was das für das Infektionsgeschehen bedeuten würde. Anders kann man Ihre Vorhaltungen überhaupt nicht verstehen. Wenn es anders ist, müssen Sie konkrete Vorschläge machen und sagen: Ja, Öffnungen müssen schneller, in größerem Umfang oder was auch immer erfolgen.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Ministerpräsident, vielleicht will ja Herr Abg. Stichelberger etwas Konkretes fragen. Lassen Sie das zu?

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Mit solch einer Kritik kann man dann umgehen. Aber es ist mitnichten der Fall, dass wir immer gerade so wie am Anfang weitermachen würden.

Und dass einmal eine falsche Zahl kommuniziert wird, die anschließend korrigiert wird: Man kann in solch einer Situation doch nicht völlig fehlerfrei agieren. Was ist denn das für ein Vorwurf? Das verstehe ich überhaupt nicht.

(Zurufe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Darf ich Sie unterbrechen, Herr Ministerpräsident?

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Die Zahl ist korrigiert worden. Man richtet sich nach den realen Zahlen und nicht nach den Fehlern, die bei diesem Vorgang auch einmal passieren.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stichelberger zu?

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Bitte schön.

**Abg. Rainer Stickelberger SPD:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Sie haben davon gesprochen, der Krisenmodus würde noch so lange andauern, bis ein Impfstoff wirken könnte. Bedeutet das, dass Sie über den 15. Juni hinaus grundsätzlich im Wege der Rechtsverordnung regieren? Und wie beurteilen Sie dann die Perspektive

(Zurufe)

vor dem Hintergrund, dass vonseiten der CDU-Fraktion heute ein Pandemiegesetz ins Spiel gebracht wurde, das gerade verhindern würde, dass weiter mit Rechtsverordnungen regiert würde? Wie beurteilen Sie diese Situation?

(Zuruf: Es geht um die Ermächtigung!)

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Wir sind im Kern schon in den Normalmodus zurückgekehrt – Sie hatten ja das Verwaltungshandeln am Wochenende kritisiert. Wir sind in den Normalmodus zurückgekehrt.

(Zuruf: Was?)

Dafür ist das Treffen am gestrigen Abend ein Beispiel.

Wie immer verhandelt die Haushaltskommission und verhandeln die Regierungsfractionen mit der Regierung über diese Sachen. Dann wird das dort beschlossen. Dann müssen Kabinettsvorlagen dazu gemacht werden. Die werden umgesetzt und gehen in das ganz normale Verfahren. Wir sind also im Großen und Ganzen wieder im Normalmodus angelangt, weil die Pandemie das schlichtweg zulässt.

(Zuruf)

Wenn das Parlament aus dieser Situation grundsätzlich jetzt Konsequenzen zieht – was Sie ja nach der Verfassung können, indem Sie eine gesetzliche Regelung machen, sodass wir jetzt nicht einfach aufgrund des Infektionsschutzgesetzes des Bundes, sondern über ein Infektionsschutzgesetz des Landes agieren –, so ist dies dem Parlament unbenommen.

(Vereinzelt Beifall)

Die verfassungsrechtlichen Grundlagen liegen vor. Wie das dann aussieht und ob es sinnvoll ist, so vorzugehen, darüber werden wir uns auseinanderzusetzen haben, aber grundsätzlich ist dieser Weg möglich. Ich habe auch nicht kritisiert – im Gegenteil –, dass das Parlament in diese Richtung gehen können muss.

(Zuruf: Sehr gut!)

Jetzt kommen wir noch einmal zu den Zustimmungsraten von 60 %. Erst einmal muss ich Ihnen sagen, Herr Rülke: Ich meine, Sie sind ja nicht gerade zimperlich beim Austeilen, und es sind nicht die allerzartesten Reden, die Sie hier führen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wenn dem dann einmal entgegnet wird, muss man nicht gleich beleidigt sein und sagen: Der ist arrogant.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich bin nicht beleidigt! Die Bevölkerung!)

– Nein, zur Bevölkerung habe ich gar nichts gesagt, sondern nur zu Ihrem sehr gewagten Vergleich, dass die Größe der Demonstration in Stuttgart ein Maß für die Fehlerhaftigkeit des Regierungshandelns wäre. Das ist doch ein bisschen weit hergeholt.

(Beifall)

Sie können nachlesen, dass ich schon nach der ersten Demonstration in einem Interview gesagt habe: Diese Leute haben das Recht zu demonstrieren, das Recht, dort ihre Meinung zu sagen. Aber ich muss nicht jede Meinung teilen, die dort geäußert – bei manchen muss man auch sagen: verzapft – wird.

Kollege Reinhart hat gerade noch einmal deutlich gemacht, was dort alles geredet und auch verzapft wird. Dass darunter auch Bürgerinnen und Bürger sind, die aus ernsthaften Anliegen demonstrieren, bestreitet kein Mensch. Man muss aber schon wissen, wer die Organisatoren sind, welche Reden sie halten, wen sie einladen und welche Reden diese Eingeladenen halten. Ich meine, das müssen wir als demokratische Politiker schon auch werten und beurteilen. Diesbezüglich stimme ich mit Ihnen sicher überein.

Beispielsweise sind dort auch Impfgegner. Ich meine: Man kann vertreten, wenn man meint, man wolle nicht geimpft werden.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich vertrete das nicht, aber –)

Aber man muss sehen: Es ist doch gar kein Impfstoff vorhanden. Es hat auch noch gar niemand davon gesprochen, dass es dazu eine Impfpflicht geben wird. Dann schon dagegen zu polemisieren und so zu tun, als sei das der Fall, ist schon ein wenig weit hergeholt. Das darf man dann auch zurückweisen.

(Lebhafter Beifall – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Eisenmann hat davon geredet! – Abg. Anton Baron AfD: Die Bundesregierung wollte einen Ausweis! – Unruhe)

Allerdings bin ich ein ganz strikter Befürworter des Impfens.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Auch einer Impfpflicht?)

Zu allen Argumenten, die die Impfgegner vorbringen, gibt es ein sehr gutes Dokument des RKI – ich kann es nur empfehlen –, das in sehr sachlicher Weise auf diese Anfragen oder Behauptungen eingeht.

(Unruhe)

Das Entscheidende in einer Demokratie ist doch: Wir haben zum Schluss nichts als Argumente. Jeder muss auch bereit sein, sich auf Argumente und Gegenargumente einzulassen. Das gehört einfach dazu, sonst können wir uns zum Schluss über nichts mehr einigen und zerstreiten uns, weil jeder sagt: „Ich habe recht, und die Argumente dagegen interessieren mich nicht.“ Das ist schon ein Streit, den wir führen müssen.

Natürlich sehen wir jetzt in dieser Pandemie, bei diesem Virus: Es gibt nicht einfach nur ein wissenschaftliches Ja oder Nein. Kollege Reinhart hat gerade noch einmal ein Beispiel

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

genannt. Wichtig ist aber – auch das ist Wissenschaft –: Wie führt man einen wissenschaftlichen Diskurs? Dazu gehört auch, sich darauf einzulassen und die Argumente zu falsifizieren oder zu verifizieren. Das ist ein ganz normaler Prozess.

Mit jemandem, der das ablehnt, wird es schwierig, überhaupt eine vernünftige Debatte zu führen – wenn Meinungen, die einem nicht passen, einfach als Fake News betrachtet werden, ohne das irgendwie zu belegen. Diese Auseinandersetzung müssen wir führen.

Zu den Zustimmungsraten: Das ist ein schwaches Argument; da gebe ich Ihnen recht. Sich auf Zustimmungsraten bei Umfragen zu berufen, ist ein schwaches Argument. Da gebe ich Ihnen recht. Denn Sie haben zu Recht gesagt: Das kann sich schnell ändern. Das wissen wir. So ist das mit Umfragen.

Auch dann, wenn die Umfragewerte ganz anders aussähen, würde ich mit ziemlicher Sicherheit nicht anders handeln. Ich kann mein Handeln in der Tat – da muss ich Ihnen recht geben – nicht davon abhängig machen, ob es jetzt hohe Zustimmungsraten hat oder nicht.

Aber in einer Demokratie kann es einem auch nicht gleichgültig sein, ob das Handeln auf Zustimmung trifft oder nicht. Vor allem in einer Krise kann ich mich nicht im Letzten danach richten. Man muss auch dann regieren, wenn man schlechte Umfrageergebnisse hat. Aber es ist wichtig, zu wissen, ob das, was man tut, auf Zustimmung trifft. Denn das ist für die Durchsetzung, die Legitimität, aber auch dafür, ob die Menschen das, was wir beschließen, befolgen, von nicht geringer Bedeutung. Aber im Kern gebe ich Ihnen recht: Zustimmungsraten, auf die man sich beruft, sind immer ein schwaches Argument.

Haben wir nun eine Strategie oder nicht? Natürlich haben wir eine Strategie. Die Strategie heißt Eindämmung der Pandemie. Das ist die Strategie, und die verfolgen wir so lange, bis ein Impfstoff gefunden ist. In diesem Prozess wägen wir das ab mit anderen Auswirkungen, die die Maßnahmen z. B. auf die Wirtschaft, auf die sozialen Strukturen, auf Kinder – alles Themen, die heute angesprochen wurden; das ist klar – haben. Von Orientierungslosigkeit kann also überhaupt keine Rede sein. Wir sind klar orientiert.

Zum Schluss will ich noch einmal sagen: Das, was Sie, Herr Kollege Stoch, gefordert haben, dass man in einem solchen Prozess widerspruchsfrei agiert, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Ich habe das im vorletzten Plenum schon einmal gesagt: Wenn man schrittweise öffnet und nicht nur nach systematischen Regeln vorgeht, kommt man in Widersprüche. Sie haben die ja alle hervorgehoben – das lässt sich eine Opposition natürlich nicht entgehen; das ist ja völlig verständlich. Das ist jedoch nicht vermeidbar.

Das ist nämlich eine Frage der Strategie: Öffne ich schrittweise, oder öffne ich alles unter systematischen Regeln? Für beides gibt es Befürworter und Gegner. Das habe ich Ihnen beim letzten Mal erläutert. Sie wissen, wo ich einzuordnen bin. Ich bin der Meinung: Wir müssen schrittweise öffnen und können nicht alles auf einmal nach einheitlichen Regeln öffnen. Dafür ist die Wirklichkeit schon zu unterschiedlich; es ist aber auch aus epidemiologischen Gründen nicht angesagt. Deswe-

gen haben wir versucht, das im 14-Tage-Rhythmus zu machen.

Ich verstehe also die Erwartungshaltung. Ich verstehe, dass man einen klaren Plan will, dass man klare Perspektiven will, und in dem Maß, wie sich die Zahlen entwickeln – es ist zu hoffen, dass sich die Pandemie so weiterentwickelt wie jetzt, nämlich dass die Zahlen sinken –, werden auch Zuverlässigkeit und Planbarkeit dessen, was wir machen, zunehmen. Alles andere wäre ja auch nicht sehr verantwortlich.

Deswegen haben wir das Ampelsystem gemacht. Es zeigt noch einmal eine gewisse Flexibilität; aber das ist das, was man im Zustand der Krise machen kann. Ich glaube, das ist ein guter Hinweis, nach dem sich die Bevölkerung richten kann und auf dessen Grundlage sie mit uns diskutieren und streiten kann und ihre Anliegen vorbringen kann.

Seien Sie sich wirklich bewusst: Es ist uns klar, was das bedeutet – allein die Schulden, die wir jetzt auf türmen müssen. Darum hat das so lange gedauert. Das geschieht nicht, weil wir nachher mit den 1,5 Milliarden € protzen möchten. Das machen wir höchst skrupulös. Ich meine, es gibt auch ein Leben nach der Krise, und jede Milliarde, die wir jetzt ausgeben, werden wir, wenn sie nicht wirkt, hinterher zu Recht vorgehalten bekommen. Deswegen protzen wir nicht damit, dass wir 1,5 Milliarden € ausgeben, sondern wir versuchen, zu begründen, warum wir das machen. Dabei haben Sie uns geholfen, diese Schulden machen zu dürfen.

Gern nehmen wir Ihre Kritik entgegen, wenn Sie den Umfang dieser Schulden für zu hoch oder aber für zu gering erachten sollten. Aber eine solche Kritik haben Sie jedenfalls bislang nicht vorgetragen.

Wir sind überzeugt, das sind notwendige Maßnahmen. Wir können in der Krise nicht gegen die Krise ansparen, und wir müssen verhindern, dass eine Insolvenzwelle entsteht, die hinterher dann die Quellen des Reichtums, also die Steuereinnahmen, untergräbt. Dies leitet unser Handeln.

Aber seien Sie gewiss – darum geht manches, auch in der Krise, nicht von heute auf morgen –: Es will alles gut überlegt sein. Mit all diesen Fragen muss man sich in einer Koalition auseinandersetzen, und man muss teilweise auch streiten, um dann zu einem Ergebnis zu kommen, das man verantworten kann. Das sind die Verfahren, nach denen wir vorgehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind nun am Ende von Tagesordnungspunkt 2 angelangt.

Wir treten in die Mittagspause ein und setzen die Sitzung um 15:30 Uhr mit Punkt 3 der Tagesordnung fort. Ich kann Ihnen schon jetzt sagen, dass die Tagesordnungspunkte 8 und 9 aufgrund der Absprachen unter den Fraktionen von der heutigen Tagesordnung abgesetzt wurden.

(Unterbrechung der Sitzung: 14:27 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 15:34 Uhr)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren! Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Kunst trotz Abstand – Öffnungsperspektiven und Unterstützung für das kulturelle Leben durch den „Masterplan Kultur BW“ – beantragt von der Fraktion GRÜNE**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Wie immer darf ich an dieser Stelle die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Salomon.

(Zuruf – Vereinzelt Beifall)

**Abg. Alexander Salomon GRÜNE:** Große Erwartungen, vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Worum erinnern wir uns? Was bleibt im Gedächtnis hängen? Das sind die Erlebnisse und Erfahrungen mit der Familie und mit Freunden. Das sind Konzerte, Feste, Theaterstücke oder Filme, die wir zusammen erlebt haben. All diese Erfahrungen und Erlebnisse leben von direkter Nähe.

Leider können wir im Moment nur wenige solcher Momente teilen. Dies wird sich höchstwahrscheinlich in den nächsten Monaten – wie wir in der vorherigen Debatte gehört haben – fortsetzen.

Die Folgen für die Kultur stehen dabei symbolisch für das, was uns Corona abverlangt. Dabei geht es gar nicht um eine Konkurrenz der Themen; alle Themen sind in Zeiten von Krise und Not gleichermaßen anzunehmen und abzuhandeln, und alle Themen bedürfen des direkten Einwirkens. Aber ich glaube, im Bereich Kultur und beim Stichwort Nähe sieht man die Besonderheit der Situation.

Das Coronavirus trifft den Kern dessen, was Kunst und Kultur ausmacht: das physische Zusammenkommen von Menschen an einem Ort. Kultur erlebt man mit dem gesamten Körper und allen Sinnen – hören, sehen, riechen –, Kultur bringt Menschen zusammen, Kultur verbindet.

Das sieht man vor allem an Konzerten. Jetzt geht es nicht um meine und Ihre Erlebnisse, aber beispielsweise werden in diesem Jahr DAS FEST bei mir in Karlsruhe oder die Schlossfestspiele Ettlingen ausfallen. Man könnte weitere Beispiele auch aus Ihren Wahlkreisen – auch in Ulm werden Veranstaltungen ausfallen – nennen. Das schmerzt uns alle sehr; denn durch Wärme und Schweiß wird aus Gesellschaft eine Gemeinschaft. Kultur schweißßt somit sprichwörtlich die Gesellschaft zusammen.

(Beifall – Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe, u. a.: Sehr richtig!)

– Vielen Dank. – Aber Sie alle werden die Nachrichten aus dem Kulturbereich vernommen haben. Besonders intensiv und prägend waren für mich die Beiträge, die ich von Chorsängerinnen und Chorsängern bekommen habe, die noch einmal dargestellt haben, welches Gefühl, welche Emotionen dabei sind, wenn man in der Zugehörigkeit zu einem größeren Gesamtkörper – dem Chor – gemeinsam singen kann. Dieses Erlebnis fehlt jetzt. Auch der gemeinsame Austausch, den man nach dem gemeinsamen Singen hat, fehlt. Daran sieht man, welche Effekte das auch in diesem Fall haben wird.

Also, erwähnt wurde: Kultur lebt von Nähe. Daher geht es nicht um Kultur mit Abstand, sondern – wie auch zutreffend vonseiten des Wissenschafts- und Kunstministeriums erwähnt worden ist – es geht um Kultur trotz Abstand. Dabei hilft auch nicht, dass man – diese Rückmeldung erhalte ich oftmals – mithilfe der Digitalisierung einige dieser Punkte auffangen kann.

Digitalisierung hilft sicherlich in manchen Bereichen weiter, beispielsweise, dass man Events, Veranstaltungen digital übertragen kann. Aber Kultur lebt, wie gesagt, von diesem Moment, von diesen Erfahrungen, vom gemeinsamen Teilen solcher Momente. Daher kann Digitalisierung höchstens ein weiteres Instrument sein, ein weiteres Medium, eine weitere Dimension in dieser Fragestellung, aber es gibt kein Entweder-oder, sondern wir müssen dies zusammen denken. Solche Formate sind also durchaus zu begrüßen; aber Kultur lebt von örtlicher Präsenz, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Verstehen Sie es nicht falsch: Kultur lebt auch nicht vom Klatschen, was wir derzeit oftmals bei Debatten sehen

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

– darauf habe ich nur gewartet, dass Sie das machen; vielen Dank für die Vorlage –, sondern wir, die Politik und vor allem auch die Landespolitik, können direkt helfen. Das ist in diesem Fall mit dem „Masterplan Kultur Baden-Württemberg“ passiert. Damit können wir Kultur – genauso wie auch in der Pflege; auch dort ist Baden-Württemberg Vorreiter – unterstützen. Der Masterplan eröffnet nämlich eine differenzierte Öffnungsperspektive.

Diese Differenzierung ist entscheidend. Denn der Kunst- und Kulturbereich ist vielfältig. Singen im Chor – wie erwähnt – und Autokinos bringen in Coronazeiten unterschiedliche Anforderungen mit sich.

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Bei diesem Differenzieren leitet uns der Infektionsschutz. Das hat der Ministerpräsident vorhin auch noch einmal deutlich herübergebracht. Forderungen nach Pauschalöffnungen sind unseres Erachtens unangebracht. Vielmehr müssen wir schauen – Da leitet uns das Beispiel Kupferzell, das war gestern auch noch mal in den Nachrichten. Dort waren, wie es aussieht, während eines Konzerts von einem sogenannten Superspreader, der das Virus weitergegeben hat, weitere Personen – wahrscheinlich mehrere Hundert – infiziert worden. Es gibt jetzt auch eine Untersuchung dazu.

(Zuruf)

(Alexander Salomon)

Daher muss man an dieser Stelle noch einmal sagen: Der Infektionsschutz bedeutet für uns eine Verantwortung. Dieser Verantwortung wird das Wissenschaftsministerium mit unserer Staatssekretärin Frau Olschowski und Ministerin Bauer und wird die gesamte Landesregierung unter unserem Ministerpräsidenten gerecht. Sie haben das im Blick und stehen an der Seite von Kunst und Kultur, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Was heißt das nun konkret? Da gibt es einen Dreiklang: Öffnen da, wo es vertretbar ist. Wir haben angefangen mit den Museen, den Freilichtmuseen, den Archiven, den Bibliotheken, den Ausstellungshäusern – also dort, wo es auch aufgrund des Platzes und mithilfe der Schutzvorkehrungen durchaus möglich ist, dass man wieder zusammenkommt. Wir haben bei professionellen Theatern und Orchestern wieder einen Probenbetrieb unter Einhaltung der Sicherheitsvorkehrungen ermöglicht.

Aber ich möchte auch klar sagen: Diese Verantwortung muss allen hier auch klar sein. Kupferzell ist nur ein Beispiel. Wir erleben es auch immer wieder – ich habe das auch heute in den Debatten vorhin wieder erlebt –, dass es nicht darum geht, eine Egonummer daraus zu machen. Es geht nicht an, dass man einfach sagt: „Ich will weitere Öffnungen; ich glaube, es geht weiter“, sondern wir haben auch eine Verantwortung gegenüber den Zuschauerinnen und Zuschauern, also den Menschen vor der Bühne; auf der Bühne haben wir den Künstlerinnen und Künstlern gegenüber Verantwortung, aber wir haben auch hinter der Bühne eine Verantwortung, nämlich gegenüber dem Personal, das im weiteren Umfeld arbeitet und ebenfalls seine Gesundheit riskieren würde, wenn wir dort nicht verantwortlich vorgehen. Deshalb muss bei einer Öffnungsdebatte auch in der Kultur der Gesundheitsschutz immer wieder allererste Priorität haben.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Salomon, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Haußmann zu?

**Abg. Alexander Salomon GRÜNE:** Ja, bitte.

**Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP:** Herr Salomon, Sie haben gesagt, Sie lassen sich leiten vom Infektionsschutz. Das ist auch wichtig. Würden Sie mir aber dann einfach erklären, inwieweit die Infektionsgefahr unterschiedlich ist, je nachdem, ob jetzt ein Probenbetrieb in der professionellen Musik stattfindet oder im Bereich der Amateurmusik? Wenn ich Sie richtig verstanden habe, gehen Sie davon aus, dass in der Amateurmusik die Infektionsgefährdung größer ist als bei den Profis.

**Abg. Alexander Salomon GRÜNE:** Erstens habe ich das nicht gesagt, und zweitens haben Sie, glaube ich, die Debatte vorhin gar nicht miterlebt.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Doch, ich war die ganze Zeit hier!)

– Das scheint mir nicht so, aber ich kann es Ihnen noch einmal sagen. Worum geht es? Wir dürfen bei Öffnungsdebatten nicht auf den Einzelfall schauen – das bringt meines Erachtens nichts –, sondern wir müssen beim Infektionsschutz auf die gesamte Breite schauen. Das hatten wir auch bei der De-

batte über die 800 m<sup>2</sup>. Darüber kann man ja streiten. Aber es geht immer darum, dass jede Einzelmaßnahme in der Gesamtheit dazu beitragen kann, dass wir mindestens eine Dunkelziffererhöhung oder eine Risikoerhöhung haben.

Deswegen ist es meines Erachtens richtig – und dazu wäre ich jetzt auch gekommen –, dass wir jeweils sagen, wo es derzeit möglich ist. Natürlich ist es in einem professionellen Betrieb einfacher, gewisse Vorkehrungen zu schaffen; es ist auch finanziell und personaltechnisch einfacher. Daher, glaube ich, bringt es nichts, singulär auf eine Sparte, auf einen Bereich zu schauen, sondern wir müssen den Gesamtbereich in den Blick nehmen.

Das ist ja das, was mit dem „Masterplan Kultur BW“ passiert. Wir schauen alles an und differenzieren nach Veranstaltungsarten, wo man öffnen kann. Wir gehen nicht so vor, dass wir stoisch sagen: Wir schauen nur kleinteilig auf die Bereiche. Da, glaube ich, hilft die Debatte von vorhin – diese können Sie sich noch einmal anhören – bei der Erkenntnis in diesem Bereich.

(Beifall)

Ich führe weiter aus: Nachdem wir öffnen, wo es möglich ist, wollen wir auch Perspektiven schaffen, da, wo es kalkulierbar ist. Das ist auch ein wesentlicher Teil des Masterplans, dass wir Theaterbühnen und soziokulturellen Zentren eine Möglichkeit und auch eine Perspektive schaffen, wann stufenweise Öffnungen möglich sind – immer, wie gesagt, unter dem Gesichtspunkt Infektionsschutz.

Da gibt es natürlich die Debatten, die draußen geführt werden. Einfach abwarten und darauf hoffen, dass auch diese Gruppen, die es derzeit gibt – – Denn Konzerte können meines Erachtens nicht regional entschieden werden. Für Konzerte muss auch im bundesweiten Chor der jeweiligen Länder definiert werden, was Großveranstaltungen sind, damit da nicht weiter vorgeprescht und angeheizt wird, sondern wir immer geordnet und nach klaren Kriterien Öffnungsdebatten führen. Das hilft unseren Kulturinstitutionen und den Künstlerinnen und Künstlern in unserem Land am meisten.

Dann gibt es noch als dritten Punkt innerhalb des Dreiklangs, dass wir auch – in dem Masterplan steht es drin – anderweitig unterstützen, wo Öffnungen derzeit noch nicht vertretbar sind. Das heißt, dass wir Unterstützungsmaßnahmen ergreifen, um den Kulturbereichen, die aus epidemiologischen Gründen auf längere Zeit noch nicht öffnen können, mit Geldleistungen zu helfen, aber auch, dass wir aus der Corona-Soforthilfe I, die ja fortgeführt wird, mit jeweils 1 180 € die Lebenshaltungskosten der Künstlerinnen und Künstler und der Soloselbstständigen decken. Da sind wir bundesweit Vorreiter; das kann sich durchaus sehen lassen. Andere Bundesländer ziehen da nach. Denn wir wollen die Künstlerinnen und Künstler nicht zu Bittstellern machen, die bei der Arbeitsagentur vorstellig werden müssen, sondern sie haben auch eine Würde in ihrer Selbstständigkeit, und deshalb sagen wir, wir unterstützen sie direkt. Das sind wir ihnen, meine ich, schuldig. Daher ist das ein wichtiger und richtiger Schritt.

(Beifall)

Wir haben es heute Vormittag auch schon gehört: Wir haben gestern Abend ein Notprogramm Kultur beschlossen. 40 Mil-

(Alexander Salomon)

lionen € für die Kultur, das ist ein wesentlicher Schritt, ein starkes, wichtiges Signal an die Kulturszene.

Wir unterstützen darüber hinaus aber auch noch die Vereine, also die ehrenamtliche Arbeit – Herr Haußmann, das war auch Ihnen wichtig. Ich glaube, wir alle in diesem Haus haben hier durchaus die gemeinsame Linie, dass das Ehrenamt unterstützt werden muss; denn auch dieses leidet unter der derzeitigen Situation. Daher ist es wichtig, das auch noch einmal zu erwähnen.

(Zuruf)

Ich habe nicht mehr viel Redezeit. Deswegen komme ich jetzt auch zum Schluss.

(Vereinzelt Beifall)

– Ersparen Sie sich das Geklatsche auf der rechten Seite.

(Vereinzelt Lachen – Zuruf)

Dass Kultur in solchen Situationen ganz wichtige Reflexionsorte sind, um gesellschaftliche Erlebnisse zu bündeln, wird klar, wenn man sich die Namen der Werke aus Zeiten früherer Pandemien in unserem kulturellen Gedächtnis anschaut. Um nur ein Beispiel von vielen zu nennen: Denken Sie an das „Decamerone“, die Novellensammlung des italienischen Schriftstellers Boccaccio, der dieses Werk vor dem Hintergrund der Pestepidemie 1348 geschrieben hat. Es handelt davon, wie sich in Isolation befindliche Menschen in einem kleinen Kreis die Zeit vertreiben. Dieses Werk ist 700 Jahre alt, aber meines Erachtens brandaktuell, und es zeigt auch, wie Kultur Menschen zusammenbringt.

Um es noch einmal aufzugreifen: Ich habe entsprechende Zuschriften erhalten, und es gab auch Zeitungsmeldungen, die die Überschrift trugen: „Wenn ich Künstler wäre, würde ich in Baden-Württemberg wohnen wollen“. Das ist, glaube ich, ein Signal dafür, dass Baden-Württemberg ein Wunschwohnort für Künstlerinnen und Künstler ist.

(Beifall)

Das haben wir uns im Übrigen gemeinsam erarbeitet, weil die Kunstkonzeption gemeinsam von diesem Haus verabschiedet worden ist. Wir sollten dies auch gemeinsam bekräftigen. Deswegen habe ich auch nicht gesagt, dass es in irgendeiner Art und Weise ein Verdienst von einer bestimmten Fraktion oder einer bestimmten Regierung sei.

Wir müssen – um das noch mal abschließend zu sagen; ich glaube, das ist die wichtigste Quintessenz des heutigen Tages – Kunst und Kultur bei allen kommenden Entscheidungen weiter vorn und vor allem zentral mitdenken. Wir müssen Möglichkeiten schaffen, dass Kultur trotz Abstand stattfinden kann, und dafür sorgen, dass in der Zeit nach Corona – die hoffentlich bald beginnen wird – ein starker, resilienter Kulturbereich vorhanden ist, der sich weiter tragen kann.

Zum Schluss das Wichtigste: Unsere Kultur ist relevant, unsere Kultur ist für uns – um es mit einem aktuellen Begriff zum Ausdruck zu bringen – systemrelevant.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Philippi.

**Abg. Julia Philippi** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Aktuell sehen wir im Bereich des Fußballs, was möglich ist, wenn sich die verantwortlichen Akteure eng miteinander austauschen und sich gemeinsam einig sind, dass eine Wiederaufnahme des Betriebs nötig ist, um eine Branche zu retten. Auch wenn man geteilter Meinung sein kann, ob die Wiederaufnahme der Bundesliga wirklich notwendig war: Das Feedback der internationalen und der nationalen Presse zur Umsetzung der Hygienemaßnahmen war im Großen und Ganzen positiv. Die genaue Einhaltung aller Regeln klappt noch nicht zu 100 %, aber der Wille, daran zu arbeiten, ist da.

Heute geht es um die schrittweise Öffnung eines weiteren Bereichs, um einen Bereich, der laut einer Studie der Charité aus sozialmedizinischer Perspektive besonders wichtig und gesundheitlich stabilisierend ist und der eine unverzichtbare Bedeutung für die Bevölkerung hat. Im Fazit dieser Studie heißt es:

*Eine Wiederaufnahme des Kunst- und Kulturbetriebes sollte daher parallel zur Wiedereröffnung von Industrie, Handel und Bildungseinrichtungen dringend angestrebt werden.*

Die Museen haben bereits geöffnet, aber die Öffnung unserer Konzert- und Theaterhäuser und die Durchführung von Veranstaltungen ganz allgemein sind mit vielen Fragen verbunden. Wie gestalten sich Abstandsregeln auf einer Bühne? Wie gestalten sie sich bei den Proben? Wie sieht es im Zuschauerraum aus?

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Monika Grütters, hat sich in einem Papier an die Regierung bereits für kleinformatische Darbietungen und Freiluftaufführungen starkgemacht. Aber das kann nur der erste Schritt sein. Es ist ein fatales Signal, wenn Theaterbühnen im Vergleich zum Fußballplatz offensichtlich nachrangig behandelt werden.

(Beifall – Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Gerade in den darstellenden Künsten haben wir so viele kreative Menschen, die in der Lage sind, Hygieneregeln einfallreich umzusetzen und ihre Auftritte entsprechend zu adaptieren. Geben wir ihnen die Chance, dies zu tun.

Deshalb brauchen wir dringend Perspektiven für die Künstlerinnen und Künstler in unserem Land. Verbindliche Regeln für Bühne und Saal sind dabei das eine, finanzielle Stützen, um weggebrochene Einnahmen zu kompensieren und vor allem Wertschätzung für diese Kunstform zu zeigen, sind das andere.

Wir haben neben den großen professionellen Theatern und Opernhäusern in Baden-Württemberg unzählige Theater im Amateurbereich, viele von ihnen auch gemeinnützig. Diese müssen zielgerichtet unterstützt werden.

Neben dem Theater müssen wir auch die Musik verstärkt in den Blick nehmen. Diese Szene ist überaus vielfältig. Der ein-

(Julia Philippi)

zelne Pianist ist nicht mit einem Symphonieorchester zu vergleichen. Die vielen Blaskapellen und Chöre brauchen ebenso eine Perspektive wie die Opernsängerinnen und -sänger am Staatstheater oder am Nationaltheater.

(Beifall)

Von Anfang an hatte unsere Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut neben den Kleinunternehmen und Soloselbstständigen auch die Künstlerinnen und Künstler und die Honorarkräfte mitgedacht und mitberücksichtigt. Denn nicht erst seit Lothar Späth wissen wir, die CDU, dass Kunst und Kultur ein Wirtschaftsfaktor sind.

Es wurde deutlich, dass wir auch den Amateurbereich verstärkt in den Blick nehmen müssen. Einige von uns in der CDU haben ja schon in einem Schreiben an die Wissenschaftsministerin darauf Bezug genommen. Niemand verlangt, dass wir allen Freizeitchören und -orchestern ab morgen wieder grünes Licht geben, aber wir brauchen eine Perspektive, wie es für Profis und Amateure weitergehen kann und welche Regeln es geben wird, um ihnen die Ungewissheit zu nehmen.

(Beifall – Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜ-NE)

Deswegen brauchen wir z. B. eine medizinische Studie über die tatsächlichen Risiken des Musizierens auf Blasinstrumenten und des Singens. Nur dann, wenn wir umfassende Kenntnisse haben, können wir in Absprache mit den Betroffenen entscheiden, was schon machbar ist und was noch warten muss.

Baden-Württemberg zeichnet sich durch eine vielfältige Kulturlandschaft aus, die es zu schützen gilt. Neben den bereits erwähnten darstellenden Künsten sind das vor allem die Museen, darunter prominent unsere baden-württembergischen Welterbestätten. Sie alle sind in der momentanen Lage vom Ausbleiben der Besucher betroffen. Wir, das Land, haben hier in besonderer Weise eine Verpflichtung, unseren Leuchttürmen mit überregionaler Bedeutung das Fortbestehen zu sichern. Dazu sollten wir uns klar bekennen und die nötigen Zusagen machen.

(Beifall)

Nur dann haben die Verantwortlichen Planungssicherheit und können das Fortbestehen der historischen Stätten garantieren.

Die CDU-Fraktion begrüßt den „Masterplan Kultur BW – Kunst trotz Abstand“. Dafür wurden gestern 40 Millionen € freigegeben. Wir gehen davon aus, dass der Landtag, insbesondere der Wissenschaftsausschuss, bei der Ausgestaltung der Hilfen intensiver als bisher fachlich eingebunden wird. Für die CDU darf ich sagen: Wir wollen Kunst und Kultur unvoreingenommen fördern, nicht selektiv, nicht zielgruppenspezifisch, nicht daran orientiert, ob uns die Inhalte zusagen.

Lassen Sie uns also gemeinsam Kunst und Kultur in Baden-Württemberg in den Fokus nehmen. Lassen Sie uns gemeinsam Künstlerinnen und Künstler unterstützen, unabhängig davon, in welcher Sparte sie arbeiten, unabhängig davon, ob sie als Profi oder als Amateur tätig sind. Sobald es der Infektionsschutz erlaubt, wollen wir dafür sorgen, dass Künstlerinnen und Künstler, ihr Publikum, aber genauso wir, die Gesellschaft

insgesamt, wir alle von den positiven Effekten der Kultur profitieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, bei der Bundesliga ging es nicht nur um die prominenten Spieler, sondern auch um die vielen Mitarbeiter und externen Dienstleister, ohne die kein Spiel stattfinden würde. In Kunst und Kultur ist es nicht viel anders. Es ist eine Branche, die viele berührt, von der aber auch viele Existenzen abhängen. Natürlich ist es ein Wunschtraum, aber dennoch wünsche ich mir für die Kunst und die Kultur die gleiche Aufmerksamkeit und Unterstützung, wie sie die Bundesliga erfahren hat.

(Beifall – Zuruf: Bravo!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Rivoir.

**Abg. Martin Rivoir SPD:** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne meine Ausführungen mit einem Zitat:

*Gerade in diesen Tagen erfahren wir: Kunst und Kultur sind, in einem sehr buchstäblichen Sinn, Lebensmittel.*

Dies hat unser Bundespräsident vor wenigen Tagen beim Europakonzert der Berliner Philharmoniker geäußert. Er bringt es, wie so oft, auf den Punkt: Kunst und Kultur sind Lebensmittel.

Kolleginnen und Kollegen, in diesen Tagen gilt es, insbesondere den vielen freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern, den Kulturinitiativen, der Soziokultur, den Orchestern, den Theatern – ob freie, kommunale oder staatliche Theater –, die alle von der Krise sehr stark betroffen sind, eine Perspektive aufzuzeigen. Sie alle, die ganze Szene, haben in den vergangenen Jahrzehnten mit ihrer Kreativität und Fantasie dazu beigetragen, dass unser Land so liebenswert und unsere Gesellschaft so lebendig ist, wie wir sie in den letzten Jahren vorgefunden haben.

Die Kunst sowie die Künstlerinnen und Künstler sind für die gesellschaftliche Identifikation und auch für die Integration unabdingbar. Auf den Punkt gebracht – der Kollege hat das auch schon gesagt; das ist naheliegend –: Kunst ist systemrelevant.

Kolleginnen und Kollegen, wir müssen jetzt alle aufpassen, dass wir in diesem in Baden-Württemberg sehr stark regional geprägten Kulturbetrieb, bei den vielen Künstlerinnen und Künstlern in den nächsten Wochen und Monaten keinen allzu erheblichen Verlust erleiden, dass uns dieses Potenzial nicht kaputtgeht. Was über Jahre hinweg gewachsen ist, darf uns jetzt nicht innerhalb von kürzester Zeit unumkehrbar verloren gehen.

(Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, es geht aber nicht nur um schöne Theaterabende, um Schöngeistiges, um Vergnügen, vielleicht auch um etwas Bildung, darum, dass wir zusammen singen oder dass in den Theatern die Auseinandersetzung mit der Gesellschaft stattfindet. Der Kunst- und Kulturbetrieb ist auch ein großer Wirtschaftszweig in Baden-Württemberg. Wie Sie wissen, gibt es in Baden-Württemberg im Bereich der Krea-

(Martin Rivoir)

tivwirtschaft mit der Kunst und Kultur etwa 31 000 Unternehmen. – Wenn Sie Zwischenfragen haben, nur zu. Alle lachen so nett.

(Heiterkeit – Zuruf: Sehr verdächtig!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Rivoir, es ist alles in Ordnung. Sie haben das Wort.

**Abg. Martin Rivoir SPD:** Ich wollte darauf hinweisen, dass es hier nicht nur um die schöngestigen Dinge geht, sondern natürlich auch um den Wirtschaftsbetrieb. Denn wer in die Oper geht, besucht auch die Gastronomie. Wer ins Jazzklub geht, konsumiert dort Getränke. Wer ins Kino geht, kauft Popcorn. Das heißt, es hängt viel mehr als der reine Kulturbetrieb an all diesen Dingen. Die Kunst und die Kultur sind in unserem Bundesland ein erheblicher Wirtschaftsfaktor.

Der nun von der Kunstministerin Bauer vorgelegte „Masterplan Kultur BW – Kunst trotz Abstand“ ist eigentlich das Minimum dessen, was dieser wichtige Bereich erwarten kann. Wir finden, die in Aussicht gestellten Mittel sind eigentlich zu wenig. Was im Moment viel schlimmer ist, ist die fehlende langfristige Perspektive. Sie haben alle von den Öffnungsperspektiven gesprochen. Wenn man jedoch das Papier liest, findet man dort kurzfristige Maßnahmen. Aber darüber, wie es langfristig weitergehen soll, wie womöglich im Herbst Theater öffnen können, steht darin überhaupt nichts. Es ist eigentlich das Entscheidende – was die Szene braucht und was die Szene auch einfordert –, dass wir klare Perspektiven für die zweite Jahreshälfte haben, wie wir weiter öffnen können.

Ich will auf ein paar Punkte aus diesem Papier konkret eingehen.

Der erste Punkt ist das Soforthilfeprogramm für Künstlerinnen und Künstler bzw. Soloselbstständige, von uns hier im Landtag auch beschlossen, über das Anspruchsberechtigte Kosten des Lebensunterhalts von 1 180 € pro Monat geltend machen können – bundesweit einmalig, eine richtige und gute Angelegenheit, befristet auf drei Monate. Es geht aber auch darum, das entsprechend zu verlängern; denn diese drei Monate sind bald vorbei.

Der zweite Punkt ist das Programm „Kultur Sommer 2020“. Es war so: Es gab eine Ausschreibung im Rahmen des Innovationsfonds. Dann haben sich die kreativen Menschen in diesem Land beworben. Diese Ausschreibung ist zurückgezogen worden. Dieses Geld, das dort hineingesteckt werden sollte, wird jetzt in das Programm „Kultur Sommer 2020“ gesteckt. In diesem Masterplan wird der Eindruck vermittelt, als ob da frisches Geld ins System kommt. In Wirklichkeit hat man es vorher der Kulturszene weggenommen und gibt es ihr jetzt in anderer Form zurück. Es ist also kein frisches Geld in diesem System.

Der dritte Punkt – ich habe es bereits gesagt, und es hat uns auch bei der Aktuellen Debatte zu Punkt 2 der Tagesordnung heute länger beschäftigt –: Bei den Verordnungen herrscht Unsicherheit bezüglich der Eröffnungsperspektiven. Was die Kultur- und Kreativwirtschaft braucht, ist Verlässlichkeit, Klarheit und eben Sicherheit, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Es gilt das Gleiche wie bei dem, was wir vorhin diskutiert haben: Das, was die Regierung hier an Perspektiven vorlegt, ist zu unklar, zu langsam und zum Teil auch widersprüchlich. Es fehlen die Handreichungen, die Szenarien, wie es im Herbst weitergehen kann, welche Perspektiven z. B. die Theater dort haben.

Dieser Masterplan ist ein Sofortprogramm, eine akute Hilfe. Das ist richtig; das wird von uns anerkannt. Es ist im Prinzip ein gutes Projekt, aber es fehlt die Langzeitperspektive. Ich glaube, wir müssen wirklich aufpassen, dass in diesem Herbst nicht die ganz große Katastrophe auf uns zukommt. Denn Kultureinrichtungen, die nur noch 50 % der bisherigen Zahl von Zuschauerinnen und Zuschauern in die Häuser bekommen können, die können nicht wirtschaftlich arbeiten.

Ich nehme jetzt einmal die Theater. Es gibt natürlich Unterschiede in den einzelnen Häusern. Die kleinen freien Theater leben hauptsächlich von den Eintrittsgeldern und von den Zuschauergebühren, die bezahlt werden. Wenn da nur noch die Hälfte kommt, ist dort ein wirtschaftlicher Betrieb in keiner Weise möglich.

Etwas anders verhält es sich bei den kommunalen Theatern oder unseren Staatstheatern. Ich greife einmal willkürlich die freien Orchester heraus. Nennen wir einmal das Freiburger Barockorchester oder das SKO, das Stuttgarter Kammerorchester. Das sind Orchester auf Weltniveau, die normalerweise auf Tourneen sind, die von den Eintrittsgeldern leben und die jetzt keine Perspektive haben, wie es überhaupt weitergehen kann.

Auch die Kinolandschaft braucht eine Perspektive. Ich finde in diesem Papier sehr wenig darüber, wie es für diese Einrichtungen, für diese Institutionen weitergehen kann. Ich hätte eigentlich von diesem Masterplan, der ja so großmundig angekündigt worden ist, schon klarere Entwicklungsperspektiven und klarere Vorgaben erwartet.

Was Sie hier vorgelegt haben, ist eher eine Pflichtübung. Es ist schon recht, Sie haben das ordentlich gemacht. Doch eigentlich ist es zu harmlos, es ist zu kurz gesprungen, es fehlt die Perspektive, und – erlauben Sie mir jetzt mal diese Bemerkung – dieses uns zugegangene Papier ist auch schon sehr stark mit viel Eigenlob durchsetzt.

Frau Kunstministerin Bauer, angesichts der wirtschaftlichen Kennzahlen ist es wirklich angezeigt, auch für den Kunst- und Kulturbereich mehr Geld in die Hand zu nehmen. Der Tourismusminister, die Wirtschaftsministerin und auch der Verkehrsminister haben in diesen Verteilungsrunden wesentlich mehr für ihre Sektoren herausgeholt. Gerade heute habe ich wieder einen Facebook-Post gesehen. Die Zahlen kursieren: 330 Millionen € für die Gastronomie, 240 Millionen € für den ÖPNV, dann kommt noch eine ganze Latte, und ganz am Schluss schließlich: 40 Millionen € für Kunst und Kultur. Da muss ich schon sagen: Kultur und Kreativwirtschaft sind keine Almosenempfänger; sie sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in unserem Bundesland. Hier muss finanziell nachgebessert werden.

Aber wesentlich wichtiger ist im Moment schlichtweg die Eröffnungsperspektive für die Häuser, für die Spielstätten – spätestens für den Herbst dieses Jahres. Da müssen dringend Infor-

(Martin Rivoir)

mationen an die Szene gehen und muss Klarheit geschaffen werden, sonst wird man dort noch viel größere Probleme bekommen, als sie schon jetzt bestehen.

In diesem Sinn bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Balzer das Wort.

**Abg. Dr. Rainer Balzer** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen Abgeordnete! „Kunst trotz Abstand“: Das Land befindet sich in einer existenziellen Krise. Steuereinnahmen brechen weg, zahllose Betriebe und Selbstständige bangen um ihre Existenz. Und in dieser Krise beantragen die Grünen eine Aktuelle Debatte zum Thema Kunst. Nichts könnte den Abstand der grünen Fraktion von der Bevölkerung deutlicher machen als dies.

(Vereinzelt Beifall)

Denn was interessiert den Bürger derzeit am meisten? Der Erhalt seines Arbeitsplatzes, um den er Angst hat.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ja, auch bei den Künstlern! Völlig weltfremd! – Abg. Reinhold Gall SPD: Auch Künstler haben Arbeitsplätze!)

Aber wir wissen ja alle – bevor Sie es sagen müssen, sage ich es schon selbst –: Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Lassen Sie mich einfach einmal in Ruhe ausreden.

Nun zum „Masterplan Kultur“: Wir sehen hier, meine Damen und Herren, einen Trend zur Planwirtschaft.

(Zurufe, u. a. Minister Franz Untersteller: Unter der Grasnarbe!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Minister Untersteller, ich darf um Ruhe bitten – vor allem auf der Regierungsbank.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Aber er hat ja recht!)

**Abg. Dr. Rainer Balzer** AfD: Die Planwirtschaft hat sich Ihrer Auffassung nach in den vergangenen Jahren im Osten Europas ja offensichtlich bewährt. Deshalb existiert sie dort nicht mehr. Wir, die Alternative für Deutschland, stehen für eine freie Gesellschaft – in jeglicher Hinsicht.

Mit all den Coronahilfen hingegen schaffen wir Abhängigkeiten – ja, das sollen sie auch spüren –, Abhängigkeiten, die gewollt sind. Oder nicht? „Masterplan Kultur“: „Master“ vielleicht, damit der Begriff „Plan“ nicht so auffällt. „Masterplan“, welch hochtrabender Ausdruck!

Ich bin ja sehr dafür, dass man sich auch einmal lobt, dass man auch einmal sagt, wenn etwas gut ist. Aber bei „Masterplan Kultur“ muss ich doch fragen: Wer ist denn da der Meister? Nicht selten hat man Nicht-Wissen und Nicht-Können so euphemistisch umschrieben.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Doch! Bei Ihnen! – Minister Franz Untersteller: Unter der Grasnarbe!)

Natürlich hätte man auch sagen können: nicht wissen können. Dabei waren wir, wie wir heute schon mehrfach gehört haben, ja durch viele, viele Beispiele unterrichtet. Schon im März konnte man voraussagen, wie sich die Coronasituation entwickeln würde. Gerade deshalb ist der Begriff „Plan“ sicherlich die falsche Antwort.

Die unternehmerischen Aktivitäten bleiben auf der Strecke. Diese unternehmerischen Aktivitäten halte ich besonders auch im Bereich Kunst für wichtig. Sie sind wichtig, um auch inhaltliche Unabhängigkeit zu garantieren.

In der Kunst von Unternehmertum zu sprechen, mag dem einen oder anderen abwegig erscheinen. Aber viele Künstler sind ja sogenannte Soloselbstständige – übrigens auch so eine schöne Wortschöpfung aus der schönen neuen Welt. Sie wissen schon, was ich damit meine.

(Zurufe: Nein!)

– Nicht? Das ist bedauerlich. Dann empfehle ich

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Nein, wir wollen es nicht wissen!)

entsprechende Literatur – einfach googeln, dann finden Sie es vielleicht.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

Viele Künstler müssen sich selbst managen, ihre eigenen Veranstaltungen organisieren, ihre eigene Öffentlichkeitsarbeit machen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist das, was Ihnen fremd ist!)

Besonders die Künstler trifft diese Zeit deswegen besonders hart.

Das Problem bei der Soforthilfe ist jedoch die Gefahr des Missbrauchs. Sind wirklich alle Empfänger Künstler, oder sind das Menschen, die schnell zu Künstlern geworden sind, also quasi Lebenskünstler? Wir erleben durchaus ein beispielloses Abgreifen-Wollen von Geld und staatlichen Hilfen,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Beweise auf den Tisch legen oder schweigen, Herr Dr. Balzer! Nicht haltlose Behauptungen aufstellen!)

das nicht nur die Wirtschaft, sondern alle umfasst. Jeder möchte an den Förderungen teilhaben.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Populismus!)

Doch die Konsequenzen dieser Entwicklung sind im schlimmsten Fall ein noch stärker staatlich geführter Kunst- und Kulturbetrieb

(Vereinzelt Beifall)

und damit eine Abhängigkeit von Geldgebern, hier also von der Politik. Dies gilt es sicherlich auch in Ihrem Sinn zu vermeiden.

(Beifall)

(Dr. Rainer Balzer)

Denn die Konsequenz wäre eine noch stärker ideologisierte Kunst, eine staatlich finanzierte Kunst. Das wollen Sie doch ganz bestimmt auch nicht. Wir haben das hier schon des Öfteren angeprangert.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sie wollen ja sogar die Nationalitäten der Künstlerinnen und Künstler überwachen! – Unruhe)

Wenn wir einzelne Künstler unterstützen – –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ihre Kultur wollen wir ganz sicher nicht!)

– Kann man das einmal abstellen?

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nein, kann man nicht! – Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Zwischenrufe sind erlaubt, Herr Abg. Dr. Balzer.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

**Abg. Dr. Rainer Balzer** AfD: Danke für die Information.

(Unruhe)

Wenn es ein oder zwei Zurufe sind, dann ist es ja auch okay.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Keine Einbahnstraße, Herr Kollege! – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Einigen wir uns darauf: Wir hören beide auf!)

Wenn wir einzelne Künstler unterstützen, die durch die Coronakrise in existenzielle Not geraten sind, ist das selbstverständlich zu beachten. Wir wissen ja auch: Viele selbstständige Künstler leben auch in normalen Zeiten mit einer sehr engen Weste. Diese müssen von den angebotenen Hilfen auch wirklich profitieren können. Die Soforthilfe für einzelne Künstler, freiberufliche Künstler und Soloselbstständige in Baden-Württemberg, die Kosten des privaten Lebensunterhalts in Höhe von 1 180 € pro Monat geltend machen können, befürworten wir aus diesem Grund.

Aber man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Sie, liebe Grüne, sehr wohl wissen, wer Ihre Klientel ist. Sie halten sich selbige warm und nutzen die Gunst der Stunde, um hier eine noch stärkere mögliche Abhängigkeit zu schaffen – reine Fantasie, vermutlich.

Wieder einmal wird sehr viel Geld verteilt. Wir haben gestern gehört, dass es bei den Steuereinnahmen einen Einbruch um 3,3 Milliarden € geben wird. Woher kommt eigentlich das Geld, das Sie verteilen wollen?

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Von Ihnen nicht!)

– Danke. 3 Milliarden € habe auch ich leider nicht auf dem Bankkonto; sehr bedauerlich.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sie könnten mal die Spenderinnen und Spender der AfD fragen!)

Filmprojekte könnten gut und gern um ein halbes Jahr verschoben werden.

Zudem besteht ein Großteil der Arbeit nicht aus dem Drehen am Set, sondern in der Nachbereitung. Daher braucht man diesen Bereich nach unserer Auffassung nicht zu unterstützen.

(Beifall)

Gewerbliche Kinos: Wir sind der Meinung, dass hier, wenn man genau hinschaut, die absolute Grenze ist. Nur ganz wenige Einrichtungen haben niedrigere laufende Kosten als ebendiese. Aber Frau Olschowski gab uns dankenswerterweise schon einen Hinweis, worum es geht. Ich darf zitieren:

*... greifen wir auch ihnen wirksam unter die Arme, denn wir brauchen sie als kulturelle Zentren und als Orte des sozialen Zusammenhalts ...*

Sozialer Zusammenhalt? Vielen Dank, jetzt wissen wir auch alle, worum es geht. Sind das die berühmten, viel gepriesenen soziokulturellen Zentren? Dort trifft sich die gesellschaftliche Avantgarde oder was sich als solche fühlt und schmiedet ihre Pläne.

(Zurufe, u. a. Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Verschwörungen, Verschwörungen!)

– Ob sie schwören können, weiß ich nicht. – Sie schmieden ihre Pläne von einer besseren Zukunft, natürlich gern mit Unterstützung einer grünen Landesregierung.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Balzer ist ein Kulturverschwörungstheoretiker! – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Jetzt kommt der Verschwörungsmythos!)

Mit 32,5 Millionen € soll wirtschaftlich gefährdeten Kunst- und Kultureinrichtungen sowie Vereinen der Breitenkultur geholfen werden. Wir erwarten und hoffen, dass Einseitigkeiten vermieden werden.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Jetzt fehlt nur noch Genderideologie, dann ist alles perfekt!)

Indessen zeichnet sich schon ab – Gott sei Dank –: Deutschland ist relativ glimpflich davongekommen: dank der vielen Freiwilligen, der Mitarbeiter in den Gesundheitsämtern, der Ärzte und der Pfleger. Hier gilt es – das sage ich an dieser Stelle extra –, einen ausdrücklichen Dank zu sagen. Aber auch diese Leute wollen wieder zur Selbstverantwortung und zur Normalität zurückkehren.

An dieser Stelle erlaube ich mir einen fachfremden Einwand. Wer die Idee hat, Motorradfahren temporär oder wie auch immer verbieten zu wollen – Sie wissen schon, warum ich das hier sage. Schwer verdaulich!

Auf welcher Grundlage formuliert das Ministerium?:

*Eine Rückkehr zum Zustand vor der Coronakrise wird es im Kulturbereich auf absehbare Zeit nicht geben ...*

So, Frau Ministerin, steht es gleich zu Anfang in diesem Masterplan. Abgesehen davon, dass eine Reise in die Vergangenheit meist ziemlich schwer ist, sollte es in vielen Bereichen nicht schwierig sein, Möglichkeiten zu schaffen, um Hygiene- und Abstandsregeln einhalten zu können.

(Dr. Rainer Balzer)

Der Sommer steht vor der Tür, und im Freien – ich denke an Open-Air-Konzerte – verbreitet sich das Virus bekanntlich weniger leicht als in geschlossenen Räumen. Also müssen und können Open-Air-Veranstaltungen möglich sein.

(Beifall)

Nach dem Lockdown ist eine große Lust darauf verspürbar.

Der Spruch: „Das Virus verändert uns und die Gesellschaft“ klingt für mich wie die Drohung einer Diktatur. Die Äußerungen eines Mediengewaltigen wie Rainald Becker – SWR oder ARD – sind für mich in diesem Zusammenhang unglaublich. „Keine Normalität mehr“ – was droht man uns da an? Das wird die Künstler sicher inspirieren und herausfordern. Dieselben mussten ja schmerzhaft erleben, dass ihre Tätigkeit als nicht systemrelevant eingestuft worden ist.

Doch wir wissen alle: Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Und Kunst und Kultur können sehr wohl systemrelevant sein. Die Menschen gehen deswegen auf die Straße, weil sie die Bevormundung ablehnen. Sie wollen für sich selbst Verantwortung übernehmen und auch für die Gefahren, die sie eingehen oder eben nicht – Stichworte Motorradfahren oder Fallschirmspringen.

Deshalb brauchen wir gerade im Kunst- und Kulturbetrieb eine unverzügliche Rückkehr in den Normalzustand mit hoher Eigenverantwortung.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das wünsche ich Ihnen auch!)

Abschließend gilt: mehr der Kreativität der Bürger, der Künstler in unserem Land vertrauen, ebenso dem Verantwortungsbewusstsein der Konzert- und Ausstellungsbesucher. Keine Planwirtschaft, wie die grüne Landesregierung dies möchte, getreu ihrer Vergangenheit und ihrer Ideologie. Das ist menschenfeindlich, alles andere als Kreativität und extrem gefährlich. Denn gerade der Kulturbetrieb braucht die Freiheit.

Ich danke Ihnen.

(Beifall – Zurufe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Weinmann.

**Abg. Nico Weinmann FDP/DVP:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Balzer, ich möchte Ihnen im Anschluss an Ihre Rede gern einen Ausspruch von Theodor Heuss zuwerfen:

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Hoffentlich treffen Sie nicht!)

*Mit Politik kann man keine Kultur machen, aber vielleicht kann man mit Kultur Politik machen.*

(Beifall – Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Vielleicht!)

Aber zur Sache. Vieles weiß man erst dann zu schätzen, wenn es nicht mehr im gewohnten Umfang verfügbar ist. Das gilt erst recht für Kultur und dies wiederum erst recht in der Zeit der Pandemie. In der Not wurde gestreamt, digitalisiert, visualisiert und virtualisiert. Und doch: Ich weiß nicht, wie es Ih-

nen ging, bei mir jedenfalls ist der Funke nicht übergesprungen. Oder, wie eine Bloggerin schrieb: „Der belebende Bass zwischen unseren Körpern fehlt.“

In der Tat gehören die Kulturbetriebe – gleich, ob Theater, unsere vielfältige Orchesterlandschaft, die soziokulturellen Zentren, die Freischaffenden oder die kulturtragenden Vereine in unserem Land – zu den großen Leidtragenden des Shutdowns, können doch diese bis heute praktisch keinerlei Umsätze generieren.

Mit der Öffnung von Bibliotheken und Museen haben wir einen ersten Schritt in Richtung kulturelle Normalität unternommen. Das ist richtig und gut. Ich kann Ihnen nur ans Herz legen: Wer in Museen badet, erfrischt den Geist.

Die Perspektive zur Wiedereröffnung bleibt für viele andere Kultureinrichtungen weiterhin unklar, solange die Grenze von 100 Personen vielerorts nicht praktikabel ist oder nicht wirtschaftlich einzuhalten ist und die konkreten Voraussetzungen des Infektionsschutzes weiterhin unklar sind.

Klar ist indes, dass die Haushalte der Kultureinrichtungen oft ohne Rücklagen auf Kante genäht sind und in der aktuellen Krise zu kollabieren drohen. Deshalb kommt maßgeschneiderten Liquiditätshilfen für die Branchen, die neben die Soforthilfen treten, die für den Kulturbereich oft keine Passung finden, nun eine Schlüsselrolle zu. Denn so vielfältig unsere Kulturlandschaft im Land ist, so vielgestaltig stellen sich auch die individuellen Nöte dar. Allein aufgrund des geringeren Organisationsgrads im Kulturbereich – anders als beispielsweise in der Wirtschaft, wo man auf die Kammern zurückgreifen kann – sollte gerade in diesem Bereich von einem ständigen Nachbessern, wie wir es eben in anderen Bereichen erleben mussten, oder von einem dicken Antragsformular Abstand genommen werden.

Das Corona-Notprogramm findet unsere Unterstützung, auch wenn der „Masterplan Kultur“ neben einem einzigen konkreten Öffnungsdatum, nämlich dem vorgenannten 1. Juni für Veranstaltungen bis 100 Personen, viele Fragen nur anreißt oder Antworten gänzlich schuldig bleibt. Wie gelingt es beispielsweise, auf ausreichend verfügbare Räumlichkeiten für den von Vereinen und Musikschulen getragenen Musikunterricht zurückzugreifen, da dieser nicht selten in den Räumlichkeiten der Schulen stattfindet, die aber gleichzeitig nach der Wiederöffnung infolge des Abstandsgebots sowieso Mangelware sind?

Auch die Maßgaben zum Infektionsschutz weisen spezifische Fragen auf, die der Masterplan nicht beantworten kann und vielleicht auch nicht beantworten soll. Was ist z. B., wenn man bei Tanzschulen das Abstandsgebot nicht einhalten kann? Wie sollen Bläser und Chöre proben, deren Kunst mit dem Tragen einer Maske unvereinbar ist? Hier brauchen wir dringend Antworten. Denn viele Vereine – es ist angesprochen worden – treibt die von Tag zu Tag größer werdende Sorge um, dass ihre Mitglieder eben nicht wiederkommen, wenn die „Entwöhnung“ zu lange anhält.

(Beifall)

Hier brauchen wir schnelle und tragfähige Lösungen.

(Nico Weinmann)

Neben den finanziellen Hilfen erscheint uns der Dialog und der intensive Austausch mit den Betroffenen sehr wichtig. Denn die Kultur befand sich bereits vor Corona im Umbruch, befand sich in einer Phase der Neudefinition. In der Tat mussten sich viele Einrichtungen neu erfinden. Kinos spüren die Konkurrenz durch Streamingdienste, Bibliotheken werden mit verändertem Nutzerverhalten konfrontiert, und digitale Rundgänge durch Museen sind schon längst keine exotische Ausnahme mehr. All das war schon vor der Krise als Thema im Rahmen des Dialogs „Kulturpolitik für die Zukunft“ gesetzt.

Kunst unterliegt, wie unsere Gesellschaft insgesamt, einem Wandel. Das ist durchaus normal und auch gut; denn Kunst und Kultur waren seit jeher Spiegel ihrer Zeit. Digitale Welten, neue gesellschaftliche Bündnisse für Kunst und Kultur, Strategien der Transformation von Kulturinstitutionen oder Kunst und Kultur im ländlichen Raum wurden bereits als zentrale Zukunftsthemen identifiziert. Jetzt kommen noch die massiven Herausforderungen durch die Coronapandemie hinzu.

Vereine müssen auf Umsatz bringende Feste verzichten, die musikalischen, die sportlichen oder auch die schauspielerischen Übungseinheiten und Proben werden erst nach und nach wieder möglich, und viele Bühnen müssen womöglich Wirtschaftlichkeitserwägungen vor ihre kulturelle Schaffenskraft stellen, weil sie vor einem Bruchteil der Zuschauer spielen dürfen.

(Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht um viel; es geht um nicht weniger als den Kitt, der unsere Gesellschaft im Innersten zusammenhält.

(Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut, ich darf auch Sie daran erinnern, dass von der Regierungsbank aus bitte keine Dialoge geführt werden oder Zwischenrufe erfolgen. Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Rülke hat es provoziert! – Heiterkeit)

**Abg. Nico Weinmann** FDP/DVP: Eine Provokation, die im Grunde genommen alle zusammenschweißen sollte; denn in Bezug auf die Kultur sollten wir, denke ich, fraktionsübergreifend sprechen.

(Zuruf des Abg. Gerhard Kleinböck SPD – Vereinzelt Lachen)

– Offensichtlich sieht es der eine mit mehr Humor und der andere mit mehr Ernsthaftigkeit. Aber sei's drum.

Es geht um viel; es geht um nicht weniger als den Kitt, der unsere Gesellschaft im Innersten zusammenhält, nämlich die Kultur – auf die wir auch nach dieser Zeit, nach Corona, nicht verzichten wollen. Ich sage es –

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

– Kollege Stickelberger, ich habe die Zwischenfrage nicht verstanden.

(Heiterkeit – Zurufe)

– In Ordnung.

Aber ich sage es deutlich: Ohne eine gesellschaftliche Unterstützung und ohne ein klares öffentliches Bekenntnis zur Kultur als zentralem Bindeglied für alle Generationen und als Basis für ein solidarisches Miteinander werden es die Kulturschaffenden in unserem Land eben nicht schaffen. Hier sind wir alle gefordert, nicht nur Frau Ministerin Bauer und Frau Staatssekretärin Olschowski, nein, hier sind wir alle gefordert, diesen „Masterplan Kultur“ so mit Leben zu erfüllen, dass er diesen Namen auch verdient. Für uns, die FDP/DVP-Fraktion, darf ich dies gern zusagen; wir sagen unsere konstruktive Unterstützung zu.

Vielen Dank.

(Beifall – Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Staatssekretärin Olschowski das Wort.

**Staatssekretärin Petra Olschowski:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte da anfangen, wo Alexander Salomon aufgehört hat, nämlich mit einer guten Nachricht. Bevor es nun aber wieder heißt, wir würden in Eigenlob versinken, will ich gleich dazusagen, dass diese Nachricht kein Lob an uns selbst ist, sondern ein Lob an diesen Landtag – und tatsächlich auch ein Lob an die Landesregierung. Die RHEINPFALZ schrieb vor ein paar Wochen:

*Wer derzeit freischaffender Künstler ist, wünscht sich wohl, in Baden-Württemberg zu leben.*

Das ist ein schönes Zitat, muss man sagen,

(Beifall)

nicht nur weil es die Zeitung gedruckt hat – das kommt immer mal wieder vor; man würde wahrscheinlich auch für das Gegenteil das richtige Zitat finden –, sondern weil es die Reaktion ist, die wir von vielen Kolleginnen und Kollegen aus den Ministerien anderer Länder, aber auch von Künstlerinnen und Künstlern, Kreativen aus den unterschiedlichsten Sparten bekommen.

Keine Frage: Wir haben hier in Baden-Württemberg in den Wochen nach dem 13. März, als alle Kultureinrichtungen mit dem Ziel der Eindämmung der Covid-19-Pandemie geschlossen und alle Veranstaltungen, Aufführungen, Ausstellungen, Festivals, Konzerte und Messen bis auf Weiteres abgesagt wurden, sehr schnell und umfassend reagiert – schneller und umfassender als andere.

Wir tun das weiterhin, vor allem durch die jetzt schon mehrfach genannte Corona-Soforthilfe. Lieber Herr Balzer, Sie haben vorhin viel über Nichtwissen gesprochen: Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass diese Corona-Soforthilfe deswegen so gut ist – ich begrüße die Wirtschaftsministerin und danke ihr herzlich –, weil sie nicht nur für Künstlerinnen und Künstler vorgesehen ist, sondern für alle Soloselbstständigen, Kleinstunternehmen usw. in diesem Land. Genau das, glaube ich, macht den Wert aus. Aber so profitieren Kultureinrichtungen

(Staatssekretärin Petra Olschowski)

und Vereine eben auch – ebenso wie Künstlerinnen und Künstler –, insbesondere durch die Anrechnung von Lebenshaltungskosten oder die Anrechnung der Personalkosten von Minijobbern.

Wir tun das aber auch durch unsere Verlässlichkeit bei der Förderung – bei unseren eigenen Einrichtungen, unseren Zuschussempfängern, unseren Stipendienprogrammen und anderen mehr –, durch schnelle Sonderhilfen wie bei den Kinos oder den Chorleitern und Dirigenten der Vereine in unserem Land; durch aktualisierte Programmlinien wie beispielsweise beim Innovationsfonds, der tatsächlich umgewandelt und im Herbst in der alten Form wieder ausgeschrieben wird – weil die vorliegenden Anträge zum allergrößten Teil die Terminlage nicht hätten einhalten können, kommen wir den Kultureinrichtungen entgegen, machen ein Sonderprogramm für die Schnellen –, damit die Einrichtungen, die für Ende 2021 planen, sich nochmals bewerben können, sowie durch unsere Umsicht bei den Öffnungsszenarien für die Bibliotheken, Archive, Museen, Ausstellungshäuser, Gedenkstätten in unserem Land und durch eine enge Begleitung der Prozesse.

Dafür danke ich Ihnen allen, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, da Sie es in einem ersten Schritt durch den Nachtragshaushalt und die Möglichkeit der Soforthilfe sowie der weiteren Maßnahmen, die jetzt noch kommen, möglich gemacht haben. Ich danke natürlich auch dem Ministerpräsidenten, der Finanzministerin und ganz besonders auch der Wirtschaftsministerin für das gute Miteinander bei der Corona-Soforthilfe.

(Beifall)

Aber kommen wir zum schwierigeren Teil des Ganzen. Das alles kann nur ein Anfang gewesen sein; denn die Krise – wir haben es ja vorhin umfassend besprochen –, die wir gerade international erleben, ist keine Chance – auch wenn das immer mal wieder herbeigeschrieben wird – und wird unser gesellschaftliches Miteinander nicht von allein solidarischer, besser oder empathischer machen. Vielmehr ist dieses Virus in erster Linie eine Erschütterung, eine zerstörerische Kraft, die unser Zusammenleben auf eine schwere Probe stellt.

Über viele Monate hinweg wird Covid-19 beeinträchtigen, was wir über Jahrhunderte hinweg aufgebaut haben und was wir als existenziell für unsere Gesellschaft verstehen: unser reiches kulturelles Leben, die innere wie äußere Berührung von Menschen über das gemeinsame Erlebnis von Kunst; kurz: die Begegnung in dieser vielfältigen, in Breite und Dichte einzigartigen kulturellen Landschaft in Baden-Württemberg. Gerade diese Begegnung ist nun schwierig geworden, und wir wissen nicht, für wie lange.

Wären wir auf einer Bühne und unser Leben ein Theaterstück, dann würde man dies ein „dramatisches Moment“ nennen, das alle Beteiligten zum Handeln zwingt, zum Bekenntnis für die Vielfalt, den Reichtum, die Qualität unserer Kulturszene im Profi- wie im Amateurbereich. Das gilt in diesem Fall auch für das reale Leben.

Wir haben in der letzten Woche den „Masterplan Kultur BW – Kunst trotz Abstand“ vorgelegt, der hier schon in verschiedenen Aspekten dargestellt worden ist. Er nimmt das kommende Jahr in den Blick und umfasst Aspekte der Öffnung

von Kultureinrichtungen, der Existenzsicherung von Kultureinrichtungen und Vereinen sowie des Möglichmachens von künstlerischen Projekten, die organisatorisch und finanziell ineinandergreifen. Wir sind dabei von folgenden Leitgedanken ausgegangen:

Erstens: „Es gibt in der Coronakrise keinen Feind außer der Krankheit.“ So nüchtern sagte es die 92-jährige Psychoanalytikerin Erika Freeman dieser Tage in einem Interview des ZEIT-Magazins mit Blick auf die Kriegs- und Holocausterfahrung ihrer Familie. Dieser klare Blick auf die Situation bedeutet: Der Gesundheitsschutz muss bei allem, was wir tun, höchste Priorität haben. Das Ziel, die Zahl der Infektionen so gering wie möglich zu halten, steht über allem. Dadurch haben wir es selbst in der Hand, diesen Feind zu besiegen und sichere Zukunftsperspektiven für alle Teile des gesellschaftlichen Lebens zu eröffnen.

Zweitens: Wir stehen vor einer ganz außergewöhnlichen Herausforderung, deren Verlauf wir noch nicht kennen. Für die Politik heißt das – das war das Spannungsfeld, das heute Morgen beschrieben wurde –, wir müssen einerseits verlässlich sein, aber zugleich flexibel und offen reagieren, auch mit den Förderinstrumenten, die wir jetzt wählen und auflegen.

(Beifall)

Dabei geht es auch darum, die richtige Balance zu finden zwischen der Betroffenheit durch existenzielle Not, den Sorgen vor Veränderung und der Ermutigung zu Innovation und der Erprobung neuer Ideen. Denn auch das ist gerade wichtig.

Gerade dafür, diese Balance auszutarieren und den Mut zu entwickeln, Innovation zu schaffen und Neues zu denken, brauchen wir die Kultur wieder als Teil des öffentlichen Lebens in unserer Gesellschaft.

(Beifall)

In dieser komplexen und schwierigen Zeit ermöglicht sie uns die Reflexion dessen, was innerlich und äußerlich mit uns passiert: Angst, Isolation, Verunsicherung, Momente der Freude in dieser Schwere. Sie nimmt Bezug zu Erfahrungen mit Notzeiten in der Vergangenheit, sie eröffnet neue Perspektiven im Sinne des Experimentellen, Offenen, Unkonventionellen und weist damit über den Alltag hinaus.

Meine Damen und Herren, ich habe in den vergangenen Wochen und Tagen zahlreiche Gespräche mit den Kulturschaffenden geführt, am Telefon und natürlich vor allem per Videoschalt, in kleinen, internen Runden, aber auch in öffentlichen Diskussionen in Form von Webinaren. Egal, ob Vertreterinnen und Vertreter der Museen oder der kleinen und großen Theater, der Orchester oder der freien Szene, der Filmbranche oder der Amateurkultur: Die Erfahrungen ähneln sich. Viele Kreative und viele kulturelle Einrichtungen haben in den vergangenen Wochen mit Onlineprogrammen im Netz experimentiert und dabei gute Erfahrungen gemacht.

Die Krise zeigt, wie wichtig und richtig es gewesen ist, dass wir den Bereich der Digitalisierung in den letzten Jahren wahrnehmbar gestärkt haben und dass wir ihn weiter ausbauen müssen. Deutlich wurde in den Gesprächen aber auch – darauf haben ja auch schon fast alle Vorredner hingewiesen –: Die Künstlerinnen und Künstler – egal, welcher Sparten –

(Staatssekretärin Petra Olschowski)

wollen zurück in ihre Häuser, auf die Bühne, ans Filmset, ins Studio, den Club, auf die eine oder andere Art wieder in Kontakt mit ihrem Publikum kommen.

Die Allermeisten haben Ideen für kleine Formate, für Solo- oder Duoabende, Kammerkonzerte, spezielle Stücke, die die körperlichen Erfahrungen des Abstandhaltens thematisieren, 1:1-Performances, Proben auf der großen Bühne vor Schülerinnen und Schülern oder im Freien vor Publikum. Die Musikvereine, die Theatergruppen, die Chöre – sie alle wollen wieder zusammenkommen, musizieren, proben, aufführen. Hinter diesem Zurückwollen steckt viel Kraft.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Staatssekretärin Olschowski, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Wölfle zu?

**Staatssekretärin Petra Olschowski:** Ja.

**Abg. Sabine Wölfle SPD:** Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. – Sie haben gerade erwähnt, Sie haben viele Gespräche geführt. Ich habe Ihnen letzte Woche einen Brief genau zu diesem Thema geschrieben. Wenn ich mir jetzt das Konzept anschau, das ja auch auf der Homepage des Ministeriums nachzulesen ist, heißt es hier: Konzepte für „Künstlerinnen und Künstler aller Sparten, darunter Profis und Amateure“. Wenn ich aber weiter nach unten scrolle, heißt es: „Probearbeit für professionelle Theater, Orchester und Chöre ...“

Ich spreche hier für einen Verband mit Amateuren, einen Blasmusikverband. Ich möchte einfach noch einmal darauf hinweisen – Sie haben das gerade auch noch zu Recht angesprochen –: Kultur ist etwas, was sehr breit in der Bevölkerung verankert ist.

**Staatssekretärin Petra Olschowski:** Ja.

**Abg. Sabine Wölfle SPD:** Unsere vielen Feste, Hocks, Weinfeste können ohne diese Amateurmusikvereine nicht stattfinden. Wir haben ca. 2 000 Vereine mit 100 000 Blasmusikern, die nicht spielen dürfen – vor allem nicht die Kinder, auch nicht im Unterricht in der Schule –, keine Trompete, kein Saxofon, keine Klarinette, nichts.

Ich glaube, dass die Musikvereine auch im Moment verstanden haben, dass diese Feste nicht stattfinden dürfen. Aber ich habe Sie in meinem Brief gebeten, dass man ihnen die Probenarbeit ermöglicht, und ich bin sehr erstaunt, dass es jetzt bei Profiorchestern ermöglicht wird, aber nicht bei den vielen Musikvereinen, und dort ist es mir sehr wichtig.

**Staatssekretärin Petra Olschowski:** Ich wäre gleich darauf gekommen, aber ich kann das gern vorziehen. Herr Haußmann hat ja gerade auch schon danach gefragt.

Es gibt dafür tatsächlich einen Grund. Der hat nichts damit zu tun, dass wir grundsätzlich zwischen Profis und Amateuren unterscheiden. Vielmehr macht die Corona-Verordnung im Moment eine Teilnahme von mehr als fünf Personen dann möglich, wenn eine Sicherung zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs vorliegt. Bei professionellen Häusern muss der Dienstbetrieb durch Proben gesichert werden.

Jetzt bitte, Herr Haußmann, ganz kurz zuhören, weil das die Antwort auch auf Ihre Frage von vorhin ist. Wenn wir ab dem 1. Juni – das habe ich den Amateurverbänden bei dem Tele-

fonat letzte Woche auch gesagt – die Veranstaltungsgröße erweitern, dann sind natürlich auch wieder Proben im Amateurbereich mit über fünf Personen möglich. Bis jetzt sind Proben mit bis zu fünf Personen, Einzelunterricht usw. ja erlaubt mit den Abstandsregeln, die wir kennen.

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Nicht in den Musikschulen, nur privat!)

– Genau. Aber das gilt auch für die Vereine. Das steht übrigens in unseren Papieren. Was für die Musikschulen gilt, gilt für die Vereine in der Unterrichtsstruktur, und Proben sind im größeren Rahmen ab dem Moment wieder möglich, wenn wieder mehr als fünf Leute zusammenkommen dürfen. Die professionellen Theater, die Orchester und die sonstigen Profis können das jetzt seit ungefähr zehn Tagen, weil es der Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs dient. Für die anderen kommt das dann wieder, wenn das Veranstaltungsrecht in anderer Form greift.

Wir sind jetzt gerade dabei, mit den Amateurverbänden über die Regelungen zu sprechen, unter denen das möglich ist. Wir wissen, besonders gefährdet ist die Blasmusik, besonders schwierig ist es bei den Chören, weil gemäß den Erfahrungen der Wissenschaftler dort besonders viele dieser Aerosole in der Luft sind. Wir sind darüber – auch über den Bund – mit der Charité, der Unfallversicherung und allen, die die Regelungen aufstellen, im Gespräch. Die Blasmusikverbände – ich habe auch mit Herrn Rapp kürzlich darüber gesprochen – haben ein fantastisches Papier aufgelegt, wie Probenarbeit möglich sein soll – absolut perfekt! Das wird die Grundlage bilden für das, was wir da tun. Ich kann Ihnen sagen: Ab 1. Juni wird auch im Amateurmusikbereich wieder mit mehr Personen geprobt werden können.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Staatssekretärin Olschowski, lassen Sie auch die Zwischenfrage des Herrn Abg. Weber zu?

**Staatssekretärin Petra Olschowski:** Ja.

(Zurufe: Von oben!)

**Abg. Jonas Weber SPD:** Vielen Dank, dass ich von der Tribüne aus meine Zwischenfrage stellen kann. – Frau Staatssekretärin, Sie haben gerade dankenswerterweise sehr schön präzisiert, wo die Problematik liegt. Ich habe aber eine konkrete Nachfrage, weil die CDU-Fraktion vorhin in den Raum gestellt hat, man brauchte eine Studie für das Chorsingen und die Blasmusik, um auf deren Grundlage Entscheidungen zu treffen. Sie haben auch gerade ausgeführt, dass es schon eine Studie der Charité gibt. Es gibt aber auch eine Studie der Universität der Bundeswehr in München.

Deswegen frage ich Sie: Weiß die Landesregierung, wie sie umsetzen kann, was in dieser Studie empfohlen wird, und wird sie das dann auch den Amateuren und Profis zur Verfügung stellen?

**Staatssekretärin Petra Olschowski:** Wir haben gerade mehrere Studien laufen. Die CDU-Fraktion hat jetzt angeregt, noch einmal speziell mit der Universitätsklinik Freiburg eine Studie in Auftrag zu geben. Auch diese arbeitet bereits an dem Thema. Die Charité arbeitet auch daran. Sie haben die anderen Beteiligten auch genannt. Die Ergebnisse dieser Studien

(Staatssekretärin Petra Olschowski)

werden in der Regel durch Empfehlungen der Deutschen Unfallversicherung zu diesem Thema zusammengefasst, und wir greifen das auf und sind mit denen im Gespräch.

Ich glaube, es ist zehn Tage her, dass bei der Blasmusik noch die Regel von 12 m Abstand war. Das ist jetzt schon auf 3 m Abstand korrigiert, weil man durch neuere Ergebnisse weiß, dass das ein zu großes Abstandsverhältnis war. Wir sind da also im Gespräch. Wir werden trotzdem den Vorschlag der CDU-Fraktion prüfen, ob es sinnvoll ist, nochmals für Baden-Württemberg eine Extrastudie zu machen. Ich warne nur davor: Mehr Studien führen nicht dazu, dass man nachher die Ergebnisse hat, die man sich wünscht, sondern möglicherweise gerade andere.

(Zuruf: So sieht es aus! – Zuruf der Abg. Sabine Wölfle SPD)

Wir müssen jetzt schauen, was sinnvoll und richtig ist. Da gibt es eigentlich die Zahlen und die Daten. Wie gesagt, das, was die Blasmusikverbände vorgelegt haben, ist wirklich ein außerordentlich detailliertes und gutes Papier, mit dem man sehr gut arbeiten kann und das auch auf andere Bereiche übertragbar ist.

(Vereinzelt Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Staatssekretärin Olschowski, es gibt weitere Zwischenfragen. Sie sehen, das Thema beschäftigt viele Abgeordnete hier. – Herr Abg. Dr. Rapp, war das die Meldung zu einer Zwischenfrage?

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Nein, das war ein Beifall! – Heiterkeit)

Frau Staatssekretärin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Haußmann zu?

**Staatssekretärin Petra Olschowski:** Ich würde danach ganz gern weitermachen. Aber gern, Herr Haußmann.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Normalerweise kommt ja die Fragestunde nach der Mittagspause!)

**Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP:** Es passt gerade dazu. Frau Staatssekretärin, vielen Dank. Ich habe nur die Nachfrage, ob ich das richtig aufgenommen habe. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist schon jetzt ein Probenbetrieb im Amateurmusikbereich mit bis zu fünf Personen möglich und ab 1. Juni dann in größerem Stil.

**Staatssekretärin Petra Olschowski:** Ja, das kann ich so bestätigen.

Ich habe aufgehört mit der Aussage, dass hinter diesem Zurückwollen – das merkt man ja und spürt man auch bei den Fragen – viel Energie und Kraft steckt. Gleichzeitig gibt es natürlich die Sorgen, die zum Teil auch schon genannt wurden. Eine wichtige Sorge ist: Kommt unser bisheriges Publikum zurück? Es geht aber nicht nur um das Publikum, sondern beispielsweise auch um die Chorsängerinnen und -sänger, die sich jetzt vielleicht auch angewöhnt haben, abends zu Hause zu bleiben, statt zur Probe zu gehen, insbesondere, weil es sich dabei teilweise auch um die sogenannten Risikogruppen handelt. Weitere Fragen sind: Wie wird das Publikum auf die Einschränkungen durch die Sicherheitsvorgaben reagie-

ren? Was bedeuten die Vorgaben für die Kunst selbst? Wie sichern wir internationale Kontakte? Es gibt mehrere Fragen, die offen sind. Der „Masterplan Kultur“ ist u. a. auf der Basis dieser Fragen entwickelt worden.

Lieber Martin Rivoir, manchmal ist Lesen eine gute Antwort, wenn man Sachen nicht im Ganzen sieht.

(Vereinzelt Lachen)

Wenn 2,5 Millionen € umgeleitet werden, aber 50 Millionen € an frischem Geld für die Kultur kommen, dann kann man, glaube ich, nicht davon sprechen, dass einfach nur die Mittel, die bereits da sind – –

(Abg. Martin Rivoir SPD: In dem Bereich, habe ich gesagt!)

– Genau. – Also: 2,5 Millionen € haben wir tatsächlich umgeleitet. Ich glaube, es ist sinnvolles Handeln, wenn man sieht, dass Programmlinien nicht mehr umsetzbar sind, dass man sie neu aufstellt. Aber 50 Millionen € sind frisches Geld. Und im Unterschied zur Gastronomie fördern wir ja den ganzen Bereich weiter so, wie er bisher gefördert wurde. Das heißt, die 50 Millionen € kommen zu der normalen Förderung durch das Land hinzu. Das ist auch ein Unterschied zu allen anderen Wirtschaftsfeldern.

(Beifall – Abg. Martin Rivoir SPD: Systemimmanent!)

– Finde ich schon.

Die wichtigsten Punkte jetzt noch einmal zusammengefasst: Wir öffnen unsere Kultureinrichtungen wieder – mit Augenmaß und Perspektive. Nach den Bibliotheken und Museen folgen jetzt die Theater aller Art, die soziokulturellen Zentren, die sich deutlich von Kinos unterscheiden, Herr Balzer, aber wir öffnen auch Kinos, Konzerthäuser und Veranstaltungshäuser.

Ich habe es gesagt: Bereits seit letzter Woche ist der professionelle Probenbetrieb wieder erlaubt. Ab 1. Juni sollen dann die kleineren kulturellen Veranstaltungen mit bis zu 100 Personen im Publikum wieder erlaubt sein; das gilt auch für die Amateurkunst und auch für die Proben. Dabei müssen die Veranstalter vor, auf und hinter der Bühne Hygienekonzepte entwickeln, die je nach räumlicher Situation anders aussehen.

Wichtig dabei ist – das ist auch ein Thema, das heute mehrfach angesprochen wurde –: Diese überschaubare Zahl von 100 Personen wählen wir auch deshalb, weil es wichtig ist, Erfahrungen zu sammeln in Fragen, wie kluge Sicherheitskonzepte aussehen können, wie weit das Publikum mitgeht. Es geht auch darum, wie die Rückverfolgung von Besucherinnen und Besuchern garantiert werden kann, sollte ein Infektionsfall auftreten. Auf dieser Erfahrung können dann die Grundlagen für weitere Öffnungsschritte und -szenarien aufgebaut werden, auch mit Blick auf den Start der neuen Saison im Herbst. Dazu sind wir mit den anderen Ländern und dem Bund im Austausch. Gemeinsam werden wir die Rahmenbedingungen festlegen, die den Kultureinrichtungen helfen, die Vorgaben für die jeweilige Situation umzusetzen. Wir haben schon gesehen: Auch diese Rahmenbedingungen müssen – wie bei der Blasmusik – immer wieder hinterfragt und aktualisiert werden.

(Staatssekretärin Petra Olschowski)

Zu diesen organisatorischen Klärungen kommen die finanziellen Hilfen. Wir ermöglichen von heute an das Sonderprogramm „Kultur Sommer 2020“, Unterstützungen für Veranstaltungen, die schon in den nächsten Wochen stattfinden. Darauf aufbauend wird ab Herbst das Impulsprogramm „Kunst trotz Abstand“, ausgestattet mit 7,5 Millionen €, an den Start gehen, auch hier für den Profi- und den Amateurbereich.

Vor allem wollen wir darüber hinaus, um die Zukunft unserer reichen Kulturlandschaft zu sichern, in Existenznot geratenen Einrichtungen helfen. Daher haben wir den Nothilfefonds von bis zu 32,5 Millionen € aufgelegt. Zu diesen Institutionen, bei denen wir schon jetzt sehen, dass sie in Schwierigkeiten sind, gehören Einrichtungen wie das Festspielhaus Baden-Baden

(Abg. Tobias Wald CDU: Sehr gut!)

mit einer Strahlkraft weit über das Land, aber auch herausragende Ensembles wie das Freiburger Barockorchester –

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sehr gut!)

es wurde bereits genannt –, große Amateurbühnen wie die Volksschauspiele Ötigheim, beliebte Festivals wie in Jagsthausen. Das sind nur einige Beispiele. Herr Weinmann hat die individuellen Nöte genannt.

Auch den Vereinen der Amateurmusik, des Amateurtheaters, der Heimatpflege und von Kunst und Kultur soll mit 10 Millionen € geholfen werden. Weil Feste ausfallen, weil Konzerte und Unterrichte wegbrechen, soll hier ausgeglichen werden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein paar wenige Stichworte nennen, die ein bisschen weggehen von dieser Flächenbetrachtung. Ich glaube, es gibt Gruppen im Publikum, die in diesen Wochen unsere besondere Aufmerksamkeit benötigen – und zwar nicht nur im Publikum, sondern, was den Amateurbereich angeht, auch im Spielen und Malen usw. Dazu gehören die Kinder und Jugendlichen, für die diese Wochen und Monate besonders hart sind. Der eine oder die andere sieht das vielleicht, wenn er oder sie die Haustür verlässt, auf den Gehwegen, wo die Zeichnungen der Kinder zu finden sind, die sich mit dem auseinandersetzen, was gerade passiert. Aber natürlich findet das auch zu Hause auf Papier statt. Die Angst und Verunsicherung wird von ihnen – wir haben das heute Morgen ausführlich besprochen – oft noch stärker erfahren. Deswegen brauchen sie unsere Begleitung besonders, und deswegen werden wir bei den Programmen einen Schwerpunkt auf Kinder- und Jugendprojekte legen.

Dazu gehört erstens der freie Eintritt für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre in unseren Landesmuseen für das kommende Jahr,

(Beifall)

und wir werden zweitens auch in der Ausschreibung der Sondermittel ein Augenmerk auf Kinder- und Jugendprojekte richten – insbesondere im Theaterbereich in der freien Szene, in der professionellen Szene und im Amateurbereich.

Aber auch die älteren Menschen brauchen im Moment unsere Aufmerksamkeit. Sie sind es doch, die z. B. im klassischen Konzertbetrieb zu den treuen Besuchern gehören. Sie stützen das Ehrenamt, stärken die Freundeskreise, singen in den Chören, spielen in den Orchestern, organisieren Ausstellungen und gehören jetzt zur sogenannten Risikogruppe. Auch darauf müssen wir besonders achten, und auch darauf werden wir die Programme ausrichten.

Am Ende aber hängt die Frage, wie unser Kulturleben in den kommenden Jahren aussieht, an der Lebens- und Arbeitssituation der Künstlerinnen und Künstler der ganz unterschiedlichen Branchen.

Die aktuelle Situation führt uns brennglasartig vor Augen, wie prekär die soziale Lage gerade der freischaffenden Künstlerinnen und Künstler ist. Das ist ein Thema, das wir unbedingt auch nach der Krise gemeinsam im Auge behalten müssen.

Wir haben mit der Corona-Soforthilfe ein wirkungsvolles und gut funktionierendes System etabliert, das all jenen Menschen in unserer Gesellschaft schnell hilft, die von den wirtschaftlichen Auswirkungen besonders betroffen sind. Dazu gehören auch viele Künstlerinnen und Künstler. Mehr als 75 Millionen € sind bereits an Soloselbstständige in diesem Bereich geflossen. Für viele Kreative ist die Zeit ohne Honorare und Aufträge noch nicht überwunden. Daher bin ich froh, dass im Rahmen des Soforthilfepaketes II auch die Soforthilfe verlängert worden ist, und ich hoffe, dass sie in dieser Form auch so weitergeführt werden kann.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Staatssekretärin Olschowski, lassen Sie noch eine Zwischenfrage der Frau Abg. Rolland zu?

**Staatssekretärin Petra Olschowski:** Ja, wenn ich danach noch weiterreden darf.

**Abg. Gabi Rolland SPD:** Vielen Dank. – Leider werden wir hier oben auf der Tribüne nicht so schnell wahrgenommen.

(Oh-Rufe – Zurufe, u. a.: Doch!)

Wir haben natürlich einen besseren Blick auf Sie. Deswegen hat es jetzt so lange gedauert.

Frau Staatssekretärin, ich komme noch einmal zurück auf das Üben und Unterrichten im Blasinstrumentenbereich und im Bereich Gesang. Wäre es Ihnen möglich, zum einen den Trägern der Musikschulen mehr Mut zu machen, dass tatsächlich Unterricht mit bis zu maximal fünf Personen stattfinden kann, und zum anderen bei Ihren Kolleginnen und Kollegen im Kabinett dafür zu werben, dass öffentliche Räume wie Schulen genutzt werden dürfen, um das zu tun?

Die Kinder, die Jugendlichen, die Erwachsenen hatten seit Anfang März keinen Musikunterricht mehr, und Sie wissen selbst, wie wichtig es für die Selbstentfaltung und für die Persönlichkeitsbildung ist, wenn man einer musischen Ausbildung nachgeht. Deswegen möchte ich Sie fragen, ob Sie die beiden Dinge bitte tun könnten. Das wäre eine große Hilfe.

**Staatssekretärin Petra Olschowski:** Ja.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Staatssekretärin, bevor Sie weiter antworten, möchte ich darauf hinweisen, dass eine weitere Zwischenfrage von Herrn Abg. Rivoir gewünscht wird. Lassen Sie diese ebenfalls noch zu?

**Staatssekretärin Petra Olschowski:** Ja.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Ist doch Fragestunde!)

**Abg. Martin Rivoir SPD:** Frau Staatssekretärin, Sie haben gerade ausgeführt, dass dieses Programm, das es den Künstlern ermöglicht, Kosten des privaten Lebensunterhalts von 1 180 € pro Monat geltend zu machen, weitergeführt wird. Es ist ja schön, wenn unsere Wünsche so schnell in Erfüllung gehen. Aber in einem Nebensatz sagten Sie, Sie hofften, dass es wirklich so weitergehe. Die Mittel scheinen zur Verfügung zu stehen. Woran liegt es denn, dass es womöglich Probleme gibt, dieses Programm in der jetzigen Form, die von uns ausdrücklich begrüßt wird, weiterzuführen?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Am Geld vielleicht!)

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie darauf noch eingehen könnten.

Vielen Dank.

**Staatssekretärin Petra Olschowski:** Ja. – Ich beginne mit den Musikschulen. Sie wissen, dass die im Verantwortungsbereich des Kultusministeriums sind. Gleichwohl: Bei all den Gesprächen, die wir jetzt geführt haben, war die Zurverfügungstellung von Räumen ein Riesenthema, weil das natürlich auch für die kleinen Theater gilt, die vielleicht einen größeren Raum brauchen. Diese Kooperation und die Zurverfügungstellung von Raum halte ich für extrem wichtig, damit überhaupt etwas stattfinden kann. Insofern nehme ich die Anregung gern mit und auf.

Herr Rivoir, tatsächlich ist gestern Abend die Entscheidung über die Höhe der Mittel gefallen. Es wird jetzt sicherlich in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium darum gehen, wie diese Corona-Soforthilfe für die nächsten Wochen weiter ausgestaltet wird. Das liegt nicht nur in meiner Verantwortung. Deswegen werden wir mit der Wirtschaftsministerin und allen weiteren Beteiligten, mit der Finanzministerin, sicherlich noch einmal darüber reden, ob das im Detail so bleibt wie jetzt oder ob es Änderungen im Verfahren gibt. Das muss man dann prüfen.

Es ist gestern aber das Signal gesetzt worden – heute wurde auch schon von mehreren Rednern betont, dass es richtig und sinnvoll ist –, das Soloselbstständigenprogramm fortzusetzen. Es wird dazu aber noch eine offizielle Entscheidung geben. Ich war gestern nicht bei der HKK-Sitzung. Deswegen bin ich ein bisschen vorsichtig und warte, bis das Kabinett dann entschieden hat.

Ich möchte noch ein letztes Stichwort aufgreifen. Frau Philippi, Sie haben über die Bundesliga gesprochen. Wir wissen, dass ein Abstand von 1,50 m kein Maß für die Kunst ist. Vielmehr müssen wir Wege finden, auf längere Sicht im ganzen Kulturbereich Nähe möglich zu machen. Deswegen wollen wir mit großer Sorgfalt ein Pilotprojekt aufsetzen, bei dem die Möglichkeit von Tests für den Kulturbetrieb geprüft wird. Das

war ja auch die Grundlage für die Bundesligaentscheidung. Da sind wir auch dran. Wir sind mit Einrichtungen und dem Amateurbereich im Gespräch, was da denkbar und möglich sein könnte.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Auch in der Kultur liegt ein langer Weg vor uns. Ich habe jetzt bei den Themen, die wir angesprochen haben, nicht einmal über die vielen Konzertveranstalter gesprochen, die Klubszene, die Medien- und Kreativszene, die ja an der Grenze zwischen Kultur und Wirtschaft liegen und die sich natürlich ebenfalls Perspektiven wünschen. Im Moment wird auch ein Bundesprogramm aufgelegt, und es wird auch darum gehen, dieses Bundesprogramm mit unseren Schritten abzugleichen.

Baden-Württemberg ist ein erfolgreiches Kulturland. Das zeigt sich auch in der Krise. Eine der bekanntesten klassischen Musikerinnen ist die Bratschistin Tabea Zimmermann, die in Lahr im Schwarzwald aufgewachsen ist. Sie wurde in diesen Tagen mit einem der wichtigsten internationalen Kulturpreise, dem Ernst von Siemens Musikpreis, ausgezeichnet. Bei diesem Anlass sagte sie, nach dem Verhältnis zwischen Künstlern und Gesellschaft gefragt:

*Vor ein paar Wochen noch hätte ich gesagt, der Künstler trägt eine Verantwortung für die Gesellschaft. Aber jetzt wendet sich das.*

Meine Damen und Herren, dass sich das Blatt wendet, zeigt uns auch: Wir nehmen die Verantwortung an. Ob wir auch in den kommenden Jahren noch stolz auf unsere Kulturlandschaft sein können, entscheidet kein Virus. Das entscheiden wir, die Gesellschaft, in diesen Tagen und Wochen. Ich bitte Sie dafür weiter um Ihre Unterstützung.

Vielen Dank.

(Beifall – Zuruf: Sehr gut!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg – Drucksachen 16/7462, 16/8082**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE Frau Abg. Walker.

**Abg. Thekla Walker GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute in dritter Lesung die Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung. Änderungen der Landesverfassung bedürfen einer qualifizierten Zweidrittelmehrheit, und sie müssen in drei Lesungen beraten werden. Das sind hohe Hürden, die zeigen,

(Thekla Walter)

welche Bedeutung die heutige Beratung und auch die Abstimmung haben.

Die Debatten heute haben sich ausschließlich um die Coronakrise gedreht. Die Coronakrise zeigt, welche dramatische Brisanz die Verankerung der Schuldenbremse in unserer Landesverfassung in den letzten Monaten bekommen hat.

Kaum jemand hätte sich vor wenigen Wochen noch vorstellen können, wie sich eine so massive weltweite wirtschaftliche Krise, die wir jetzt erleben, entwickeln könnte. Deutlich wird das jetzt in den letzten Tagen durch die Steuerminderungen, die wir hier im Land Baden-Württemberg zu verzeichnen haben, von über 3 Milliarden € im Landeshaushalt 2020. Weitere Milliarden werden es im kommenden Jahr sein.

Die Coronapandemie zeigt uns also, wie schnell sich finanzpolitische Rahmenbedingungen um 180 Grad drehen können. Ich bin froh, dass wir in den letzten Jahren, in denen das Land finanziell sehr gut dastand – das wissen wir alle –, konsequent Risikovorsorge betrieben haben, Schulden abgebaut haben und natürlich auf der Basis unserer guten Landeshaushaltsordnung mit anspruchsvollen Tilgungsverpflichtungen dafür gesorgt haben, dass wir jetzt ausreichend finanzielle Handlungsspielräume haben, meine Damen und Herren.

(Beifall – Zuruf: Sehr gut!)

Heute können wir froh sein, dass wir die Schuldenbremse des Grundgesetzes Ende letzten Jahres in die Landeshaushaltsordnung aufgenommen haben. Nur durch diese gesetzliche Änderung hatten wir jetzt die Möglichkeit, in Notsituationen, bei Naturkatastrophen und in einem konjunkturellen Abschwung, den wir jetzt erleben, vom Verschuldungsverbot abzuweichen.

Diese Ausnahmen haben in den letzten Wochen ihre erste große Bewährungsprobe bestanden, würde ich sagen, und sie geben uns in den nächsten Monaten die Sicherheit, haushaltspolitisch handlungsfähig zu sein und zu bleiben.

(Beifall)

Das ist der große Unterschied zur sogenannten schwarzen Null. Die Schuldenbremse verleiht uns, dem Haushaltsgesetzgeber, die nötige Flexibilität, um angemessen auf Notlagen und auch auf konjunkturelle Sondersituationen reagieren zu können.

Wir müssen dabei aber auch die Zukunft im Blick behalten, und genau das leistet die Schuldenbremse, die wir heute in der Verfassung verankern wollen. Schulden müssen immer in eine Politik eingebettet sein, die dafür sorgt, dass auch künftige Generationen noch Gestaltungsspielräume haben. Die Schuldenbremse gibt hierzu kluge Vorgaben für Tilgungsverpflichtungen und Tilgungspläne.

Bei alledem – das zu betonen ist mir wichtig – ist die Schuldenbremse eben kein Hemmnis für öffentliche Investitionen. Das zeigen auch namhafte wissenschaftliche Untersuchungen der vergangenen Jahre. Aber klar ist auch: Die Schuldenbremse verpflichtet dazu, Prioritäten zu setzen, verantwortlich zu haushalten und eine kluge Steuer- und Wirtschaftspolitik zu betreiben, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ich halte daher nichts von der in diesen Tagen auch immer wieder zu hörenden These, dass der staatlichen Verschuldung keine Grenzen gesetzt werden sollten. Das funktioniert schon politisch nicht, das funktioniert aber auch ökonomisch nicht und auch nicht ökologisch. Eine ungebremste Verschuldung ist eine waghalsige Wette auf ewig niedrige Zinsen, und sie macht uns dauerhaft von Wachstum abhängig. Deshalb ist eine Schuldenbremse sinnvoll und wichtig und verdient auch Verfassungsrang.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Anlauf bis zu dieser heutigen dritten Lesung und der letzten Abstimmung zur Aufnahme der Schuldenbremse in unsere Landesverfassung war lang. Es war auch eine Kraftanstrengung; es gab viele Sitzungen, Beratungen. Aber ich denke, das Ergebnis kann sich am Ende sehen lassen und verdient wirklich eine breite Zustimmung hier im Plenum.

Ich möchte mich herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen der CDU, der SPD und auch der FDP/DVP für das gemeinsam erarbeitete Ergebnis bedanken. Ich danke der Finanzministerin und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die wichtigen Vorarbeiten und die gute Zusammenarbeit in den Arbeitskreissitzungen und darüber hinaus. Außerdem danke ich dem Rechnungshof für die konstruktive Zusammenarbeit und die wichtigen Anstöße und Debattenbeiträge, die er uns auf dem Weg zu diesem Gesetzentwurf geliefert hat.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun hat das Wort Herr Abg. Tobias Wald für die CDU.

**Abg. Tobias Wald** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Das, was wir heute in dritter Lesung beraten und anschließend beschließen, dürfen wir durchaus als historisch bezeichnen: Wir schreiben die Schuldenbremse in unserer Landesverfassung fest. Nachhaltiges Haushalten erhält in Baden-Württemberg endlich Verfassungsrang, und somit wird heute auch ein elementarer Baustein unseres Koalitionsvertrags beschlossen. Das haben wir unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Baden-Württemberg versprochen, und das halten wir auch. Heute ist ein guter Tag für Baden-Württemberg und ein sehr guter Tag für die jüngere Generation in unserem Land.

Meine Damen und Herren, ein sehr langer Prozess liegt hinter uns. Vor zehn Jahren wurde im Grundgesetz die Schuldenbremse verankert. Dies war seinerzeit eine wichtige Leitplanke für die Haushaltspolitik der Zukunft. Die Implementierung der grundgesetzlichen Schuldenbremse in der Landesverfassung ist nun d e r Meilenstein in der Geschichte der Haushalts- und Finanzpolitik von Baden-Württemberg.

Wir haben das Gesetzgebungsverfahren in Zeiten steigender Steuereinnahmen begonnen und beenden es in der schlimmsten Krise seit 1945. Die Erfahrungen der letzten Wochen, ja fast Monate – massive Steuereinbrüche, eine starke Rezession, ein hoher Anteil an Kurzarbeit, kurzum: die schlimmste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg – haben uns gelehrt: Die Schuldenbremse in unserer Landesverfassung ist wichtiger denn je.

(Tobias Wald)

Wir haben in einem geordneten Verfahren mit großer parlamentarischer Mehrheit vorausschauend, mit klaren Tilgungsvereinbarungen eine Kreditermächtigung beschlossen. Dies zeigt: Unser Weg ist richtig und wichtig. Kredite können nur mit einer großen Mehrheit dieses Hohen Hauses aufgenommen werden, und es bestehen klare Vorgaben zur Rückführung der Schulden in einem entsprechenden Zeitraum.

Wir verschieben die Schuldentilgung nicht auf die Zeit, in der unsere Kinder oder Enkel die Verantwortung tragen. Nein, wir nehmen in absoluten Notsituationen zum Schutz unserer Mitmenschen und Unternehmen Kredite auf und führen diese in einem überschaubaren Zeitraum auch wieder zurück. Das ist das Gebot der Stunde, und das ist für mich eine nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik. Für die CDU-Fraktion ist das so sicher.

Kreditaufnahmen sind in Notsituationen wichtig, denn sie verschaffen unserer Wirtschaft Vertrauen in die Politik, sie geben den Menschen in Baden-Württemberg Rückhalt und Sicherheit.

Klar ist für uns, die CDU-Fraktion: In der jetzigen Situation eine Haushaltssperre zu erlassen wäre ein Rückfall in die Zeit der Weimarer Republik.

(Zuruf)

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben auch in der Coronakrise ein klares Finanz- und Haushaltskonzept. Wir handeln verantwortungsvoll und umsichtig, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall)

Für uns ist wichtig, aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Deshalb: Der vorliegende Gesetzentwurf zur Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung stellt klare Kriterien und Bedingungen zur Schuldenaufnahme auf, ohne unseren Staat handlungsunfähig werden zu lassen.

Klar ist für uns: Wir werden die Schuldenbremse nicht aufweichen. Wir stehen für eine nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik. Wir nehmen damit Rücksicht auf die nächsten Generationen.

Lassen Sie mich zum Schluss Danke sagen. Ich danke den Kolleginnen und Kollegen der grünen Fraktion, der SPD-Fraktion und der FDP/DVP-Fraktion für die guten und sehr guten interfraktionellen Beratungen.

Danken möchte ich auch unserer Finanzministerin Edith Sitzmann, unserer Finanzstaatssekretärin Gisela Splett sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Finanzministerium, die diesen interfraktionellen Dialog stets konstruktiv und fachlich fundiert moderiert und begleitet haben. Ich danke aber auch dem Rechnungshof für seine Mitberatung. Danken darf ich abschließend auch für die guten Beratungen im Finanz- und im Innenausschuss.

Wir haben für unser Land eine sehr gute Lösung gefunden. Darauf können wir alle stolz sein.

Die CDU-Fraktion stimmt dieser Verfassungsänderung zu.

Herzlichen Dank.

(Beifall – Das Redepult wird desinfiziert.)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Als Nächster hat nun Herr Abg. Stickelberger für die SPD-Fraktion das Wort.

**Abg. Rainer Stickelberger SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist in der Tat – Oh, klebrig.

(Heiterkeit – Zuruf: Das Redepult ist noch feucht!)

Es ist in der Tat ein besonderer Tag des Parlaments, wenn die Verfassung geändert wird. Ich glaube, in den letzten 20 Jahren war das nicht oft der Fall. Einmal haben wir die Vorschriften für Volksabstimmungen und Volksbegehren geändert. Frau Walker, Sie haben zu Recht auf die hohen Hürden hingewiesen: die Zweidrittelmehrheit, die für einen solchen Beschluss erforderlich ist.

Das ist auch ein Ausdruck dafür, dass sich die Regelungen unserer Verfassung offensichtlich bewährt haben. Ich glaube, unserer Verfassung ist auch gebührend Respekt gezollt

(Zuruf: Ja!)

bei der Prüfung und Abwägung entsprechender Änderungen.

Es ist nun weiß Gott nicht so, dass sich diese Verfassungsänderung aufgedrängt hätte. Vorausgegangen ist ein intensiver Diskurs, in dem man sich auch mit kritischen Einwänden auseinandergesetzt hat. Das war kein leichtes Unterfangen. Es gab ja durchaus Bedenken: Reicht es nicht aus, wenn das Grundgesetz geändert wird, also der Bund tätig wird? Ist es sinnvoll angesichts des Investitionsbedarfs insbesondere auch der öffentlichen Hand? Erst recht in Zeiten von Corona: Ist es da sinnvoll, eine Schuldenbremse auch landespolitisch zu verankern?

Für uns, die SPD-Fraktion, sind im Wesentlichen vier Punkte für unsere Zustimmung maßgebend.

Aus unserer Sicht ist der Gesetzentwurf Ausdruck einer funktionierenden föderalen Struktur, einer Struktur, wie sie Artikel 109 Absatz 1 des Grundgesetzes entspricht, wonach Bund und Länder in ihrer Haushaltswirtschaft selbstständig und voneinander unabhängig sind.

Deshalb ist es wichtig, dass das Land aktiv an der Weiterentwicklung dieser Finanzverfassung mitwirkt, sich als selbstbewusstes Land zu seiner eigenen Staatlichkeit bekennt und eigene Akzente setzt. Das findet Niederschlag in diesem Gesetzentwurf.

Zweitens zeichnet diesen Gesetzentwurf aus, dass ihn vier Fraktionen tragen, während Verfassungsänderungen sonst eher auf Veranlassung der Regierung erfolgen, wenn diese aus aktuellem Anlass ein Gesetz erlassen will und dazu eine Verfassungsänderung braucht. Hier ist es nicht so; hier kommt die Initiative aus dem Parlament selbst. Der breite Rückhalt ist gut, wenn wir an das Unterfangen einer Verfassungsänderung gehen,

(Beifall)

vor allem dann, wenn es sich um eine solch weitreichende Entscheidung mit erheblichen Konsequenzen handelt. Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass gerade jetzt, im Zeichen von Corona, diese Schuldenbremse ihre besondere Bedeutung gewinnt.

(Rainer Stickerberger)

Der dritte Punkt: Diese Regelung, die wir jetzt in dritter Lesung beschließen, stärkt vor allem den Haushaltsgesetzgeber, der für den Haushalt, für die Finanzpolitik dieses Landes verantwortlich ist. Es ist das Königsrecht des Parlaments, das wir mit dieser Verfassungsänderung deutlich stärken. Ich glaube, es ist gut so, wenn wir das Handeln des Parlaments gerade in seiner Kernfunktion als Haushaltsgesetzgeber weiter stärken und auf eine entsprechend breite Legitimationsgrundlage stellen, nämlich unsere Verfassung.

Diese Stärkung scheint mir besonders dann wichtig, wenn wir in einer Zeit leben, in der mit Verordnungen regiert wird und in der das eine oder andere in der parlamentarischen Beratung durchaus zu kurz kommen kann.

Der vierte Punkt ist die konkrete Ausgestaltung der Schuldenbremse mit ihren Abweichungen von der grundgesetzlichen Regelung. Für uns ist die Feststellung einer Notsituation mit Zweidrittelmehrheit wichtig. Wir sind stolz darauf, dass wir das erreichen konnten und dem Primat des Parlaments entsprechend Rechnung getragen wird.

Wir begrüßen die Aufnahme der Konjunkturkomponente einerseits und des Kontrollkontos andererseits, womit ausnahmsweise aufgenommene Schulden in einem respektablen Zeitraum zurückgezahlt werden müssen.

Auch werden die Kontrollrechte des Parlaments zweifelsohne gestärkt. Gestärkt wird auch die Rolle der Nichtregierungsfractionen. Das ist uns besonders wichtig. Ich glaube, das zeigt dieses Gesetz. Das ist gut so.

Abschließend: Die Verfassungsänderung ist kein Grund zum Jubeln, aber sicher eine wichtige Grundlage für eine seriöse Haushaltspolitik in der Zukunft. Diese muss ihre Alltagstauglichkeit noch unter Beweis stellen. Ihre Anwendung ist Daueraufgabe, bei der Parlament und Regierung insgesamt gefordert sind.

Den Fraktionen, die diesen Gesetzentwurf eingebracht haben, aber auch der Arbeitsgruppe beim Finanzministerium, an der die Fraktionen mitgewirkt haben, der Frau Finanzministerin und dem Rechnungshof herzlichen Dank. Ich glaube, wir sind da auf einem guten Weg.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun hat Herr Abg. Dr. Podeswa das Wort für die AfD.

**Abg. Dr. Rainer Podeswa** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir sprechen heute in der Dritten Beratung über das Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg. Es geht um die Einführung der Schuldenbremse. Die AfD steht, wie schon mehrfach angemerkt, nicht auf der Liste der Unterstützer dieser Verfassungsänderung. Der Grund dafür ist allerdings einzig und allein das infantile Verhalten der Altparteien.

(Beifall)

Wir freuen uns trotzdem darüber, dass Sie einen Programmpunkt aus dem AfD-Landtagswahlprogramm aus dem Jahr

2016 im Wesentlichen vollständig umsetzen. So falsch können die Forderungen, so falsch kann das Programm der AfD dann ja offensichtlich nicht sein.

(Beifall – Zuruf: Schauen Sie mal ins Wahlprogramm 2020 der CDU!)

Was soll die Schuldenbremse bewirken? Wir wollen damit kommende Generationen vor einer Überschuldung schützen. Leider wird dieses minimal gestiegene Verantwortungsbewusstsein der Landespolitik gleichzeitig torpediert durch die Bundespolitik und durch die EU-Politik.

(Zuruf: Oh Jesses!)

Während in den europäischen Verträgen, während in Artikel 125 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union klar und unmissverständlich geregelt ist, dass kein Staat für die Schulden der anderen Staaten haften darf, will Ihr Altparteienkartell unser Steuergeld erneut verschenken. Sie treten den europäischen Gedanken, Sie treten die europäischen Verträge mit Füßen.

Angela Merkel und Emmanuel Macron wollen zusammen 500 Milliarden € Schulden als Wiederaufbaubonds über den EU-Haushalt aufnehmen und ohne Rückzahlungsverpflichtung verschenken. Jeder weiß, wer das bezahlen soll. Welche Straße, welche Brücke, welche Schule wurde vom Coronavirus zerstört und muss jetzt wieder aufgebaut werden? Es ist völlig klar, dass dieses Geld direkt in die konsumtiven Ausgaben der Haushalte der europäischen Länder fließen wird. Die Bundeskanzlerin will das Geld der deutschen Steuerzahler verschenken, das Geld der Steuerzahler, die der OECD, der EZB und der Bank Credit Suisse zufolge mit rund 35 000 € Medianvermögen pro Kopf in Europa das geringste Vermögen haben. Das geringste! Nur Portugal ist noch ärmer. Und Italien mit über 70 000 € Medianvermögen pro Kopf hat schon angekündigt, dass 500 Milliarden € nicht reichen werden. Da wird man nachlegen müssen.

Dabei wäre nur der deutsche Anteil an diesem Geschenk mit rund 150 Milliarden € ausreichend, um die Grundrente in Deutschland für 50 Jahre zu finanzieren.

(Beifall – Zuruf: Hört, hört!)

Dass Deutschland die höchsten Steuern und Abgaben der Welt hat, reicht nicht. Wir beschenken dann noch die Staaten, welche wie Spanien das bedingungslose Grundeinkommen an ihre Bürger auszahlen wollen. Das ist in Spanien Regierungsprogramm.

Kommen wir zur Landespolitik zurück. Über das Hilfspaket I der Regierung wurden nach der Aufstellung der Finanzministerin bisher 2,2 Milliarden € ausgezahlt.

Das Hilfsprogramm II über 1,5 Milliarden € wurde gerade verkündet, ebenso wie der Investitionsfonds über 1 Milliarde €. Die Steuermindereinnahmen belaufen sich auf 3,3 Milliarden €. Das macht zusammen genau 8 Milliarden €. Es wurde ja wiederholt festgestellt, dass die Steuermindereinnahmen – wir sparen nicht in die Krise hinein – nicht durch Einsparungen, sondern – durch was? – durch zusätzliche Schulden gedeckt werden sollen. Gleichzeitig verzeichnen die Gemeinden Steuermindereinnahmen in Höhe von 3,6 Milliarden €. Das sind zusammen schon 11,6 Milliarden €.

(Dr. Rainer Podeswa)

Und hier will die Landesregierung – sie muss es – einen Rettungsschirm aufspannen. Weiter ist ein Konjunkturprogramm für die Wirtschaft in Milliardenhöhe geplant, und Herr Lucha will beträchtliche Mittel in das Gesundheitssystem investieren, um auf die zweite Infektionswelle vorbereitet zu sein. Wenn ich nicht ganz falsch gerechnet habe, sind wir hier schon bei realistischen 15 Milliarden € angekommen.

Wir alle wissen, dass das Land mit Kreditermächtigungen – neue Schulden in Höhe von 5 Milliarden € – und Haushaltsreserven über 6,2 Milliarden € verfügt. Wir haben also rund 15 Milliarden € Bedarf, 6,2 Milliarden € wurden bislang beschlossen. Da ist es schon sehr verwunderlich, wenn Herr Schwarz, der Fraktionsvorsitzende der Grünen, vor zwei, drei Stunden den Pressevertretern erklärt hat, dass „verantwortungsbewusst“ eine Reserve von 1,5 Milliarden € zurückgehalten wurde.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Und der Ministerpräsident tritt dieser Lüge nicht entgegen! Da stelle ich mir die Frage: Warum, Herr Ministerpräsident Kretschmann, verheimlichen Sie den Bürgern von Baden-Württemberg die Finanzkatastrophe des Landes?

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Podeswa, kommen Sie bitte zum Ende.

**Abg. Dr. Rainer Podeswa** AfD: Warum, Herr Ministerpräsident, lassen Sie zu, dass die Bürger belogen werden? Welche Absichten verfolgen Sie damit?

(Beifall – Zuruf: Sehr gut! – Abg. Tobias Wald CDU: Kein Wort zur Schuldenbremse! – Gegenruf des Abg. Bernd Gögel AfD: Es ist doch in der aktuellen Situation fatal, über die Schuldenbremse zu sprechen!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Brauer, Sie sprechen nun für die FDP/DVP.

(Unruhe)

**Abg. Stephen Brauer** FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Rechnung des Kollegen Podeswa von gerade eben konnte ich nicht ganz nachvollziehen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Der Landtag hat für die Intervention aufgrund der Coronakrise Kreditbewilligungen in Höhe von 5 Milliarden € freigegeben – so weit d'accord. Nimmt man die 1,2 Milliarden € Haushaltsrücklage hinzu, so beläuft sich der zusätzliche finanzielle Handlungsspielraum auf mehr als 6 Milliarden €. Diese Summe wird noch durch die Zuweisungen des Bundes für Soforthilfen und den Gesundheitsfonds ergänzt.

Dass diese Ad-hoc-Bewilligungen und die Verwendung von Rücklagen hier dringend erforderlich waren, bestreitet niemand ernsthaft. Über die Mitnahmeeffekte, die dabei entstanden sind, lässt sich allerdings trefflich streiten, und hier muss auch dringend nachgeprüft werden, welche Unternehmen in unsolidarischer Weise Soforthilfen in Anspruch genommen haben.

Jetzt wird ja nicht mehr nur mit der Gießkanne agiert, sondern seit gestern werden auch branchenspezifische Hilfen auf den Weg gebracht. Ministerpräsident Kretschmann wollte dies ja eigentlich nicht; seine Minister haben aber bereits im Vorfeld die genaue Höhe sowie die Modalitäten der Auszahlung hinausposaunt – nur, um dann von ihm teilweise zurückgepfiffen zu werden.

Nebenbei bemerkt: Die 10 Millionen €, die Sie für den Sport übrig haben, sind ein Treppenwitz der Coronageschichte.

Bei der Mittelverwendung lief also nicht alles rund. Bei der Mittelherkunft beginnen die Probleme erst jetzt. Umsatzsteuer, sonstige Verbrauchsteuern, Gewinnsteuern und die Einkommensteuer – überall sind drastische Rückgänge zu erwarten. Die Rede ist von 6,8 Milliarden € im Jahr 2021, die weniger in der Landeskasse sein werden, und ein Delta von 5,9 Milliarden € im selben Zeitraum bei Kreisen, Städten und Gemeinden. Für diese ist der Einbruch bei den Gewerbesteuer-einnahmen natürlich besonders dramatisch.

Da erübrigt sich die Frage, ob man diese enormen Steuerausfälle nur durch zusätzliche Schulden kompensieren kann. Man kann das nicht; man darf es nicht. Wir werden also auf der Ausgabenseite alles zur Disposition stellen müssen, was in der Gegenwart nicht unbedingt erforderlich ist und was nicht der Sicherung unseres Wohlstands in der Zukunft dient.

(Beifall)

Ausgabenkritik mit einer gehörigen Portion Selbstkritik – das erwarte ich von der Landesregierung.

Prestigeprojekte, Stellenaufwuchs in den Ministerien und Selbstbeweihräucherung – genannt: Imagekampagnen – haben in einer Krise dieses Ausmaßes gar nichts verloren. Das müssen Sie jetzt einsehen und auch danach handeln. Ihr Verhalten in der Vergangenheit war nicht dazu geeignet, dieses Land krisenfest zu machen. Ein aufgeblähter Haushalt, der keinen Raum mehr für nennenswerte Tilgungsleistungen lässt, ist das Ergebnis von neun Jahren Regierung Kretschmann. Das Ergebnis ist ein riesiger Schuldenberg von 45 Milliarden €, der jetzt natürlich im Zuge von Corona noch weiter anwachsen wird.

Ja, das Land kann sich auch mit der Schuldenbremse weiter verschulden. Auch nach der Verabschiedung des Gesetzes zur Schuldenbremse ist es möglich, dass im Zuge eines Konjunkturausgleichs im Sinne des Absatzes 2 oder durch Feststellung einer Notlage gemäß Absatz 3 des Artikels 84 der Landesverfassung die Einnahmen und Ausgaben durch weitere Schuldenaufnahme ausgeglichen werden.

Die Finanzministerin wird ja nicht müde, zu betonen, dass eine Verschuldung von rund 1 Milliarde € schon beim letzten Doppelhaushalt – unter Maßgabe der Verfassungsänderung – möglich gewesen wäre. Das stimmt auch. Aber, Frau Sitzmann, erwarten Sie von der Opposition tatsächlich, dass wir Sie loben, nur weil Sie in Zeiten der höchsten Steuereinnahmen in der Geschichte Baden-Württembergs ohne neue Schulden ausgekommen sind? Das können Sie nicht von uns erwarten; das ist nämlich eine reine Selbstverständlichkeit.

(Beifall)

(Stephen Brauer)

Die Ausnahmeregelungen innerhalb der Schuldenbremse sind sinnvoll, bedeuten aber nicht, dass man sie immer bis zum Äußersten ausreizen muss. Sie definieren lediglich eine Obergrenze für die Neuverschuldung und sind an bestimmte Voraussetzungen gebunden, auf deren Einhaltung wir, das Parlament, ein besonderes Augenmerk werfen werden. Sie können sicher sein, dass wir das tun und unserer Rolle als Haushaltsgesetzgeber auch weiterhin gerecht werden. Das galt in der Vergangenheit ohne und das gilt in Zukunft mit der Schuldenbremse. Auch deshalb können wir der sinnvollen Verfassungsänderung nur zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU  
– Das Redepult wird desinfiziert.)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Frau Ministerin Sitzmann, Sie haben das Wort an einem frisch geputzten Redepult.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Rainer Stickelberger  
SPD: Achtung, klebrig! – Gegenruf des Abg. Karl-  
Wilhelm Röhm CDU: Ja, das stimmt!)

**Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann:** Frau Präsidentin, vielen Dank für den Hinweis. Ich lege eine Klarsichtfolie drunter, dann klebt meine Mappe vielleicht nicht fest.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass wir heute in Dritter Beratung eine Änderung der Landesverfassung beschließen, um die Schuldenbremse aufzunehmen, ist eine sehr gute Entscheidung. Ich bin dankbar, dass wir in konstruktiven Gesprächen seit Beginn des Jahres 2018 nun zu einer einmütigen Änderung der Landesverfassung gekommen sind.

Ich finde es – jenseits des wichtigen Inhalts der Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung – in diesen Tagen wichtig, dass wir zeigen, dass unsere Demokratie vom Kompromiss lebt und dieser über Fraktionsgrenzen hinweg trägt. Ich glaube, das ist ein sehr wichtiges Signal in der heutigen Zeit.

Wir haben uns innerhalb des Verfahrens – im Jahr 2018 hatten wir insgesamt fünf fraktionsübergreifende Sitzungen im Finanzministerium – nicht nur die Landesverfassung angeschaut. Wir haben uns auch mit der Opposition über die einfachgesetzlichen Regelungen, die keiner Zweidrittelmehrheit bedürfen, geeinigt. Dass dies gelungen ist, freut mich sehr.

Wir haben jetzt – Gott sei Dank – mit der Änderung der Landeshaushaltsordnung im Rahmen der Haushaltsberatungen in § 18 bereits einfachgesetzlich das vorweggenommen, was jetzt verfassungsrechtlich geregelt werden soll. Dies war die Grundlage dafür, dass wir bereits im März von der Möglichkeit einer Kreditaufnahme im Fall einer Naturkatastrophe Gebrauch machen konnten. Der Landtag hat die Regierung ermächtigt, bis zu 5 Milliarden € an Krediten aufzunehmen.

Weiter hat der Landtag eine Naturkatastrophe festgestellt, einen Tilgungsplan festgelegt, einen Nachtrag beschlossen – und das alles binnen eines halben Tages. Wenn eine krisenhafte Situation eintritt, kann die parlamentarische Demokratie sehr schnelle Abstimmungen und Einigungen möglich machen.

Gerade in der Coronakrise ist es wichtig, dass wir Luft zum Atmen haben. Hätten wir keine Änderungen auf den Weg gebracht, würde die grundgesetzliche Schuldenbremse gelten. Das hätte bedeutet, dass wir keine Kredite aufnehmen können. In Anbetracht der riesigen Herausforderung, vor der wir stehen und in der wir gerade leben, wäre vermutlich eine noch viel schwierigere Situation entstanden.

Lassen Sie mich einige Punkte zu dem sagen, was meine Vordredner hier eingebracht haben.

Herr Podeswa, Sie haben die Zahlen der Steuerschätzung genannt. Von Verheimlichen kann keine Rede sein. Wir haben diese Zahlen, sobald die Berechnungen für Baden-Württemberg vorlagen, via Pressemitteilung veröffentlicht. Ich weiß nicht, woher Sie den Vorwurf nehmen, irgendetwas sei verheimlicht worden. Ganz im Gegenteil, sobald wir die Zahlen hatten, haben wir diese offen kommuniziert.

(Unruhe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Einen kleinen Moment bitte, Frau Ministerin. – Es geht hier um eine Verfassungsänderung. Ich darf Sie um ein bisschen Aufmerksamkeit und Ruhe bitten.

**Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann:** Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Es geht um Größenordnungen von minus 3,3 Milliarden € in diesem Jahr, minus 3,5 Milliarden € im kommenden Jahr, und Stand heute ist die Perspektive für die weiteren Jahre auch nicht sehr rosig; sie liegt bei etwa 3,7 bis 3,8 Milliarden € pro Jahr.

Das macht ganz deutlich, dass die zehn guten Jahre, die wir jetzt hinter uns haben, erst einmal zu Ende sind und vor uns eine lange Wegstrecke liegt. Diese Anstrengungen werden sowohl, was die Gesundheit, die Prävention, die wirtschaftliche Unterstützung, als auch, was die Haushalts- und Finanzpolitik betrifft, gewaltig sein, und natürlich stellt auch eine Kreditaufnahme, so wichtig sie ist, eine Zukunftsbelastung dar. Dessen muss man sich bewusst sein.

Sie haben hier im Parlament fraktionsübergreifend beschlossen, dass ab 2024 pro Jahr 500 Millionen € getilgt werden müssen.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Frau Ministerin, ich darf Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stickelberger zulassen, nachdem jetzt auch wieder etwas mehr Ruhe im Raum herrscht.

**Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann:** Bitte. – Je unruhiger es ist, desto länger dauert meine Rede. Ganz einfach.

(Heiterkeit)

Das liegt also an Ihnen.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Ich habe noch darauf gewartet, dass der Herr Minister seinen Platz einnimmt.

(Unruhe)

**Abg. Rainer Stickelberger SPD:** Vielen Dank. – Frau Ministerin, Sie sind jetzt auf die aktuelle Haushaltslage eingegangen. Kollege Wald hat vorhin – was auch unserer Meinung

(Rainer Stickelberger)

entspricht – deutlich gemacht, dass er eine Haushaltssperre nicht befürwortet. Eine Haushaltssperre hat er ausdrücklich abgelehnt – zu Recht, wie ich meine, in Anbetracht der Kreditbewilligungen, die wir im März beschlossen haben, und der 1,2 Milliarden € aus dem anderen Topf.

Bis wann rechnen Sie mit einem Nachtragshaushalt? Die aktuelle Steuerschätzung wirft ja die Zahlen, die bisher im Haushalt zugrunde gelegt sind, über den Haufen, sodass aus unserer Sicht eine Anpassung des Haushalts geboten ist. Wie stellen Sie sich dazu?

**Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann:** Lieber Herr Kollege Stickelberger, ich gehe davon aus, dass wir in diesem Jahr einen Nachtrag zum Doppelhaushalt brauchen werden. Die entscheidende Frage ist, wann wir diesen aufstellen. Sie alle haben gelesen, dass die Steuerschätzer des AK Steuerschätzung zum ersten Mal in der Geschichte beschlossen haben, nicht nur im Mai und im November eine Steuerschätzung zu machen, sondern auch eine außerordentliche im September.

Das heißt, die Situation ist sehr volatil. Wir haben jetzt Zahlen, aber es kann gut sein, dass diese Zahlen sich ändern. Sie alle kennen auch die Konjunkturprognosen, die durchaus – –

(Zurufe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Balzer, ich darf auch Sie um Aufmerksamkeit bitten.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Er wollte wohl eine Zwischenfrage stellen!)

**Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann:** Sie alle kennen die Konjunkturprognosen, die zwar unterschiedlich sind, aber alle deutlich nach unten zeigen.

Die entscheidende Frage wird sein: Wie entwickelt sich die Konjunktur? Haben wir ein V, sprich das Wachstum geht jetzt deutlich zurück und es gibt eine relativ zügige Erholung? Das war die Steuerschätzung der Bundesregierung im Frühjahr: minus 6,3 % im Jahr 2020, plus 5,6 % im nächsten Jahr. Es könnte auch sein, dass es kein V wird, sondern ein U. Das heißt, dass wir eine längere Zeit mit niedrigerem Wachstum haben werden. Das schlimmste Szenario wäre aber das L: Eine Erholung findet nicht statt und das Wachstum verharrt längere Zeit auf einem niedrigen Niveau.

Die Volatilität der wirtschaftlichen Entwicklung hängt nicht nur an uns, sondern auch an folgenden Fragen: Wird es möglich sein, das Infektionsgeschehen dauerhaft auf einem niedrigen Niveau zu halten? Wird es eine zweite Welle im Herbst oder Winter geben? Wird es anderswo eine Infektionswelle geben, die dann z. B. Lieferketten wieder unterbricht? Wie gut ist die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen in unserem Land? Wie lange können sie mit den angebotenen Hilfen zurechtkommen? All das sind offene Fragen. Deshalb, glaube ich, tun wir gut daran, noch ein wenig Zeit ins Land gehen zu lassen, bevor wir uns an einen Nachtrag machen.

Außerdem sollte für uns immer gelten, dass all das, was wir in Baden-Württemberg tun, auch abgestimmt ist mit dem, was zukünftig eventuell auf europäischer Ebene kommt, und mit dem, was die Bundesregierung auf den Weg bringen will.

Unser Credo ist: Wir verzahnen, und wir ergänzen da, wo es für Baden-Württemberg richtig und wichtig ist. Wie Sie alle wissen, hat die Bundesregierung – Bundesfinanzminister, Bundeswirtschaftsminister und andere – angekündigt, dass sie sich Anfang/Mitte Juni intensiv beraten wird, um die Frage zu klären, welche konjunkturellen Impulse wie gesetzt werden sollen. Ich rate dazu, nicht ungeduldig zu werden und mit dem Nachtrag zu warten, bis eine möglichst genaue Abschätzung der zukünftigen Entwicklung vorliegt. Im schlimmsten Fall könnte ansonsten Folgendes passieren: Wir machen jetzt einen schnellen Nachtrag, und in drei Monaten machen wir wieder einen. Das wollen wir definitiv nicht, meine Damen und Herren.

Aber lassen Sie mich noch etwas zur Zukunftsbelastung sagen. Auch auf der kommunalen Seite gehen die Zahlen massiv zurück: minus 3,6 Milliarden € in diesem Jahr, minus 2,3 Milliarden € im kommenden Jahr. In diesem Jahr sind laut Steuerschätzung ungefähr die Hälfte davon Einbrüche bei der Gewerbesteuer.

Ich muss Ihnen an dieser Stelle aber auch sagen, dass die Vorschläge, die der Bundesfinanzminister gemacht hat, um den Kommunen unter die Arme zu greifen, für uns kein akzeptabler Weg sind. Zum einen wird etwas in den Raum gestellt – nämlich eine 50-%-Beteiligung der Länder –, ohne dass man mit den Ländern darüber gesprochen hat. Das geht gar nicht, meine Damen und Herren. Zum Zweiten hatten wir eine Arbeitsgruppe – Bund und alle Länder – über die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Da ging es u. a. um einen Altschuldenfonds, und es kam heraus, dass es genau dafür keine Mehrheit unter den Ländern gibt, weil die Betroffenheiten eben extrem unterschiedlich sind. In Baden-Württemberg würden kaum Kommunen profitieren, wenn alle Schulden, insbesondere Kassenkredite, mit Bundes- und Landesmitteln übernommen würden. Wir hatten nicht umsonst eine Arbeitsgruppe. Darüber hinaus kam diese zu dem Ergebnis, dass es viel wirksamer wäre, die Kommunen bei den Kosten der Unterbringung zu unterstützen.

Deshalb: Der Vorschlag vom Bundesfinanzminister ist für uns kein gangbarer Weg. Für beides wären übrigens Änderungen des Grundgesetzes notwendig, denen Bundestag und Bundesrat mit Zweidrittelmehrheit zustimmen müssten. Wie er diese Mehrheit erreichen will, ist aus meiner Sicht völlig fraglich.

(Zuruf)

Ich gehe davon aus, dass er die Stimme aus Baden-Württemberg dazu nicht erhalten wird.

Nichtsdestotrotz erwarten wir natürlich vom Bund, dass er sich an der Deckung der Ausfälle aufgrund der kommunalen Steuereinbrüche einerseits und an den Ausgabenzuwächsen andererseits relevant beteiligt. Wir erwarten, dass wir, Bund und Länder, bald in intensive Gespräche darüber eintreten werden.

Herr Kollege Brauer, Sie haben von Mitnahmeeffekten bei branchenspezifischen Hilfen gesprochen. Da frage ich Sie jetzt mal: Sind Sie dafür, oder sind Sie dagegen? Wir haben ein Soforthilfeprogramm auf den Weg gebracht, das branchenoffen ist. Wir haben jetzt festgestellt, es gibt besondere Bedarfe im

(Ministerin Edith Sitzmann)

Bereich der Gastronomie und der Hotellerie; sie sind ja staatlicherseits geschlossen worden. Ich habe nun von Ihnen so ein bisschen Kritik an irgendwas gehört, aber eine klare Positionierung sind Sie uns schuldig geblieben.

(Zurufe)

Wenn Sie jetzt eine Imagekampagne kritisieren, muss ich sagen: Selbst durch deren Streichung werden Sie einen Haushalt niemals konsolidieren; das kann ich Ihnen schon versprechen. Aber wir sind offen für ganz konkrete Vorschläge, welche Aufgaben wir aufgeben sollen, welche Summen wir damit einsparen können. Bitte fühlen Sie sich also ermuntert und aufgefordert, hier konkrete Vorschläge zu machen. Da sind wir selbstverständlich diskussionsbereit und beraten das gern mit Ihnen im Finanzausschuss oder auch hier im Plenum.

(Beifall)

Folgendes finde ich schon erstaunlich. Natürlich haben wir seit 2015 keine neuen Schulden aufgenommen, Herr Kollege Brauer. Sie haben aber unterschlagen, dass wir über 6 Milliarden € an expliziten und impliziten Schulden getilgt haben. Richtig ist: Wir haben das Credo der FDP, einfach nur alles in den Abbau der Kreditmarktschulden zu stecken, zu Recht nicht übernommen. Wir haben aber 1,25 Milliarden € am Kreditmarkt getilgt. Wir haben das größte Investitions- und Sanierungsprogramm in der Geschichte des Landes auf den Weg gebracht. Ich kann Ihnen sagen, dass das auch ein ganz wichtiger Baustein ist, um insbesondere jetzt auch die Bauwirtschaft weiter am Laufen zu halten. Hätten wir es nicht schon gemacht, müssten wir es wahrscheinlich jetzt für die Zukunft tun. Ich kann nur sagen: Der Abbau von impliziten und expliziten Schulden war absolut richtig.

(Beifall)

Es war auch richtig und wichtig, meine Damen und Herren, dass wir die guten Zeiten dafür genutzt haben, Rücklagen zu bilden. Es ist bereits gesagt worden: 1,2 Milliarden € Rücklagen. Ich will aber an dieser Stelle doch darauf hinweisen, dass es auch noch andere Risiken gibt, für die wir die Rücklagen in unserem Haushalt auch vorgesehen haben. Nicht die kompletten 1,2 Milliarden € waren frei, sondern wir hatten verschiedene Felder, bei denen wir zu der Einschätzung gekommen sind, dass es sehr wahrscheinlich ist, dass wir dafür Geld bereitstellen müssen. Dazu gehören beispielsweise der Notfallplan Wald, die Frage der Flüchtlingsunterbringung oder das Bundesteilhabegesetz. Es gibt also viele Aufgaben, die wir dennoch werden finanzieren müssen.

Meine Damen und Herren, wir haben gut vorgesorgt. Trotzdem hat diese bislang einmalige Krise dafür gesorgt, dass wir mit den zur Verfügung stehenden Rücklagen nicht auskommen; das ist klar. Wir arbeiten zum einen intensiv daran, dass alle Ausgaben, die wir tätigen, für den Gesundheitsschutz, für die Prävention und für die Behandlung von erkrankten Menschen zur Verfügung stehen. Andererseits unterstützen wir – dort, wo es möglich ist – die Unternehmen, die Wirtschaft, aber auch die Kultur und die Vereine im Land.

Denn klar ist Folgendes: Nur, wenn die Wirtschaft funktioniert, wenn unsere Unternehmen erfolgreich am Markt sind, wenn sie Arbeitsplätze schaffen und erhalten können, wenn sie Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen können, haben

wir auch Steuereinnahmen. Würden die Unternehmen wirtschaftlich in große Schwierigkeiten geraten, würde die Arbeitslosigkeit deutlich steigen und würden die Ausbildungskapazitäten deutlich reduziert, hätte dies auch massive Auswirkungen auf die Steuereinnahmen in der Zukunft, und zwar negative.

Doch kommen wir zurück zum Thema. Wichtig ist: Wir haben die Grundlage geschaffen. Sie haben einen gemeinsamen Gesetzentwurf vorgelegt, damit wir heute in der dritten Lesung die Änderung der Landesverfassung beschließen und damit die Schuldenbremse auch in der Landesverfassung verankern. Die durchgeführte Anhörung der Verbände und Institutionen hat ebenfalls gezeigt, dass dieser Weg auf breite Zustimmung stößt.

Bevor ich mich bei Ihnen allen ganz herzlich für die Mitarbeit bedanke, lassen Sie mich schließen mit einem Zitat von Milton Friedman. Er hat gesagt:

*Vor Schulden, die man gemacht hat, auch vor Staatsschulden kann man nur eine Zeit lang davonlaufen, eingeholt wird man schließlich doch.*

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gab ja zu diesem Tagesordnungspunkt sehr viel Redebedarf. Gibt es denn jetzt dazu noch Wortmeldungen? Ich könnte aufgrund der von der Regierung in Anspruch genommenen Zeit die Redezeiten für die Fraktionen verlängern.

(Zuruf)

Wollen Sie alle heute gern noch ein bisschen länger hierbleiben? – Das ist nicht der Fall. Gut.

(Unruhe)

Bevor wir zur Abstimmung kommen, bitte ich jetzt wirklich um Aufmerksamkeit. Das gilt vor allem für den hinteren Bereich des Plenarsaals. Bei den Herren dort ist es total unruhig.

(Zurufe – Heiterkeit)

Ich weise Sie auf Artikel 64 Absatz 2 der Landesverfassung hin. Danach kann die Verfassung vom Landtag geändert werden, wenn bei Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln seiner Mitglieder eine Zweidrittelmehrheit, die jedoch mehr als die Hälfte seiner Mitglieder betragen muss, es beschließt. Es müssen also mindestens 96 Abgeordnete anwesend sein und dann mindestens 72 Abgeordnete für die Verfassungsänderung stimmen. Diese qualifizierte Mehrheit muss bei der Schlussabstimmung in der Dritten Beratung gegeben sein, die in einer namentlichen Abstimmung stattfinden wird. Das ist also schon ein besonderer Vorgang. Deswegen bitte ich nicht umsonst, jetzt ein bisschen aufzupassen.

Nach diesen Hinweisen treten wir in der Dritten Beratung in die **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/7462 ein. Wie Sie wissen, hat der Ständige Ausschuss dem Landtag auf Drucksache 16/8033 empfohlen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen, und der Landtag hat in seiner Sitzung am 6. Mai dieses Jahres dieser Beschlussempfehlung in der Zweiten Beratung zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Abstimmungsgrundlage ist also der in Zweiter Beratung gefasste Beschluss, der Ihnen als Drucksache 16/8082 vorliegt.

Ich rufe auf

#### Artikel 1

Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg

Wer Artikel 1 zustimmt – Herr Kollege Haser! –,

(Heiterkeit)

den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – War das eine Stimmenthaltung?

(Zuruf: Das war eine Gegenstimme!)

– Eine Gegenstimme. Gut. – Es ist gut, wenn ich aufpasse.

Damit ist Artikel 1 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 2

Inkrafttreten

Wer stimmt Artikel 2 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 2 mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 20. Mai 2020 unter Beachtung des Artikels 64 Absatz 2 der Verfassung das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

#### Schlussabstimmung

§ 99 Absatz 2 der Geschäftsordnung legt fest, dass über Verfassungsänderungen in der Schlussabstimmung namentlich abgestimmt werden muss.

Wie vom Präsidium am 21. April 2020 aus Gründen des Gesundheitsschutzes empfohlen, schlage ich Ihnen in Abweichung von der Geschäftsordnung vor, die namentliche Abstimmung, so, wie wir das früher immer gemacht haben, durch Namensaufruf vorzunehmen. – Damit sind Sie einverstanden.

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, mit Ja zu antworten, wer das Gesetz ablehnt, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthält, der antworte mit „Enthaltung“.

Herr Abg. Dr. Schütte, ich darf Sie bitten, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben U. Herr Abg. Dr. Schütte, bitte.

(Namensaufruf)

Ist noch jemand im Raum, der noch nicht aufgerufen wurde, noch nicht abgestimmt hat? – Das ist nicht der Fall. Gut. Dann schließen wir jetzt die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, das Abstimmungsergebnis festzustellen. – Vielen Dank, Herr Abg. Dr. Schütte.

Wir fahren jetzt in der Tagesordnung fort, und ich gebe das Abstimmungsergebnis später bekannt.

(Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Einen Moment! Herr Abg. Dr. Gedeon ist noch gekommen! Abgestimmt hat er nicht! – Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Enthaltung!)

– Enthaltung.

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Enthaltung!)

– Habe ich das richtig gehört, Herr Abg. Dr. Gedeon, dass Sie sich der Stimme enthalten haben? – Gut.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesmediengesetzes – Drucksache 16/8010**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/8035**

**Berichterstatlerin: Abg. Marion Gentges**

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Es beginnt Herr Kollege Salomon für die Grünen.

(Unruhe)

Wir sind ganz regulär bei Tagesordnungspunkt 5. Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen. Auch an der Regierungsbank, Herr Kollege Wald, bitte ich um Ruhe. Herr stellvertretender Fraktionsvorsitzender Mack, bitte setzen Sie sich. Bitte lassen Sie wieder Ruhe einkehren.

Sie haben das Wort, Herr Abg. Salomon.

**Abg. Alexander Salomon** GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Was erst einmal sehr einfach daherkommt, nämlich die Änderung des Landesmediengesetzes, ist in seiner Tragweite, glaube ich, gar nicht zu unterschätzen und auch in der gesetzestechnischen Herausforderung –

(Unruhe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Entschuldigung, Herr Abg. Salomon. – Frau Staatssekretärin Mielich, ich bitte Sie jetzt. Es ist einfach unglaublich unruhig.

**Abg. Alexander Salomon** GRÜNE: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Es ist gesetzestechnisch ein sehr schwieriger Bereich gewesen. Deswegen gilt unser Dank noch einmal dem Staatsministerium und auch dem Gutachter, der erst die Voraussetzungen geschaffen hat, dass wir diesen Gesetzentwurf einbringen konnten.

(Alexander Salomon)

Ich darf in diesem Rahmen noch einmal daran erinnern – weil das Gesetz ja auch einen gewissen Vorlauf hatte –: Wir befinden uns jetzt im Bereich des Koalitionsvertrags von Grünen und CDU. Dort wurden die runden Tische „Medienzukunft“ hinterlegt. Sie wurden dann auch durchgeführt, weil wir auch gesehen haben, dass gerade der große Medienbereich in Baden-Württemberg – ich will es nicht relativieren, aber einordnen – hier noch nicht so unter Beschuss steht wie in anderen Ländern.

Aber wir möchten im Vorfeld handeln und es nicht erst dazu kommen lassen, wie es in anderen Ländern – in Europa und auch in Deutschland – der Fall ist, dass es Medienhäuser gibt, die in sehr schwierige Fahrwasser kommen. Deswegen haben wir gesagt: Schon im Vorfeld müssen wir uns damit beschäftigen, wie wir die Medienlandschaft in Baden-Württemberg zukunftsfest aufstellen können.

Diese runden Tische „Medienzukunft“ haben auch sehr interessante Beiträge hervorgebracht, sehr gute Debattenbeiträge. Klar war, dass die regionale Berichterstattung von allen – das sehen Sie gerade auch jetzt, in der Coronazeit – auf Priorität 1 gesetzt wird, von allen Bürgerinnen und Bürgern, auch in den Medienberichterstattungen. Auch für die Wirtschaft hat das den Stellenwert Nummer 1, weil die Leute wissen wollen, was vor Ort passiert.

Deswegen haben wir gesehen: Wenn wir nicht das prekäre System aus anderen Bereichen übertragen wollen, sondern solide finanzieren wollen, müssen wir uns besser aufstellen. Vor allem der Fernsehbereich ist hervorzuheben. Nicht dass andere Bereiche nicht ebenfalls ihre Probleme hätten, aber besonders dort haben wir es tatsächlich mit einem Markt zu tun, auf dem die Ausgaben nicht mehr durch Werbeeinnahmen gedeckt werden können.

Wir befinden uns mit der Coronapandemie – das ist jetzt eine Replik auf diese runden Tische „Medienzukunft“ – auch in einer, so will ich es einmal umschreiben, sehr spannenden Zeit. Einerseits sehen wir steigende Abonnentenzahlen bei vielen Zeitungen und Medienhäusern, was zu begrüßen ist. Das zeigt natürlich auch die Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger mit dem Medium Zeitung, mit der lokalen Berichterstattung. Auf der anderen Seite haben wir wirtschaftliche Effekte: weniger Anzeigen, Kurzarbeit bei Medienhäusern – was nicht ganz dazu passt, dass der Stellenwert des Journalismus in dieser Zeit zunimmt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist dann schon auch ein Problem für unsere Demokratie. Es ist nicht zu unterschätzen, welchen Stellenwert unsere Medien als sogenannte vierte Gewalt in diesem Staat haben. Wenn wir dann darüber reden, dass die Abonnentenzahlen zwar ansteigen, aber feststellen müssen, dass die Basis für den wirtschaftlichen Betrieb von Zeitungen und Medienhäusern erodiert, ist das natürlich eine sehr ernüchternde Meldung, die wir ernst nehmen müssen, meine Damen und Herren.

Diesen bei den runden Tischen konstatierten Stellenwert ernst nehmend, haben wir uns dafür entschieden, gerade im Bereich Fernsehen – es geht um lokale Berichterstattung, die nicht durchfinanziert und ausfinanziert war – einen gesetzestech-nisch schwierigen Weg – das hatte ich bereits erwähnt – zu gehen, der aber gangbar ist. Es ist wichtig, in diesem Bereich

Sicherheit herzustellen, gerade für die Medienschaffenden vor Ort in den lokalen Rundfunkhäusern, damit sie auch weiterhin ihren Stellenwert behalten und ihren Journalismus ausüben können.

Das haben wir in diesem Gesetzentwurf ausgeführt und haben es auch mit Mitteln im Haushalt unterlegt. Auch das ist eine Besonderheit und hat meines Erachtens einen hohen Stellenwert – was in diesen Zeiten nicht unterschätzt werden kann. Ich hoffe, dass mit diesen Geldern der Journalismus vor Ort weiterhin aufrechterhalten werden kann – in seiner Qualität und auch Quantität. Auch das ist nämlich eine Voraussetzung im Gesetzestext, dass man in einem bestimmten Format Berichterstattung aus der Region leisten soll.

Ich will mich gar nicht einmal groß in die breitere Diskussion begeben, ob Medienpolitik auch Gesellschaftspolitik ist. Darüber könnte man, glaube ich, ganze Seminare halten und Abhandlungen füllen. Aber meines Erachtens ist es gerade für einen Standort wie Baden-Württemberg, der in den Bereichen Medien, Medienpolitik und Medienwirtschaft sehr stark aufgestellt ist, wichtig, dort Präsenz zu zeigen.

Eine andere Debatte will ich gern noch anführen: Seit ungefähr zwei Wochen steht immer wieder das Thema Rundfunkbeitrag zur Debatte. Es gibt jetzt wieder eine Diskussion darüber, wie man an die Erhöhung des Rundfunkbeitrags herangehen will, ob man die avisierte Erhöhung wieder zurückschrauben soll. Das ist meines Erachtens brandgefährlich. Dagegen müssen wir uns alle stellen, denn wir befinden uns im öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Spardebatten. Wir befinden uns in diesen Debatten auch deshalb, weil der öffentlich-rechtliche Rundfunk seit über zehn Jahren keine Erhöhung bekommen hat. Die Inflation aber steigt weiter an.

Ich glaube, wir, das Landesparlament, müssen uns hier klar positionieren und sagen: Wir brauchen eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags in schwierigen Zeiten. Es ist alles klar, aber ich glaube, es wäre wichtig, dass wir dieses Signal senden, weil aus dem Rundfunkbeitrag auch weitere Medienbereiche gespeist werden. Ich muss Ihnen nichts über Vorwegabzüge, über die Medien- und Filmgesellschaft sagen.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Aber jetzt kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Kollege.

**Abg. Alexander Salomon GRÜNE:** Erlauben Sie mir als letzten Satz abschließend: Wir müssen uns auch über die Positionierung und die Aufgabenkritik der LFK unterhalten. Wir müssen unsere Landesanstalt für Kommunikation in Zukunft stärken, weil die Aufgaben im Medienbereich größer werden statt kleiner.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Haser, bitte, für die CDU.

**Abg. Raimund Haser CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was lange währt, wird endlich gut. Das passt gut zu diesem Gesetz, das wir heute auf dem Tisch haben, das, auch wenn es um ein Rettungspaket geht, nichts mit Corona zu tun hat. Dafür ist die Geschichte

(Raimund Haser)

zu alt, und sie hat zu früh begonnen. Wie Kollege Salomon bereits gesagt hat, haben wir das schon bei den Medientischen thematisiert: Was passiert mit dem regionalen Fernsehangebot?

Wenn ich auf diese Medientische zurückschaue, muss ich sagen: Wir hätten uns mehr vorstellen können. Es waren auch mehr Vorschläge auf dem Tisch. Aber wie immer, wenn man im Medienbereich unterwegs ist, verfolgen nicht alle Teilnehmer dieselben Ziele, und deswegen bin ich froh, dass wir wenigstens ein paar Punkte davon umsetzen können. Ich möchte aber eindeutig sagen, dass es nicht an der Regierung liegt, sondern auch an der schwierigen Konstellation, die wir teilweise in dieser Branche haben.

Mit dem heutigen Tag schaffen wir weitaus mehr als nur die gesetzliche Voraussetzung, zukünftig die 4,2 Millionen €, die wir im Doppelhaushalt pro Jahr veranschlagt haben, auszusütten. Wir führen in Baden-Württemberg das erste Mal eine sogenannte Betrauungsnorm ein. Das ist ein Instrument, auf das ich gern näher eingehen möchte, weil es diesen Tag nämlich zu einem historischen Tag in der Medienpolitik macht, auch wenn man das an der Aufmerksamkeit im Plenum nicht wirklich merkt.

Nicht falsch verstehen: Wir haben diese Betrauungsnorm nicht wirklich erfunden. Sie kommt in der Schweiz vor, sie begegnet uns in Bayern, und sie ist nichts anderes als die Möglichkeit, aus dem Landshaushalt heraus Geld zur Verfügung zu stellen, das über eine Rundfunkanstalt, in unserem Fall die LFK, an die regionalen Rundfunksender ausgezahlt wird.

Historisch ist diese Änderung dennoch deshalb, weil sie an einem wichtigen Punkt eine Entscheidung, eine unserer Meinung nach längst überfällige Entscheidung trifft. Diese Änderung des Landesmediengesetzes stellt nämlich die allzu großen Bedenken der Staatsferne unter bestimmten Voraussetzungen zurück, nämlich dann, wenn das Interesse nach Artikel 5 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes, wenn also die Pflicht zur Ausgestaltung der Rundfunkfreiheit stärker wiegt und wenn, wie hier geschehen, die Staatsferne durch die Betrauung einer unabhängigen Institution wie der Rundfunkanstalt gewährleistet ist.

Warum ist es so wichtig, dass wir uns hier sozusagen einmischen? Weil sich die Dinge dramatisch verändert haben, weil es unsere Pflicht seitens der Landespolitik ist, uns der Verrohung der Medien und damit auch der Gesellschaft zu stellen, weil dieses Sich-Stellen heute mehr gefordert ist als nur ein Schulterklopfen auf diejenigen, die unter existenzbedrohenden Situationen arbeiten müssen, und weil es längst um Existenzen in der Medienlandschaft geht und damit auch um die Existenz des Fundaments unserer Demokratie.

Wir müssen aktiv werden, weil das, was heute auf unseren Straßen los ist, auch das Ergebnis einer medialen Überfrachtung aus dem In- und Ausland ist, der man nicht mit Zensur und nicht mit einem Ins-Lächerliche-Ziehen, nicht mit Überheblichkeit und auch nicht mit dem Abschalten des Internets oder mit Eingriffen in das Recht auf freie Meinungsäußerung begegnen kann, sondern weil wir Desinformation mit Information, weil wir Desinteresse mit Interesse, weil wir Fakes mit Fakten und Unaufmerksamkeit mit Aufmerksamkeit bekämpfen müssen.

Wenn Sie an dieser Stelle mit mir übereinstimmen, dann reicht es eben nicht, immer nur zu sagen: „Es ist toll, dass wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben, der uns mit allem versorgt, was wir brauchen, und was da nicht läuft, ist nicht passiert“, und dann reicht es auch nicht, es toll zu finden, dass wir neben diesem informationellen Schlachtschiff auch noch einen privaten Fernseh-, Radio- und Zeitungsmarkt haben, der als zweite Säule nicht nur der Garant ausgewogener Berichterstattung ist, sondern auch wirtschaftlich von großer Bedeutung für das Medienland Baden-Württemberg, sondern dann müssen wir neben diesem Toll-Finden auch dafür sorgen, dass wir Taten folgen lassen, und diese Tat folgt heute.

Die Kritik von VAUNET und anderen an diesem Gesetz, die natürlich zu Recht gefragt haben: „Warum bekommen die Geld und wir nicht?“, möchte ich auf zweifache Weise beantworten.

Erstens: weil professionelle Bewegtbildberichterstattung, wenn sie gut sein soll, ein Erlösmodell voraussetzt, das bei den nun begünstigten regionalen Must-carry-Sendern nicht in Sicht ist. Es ist unmöglich, gleichzeitig ein wirtschaftlich betreibbares Modell und eine professionelle Redaktionsausstattung, wie wir sie uns vorstellen, zu haben. Dieses Problem haben andere Genres auch in Nicht-Coronazeiten eben nicht in diesem Ausmaß.

Die zweite Antwort: weil die Unterstützung privater Radiosender zwar unbedingt notwendig ist, diese aber auch anderweitig, z. B. durch Kooperationen im Bereich der Funkturm-lizenzen oder in einer fairen Aufteilung des Werbemarkts, realisiert werden kann, oder weil, wie heute geschehen, die LFK durch einen Nachtragshaushalt noch einmal Geld in die Unternehmen stecken kann.

Was die Zeitungen anbelangt – das prophezeie ich jetzt einfach mal –, werden wir uns auch da irgendwann überlegen müssen, wie wir die Transformation seitens des Staates positiv begleiten können.

Aber das tun wir nicht heute. Heute stimmen wir für die vorgeschlagene Anpassung des Landesmediengesetzes und gehen damit einen kleinen Schritt für die Medienbranche, aber einen großen Schritt für die Medienpolitik in diesem Land.

Danke schön.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun spricht Herr Abg. Binder für die SPD.

**Abg. Sascha Binder** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es heute mit einem Reförmchen des Landesmediengesetzes zu tun. Dieser Reform stimmen wir zu, weil es eine alte Forderung der SPD ist, die wir bereits in mehreren Haushaltsberatungen immer wieder erhoben haben. Wir sind froh, dass sich bei den letzten Haushaltsberatungen für diese Idee auch eine Mehrheit gefunden hat.

Wir sind auch froh darüber, dass dazu eine verfassungsrechtlich einwandfreie Regelung gefunden wurde. Denn an diesem Punkt müssen wir die Staatsferne einhalten. Deshalb glaube ich, Kollege Haser, es geht nicht unbedingt um Einmischen, sondern es geht darum, überhaupt Rahmenbedingungen zu

(Sascha Binder)

schaffen, damit guter Journalismus entstehen kann. So habe ich aber Ihre Ausführungen auch verstanden. Insofern werden wir dieser Änderung zustimmen.

(Beifall – Zurufe, u. a.: Richtig!)

Allerdings haben beide Vorredner betont, welch starkes Medienland das Land Baden-Württemberg sei, und sie haben betont, vor welchen Herausforderungen die LFK durch neue Medien stehe. Es geht um die Frage: Welche Rolle hat eine LFK in Baden-Württemberg, wenn es um Regelungen etwa zu Anbietern von sozialen Medien geht? Welche Rolle hat die LFK da für die Zukunft? Dazu gibt es keine Antworten im Rahmen der Reform dieses Landesmediengesetzes. Die Bereiche Radio, Presse – auch dazu keine Antwort. Diese Landesregierung bleibt die Antwort auf einige Fragen also einfach schuldig, auf Fragen, die gerade die von Ihnen – zu Recht – als stark bezeichneten Medienunternehmen – ebenfalls zu Recht – bei diesen runden Tischen gestellt haben.

Wenn man den Aufwand an Beteiligungen, den Sie betrieben haben, ins Verhältnis zu dem setzt, was Sie nun in ein Gesetz gegossen haben, dann zeigt sich, dass die Medienlandschaft zunächst einmal richtig schön durchgewirbelt wurde, dass man ihren Vertretern Aufgaben gegeben hat und diese sich ernsthaft mit dem Thema auseinandergesetzt haben. Am Ende jedoch steht eine Änderung des Landesmediengesetzes, die lediglich als Rettungsaktion bezeichnet werden kann, die notwendig ist, die aber in keiner Weise in die Zukunft weist und keinerlei Zukunfts-idee für die Medienpolitik darstellt.

Deshalb widerspreche ich Ihnen, Herr Kollege Salomon, an einem Punkt. Ich gebe Ihnen recht, wenn Sie sagen: „Wir haben eine starke Medienlandschaft“, aber ich sage dazu: Was wir nun einmal in dieser Legislaturperiode gar nicht haben, ist eine starke Medienpolitik. Da bleibt schon einiges auf der Strecke.

(Beifall)

Ich habe es schon oft gesagt: Das hängt wahrscheinlich auch damit zusammen, dass man nicht mehr richtig weiß, wer in dieser Landesregierung jetzt eigentlich für die Medienpolitik zuständig ist, bei wem man klingeln muss, wenn man Gesprächspartner haben möchte, wenn man Partner haben möchte, mit denen man über die Zukunft der Medienpolitik reden kann. Es wird Wert gelegt auf große, tolle und auch kostspielige Veranstaltungen mit wirklich guten Referenten, aber am Ende kommt halt nichts dabei heraus – außer: „Schön, dass wir darüber geredet haben.“

Die LFK braucht ein zukunftsweisendes Landesmediengesetz, das die Bereiche regelt, über die ich zu Beginn meiner Rede gesprochen habe, nämlich neue Medien, Radio, Fernsehen, Presse. Dazu gibt es nichts.

Es geht in diesem Koalitionsvertrag ja nicht nur um runde Tische, sondern es geht um eine Reform des Landesmediengesetzes. Davon ist diese Änderung des Landesmediengesetzes weit, weit entfernt. Deshalb hätten wir uns in der Medienpolitik in dieser Legislaturperiode eigentlich schon mehr erwartet als diese Änderung.

(Zuruf)

– Ich habe noch 52 Sekunden, Kollege Salomon. Das müssen Sie sich jetzt anhören.

(Zuruf)

Wenn Sie es fertigbringen, bei der Änderung des Landesmediengesetzes – zwar zu Recht – Ausführungen zum Rundfunkbeitrag zu machen, wenn Sie das an dieser Stelle machen, zeigt das auch, dass Ihnen ansonsten zur Medienpolitik und zu dieser Reform des Landesmediengesetzes nicht mehr einfällt. Deshalb ist die Medienlandschaft

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

in Baden-Württemberg zu Recht enttäuscht, dass nach vier Jahren Grün-Schwarz keine zukunftsweisende Änderung des Landesmediengesetzes vorliegt.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall – Zurufe, u. a. des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Als Nächster spricht Herr Abg. Sänze für die AfD.

(Das Redepult wird desinfiziert.)

**Abg. Emil Sänze** AfD: Das muss man trocknen, das Ding hier.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eine unabhängige Presse ist notwendig, vielleicht notwendiger denn je. Aber die Presse kann nur dann unabhängig sein, wenn sie nicht mit dem Staat ideologisch verbunden ist. Genau das ist jedoch das Problem vieler Journalisten und Organisationen in diesem Land. Wir hatten heute Morgen genügend Gelegenheit, darüber zu philosophieren.

(Zuruf: Deswegen haben Sie gleich Ihren eigenen Fernsehsender aufgemacht!)

– Genau. – Umso erfreulicher ist es, dass es auch in Baden-Württemberg unabhängige Sender gibt, die sich etwa mit den kulturellen Eigenarten sowie der Identität und Kultur des Landes beschäftigen. Das sind übrigens Themen, die in einem demokratischen Staat nicht staatlicherseits geregelt werden. Man tut also gut daran, dafür zu sorgen, dass dem Staat der Zugriff auf derlei Institutionen verboten ist.

Was ist also zu erwarten, wenn die Landesregierung davon spricht, dass auch dort künftig ein vielfältiges und qualitatives Programm ausgestrahlt werden soll? Wird das Programm ähnlich eintönig und schlecht sein wie das, was wir von öffentlich-rechtlichen Sendern schon jetzt angeboten bekommen? Werden wir darüber hinaus künftig auch dort mit gefährlichen Ideologien überschwemmt, oder werden sich die täglichen 20 Minuten lediglich auf die gewohnte einseitige Berichterstattung beschränken?

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Wann schauen Sie öffentlich-rechtlichen Rundfunk?)

Bereits jetzt bietet das Landesmediengesetz die Möglichkeit der Förderung von lokalem und regionalem Rundfunk durch die Landesmedienanstalt. Dies ist in § 47 des Landesmedien-

(Emil Sänze)

gesetzes als „Finanzierung besonderer Aufgaben“ verankert. Der wesentliche Unterschied zu der jetzt beabsichtigten Gesetzesfassung besteht darin, dass diese Förderung auf die Bereitstellung der Infrastruktur und des Know-hows abzielt. Eine inhaltliche Einflussnahme und finanzielle Protektion waren aus gutem Grund bisher nicht vorgesehen. Das aber ist es, was der vorgelegte Neuentwurf bezweckt: Der Staat soll über die Landesmedienanstalt mitbestimmen.

Wie ist ausgeschlossen, dass sich extremistische Vereinigungen der Sender bemächtigen und statt Mundartberichten künftig noch mehr Gender, Klassenkampf und Ideologie betrieben wird?

Ich erinnere an dieser Stelle an den Fall des antideutschen Freiburger Senders Dreyeckland, der tief in die gewalttätigen Strukturen der Autonomen verbandelt ist. Im August wurde bekannt, dass einer seiner Mitarbeiter auf dem Weg zum G-7-Gipfel in Frankreich von der französischen Polizei nach Kontrolle festgenommen und zur Vermeidung von Gewalttaten ausgewiesen wurde. Es hatte sich herausgestellt, dass er bereits als Straftäter bei den Ausschreitungen beim G-20-Gipfel in Hamburg im Sommer 2017 auffällig war. Den Sicherheitsbehörden ist diese Verstrickung bekannt.

(Zuruf: Hört, hört!)

Der Linksextremist heißt Luc – ja, einfach nur Luc. Es ist schon sehr interessant, wenn Journalisten ihren Namen nicht nennen und der Sender die Identität geheim hält. Es ist aber ein übliches Vorgehen von linken Schmiermedienerezeugnissen, Antifa-Aktivisten als Journalisten einzustellen, um ihnen freien Zugang zu Veranstaltungen zu gewähren. Übrigens ist dies auch hier in diesem Haus geschehen.

(Zuruf: Ja!)

Meine Damen und Herren, wir haben in Baden-Württemberg mehr als ausreichend politische Einflussnahme. Das Gebot der Stunde sollte heißen, dass sich der Staat wieder mehr zurücknimmt und sich nicht noch mehr darin verstrickt. Was hier geschehen soll, ist eine inhaltliche Einmischung des Staates auf Kosten der Bürger in Baden-Württemberg. Denn auch wenn die Landesregierung behauptet, dass keine Kosten entstünden, zahlt es letztendlich der Bürger.

Wir, die AfD, bekennen uns ausdrücklich zum Prinzip der regionalen Bürgersender und befürworten deren Ausbau zu qualitativ hochwertigen Rundfunkangeboten. Die Förderung dieser Arbeit werden wir ebenfalls positiv begleiten. Wir befürworten ausdrücklich auch die Unterstützung von lokalen, regionalen Fernsehangeboten nach dem Vorbild des bayerischen Mediengesetzes,

(Zuruf: Dann müssen Sie einfach diesem Gesetzentwurf zustimmen!)

dort in Artikel 23 bis 29 beschrieben. Das Eröffnen der inhaltlichen Einmischung durch Betrauung linksopportunistischer Strukturen lehnen wir strikt ab. Deswegen können wir diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Als Nächster spricht Herr Abg. Professor Dr. Goll für die FDP/DVP.

**Abg. Dr. Ulrich Goll** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass jetzt ein finanzielles Förderinstrument auf eine gesetzliche Grundlage zugunsten der regionalen Fernsehanbieter gestellt wird, begrüßen wir. Das ist richtig, dafür haben wir uns in der Vergangenheit mehrfach eingesetzt. Warum das richtig ist, da ist, glaube ich, von den Vorrednern jetzt schon genug dazu gesagt worden, warum diese Sender durchaus eine Bereicherung sind, auf die wir nicht verzichten wollen, warum sie in offenkundigen Schwierigkeiten sind, weil die Veranstaltung sich nicht rechnet. Die Punkte sind alle angesprochen worden.

Weil wir es für richtig halten, ein solches Instrument zu schaffen, werden wir im Endeffekt auch zustimmen.

(Zuruf: Sehr gut!)

Allerdings will ich nicht verhehlen, dass wir höchst unglücklich mit der Art der Finanzierung sind – um es einmal so auszudrücken. Denn die Finanzierung enthält zumindest teilweise einen unnötigen Griff in die Staatskasse, mit anderen Worten: einen Griff in die Taschen des Steuerzahlers.

Viele wissen, dass wir es anders gemacht hätten, nämlich indem wir den sogenannten Vorwegabzug abgeschafft hätten. Jetzt muss man vielleicht für diejenigen, die nicht täglich mit diesem Thema zu tun haben, in wenigen Sätzen sagen, worum es damals ging.

Als es in diesem Land erstmals einen privaten Rundfunk gab, hat man über die Finanzierung geredet. Weil natürlich die technische Infrastruktur sehr aufwendig ist und der Start insofern sehr schwierig ist, hat man ein staatliches Förderinstrument so geschaffen, dass man einen Teil der Rundfunkgebühr abgezackt und der LFK gegeben hat. Das war richtig. Nur ist man kurze Zeit darauf zu dem Schluss gekommen, dass die LFK jetzt zu viel Geld hat, und hat von dem Geld wieder ein Stück zurückgenommen, den sogenannten Vorwegabzug.

Jetzt, meine Damen und Herren, wäre die Gelegenheit gewesen, dies wieder zu korrigieren, den Vorwegabzug aufzugeben. Daraus hätte man einen erheblichen Anteil dieser Förderung bestreiten können, ohne zusätzlich den Steuerzahler zu belasten.

(Beifall)

Dazu noch zwei Anmerkungen an die Adresse der Politik und auch an die Adresse des öffentlich-rechtlichen Senders: Jetzt wäre die Gelegenheit gewesen, jetzt, da wir ein groteskes Missverhältnis zwischen der Ausstattung öffentlich-rechtlicher Sender und privater Sender haben. Lieber Herr Kollege Salomon, ich war an dieser Stelle ein bisschen erstaunt, als Sie über die finanziellen Nöte des SWR gesprochen haben.

(Heiterkeit)

Beim besten Willen: Selbst als die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten, die KEF – die soll angeblich etwas davon verstehen –, eine Senkung vorge-

(Dr. Ulrich Goll)

schlagen hat – was wir dann natürlich auch mitgemacht hätten; wir sind immer dafür, der KEF zu folgen –, hat Ihre Mehrheit auch der Senkung nicht zugestimmt.

(Zuruf: Ah!)

Dem geht es also wirklich noch immer gut, muss man sagen, und den anderen geht es unübersehbar schlecht. Wann, wenn nicht jetzt, wäre die Gelegenheit gewesen, diesen Vorwegabzug der Vergangenheit angehören zu lassen?

(Beifall – Zuruf: Sie wissen aber auch, dass die LFK am Rundfunkbeitrag hängt!)

Zuletzt ein Wort an die Adresse des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, dem ich ja durchaus verbunden war und bin. Aber es ist ein unwürdiges Schauspiel, dann jedes Mal mit irgendwelchen Festspielen zu kommen und den Abgeordneten zu drohen, als ob dieser Vorwegabzug gebunden wäre. Da gibt es doch keine Finanzierungsbindung. Da hätte man natürlich etwas weniger von anderem, was wahrscheinlich nicht alles unbedingt notwendig ist, produzieren und die Festspiele noch immer bezahlen können. Diese Unbeweglichkeit ist für mich nicht nachvollziehbar. Denn auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss ein wenig nachdenken.

Wenn ich mit der jungen Generation rede – dazu habe ich reichlich Gelegenheit, schon in der Familie –, dann stelle ich fast mit ein bisschen Erschrecken bestenfalls Gleichgültigkeit fest, aber auch glatte Ablehnung gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Die Inhalte werden konstant ignoriert, und dieser Generation gehört die Zukunft. Da wäre ich anstelle der Öffentlich-Rechtlichen auch etwas vorsichtig, in solcher Unbeweglichkeit zu verharren, während sich der Teppich unter meinen Füßen bewegt.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Goll, Herr Abg. Salomon würde gern eine Zwischenfrage stellen.

**Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP:** Das wird eine Schlussfrage sein, aber die können Sie natürlich gern stellen.

**Abg. Alexander Salomon GRÜNE:** Herr Goll, vielen Dank. – Sie haben jetzt ausgeführt, dass der SWR – ich möchte Ihnen jetzt keine falschen Worte in den Mund legen – über ausreichende Mittel verfügt, und haben auch die KEF als Kronzeuge angeführt. Sie haben sich aber weder pro noch kontra Beitragserhöhung positioniert. Jetzt würde mich interessieren: Wie steht denn die FDP/DVP in Baden-Württemberg zur Beitragserhöhung? Erkennen Sie an, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk weitere Mittel braucht, oder nicht?

**Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP:** Wir haben dazu schon immer einen ganz einfachen Standpunkt gehabt: Wenn man die KEF hat, folgt man ihren Empfehlungen, oder man schafft sie ab. Aber sie zu hören und zu ignorieren, das machen wir weder in der einen noch in der anderen Richtung. Wir hören auf die KEF, weil das unsere Experten sind. Darum hätten wir die Beitragssenkung mitgemacht. Wenn eine Erhöhung vorgeschlagen wird, machen wir die Erhöhung.

(Beifall – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das passt halt nicht zu Ihrer vorherigen Aussage, dass der SWR über genügend Geld verfügt!)

– Das passt doch komplett dazu. Da entdeckt, glaube ich, außer Ihnen niemand einen Widerspruch.

Ich bedanke mich.

(Heiterkeit und Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Frau Staatsministerin Schopper, Sie haben das Wort.

**Staatsministerin Theresa Schopper:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich denke, die medienpolitische Debatte hat jetzt natürlich schon einige Facetten an den Tag gebracht, die deutlich auseinandergehen. Bei Herrn Sänze hatte ich manchmal das Gefühl: Vielleicht hat er etwas Schlechtes gegessen, dass er solche Gedanken und Fantasien an den Tag legt.

(Beifall – Zuruf)

Herr Professor Goll, die Frage des Vorwegabzugs ist weidlich definiert und diskutiert worden, jetzt auch im Vorfeld dieses Gesetzentwurfs. Aber es ist einfach so: Der Vorwegabzug ist entsprechend definiert und ist für die technische und für die Infrastrukturausgabe vorgesehen. Daher wäre dort keine Möglichkeit gewesen, diesen inhaltlichen Programmbereich, den man jetzt mit der Änderung des Landesmediengesetzes stärkt, zu stärken. Das ist der Punkt.

Auch die Frage der Rücklagen, ob man diese 20 Cent Absenkung des Rundfunkbeitrags macht oder nicht, haben damals die Ministerpräsidenten, glaube ich, in einer sehr langen Sitzung abgewogen. Diese Rücklagen sind in einen Extratopf gepackt worden und wurden jetzt nach und nach für die Finanzierung herangezogen. Sie waren ein Segen auf der langen Strecke – die Öffentlich-Rechtlichen hatten zehn Jahre lang keine Beitragserhöhung –, da tatsächlich den Öffentlich-Rechtlichen nach und nach entsprechende Mittel zugegangen sind.

Wir sind jetzt in Baden-Württemberg schon über die entsprechende Änderung des Rundfunkänderungsstaatsvertrags hinaus. In Baden-Württemberg sind wir in der komfortablen Lage, dass wir die Erhöhungen, die die KEF vorgeschlagen hat, machen. Aber die Debatte ist, wie Herr Abg. Salomon ausgeführt hat, in vielen Ländern noch nicht ausgestanden.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist da natürlich in einer mehr als schwierigen Situation, auch wenn wir jetzt sehen – um jetzt wieder den Schwenk zum aktuellen Bezug hinzubekommen –: Wir haben momentan ein hohes Vertrauen in die Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen wie auch des privaten Rundfunks wie auch der entsprechenden Printmedien. Aber die Corona-Affäre – – Nein, das war eine andere.

(Heiterkeit – Zurufe)

Die Coronapandemie hat natürlich auch immense Auswirkungen auf die Printmedien gehabt. Es ist genannt worden, dass sie steigende Nachfragezahlen haben. Aber die Basis, auf der sie sich normalerweise finanzieren, der Werbemarkt, ist massiv eingebrochen. Sowohl der Hörfunk als auch die entsprechenden Printmedien waren bisher nicht in dem Gesetz mit einbezogen, weil sie wirtschaftlich halbwegs auf sicheren Füßen standen, sodass eine Unterstützung nicht nötig war. Das hat sich mit Corona geändert.

(Staatsministerin Theresa Schopper)

Wir müssen uns sehr genau überlegen, wie man im Bereich des privaten Hörfunks und vielleicht auch im Printmedienbereich entsprechende Unterstützungsmöglichkeiten schafft. Das hat aber jetzt mit dem vorliegenden Gesetzentwurf nichts zu tun. Das ist eher eine Frage, die man mit der Wirtschaftsministerin noch mal besprechen muss. Denn ich glaube, diese vielfältige Medienlandschaft in Baden-Württemberg, die wir heute zu Recht in den Mittelpunkt gerückt haben, hat in vielen Bereichen eine richtige Schlagseite, wobei wir nicht wissen, wie manche aus dieser Situation herauskommen. Wir müssen bis zum Schluss durchdenken, was passiert, wenn die Werbemärkte nicht anlaufen. Im Bereich der Medienhäuser sind jetzt vorwiegend die Beschäftigten aus dem Marketing- und Werbebereich und der Akquise in Kurzarbeit. Denn auch dort weiß man: Wenn sie heute den Telefonhörer in die Hand nehmen und den Werbekunden sagen: „Wir hätten eine Aktion, könntet ihr diese bitte mit Werbung unterstützen?“, erhalten sie als Antwort: „Schönen Gruß, danke schön, aber wir haben momentan kein Geld dafür; wir müssen unsere Finanzen absichern.“

Daher können wir bei diesem Thema noch nicht endgültig einen Haken dranmachen. Auch die Rundfunkkommission auf Bundesebene befasst sich mit der Frage, ob wir nicht auf Bundesebene noch entsprechende Maßnahmen machen müssen. Das wird uns leider noch eine Zeit lang begleiten, auch was Corona und die entsprechenden Möglichkeiten des Rundfunks angeht.

Ich will gar nicht auf die Historie eingehen; dazu ist weidlich ausgeführt worden. Ich glaube, dass wir wirklich einen Meilenstein erreicht haben, indem wir 4,2 Millionen € für die privaten Sendeanstalten im Haushalt haben – die rechtlichen Voraussetzungen haben Sie genannt –, damit wir die Qualität entsprechend fördern in diesen zwanzigminütigen Blocks, die über die LFK an die Must-carry-Sender ausgereicht werden. Das ist immens wichtig, um den Qualitätsjournalismus zu fördern. Nun gibt es die Möglichkeit, genau dieses Geld aus unserem Haushalt über die LFK an die Sender auszugeben. Die LFK ist damit gestärkt. Das ist auch möglich – den Nachtragshaushalt haben Sie, Herr Abg. Haser angesprochen –, weil wir diese Gelder im Haushalt haben und diese Unterstützungsmaßnahmen geben können.

Das hat nichts damit zu tun, dass wir uns gefälligen Journalismus erkaufen wollten. Wir sind dankbar und froh um diese vielfältige Medienlandschaft. Wir sind dankbar und froh um die Medien, die wir hier haben. Darüber, dass sie auch kritisch berichten, ärgert man sich manchmal. Aber es ist genauso wichtig, dass wir mit dieser vierten Gewalt im Staat ein ganz großes Korrektiv und einen wichtigen Beitrag für die Demokratie haben.

Daher bitte ich um die Unterstützung unseres Gesetzentwurfs und hoffe, dass wir eine breite Mehrheit hierfür im Haus finden.

Danke schön.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, jetzt liegen in der Allgemeinen Aussprache keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/8010. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 16/8035. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Ich schlage Ihnen vor, dass ich Artikel 1 insgesamt zur Abstimmung stelle. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Inkrafttreten

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist Artikel 2 mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 20. Mai 2020 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landesmediengesetzes“. – Mit der Überschrift sind Sie einverstanden.

Wir kommen zur

**S c h l u s s a b s t i m m u n g**

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist dem Gesetzentwurf mehrheitlich zugestimmt, und wir haben Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Zur Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses rufe ich jetzt noch einmal **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg – Drucksachen 16/7462, 16/8082**

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt.

(Zuruf – Heiterkeit)

– Ich darf um Ihre Aufmerksamkeit bitten! Jetzt kommt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung, meine Herren.

An der Abstimmung haben sich 125 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 123 Abgeordnete gestimmt,  
mit Nein hat ein Abgeordneter gestimmt;  
ein Abgeordneter hat sich enthalten.*

Dem Gesetz ist damit unter Beachtung des Artikels 64 Absatz 2 der Verfassung zugestimmt, und Tagesordnungspunkt 4 ist endgültig erledigt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

\*

Mit **J a** haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Susanne Bay, Hans-Peter Behrens, Andrea Bogner-Unden, Sandra Boser, Martina Braun, Nese Erikli, Jürgen Filius, Josef Frey, Martin Grath, Petra Häffner, Martin Hahn, Thomas Hentschel, Winfried Hermann, Hermann Katzenstein, Manfred Kern, Petra Krebs, Daniel Andreas Lede Abal, Dr. Ute Leidig, Andrea Lindlohr, Manfred Lucha, Alexander Maier, Thomas Marwein, Bärbl Mieulich, Jutta Niemann, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Daniel Renkonen, Alexander Salomon, Alexander Schoch, Andrea Schwarz, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Sckerl, Stefanie Seemann, Edith Sitzmann, Franz Untersteller, Thekla Walker, Dorothea Wehinger, Elke Zimmer.

CDU: Dr. Alexander Becker, Thomas Blenke, Klaus Burger, Andreas Deuschle, Thomas Dörflinger, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Marion Gentges, Fabian Gramling, Friedlinde Gurr-Hirsch, Manuel Hagel, Sabine Hartmann-Müller, Raimund Haser, Peter Hauk, Ulli Hockenberger, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Isabell Huber, Wilfried Klenk, Joachim Kößler, Sabine Kurtz, Siegfried Lorek, Winfried Mack, Claudia Martin, Paul Nemeth, Christine Neumann-Martin, Claus Paal, Julia Philippi, Dr. Patrick Rapp, Nicole Razavi, Dr. Wolfgang Reinhart, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Dr. Albrecht Schütte, August Schuler, Willi Stächele, Tobias Wald, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

SPD: Sascha Binder, Daniel Born, Nicolas Fink, Dr. Stefan Fulst-Blei, Reinhold Gall, Gernot Gruber, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Andreas Kenner, Gerhard Kleinböck, Georg Nelius, Martin Rivoir, Gabi Rolland, Ramazan Selcuk, Rainer Stickelberger, Andreas Stoch, Jonas Weber, Dr. Boris Weirauch, Sabine Wölfle.

AfD: Dr. Rainer Balzer, Anton Baron, Klaus Dürr, Bernd Gögel, Dr. Bernd Grimmer, Rüdiger Klos, Thomas Axel Palka, Dr. Rainer Podeswa, Daniel Rottmann, Doris Senger, Hans Peter Stauch, Udo Stein, Carola Wolle.

FDP/DVP: Stephen Brauer, Rudi Fischer, Dr. Ulrich Goll, Jochen Haußmann, Jürgen Keck, Dr. Timm Kern, Gabriele Reich-Gutjahr, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Dr. Erik Schweickert, Nico Weinmann.

Fraktionslos: Harald Pfeiffer.

Mit **N e i n** hat gestimmt:

AfD: Emil Sänze.

Der Stimme **e n t h a l t e n** hat sich:

Fraktionslos: Dr. Wolfgang Gedeon.

\*

Jetzt rufe ich den für heute letzten Tagesordnungspunkt mit Aussprache auf, und zwar **Punkt 6** der Tagesordnung:

- a) **Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – Gesetz zur Kürzung der Abgeordnetenentschädigung und der Bezüge der Regierungsmitglieder während der Corona-Krise – Drucksache 16/8026**
- b) **Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Drucksache 16/8073**

Für die Begründung und als Redezeiten haben die Fraktionen Folgendes vereinbart: Den Initiatoren des jeweiligen Gesetzentwurfs stehen jeweils fünf Minuten für die Begründung zu, und dann ist für die Aussprache über beide Gesetzentwürfe eine Redezeit von insgesamt fünf Minuten je Fraktion vereinbart worden.

Zunächst erteile ich zur Begründung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD Herrn Abg. Baron das Wort.

**Abg. Anton Baron AfD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Deutschland ist in einer furchtbaren Krise. Erst bekamen wir jahrelang eine ideologische Fehlpolitik, Nullzinsuroblase, Klimahysterie, Gängelung der deutschen Automobilwirtschaft, jetzt geben Grüne, CDU und SPD dem Land mit überzogenen Coronamaßnahmen noch den Rest.

Bevölkerung, Wirtschaft und Staatshaushalt sind schwer belastet, unser Land steht vor einer nie da gewesenen Wirtschaftskrise mit Millionen Familien, Beschäftigten und Selbstständigen, die um ihre Existenz kämpfen müssen.

Wir von der AfD sind der festen Überzeugung, dass die Abgeordneten des Landtags auch ihren Beitrag und Verzicht leisten müssen.

(Beifall)

Nur das wäre nach unserer Auffassung ein unmissverständliches Signal der Solidarität an die notleidenden Teile des eigenen Volkes. Deshalb hatte unser Fraktionsvorsitzender Bernd Gögel recht damit, als er den Vorschlag der SPD als Symbolpolitik bezeichnete.

(Beifall)

Denn genau genommen möchten Sie mit Ihrem Gesetzentwurf vorgeblich auf etwas verzichten, was Sie noch gar nicht haben.

Lieber grün-schwarz-rot-gelber Swingerclub der Kartellfraktionen,

(Zurufe)

die Wähler werden dieses billige Manöver von Ihnen durchschauen.

(Zurufe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Baron, bitte beachten Sie Ihre Wortwahl.

**Abg. Anton Baron AfD:** Ja, natürlich, Frau Präsidentin.

(Zurufe, u. a. des Abg. Andreas Stoch SPD)

Damit haben wir bereits Mitte April – Herr Stoch, hören Sie zu! – einen Gesetzentwurf zur Kürzung der Abgeordnetenentschädigung und der Bezüge der Regierungsmitglieder während der Coronakrise ausgearbeitet. Am 22. des letzten Monats haben wir den Gesetzentwurf dem Landtag vorgelegt.

Neben der Aussetzung der Diätenanpassung fordern wir eine Globalkürzung der Abgeordnetenentschädigung um 10 % so-

(Anton Baron)

wie eine gleich hohe Reduzierung der Amtsbezüge der Minister – –

(Unruhe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Baron, einen Moment bitte. – Ich kann den Redner und alles, was er sagt und was vielleicht nicht in Ordnung ist, nur dann verstehen, wenn Sie entsprechend leise sind. Sonst ist hier vorn nichts zu verstehen.

(Zurufe)

**Abg. Anton Baron** AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Wenn es um Geld geht, hört der Spaß auf.

(Zurufe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Fahren Sie bitte fort, und die anderen hören bitte einfach zu.

**Abg. Anton Baron** AfD: Zudem fordern wir eine gleich hohe Reduzierung der Amtsbezüge der Minister und Staatssekretäre. Nur die Not zeigt den wahren Charakter. Doch für manche kommt erst das Fressen und dann die Moral. Das zeigen die Vertreter von Grünen, SPD, CDU und FDP/DVP.

(Beifall)

Sie verweigern in großer Einmütigkeit den von der AfD vorgeschlagenen Selbstverzicht.

Auf unseren Gesetzesvorschlag hat die bunte Altparteienkoalition erst annähernd vier Wochen später, am 11. Mai, mit einem Gegenvorschlag reagiert, der nur eine einmalige Aussetzung der Diätenanpassung im Jahr 2020 vorsieht. Das zeigt einmal mehr eindeutig, dass Ihnen die einzig wahre Opposition in diesem Parlament wieder einmal zeigen muss, wie es richtig geht.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, schämen Sie sich eigentlich nicht?

(Zurufe)

In den letzten Jahren haben Sie Ihre Diäten auf 8 210 € brutto monatlich erhöht. Das sind pro Monat 800 € mehr und damit mehr, als eine Friseurin nach 45 Berufsjahren in Vollbeschäftigung insgesamt als Rente erhält.

(Zuruf)

Doch mit den Abgeordnetendiäten, Herr Rülke, ist es ja nicht getan. Dazu kommen eine steuerfreie monatliche Kostenpauschale und weitere Leistungen

(Zurufe)

wie Büro, Telefon, Bahncard sowie eine Mitarbeiterpauschale von über 10 000 € im Monat. Letztere hatten Sie ja gegen jeden Bedarf, gegen den gesunden Menschenverstand und gegen die Stimmen der AfD-Fraktion kurzerhand von 5 000 € auf 10 000 € verdoppelt. Zudem fließt monatlich ein üppiger Zuschuss zur Altersvorsorge. Allein das sind über 100 000 € in fünf Jahren. Einzelne Abgeordnete erhalten Monat für Monat sogar über 20 000 €.

Bei so einer Versorgungssituation wollen Sie nun einmalig auf eine Erhöhung um stolze 213 € verzichten – eine automatische Erhöhung, wohlgermerkt, die wir, die AfD, schon immer kritisiert haben.

(Zurufe)

Da regt sich Ihr Gewissen nicht, Herr Rülke, wenn Sie bei Monatsbezügen von bis zu 20 000 € einem so kleinen Verzicht das Wort reden.

(Zurufe – Unruhe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, wir sind nicht auf dem Marktplatz, sondern im Parlament, und Herr Abg. Baron hat das Wort.

**Abg. Anton Baron** AfD: Danke, Frau Präsidentin. – Meine Damen und Herren, die Abgeordnetenbezüge sollen angemessen sein. Das sind sie derzeit aber nicht. Sie verzichten doch auf überhaupt nichts. Ihnen wird doch gar nichts weggenommen.

Wissen Sie eigentlich, wie es bei uns im Land aussieht? Die Massenquarantänen, die Lockdowns haben schweren Schaden angerichtet. In Baden-Württemberg sind mehr als hunderttausend Betriebe betroffen. Die Arbeitslosigkeit steigt in historischem Ausmaß. Allein im April ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland um 308 000 gestiegen. Es fehlen fast 3 466 000 Arbeitsplätze. Für mehr als 10,1 Millionen Beschäftigte wurde Kurzarbeit angemeldet, wobei Experten eigentlich von drei bis sieben Millionen ausgegangen sind.

Kurzarbeit heißt: nur noch ein Bruchteil vom Netto. Arbeitslosigkeit heißt: irgendwann gar nichts mehr. Wissen Sie, was das an Leid bedeutet? Wissen Sie, dass Sie mit Ihren völlig überzogenen Maßnahmen Hunderttausende Familien in die Armut stürzen? Wir wissen bereits von vielen, die ihre Miete nicht mehr zahlen können, die auf Tafelessen angewiesen sind, die von Obdachlosigkeit bedroht sind, die im Müll nach Pfand suchen, und die Krise verschärft sich täglich.

Da kommen Sie mit einem Verzicht auf 213 € und 46 Cent. Mit Ihrem Sparvorschlag, sehr verehrte Kartellfraktionen, ersparen Sie doch rein gar nichts. 365 000 € fallen damit im Landtag weg. Was ist das denn? Die Coronamaßnahmen im Land kosten 9 Milliarden €. Am Montag kam die Steuerschätzung, wie bereits vorher schon erwähnt wurde. Wir haben Steuerausfälle von 3,3 Milliarden €.

Wollen Sie uns bei einem Haushalt von über 50 Milliarden € in der von Ihnen verursachten Rezession – das muss man immer wieder deutlich sagen – einen Schnitt von 0,0073 Promille – ich wiederhole: 0,0073 Promille – als großen Wurf verkaufen, als ein Zeichen der Solidarität?

Ich sage Ihnen: Das ist nicht Solidarität, sondern das ist eine Unverschämtheit. Wie wirkt wohl das, was Sie hier in der Krise machen, auf die Menschen im Land, die hart arbeiten müssen und die nicht gut bezahlt wie wir den ganzen Tag Politik machen? Und darauf kommt es an.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Baron, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Haser zu?

**Abg. Anton Baron** AfD: Nein. – Gerade wir Politiker müssen jetzt Solidarität zeigen. Insbesondere die Vertreter der Regierungsfractionen sollen endlich auch persönlich spüren, was sie den Bürgern derzeit aufbürden.

(Beifall)

An einer solchen Schärfung Ihres getrübteten Urteilsvermögens beteiligen wir uns sehr gern. Es ist das Mindeste, was von uns allen verlangt werden kann. Der einzig ehrliche Weg ist daher der von der AfD vorgeschlagene Weg: Alle Ausgaben müssen auf den Prüfstand.

Bei den Politikern brauchen wir nicht nur eine Nullrunde, sondern ein spürbares Sparen. Hier dürfen wir niemanden schonen. Das muss alle Politiker treffen, sowohl die Abgeordneten hier vorn, aber ebenso die üppig versorgten Regierungsmitglieder, die Minister und die Staatssekretäre hier hinten, die ohnehin immer wieder durch Abwesenheit glänzen, wie man hier auf der rechten Seite auch gut sieht.

(Beifall)

Bei über 14 000 € monatlich – und oft genug zuzüglich der halben Abgeordnetenbezüge, also alles in allem um die 20 000 € im Monat – ist die von uns vorgeschlagene temporäre Kürzung um 10 % für jeden zumutbar. Mit unserem Vorschlag reden wir insgesamt über einen Betrag in Millionenhöhe. Das ist ein vernünftiger Ansatz.

Die von uns vorgeschlagene Absenkung erfolgt vor dem Hintergrund dessen, was die Landesregierung mit Artikel 5 des Haushaltsbegleitgesetzes 2013/2014 zur Haushaltskonsolidierung den neu eingestellten akademisch gebildeten Beamten und Richtern zugemutet hat. Damals wurde eine Absenkung um 8 % für den Zeitraum von drei Jahren nach ihrer Ernennung festgesetzt.

Der AfD-Vorschlag zur Kürzung der Politikerbezüge ist daher praktisch erprobt und orientiert sich an dem, was die Altparteien im Landtag den schlechter verdienenden Landesbediensteten in der Vergangenheit zugemutet haben. Deswegen ermahnen wir Sie: Gehen Sie verantwortungsvoll mit den Steuergeldern unserer Bürger um. Zeigen Sie ein Zeichen der Solidarität mit den Opfern der Coronazwangmaßnahmen. Machen Sie einmal etwas richtig, und stimmen Sie unserem Gesetzentwurf zu.

Vielen Dank.

(Beifall – Zurufe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Als Nächster spricht Herr Abg. Sckerl für die Grünen.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl** GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich könnte mich jetzt lange und intensiv mit den Ausführungen des Kollegen Baron beschäftigen.

(Zurufe)

Eines ist wieder einmal deutlich geworden: der Unterschied zwischen Ihnen und den demokratischen Fraktionen dieses Hauses.

(Vereinzelt Lachen)

Wir, meine Damen und Herren, machen Politik für die Betroffenen, setzen uns für sie ein.

(Zuruf)

Wir haben durchaus auch unterschiedliche Vorstellungen, wie die heutige Debatte gezeigt hat. Aber das gilt für alle vier Fraktionen. Wir setzen uns für die Betroffenen ein. Sie hingegen spannen die Betroffenen vor den Karren Ihres Populismus. Das ist der Unterschied.

(Beifall – Zurufe)

Ihnen geht es doch gar nicht um Lösungen.

(Zuruf)

Sie meinen es mit Ihrem Gesetzentwurf auch nicht ernst, weil Sie genau wissen, dass er abgelehnt wird. Deswegen stellen Sie ihn.

(Zurufe)

Das wissen Sie doch schon vorher. Sie haben in anderen Parlamenten auch andere Initiativen eingebracht. Im Bundestag haben Sie den Antrag unterstützt, den wir gestellt haben. Und Sie haben in den vergangenen Jahren doch alles mitgenommen, was man mitnehmen konnte. Ich erinnere an Ihre Fraktionsspaltung. Da haben Sie alle Möglichkeiten ausgenutzt, die Ihnen die Gesetze geboten haben.

(Beifall – Zurufe)

Wenn man in Ihre eigenen Veröffentlichungen schaut, stellt man fest: Nicht einmal die Hälfte Ihrer Fraktion führt den Beitrag an die Partei ab, der vorgesehen ist. Gerade einmal lächerliche elf Abgeordnete zahlen diesen Beitrag.

(Zuruf)

Sie sind also weder spendenbereit noch verzichtsbereit. Das ist alles nur Schau, was Sie hier liefern, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall – Zurufe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Kollege, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Klos zuzulassen?

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl** GRÜNE: Nein, dazu bin ich nicht bereit. – Kurz: Warum tun wir das? Wir haben heute lange darüber diskutiert, dass wir inmitten der Krisenbewältigung sind. Wir nehmen das ernst. Es gibt viele Menschen, die betroffen sind und die sich natürlich Sorgen um ihre Zukunft machen: viele Kurzarbeiter – viele Betriebe werden noch Kurzarbeit anmelden –, viele Soloselbstständige und Kleinunternehmer, die Soforthilfen in Anspruch genommen haben. Insgesamt wissen viele Menschen im Moment nicht, wie und ob es mit ihnen weitergeht. Ihnen wollen wir helfen; deswegen haben wir die Programme aufgelegt. Wir haben natürlich großes Verständnis für diese Sorgen.

In einer solchen Situation wäre es das falsche Zeichen, eine Diätenerhöhung zu vollziehen, wie sie sich im Rahmen des Indexierungsverfahrens zweifelsohne aufgrund der Daten des letzten Jahres ergeben würde. Es ist angebracht und von uns

(Hans-Ulrich Sckerl)

tatsächlich ein ernst gemeinter und ehrlich gemeinter Akt der Solidarität, die Erhöhung für dieses Jahr auszusetzen. Das tun auch andere Parlamente, wenn auch nicht alle.

Ich bin froh, dass wir hier mit den demokratischen Fraktionen zusammenstehen. Ich danke meinem Fraktionsvorsitzenden dafür, dass er diesen Gesetzentwurf entwickelt hat, danke aber auch allen Kollegen – Herrn Kollegen Stoch, Herrn Professor Dr. Reinhart und Herrn Dr. Rülke – für die Initiativen und für die Unterstützung. Es ist der richtige Gesetzentwurf zum richtigen Zeitpunkt.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun hat die CDU das Wort. – Herr Abg. Mack, bitte.

(Unruhe)

**Abg. Winfried Mack** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen heute in diesem Parlament ein wichtiges Zeichen der Solidarität. Die gesetzliche Diätenanpassung wird einmalig ausgesetzt. Wir sind uns fraktionsübergreifend einig: Es wäre nicht richtig, wenn jetzt die Gehälter der Abgeordneten steigen würden, während gleichzeitig das Land durch das vielleicht schwierigste Jahr seiner Geschichte geht.

Die Coronakrise bedeutet für viele Menschen in Baden-Württemberg einen harten Einschnitt. Viele standen von heute auf morgen ohne Einkommen da. Deswegen haben wir hier auch Soforthilfen beschlossen. Viele sind in Kurzarbeit, und vielen droht der Verlust ihres Arbeitsplatzes.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Manche verstehen Sie nicht.

**Abg. Winfried Mack** CDU: Das liegt aber nicht an mir, Frau Präsidentin.

(Heiterkeit)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nein. Deswegen habe ich Ihnen jetzt Ruhe verschafft, hoffe ich.

(Heiterkeit und Beifall)

**Abg. Winfried Mack** CDU: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

(Beifall – Zurufe)

Uns alle eint die Sorge, dass die Pandemie und ihre Folgen die Wohlstandsentwicklung im Land spürbar bremsen könnten. Wir alle kennen die Wirtschaftsprognosen. Die Regierung und diese Koalition mobilisieren deshalb alle Kräfte, um unser wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben zu stabilisieren.

Die Krise ist die Stunde der Bewährung, aber auch die Stunde der Solidarität. Es hat gutgetan, zu sehen, wie viel Miteinander, wie viel Gemeinsinn, wie viel gelebte Verantwortung es überall im Land gibt. Viele Menschen verzichten in diesen

Wochen auf ihren Vorteil – zum Vorteil und zum Schutz der anderen. Das ist beeindruckend und beispielgebend. Deshalb war es für uns klar und ist selbstverständlich, dass auch wir Abgeordneten uns in dieser großen Solidarität sehen.

(Beifall)

Deshalb verzichten wir auf die eigentlich anstehende Diäten-erhöhung. Wir haben ein Indexierungsverfahren; die Bezüge der Abgeordneten richten sich streng nach der allgemeinen Lohnentwicklung. Das ist gerecht und transparent: denn die Einkommen der Abgeordneten folgen damit ganz genau dem durchschnittlichen Volkseinkommen. Im letzten Jahr sind die Nominallöhne in Baden-Württemberg um 2,6 % gestiegen; das hat das Statistische Landesamt so berechnet. Nach dem Abgeordnetengesetz würden die Diäten deshalb auch in diesem Jahr exakt um diese 2,6 % steigen. Wir würden damit also lediglich die Lohnentwicklung aus dem Jahr 2019 nachzeichnen.

Die Bindung an die Löhne funktioniert bekanntlich in beide Richtungen. Denn sinkende Löhne in diesem Jahr werden dann im nächsten Jahr auch sinkende Diäten bedeuten. Des- sen müssen wir uns immer auch bewusst sein. Auch nach der Finanzkrise hatten wir dieses Prinzip schon und hatten deshalb sinkende Abgeordnetenbezüge.

Es ist allerdings breiter Konsens hier im Haus, dass wir dieses Mal einmalig in das Indexverfahren eingreifen und eine außerplanmäßige Nullrunde beschließen. Ich glaube und ich hoffe, dass die Menschen im Land dieses Zeichen verstehen und anerkennen. Ein fleißiges Parlament und fähige Abgeordnete müssen einer demokratischen Gesellschaft etwas wert sein. Als gewählte Mandatsträger waren wir gerade in den letzten Wochen intensiv gefordert, oft rund um die Uhr gefragt, und wir waren ansprechbar.

Ich erinnere nochmals daran, was die Expertenkommission zur Altersversorgung in ihrem Bericht festgehalten hat. Sie hat die herausgehobene Stellung der Abgeordneten, ihre umfangreichen Aufgaben, ihre große Verantwortung und die Bedeutung des Mandats im Rahmen der Volkssouveränität betont. Darauf kommt es in Krisenzeiten mehr als sonst an. Wir, die Abgeordneten, arbeiten hart dafür, dass unser Land gut durch diese Krise kommt und ein starkes Land bleibt.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun spricht für die SPD Herr Abg. Dr. Weirauch.

**Abg. Dr. Boris Weirauch** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich für die SPD-Fraktion für die Bereitschaft der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP bedanken, unseren Vorschlag vom 9. April 2020, auf eine Anpassung der Abgeordnetenentschädigung für das Jahr 2020 zu verzichten, mitzutragen, sodass wir nun im Parlament gemeinsam den Worten Taten folgen lassen und das Abgeordnetengesetz in diesem Punkt ändern. Das ist ein starkes Zeichen hier aus dem Landtag von Baden-Württemberg ins Land.

(Beifall)

*(Dr. Boris Weirauch)*

In der Coronakrise werden im Sinne der Pandemiebekämpfung den Menschen in unserem Land und deutschlandweit seit mittlerweile fast zwei Monaten nicht nur Einschränkungen der persönlichen Freiheit abverlangt, sondern viele müssen leider auch erhebliche wirtschaftliche Einschnitte verdauen, egal, ob das Kleinunternehmer, Selbstständige, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind, die in der Kurzarbeit nur einen Teil ihres Gehalts beziehen, bereits von Entlassung bedroht oder zukünftig betroffen sind. Alle haben große Sorgen hinsichtlich dessen, wie es wirtschaftlich in unserem Land weitergeht.

Mit unserem Vorschlag und dem daraus resultierenden gemeinsamen Gesetzentwurf der demokratischen Fraktionen möchten wir, die SPD-Fraktion, ein Zeichen der Solidarität setzen. Eine turnusgemäße Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung wäre im Hinblick auf die aktuelle Situation im Land nicht nur nicht vermittelbar, sondern der Verzicht ist auch eine Frage des Anstands und eine klare Botschaft ins Land und an die Menschen, deren Interessen wir hier im Parlament vertreten und die unter der Krise zu leiden haben.

Das Bundesverfassungsgericht hat uns Abgeordneten auferlegt, selbst über unsere Entschädigungen zu entscheiden, was naturgemäß keine einfache Entscheidung sein kann. Grundlage für die Entwicklung der Abgeordnetenbezüge in Baden-Württemberg ist deshalb seit dem Jahr 2005 das sogenannte Indexierungsverfahren auf der Grundlage des durchschnittlichen Nominallohns im Land allgemein.

Zu Beginn der Legislaturperiode haben auch wir uns verständigt, das Verfahren entsprechend beizubehalten. Denn die Kopplung der Abgeordnetenbezüge stellt außerhalb von Zeiten wie in dieser außergewöhnlichen Krise nach unserer Überzeugung die Angemessenheit der Entschädigung sicher und erhöht durch die festgelegten Kriterien auch die objektive Nachvollziehbarkeit der Entschädigungsentwicklung. Der Nominallohnindex bildet die Verdienstentwicklung in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst zeitnah und exakt ab. Das heißt aber auch: Wenn die Arbeitslöhne sinken, sinken auch die Abgeordnetenbezüge. Wir sitzen also insofern alle im gleichen Boot. Das ist auch schon einmal passiert; der Kollege hat es vorhin erwähnt. Auch nach der Wirtschafts- und Finanzkrise sind die Abgeordnetenbezüge gesunken. Ich glaube, dass das auf jeden Fall eine gute Möglichkeit ist, auch einen Bezug zu der Entwicklung im Land herzustellen. Denn wir, das Parlament, sind Teil dieses Landes und begreifen uns als Teil dieses Landes, und wir können uns von diesen Entwicklungen auch nicht abkoppeln.

2019 sind die Löhne aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage in Deutschland erneut deutlich gestiegen, und zwar um 2,6 %. Auch wir Abgeordneten hätten am 1. Juli quasi mit der Erhöhung unserer Bezüge rechnen können. Aber wir, die SPD-Fraktion, hielten und halten eine solche Erhöhung für absolut unangemessen. Die Position der SPD-Fraktion lautet: keine Diätenerhöhung in der Coronakrise.

*(Beifall)*

Wenn man unserem Vorschlag folgt, wird zudem im kommenden Jahr ein Doppeleffekt eintreten. Es ist zu erwarten, dass die Einkommen und somit auch die Abgeordnetenentschädigungen infolge der aktuellen Krise im kommenden Jahr ohnehin sinken. Dies geschieht nachgelagert, aber es wird sin-

ken; es steigt mitnichten. Durch unseren heute vorgelegten Gesetzentwurf steigt zumindest der Sockelbetrag nicht. Das heißt, im kommenden Jahr haben wir einen doppelten Effekt, weil sich die Bemessungsgrundlage nicht erhöht. Das wird in der Diskussion an dieser Stelle oftmals verkannt. Dieser Doppeleffekt hätte mit einer Spendenlösung, wie sie wohl auch hier im Haus teilweise diskutiert wurde, nicht erzielt werden können.

Wir halten die Aussetzung der Erhöhung der Diäten insoweit für den richtigen und den unkompliziertesten Weg und freuen uns über eine breite Zustimmung zu unserem gemeinsamen Gesetzentwurf.

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen – ich wollte das eigentlich vermeiden –, noch ein paar Worte zum Gesetzentwurf der AfD zu sagen. Herr Gögel, Sie haben am Anfang, direkt nach dem Vorschlag vonseiten der SPD-Fraktion, gesagt, für Symbolpolitik stehe die AfD nicht zur Verfügung. Dann kamen Sie jetzt doch um die Ecke wie die alte Fasnacht – wie man bei uns in Mannheim sagt – und fordern lautstark Einschnitte bei Abgeordnetenbezügen, aber auch insgesamt bei den Landesbediensteten und im öffentlichen Haushalt. Ich muss Ihnen nicht erklären, was das bedeutet. Aber ich möchte Ihnen an einem Punkt zustimmen – Sie werden es nicht glauben –:

*(Zuruf: Ui!)*

Eine Kürzung der Diäten für die Mitglieder der AfD-Fraktion wäre – da stimmen mir sicherlich viele Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus zu – tatsächlich sachlich mehr als gerechtfertigt.

*(Beifall – Zurufe von der AfD)*

– Hören Sie zu! – Denn das, was Sie seit vier Jahren hier in diesem Haus abliefern, kann in weiten Teilen nur als Arbeitsverweigerung bezeichnet werden.

*(Vereinzelt Beifall – Zurufe)*

– Herr Gögel, das ist nur eine wohlwollende Auslegung.

*(Unruhe)*

Jeder Rede, die Sie hier in diesem Hohen Haus halten, müsste eigentlich prompt eine Entschuldigung an die baden-württembergischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler folgen.

*(Widerspruch bei der AfD – Zurufe)*

– Ich will Ihrem Erinnerungsvermögen auf die Sprünge helfen – der Kollege Mack hat es vorhin schon erklärt –: Sie haben in diesem Haus schon durch zahlreiche Eskapaden auf sich aufmerksam gemacht. Sie sind auf jeden Fall nicht die Musterknaben, die Sie vorgeben zu sein. Ich erinnere nur an die Fraktionsspaltung und verweise auf die daraus entstandenen Kosten in Höhe von knapp 600 000 €.

*(Zuruf: Völliger Quatsch! – Unruhe)*

Seien wir doch einmal ehrlich: Sie haben sich die Taschen vollgestopft.

*(Widerspruch bei der AfD – Zurufe – Unruhe)*

(Dr. Boris Weirauch)

Das nenne ich Luxusalimentierung auf Kosten der baden-württembergischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

(Beifall – Zurufe, u. a.: So ist es!)

Das war einerseits eine Art Kasperltheater, aber andererseits war es ein Beleg für Ihren Fraktionsmodus: der Staat als Beute.

Die Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen; wir alle hier können es bezeugen. Im Bewusstsein – Herr Sckerl hat es schon gesagt –, dass die anderen Fraktionen Ihrem Gesetzentwurf keinesfalls zustimmen und Sie daher selbst keine Kürzung zu befürchten haben,

(Zurufe, u. a.: Überraschen Sie uns doch mal!)

ist das für Sie mal wieder ein Mittel zum Zweck und ein weiterer Versuch, hier im Parlament einfach nur Rabatz zu machen.

(Zuruf von der AfD: Ja, ja!)

Vielleicht gibt es ja folgende Möglichkeit: Wir könnten für Sie ein Konto beim Landtag einrichten, und dann sind wir einmal gespannt, was nach dem heutigen Tag,

(Zurufe – Unruhe)

nach dem Gesetzesbeschluss geschieht und ob Sie sich an Ihr Versprechen – Ihr Gesetzentwurf sieht eine zehnprozentige Kürzung der Diäten vor – tatsächlich halten. Sie können das Geld, auf das Sie verzichten wollen, ja einfach auf dieses Konto einzahlen.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Weirauch, Sie haben jetzt Ihr Konto an Redezeit überzogen.

(Heiterkeit – Zurufe)

**Abg. Dr. Boris Weirauch SPD:** Wir werden das entsprechend überprüfen. Ihren Gesetzentwurf lehnen wir selbstredend ab.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Kern, bitte, für die FDP/DVP.

(Unruhe)

**Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts meiner drei vernünftigen und sachlichen Vorredner kann ich mich kurz halten. Die Mehrzahl der Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg setzt ein deutliches Zeichen. In der Coronakrise verzichten wir auf die anstehende Erhöhung der Abgeordneten-diäten. Dabei hätten wir uns diese Diätenerhöhung nicht selbst genehmigt;

(Zuruf)

sie wäre vielmehr das Ergebnis der an sich sinnvollen Indexierungsregelung, die die Diäten der Situation im Land anpasst.

(Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Im Wissen um die schweren wirtschaftlichen und finanziellen Verwerfungen, denen die Gesellschaft insgesamt, die Wirtschaft und der Staat in diesem Jahr ausgesetzt sind, wollen wir nicht auf das finanziell gute Jahr 2019 zurückschauen und die zu erwartenden Abschlüsse im Jahr 2021 abwarten.

Wir wollen die aktuellen Ereignisse nicht ignorieren, sondern jetzt handeln. Hier unterscheiden wir uns deutlich von der AfD. Es war bekanntermaßen der Fraktionsvorsitzende Gögel, der die Diätenerhöhung ursprünglich mitnehmen wollte und trotz Wirtschaftskrise eine Nullrunde entschieden ablehnte.

(Zuruf: Hört, hört! – Weitere Zurufe, u. a. des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Heute mag er das als Missverständnis oder Schnellschuss abtun;

(Zurufe, u. a.: Das ist Verdrehung!)

das war es aber sicherlich nicht.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe)

Es war Kalkül nach dem Motto: Schaut her, Fraktionen im Landtag, wir wollen die Diätenerhöhung, ihr müsst keine Sorge haben,

(Zuruf)

dass wir das Thema populistisch ausschlichten,

(Zuruf)

macht schnell einen Deckel drauf, dann bekommen wir mehr Geld.

Wir, die demokratischen Fraktionen, halten das Thema aber nicht unter der Decke, sondern wir setzen eine Nullrunde sauber um.

(Zurufe, u. a. des Abg. Anton Baron AfD)

Dabei springen wir auch nicht über das neuerliche Stöckchen der AfD; denn als klar war, dass die Nullrunde kommt, haben die Strategen der AfD rasch einen Gesetzentwurf zur Absenkung der Diäten ausarbeiten lassen. Mit diesem scheinheiligen Anliegen erreichen sie vielleicht einige wenige Menschen in der AfD-Blase. Alle anderen sehen ein weiteres Mal, dass die AfD populistisch und unehrlich agiert.

(Beifall – Oh-Rufe – Zurufe)

Ihrem Gesetzentwurf hätten Sie vielmehr folgende Überschrift voranstellen sollen: „Überholen, ohne einzuholen“. Dies wäre deutlich glaubwürdiger gewesen als Ihre heutigen Lippenbekenntnisse.

(Zuruf)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine – –

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

(Abg. Anton Baron AfD: Stopp!)

– Gut. Das ist jetzt aber sportlich in 19 Sekunden, Herr Abg. Baron.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, ja!)

**Abg. Anton Baron AfD:** Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich wurde ja mehrmals unterbrochen. Ich hoffe, ich bekomme noch ein bisschen Zeit.

Herr Weirauch, Ihre widerliche Hetzrede, die Sie hier abgehalten haben, können Sie sich sparen.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

Ich sage nur: Sie schaffen hier Versorgungspöstchen

(Zurufe – Unruhe)

für eine ehemalige Vorsitzende, die ohne irgendwelche Qualifikation 150 000 € im Jahr bekommt.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Anton Baron AfD:** Sie können sich das sparen.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe, u. a. des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

– Herr Sckerl, Ihr Stasibüro – –

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Baron, hier anzutreten und zu sagen: „Ich will überziehen“, ist nicht in Ordnung.

**Abg. Anton Baron AfD:** Frau Kurtz, ich bin mehrmals unterbrochen worden.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Würden Sie bitte zum Schluss kommen?

**Abg. Anton Baron AfD:** Ich bin mehrmals unterbrochen worden. – Vielen Dank.

(Zurufe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Das passiert häufiger. – Wir beenden jetzt die Aussprache.

Ich schlage Ihnen vor, die beiden Gesetzentwürfe Drucksachen 16/8026 und 16/8073 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Damit sind Sie einverstanden. Das ist so beschlossen.

Damit haben wir Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Planung, Organisation und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs – Drucksache 16/8123**

(Unruhe)

Ich darf Ihnen mitteilen, dass sich alle Fraktionen darauf verständigt haben, auf die Aussprache zu verzichten.

Ich schlage Ihnen vor – Frau Staatssekretärin –, den Gesetzentwurf Drucksache 16/8123 an den Ausschuss für Verkehr zu überweisen. – Damit sind Sie auch einverstanden.

Wir haben also Punkt 7 erledigt.

Die Punkte 8 und 9 sind von der Tagesordnung abgesetzt.

Nun kommen wir noch zu **Punkt 10** der Tagesordnung:

**Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksache 16/8080**

Dazu wird gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung die Zustimmung zu allen Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses, Drucksache 16/8080, festgestellt. – Das ist von Ihnen auch so beschlossen worden.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt.

Wir treffen uns wieder am 17. Juni 2020 um 9:00 Uhr.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

**Schluss: 19:05 Uhr**